45. Jahrgang 1997 / 1. Heft / Januar ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

DIETER POHL
Die Holocaust-Forschung und Goldhagens Thesen

DIETER KRÜGER
Das ehemalige „Berlin Document Center“
im Spannungsfeld von Politik,
Wissenschaft und öffentlicher Meinung

NILS ASMUSSEN
Hans-Georg von Studnitz – ein konservativer Journalist
im Dritten Reich und in der Bundesrepublik

JOHANNES MERZ
Über Ursprung und Bedeutung des Staatsnamens
„Freistaat Bayern“

DOKUMENTATION
Streit über Europa. Die Kontroverse zwischen
Ludwig Erhard und Franz Etzel 1954–1956
(Ulrich Enders)

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER
in Verbindung mit
Theodor Eschenburg,
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter
Redaktion:
Norbert Frei, Udo Wengst, Jürgen Zarusky
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Andreas Wirsching
Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 80636 München, Tel. 12 68 80, Fax 123 17 27

45. Jahrgang | Heft 1 | Januar 1997

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Dieter Pohl — Die Holocaust-Forschung und Goldhagens Thesen . . . 1

Dieter Krüger — Archiv im Spannungsfeld von Politik, Wissenschaft und öffentlicher Meinung. Geschichte und Überlieferungsprofil des ehemaligen „Berlin Document Center" . . . 49

Nils Asmussen — Hans-Georg von Studnitz. Ein konservativer Journalist im Dritten Reich und in der Bundesrepublik . . . 75

MISZELLE

Johannes Merz — „Freistaat Bayern". Metamorphosen eines Staatsnamens . . . 121

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DOKUMENTATION

Ulrich Enders Integration oder Kooperation? Ludwig Erhard und Franz Etzel im Streit über die Politik der europäischen Zusammenarbeit 1954–1956 143

ABSTRACTS 173

MITARBEITER DIESES HEFTES 175

Verlag und Anzeigenverwaltung: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Für den Inhalt verantwortlich: Horst Möller; für den Anzeigenteil: Suzan Hahnemann. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bezugspreis incl. gesetzlicher MWSt 1997: Jahresabonnement Inland DM 92,40 (DM 78,– + DM 14,40 Versandspesen); Österreich öS 693,– (569,– + 124,– Versandspesen); Schweiz und übriges Ausland DM/sFr 94,80 (78,– + 16,80 Versandspesen).
Studentenabonnement (nur Inland) DM 74,40 (60,– + 14,40 Versandspesen); Einzelheft DM 26,–, öS 190,–, sFR 26,– + Versandspesen. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 52,– zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung.
Satz und Druck: Appl, Senefelderstraße 3–11, 86650 Wemding

Ein Teil dieser Auflage enthält folgende Beilage: R. Oldenbourg Verlag · *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik*

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DIETER POHL

DIE HOLOCAUST-FORSCHUNG UND GOLDHAGENS THESEN

Die Erforschung der nationalsozialistischen Judenverfolgung gehört noch immer zu den großen Herausforderungen der Zeitgeschichtsschreibung. Selbst nach einer fünfzig Jahre währenden Publikationsflut ist das wissenschaftliche und öffentliche Interesse an diesen Vorgängen nicht erlahmt, wie die erregte Debatte um das Buch von Daniel J. Goldhagen zeigt. Um den Stellenwert des Buches in der Forschung einordnen zu können, soll im folgenden der Gang der Historiographie zur „Endlösung" in aller Kürze nachgezeichnet werden. Dann wird versucht, die Thesen von Goldhagen in diesem Kontext einer wissenschaftlichen Prüfung zu unterziehen. Abschließend gilt es, die weiteren Perspektiven für die Zeitgeschichtsschreibung zu skizzieren.

I. Zeitgeschichtsschreibung und nationalsozialistischer Judenmord

Hatten die ersten Bücher zum Thema Judenverfolgung noch den Zweck gehabt, das Gewissen der Welt angesichts der Verbrechen des NS-Regimes aufzurütteln[1], so standen die Publikationen ab 1944/1945 bereits unter dem Eindruck der totalen Katastrophe. Die Überlebenden selbst, ihre Organisationen und nationale Ermittlungsbehörden brachten bis Anfang der fünfziger Jahre zahlreiche Publikationen heraus, deren wissenschaftlicher Wert nicht zu bestreiten ist. In diesen Zusammenhang gehört auch der erste Versuch einer Gesamtdarstellung von Léon Poliakov[2], der noch auf einer schmalen Quellenbasis beruhte, aber bereits andere Opfergruppen als die Juden einbezog. Poliakov stellte die interessante These auf, der Massenmord an den Juden sei ein Mittel Hitlers gewesen, das deutsche Volk in eine Kollektiv-Verantwortung zu zwingen und damit alle Brücken hinter sich abzubrechen. Weitaus differenzierter gingen Gerald Reitlinger[3] und Joseph Tenenbaum[4] vor, die vor allem die Anklagedo-

[1] Der gelbe Fleck. Die Ausrottung von 500 000 deutschen Juden, Paris 1936; eindrucksvoll: Jakob Apenszlak (Hrsg.), The Black Book of Polish Jewry, New York 1943 (Nachdruck Bodenheim 1995).

[2] Léon Poliakov, Breviaire de la Haine. Le Troisième Reich et les Juifs, Paris 1951, bes. S. 324 ff.

[3] Gerald Reitlinger, The Final Solution. The Attempt to Exterminate the Jews of Europe, 1939–1945, London 1953 (deutsch: Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945, Berlin 1956).

[4] Joseph Tenenbaum, Race and Reich. The Story of an Epoch, New York 1956.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kumente der Nürnberger Prozesse nutzten. Reitlinger, dessen Darstellung eigentlich erst mit dem Jahr 1938 einsetzt, versuchte bereits die Abläufe in den Täterapparaten zu rekonstruieren. Lange Jahre blieb die Übersetzung seines Buches die einzige große wissenschaftliche Gesamtdarstellung in deutscher Sprache. In den Staaten Osteuropas wurde die Forschung zuerst erheblich ideologisiert, bevor sie nach 1956 in die Bedeutungslosigkeit versank, zuletzt in Polen 1968[5]. Im Westen konzentrierte sich die einschlägige Historiographie bei kleinen jüdischen Forschungsinstitutionen oder sie war die Sache einzelner Experten wie etwa Randolph R. Braham, der auf höchstem Niveau nahezu alle Standardwerke zur „Endlösung" in Ungarn verfaßt hat[6].

Am Ende dieser ersten Phase der Forschung, die bis etwa 1961 reichte, standen zwei große Gesamtdarstellungen, deren Bedeutung bis heute geblieben ist: Raul Hilbergs Werk „The Destruction of European Jews"[7] basierte auf seiner Dissertation von 1948 über die Rolle der deutschen Bürokratie in der „Endlösung". Stark von den Thesen Franz L. Neumanns beeinflußt, sah Hilberg einen fast automatischen stufenweisen Vernichtungsprozeß, der von den Institutionen der NS-Gesellschaft gemeinschaftlich organisiert worden sei. Den ideologischen Hintergrund riß Hilberg nur kurz an, die zentralen Entscheidungsprozesse spielten eine marginale Rolle. Erst in einer späteren Darstellung, die aus der Perspektive der betroffenen Gruppen (Täter, Opfer, Zuschauer) konzipiert wurde, korrigierte er dies[8]. Die Breite des verwendeten Quellenfundus ist beeindruckend; Hilberg standen fast alle deutschen Akten zur Verfügung, die von amerikanischen Truppen erbeutet worden waren. Die zweite 1961 in Warschau erschienene Gesamtdarstellung erlitt – wegen der Sprachbarriere – das Schicksal fast völliger Nichtbeachtung: Artur Eisenbachs „Nationalsozialistische Politik der Judenvernichtung"[9]. Eisenbach faßte vor allem die rege polnische Forschung zusammen, darüber hinaus nutzte er weitere Quellen aus polnischen Archiven und die Nürnberger Anklagedokumente. Im Vergleich zur Erstfassung, die 1953 in der Zeit des Hochstalinismus erschienen war, spielte die marxistische Verbrämung in der erheblich überarbeiteten Version von 1961 nur eine geringe Rolle. Allerdings wurde der Faktor Wirtschaftspolitik in der Judenverfolgung, also Enteignung und Ausbeutung, scharf akzentuiert. Die Darstellung war – im Gegensatz zu Hilberg – stärker chronologisch angelegt und konzentrierte sich auf die Hauptschauplätze

[5] Zur Forschung in den einzelnen Ländern vgl. Yisrael Gutman/Gideon Greif (Hrsg.), The Historiography of the Holocaust Period, Jerusalem 1988.

[6] Besonders: Randolph L. R. Braham, The Politics of Genocide. The Holocaust in Hungary, 2 Bde., New York 1981; ergänzte Neuaufl. New York/Boulder 1994; ders./Nathaniel Katzburg, Toldot ha-Shoah: Hungaryah [Geschichte des Holocaust: Ungarn], Jerusalem 1992.

[7] Raul Hilberg, The Destruction of the European Jews, Chicago 1961. Erweiterte Fassung: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, 3 Bde., Frankfurt a. M. 1990.

[8] Ders., Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933–1945, Frankfurt a. M. 1992.

[9] Artur Eisenbach, Hitlerowska polityka zagłady Żydów, Warszawa 1961. Englischsprachige Teilveröffentlichung daraus: Operation Reinhard. Mass Extermination of the Jewish Population in Poland, in: Polish Western Affairs 3 (1962), S. 80–124.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Polen und die Sowjetunion. Eisenbach sah frühzeitig die Ursprünge der Judenverfolgung in einem allgemeinen Rassenbiologismus, der nicht nur für Hitler, sondern auch für die deutschen Eliten charakteristisch gewesen sei.

In der Bundesrepublik etablierte sich die Zeitgeschichtsschreibung im Laufe der fünfziger Jahre. Auch sie beschäftigte sich in der Folgezeit intensiv mit dem Thema Judenverfolgung[10]. Wolfgang Scheffler legte 1960 einen konzisen Gesamtüberblick vor, der weite Verbreitung fand[11]. Wie seine Veröffentlichungen standen auch die grundlegenden Publikationen des Instituts für Zeitgeschichte in engem Zusammenhang mit dem Wiederaufleben der NS-Prozesse. Besonders die Gutachten zum sogenannten Frankfurter Auschwitz-Prozeß 1964 boten solide Erkenntnisse über die NS-Verbrechen und die ausführenden Institutionen. Neben Helmut Krausnicks Darstellung der Judenverfolgung stehen viele andere Expertisen[12]. An den bundesdeutschen Universitäten hingegen lief die Forschung zur Judenverfolgung nur langsam an. Karl-Dietrich Bracher beschrieb sie im Kontext der geistesgeschichtlichen Ursprünge und praktischen Entwicklung der NS-Diktatur[13]. Als bahnbrechend erwiesen sich die Dissertationen von Uwe-Dietrich Adam und Hans-Heinrich Wilhelm[14], was allerdings erst später erkannt wurde. Adam zeigte das Zusammenwirken verschiedener staatlicher Institutionen bei der Judenverfolgung auf deutschem Boden und stellte als erster deutscher Historiker die Geradlinigkeit der Entwicklung bis zum Massenmord in Frage. In seiner 1975 vorgelegten Dissertation zur Einsatzgruppe A nutzte Wilhelm Gerichtsakten und daneben Kopien aus sowjetischen Archiven. Ihm gelang eine detaillierte Beschreibung der Massenmorde in Weißrußland bzw. dem Baltikum im Kontext der frühen Besatzungspolitik.

Ein erheblicher Teil der Darstellungen stammte aus der Feder von Außenseitern der Forschung, die oft selbst in das Räderwerk der Verfolgung geraten waren[15]. An erster Stelle ist Hans Günter Adler, selbst ein Verfolgter, mit seinen monumentalen

---

[10] Vgl. Otto D. Kulka, Die deutsche Geschichtsschreibung über den Nationalsozialismus und die „Endlösung". Tendenzen und Entwicklungsphasen 1924–1984, in: Historische Zeitschrift 240, 1985, S. 599–640.

[11] Wolfgang Scheffler, Die nationalsozialistische Judenpolitik, Berlin 1960.

[12] Helmut Krausnick, Judenverfolgung, in: Hans Buchheim/Martin Broszat/Hans-Adolf Jacobsen/Helmut Krausnick, Anatomie des SS-Staates, Olten/Freiburg i. Br. 1965, Bd. 2, S. 283–448. Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, 2 Bde., Stuttgart 1958/66, darin bes. Martin Broszat, Das Dritte Reich und die rumänische Judenpolitik, Bd. 1, S. 102–183. Wichtig: Adalbert Rückerl (Hrsg.), NS-Prozesse, Karlsruhe 1971.

[13] Karl-Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur und Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1969, S. 9 ff., 35 ff., 396 ff., 456–468; aber auch schon Karl-Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln/Opladen 1960, ²1962, S. 274 ff. Überschrift: Einsatzpunkt Rassenpolitik.

[14] Uwe-Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972; Hans-Heinrich Wilhelm, Die Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD 1941/42, Frankfurt a. M. u. a. 1996, weitgehend unveränderte Fassung der Diss. von 1974.

[15] Robert M. W. Kempner, Eichmann und Komplicen, Zürich 1961; und die zahlreichen Veröffentlichungen von Josef Wulf.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Darstellungen zu Theresienstadt und zur Deportation der deutschen Juden zu nennen[16]. Er verband in vorbildlicher Weise die Geschichte der Täter bzw. ihrer Organisationen mit der der Juden. Noch stärker als Hilberg betonte er die Potentiale der Unmenschlichkeit in diktatorischen Bürokratien. Der Publizist Reinhard Henkys gab 1964 eine prägnante Gesamtschau über die verschiedenen NS-Verbrechen, auch über die „Endlösung" hinaus; er stützte sich als erster auf bundesdeutsche Gerichtsurteile[17].

Kennzeichnend für die Forschung bis zum Ende der siebziger Jahre war ihre nationale Isolierung, die es vor 1950 noch nicht gegeben hatte[18]. Gerade die westliche Historiographie nahm kaum Notiz von Veröffentlichungen aus den osteuropäischen Ländern, aber ebensowenig von den israelischen Publikationen. In Israel war es vor allem die Forschungs- und Gedenkstätte Yad Vashem, an der seit 1957 fast durchweg Überlebende die jüdische Geschichte unter NS-Herrschaft rekonstruierten. Die Erforschung der Tätergeschichte erfolgte dort in relativ konventionellen Bahnen, ihre Darstellung wurde meist in die Untersuchungen integriert. Dies gilt auch für die beiden monumentalen Einzelstudien zum Widerstand der Juden und zu den Judenräten[19] sowie für die zusammenfassenden Werke von Nathan Eck und von (der in Amerika lehrenden) Lucy Dawidowicz[20].

In der israelischen Forschung bestand Konsens über die große Bedeutung und hohe Kontinuität des Judenhasses seit dem 19. Jahrhundert sowie die alleinige Verursacher-Rolle des deutschen Antisemitismus für den Massenmord im Zweiten Weltkrieg. Ähnlich verhielt es sich in der westlichen Forschung. In der Bundesrepublik wurde der geistesgeschichtliche Bezugsrahmen im Antisemitismus seit dem Kaiserreich gesehen. Das Ausmaß der institutionellen und personellen Beteiligung an den NS-Verbrechen wurde als begrenzt eingeschätzt, und die meisten Historiker stuften den Grad ihrer Geheimhaltung als hoch ein. Die Kenntnisse über die Abläufe gerade in Osteuropa waren rudimentär, obwohl sie dort von einheimischen Historikern oftmals schon längst im Detail aufgearbeitet worden waren. Der Konsens der Forschung war zunächst nur an zwei Punkten aufgebrochen worden, an der Einschätzung der Judenräte und der des jüdischen Widerstands. Doch Ende der siebziger Jah-

[16] Hans Günter Adler, Theresienstadt 1941–1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft. Geschichte, Soziologie, Psychologie, Tübingen 1955; ders., Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974.

[17] Reinhard Henkys, Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Geschichte und Gericht, Stuttgart/Berlin 1964.

[18] Vgl. Les Juifs en Europe (1939–1945). Rapports présentés a la première conférence européenne des commissions historiques et des centres des documentation juifs, Paris 1949.

[19] Isaiah Trunk, Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi Occupation, New York 1972; Reuben Ainsztein, Jewish Resistance in Nazi-Occupied Eastern Europe, London 1974 (leicht überarb. deutsch: Jüdischer Widerstand im deutschbeserzten Osteuropa während des Zweiten Weltkrieges, Oldenburg 1993).

[20] Nathan Eck, Sho'at ha'am ha-yehudi be-Eyropah [Der Holocaust an den Juden in Europa], Jerusalem 1977; Lucy S. Dawidowicz, The War Against the Jews, 1933–1945, London 1975 (deutsch: Der Krieg gegen die Juden, München 1979).

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

re geriet die Historiographie in Bewegung. Äußerer Anlaß war die erhebliche Wirkung, die die fiktionale Fernsehserie „Holocaust" in der deutschen Öffentlichkeit hatte[21]. Im Zusammenhang mit der immer intensiveren Erforschung des Dritten Reichs wurden die Lücken im Wissen über die „Endlösung" offensichtlich. Konfrontiert mit der abwegigen These von David Irving, Hitler habe erst 1943 von der „Endlösung" erfahren, rief Martin Broszat der Zunft ins Bewußtsein, daß über die als selbstverständlich angenommene Befehlsgebung durch Hitler und Himmler bisher kaum Näheres bekannt war[22]. So entwickelte sich eine lebhafte Historiker-Kontroverse. Diese wurde allerdings von dem seit längerem bestehenden Gegensatz von sogenannten Intentionalisten und Funktionalisten in der Forschung zum Nationalsozialismus überformt. Während die als Intentionalisten apostrophierten Historiker wie zuvor, wenn auch auf besserer Quellengrundlage, die entscheidende Rolle Hitlers und die Geradlinigkeit der antijüdischen Politik bis zum Massenmord betonten, argumentierten ihre Kontrahenten – im Anschluß an Schleunes[23] und Adam – mit der Komplexität und situativen Bestimmtheit der Entscheidungsbildung. Ihnen zufolge sei erst 1941 die völlige Ausrottung der europäischen Juden als Handlungsoption aufgetaucht. Hier wurde eine Kontroverse mit einer inhaltlichen Schieflage eröffnet, weil die Ebenen von Ideologie, oberster Entscheidungsfindung und Implementierung durch die Apparate argumentativ durcheinandergerieten. Gleichzeitig wurde aber deutlich, daß die ganze Erforschung des Themas konzeptionell neu durchdacht werden mußte und große – leicht zugängliche – Aktenbestände nicht bearbeitet worden waren. Insbesondere Richard Breitman führte mit seinem Buch über Himmlers Rolle in der „Endlösung" vor, wie detailliert man die Entscheidungsfindung rekonstruieren kann[24]. Breitman datierte die Überlegungen zum Massenmord bereits auf Ende 1939, einen endgültigen Hitler-Befehl auf Anfang 1941.

Die bundesdeutsche Zeitgeschichtsschreibung trat somit Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre in eine internationale Debatte ein, die im Grunde bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Parallel dazu erschienen die groß angelegte Darstellung der Einsatzgruppen von Helmut Krausnick und Hans-Heinrich Wilhelm sowie die Dokumentationen zu den Vernichtungslagern der „Aktion Reinhardt" und zu den Giftgas-Morden[25]. Diese drei Bücher nutzten intensiv Anklagen und Ur-

---

[21] Vgl. Martin Broszat, „Holocaust" und die Geschichtswissenschaft, in: VfZ 27 (1979), S. 285–298; Wolfgang Scheffler, Anmerkungen zum Fernsehfilm „Holocaust" und zu Fragen zeithistorischer Forschung, in: Geschichte und Gesellschaft 5 (1979), S. 570–579.

[22] Vgl. Martin Broszat, Hitler und die Genesis der „Endlösung", in: VfZ 25 (1977), S. 739–775. Zeitgleich, aber nicht wahrgenommen: Joseph Billig, La Solution Finale de la Question Juive, Paris 1977, bes. S. 17–84.

[23] Karl A. Schleunes, The Twisted Road to Auschwitz. Nazi Policy toward German Jews 1933–39, London 1972.

[24] Richard Breitman, The Architect of Genocide. Himmler and the Final Solution, London 1991 (deutsch: Der Architekt der „Endlösung". Himmler und die Vernichtung der europäischen Juden, Paderborn u. a. 1996).

[25] Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981 (der Teil von Wilhelm

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

teilsschriften aus den NS-Prozessen, vereinzelt auch zentrale Ermittlungsakten. Sie rekonstruierten die Abläufe in den Apparaten, aber auch die unmittelbaren Massenmorde der Mordeinheiten und die Geschehnisse in den weniger bekannten Massenvernichtungsstätten. Diese Darstellungen blieben jedoch insofern Ausnahmen, als sonst kaum ein deutscher Historiker sich mit dem Verfolgungsprozeß in Osteuropa beschäftigte. Lediglich erfahrungsgeschichtliche Studien bezogen auch überlebende Opfer aus Osteuropa mit ein. Statt dessen setzte in den achtziger Jahren eine Flut von Untersuchungen zur Judenverfolgung auf (west-)deutschem Gebiet ein. Insbesondere auf regionalgeschichtlicher Ebene wurde nahezu flächendeckend das Vorkriegs-Schicksal der einzelnen jüdischen Gemeinden rekonstruiert[26]. Das Tatgeschehen selbst endete dort aber meist mit der Deportation in den nebulösen „Osten".

Ein weiterer neuer Gesichtspunkt war die Erforschung der Vernichtung nichtjüdischer NS-Opfer, so besonders in der sogenannten „Euthanasie". In eingeschränktem Maß gilt dies auch für die sowjetischen Kriegsgefangenen oder die Zigeuner[27]. Eine analytische Verknüpfung dieser Stränge der Verfolgungsgeschichte unterblieb jedoch weitgehend. Es zeichnete sich nun aber schon ab, daß der Täterkreis größer war als angenommen. Diese Erkenntnis förderte insbesondere die internationale Forschung zutage, die in den siebziger Jahren wieder an Hilberg anzuknüpfen begann, dessen Buch lange eher zurückhaltend rezipiert worden war. Nicht nur die amorphe SS, sondern auch andere Institutionen wie das Auswärtige Amt[28] und – etwas weniger – die Wehrmacht[29] gerieten ins Blickfeld. Auch in Osteuropa kam die einschlägige Historiographie langsam wieder in Gang. Erstmals wurde sie nicht mehrheitlich von jüdischen Historikern, sondern von der institutionell etablierten Wissenschaft wie den Akademien getragen. Die Vielfalt der ostsprachigen Publikationen ist kaum mehr zu überblicken[30]. Es dauerte freilich bis 1991, ehe ein deutsches Sammelwerk die osteuropäischen Beiträge breit rezipierte: das Projekt „Dimension des Völker-

---

ist eine stark gekürzte und veränderte Version seiner Diss.); Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas. Eine Dokumentation, hrsg. von Eugen Kogon u.a., Frankfurt a.M. 1983; Adalbert Rückerl (Hrsg.), NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse, München 1977.

[26] Vgl. die Bibliographie des Leo Baeck Library Yearbook.

[27] Dazu jetzt grundlegend Michael Zimmermann, Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunerfrage", Hamburg 1996.

[28] Christopher Browning, The Final Solution and the German Foreign Office. A Study of Referat D III of Abteilung Deutschland 1940–43, New York/London 1978 (Diss. von 1975); vgl. schon Eliahu Ben Elissar, La diplomatie du IIIe Reich et les Juifs (1933–1939), Paris 1969.

[29] Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe; zur Ermordung jüdischer Kriegsgefangener vgl. Alfred Streim, Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im „Fall Barbarossa", Heidelberg/Karlsruhe 1981; Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1978.

[30] Einen kurzen Überblick gibt Dieter Pohl, Nationalsozialistischer Judenmord als Problem von osteuropäischer Geschichte und Osteuropa-Geschichtsschreibung, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 40 (1992), S. 96–119.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mords" des Instituts für Zeitgeschichte[31], das in erster Linie zur Ermittlung der Gesamtzahl der Opfer konzipiert worden war.

Die osteuropäischen Veröffentlichungen wurden selbst in Forschungs-Überblikken[32] ignoriert. Das gilt auch für die – trotz vieler Schwächen im Detail – wichtige Synthese von Leni Yahil, die stärker als Hilberg einer chronologischen Konzeption folgt und systematisch die Vorgänge innerhalb der jüdischen Gemeinden einzubeziehen versucht; weder das hebräische Original noch die englische Übersetzung wurde in der europäischen Forschung wahrgenommen[33]. Eine groß angelegte Zusammenfassung der Forschungsbestrebungen bis Mitte der achtziger Jahre versuchte schließlich die in Israel organisierte Enzyklopädie des Holocaust. Dieses Lexikon gab insbesondere den Stand der Forschung zur jüdischen Geschichte wieder. Gerade die hebräische und die englische Ausgabe ließen aber viele Erkenntnisse der Täterforschung unberücksichtigt, die auch in der deutschen Version nur partiell eingearbeitet werden konnten[34].

Seit Ende der achtziger Jahre zeichnet sich ein neuer Trend der Forschung ab. Er geht relativ bruchlos aus den bis dahin vorgelegten Untersuchungen hervor, versucht aber verschiedene isolierte Stränge zu synthetisieren und zu vertiefen. Auch die deutsche Forschung wendet sich nun systematisch den Vorgängen im Krieg und den Schauplätzen des Massenmordes zu. Die Historiographie beginnt allmählich mit einer Neu-Konzeptualisierung der Geschichte des NS-Judenmordes. Dabei sind starke Tendenzen zur Historisierung sichtbar, d. h. die Judenverfolgung wird nicht mehr nur vom Endergebnis her gesehen, sondern als – in gewissen Grenzen – offener politischer Prozeß. Neben der Darstellung des Entscheidungszentrums Berlin geht es um die Gewichtung der Handlungslagen und radikalisierenden Impulse aus der Peripherie, also zumeist den besetzten Gebieten. Empirisch gesättigte Studien zu nahezu allen politischen Ebenen sind vorgelegt worden oder in Bearbeitung. Entsprechende Arbeiten zu Westeuropa sind schon seit einiger Zeit vorhanden, in ihnen wurde aber meist noch wenig Prozeßmaterial aus der Nachkriegszeit verarbeitet. Bezüglich Osteuropas wird die Judenverfolgung in die Analyse von Besatzungsstruktur und

---

31 Wolfgang Benz (Hrsg.), Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1991.

32 Michael Marrus, The Holocaust in History, Hannover/London 1987; ders., Reflections on the Historiography of the Holocaust, in: Journal of Modern History 66 (1994), S. 92–116; Gerd R. Ueberschär, Der Mord an den Juden und der Ostkrieg. Zum Forschungsstand über den Holocaust, in: Heiner Lichtenstein/Otto R. Romberg (Hrsg.), Täter – Opfer – Folgen. Der Holocaust in Geschichte und Gegenwart, Bonn 1995, S. 49–81.

33 Leni Yahil, ha'Shoa: goral yehude Eyropa, 2 Bde., Jerusalem 1987 (engl.: The Holocaust. The Fate of European Jewry 1932–1945, Oxford 1990). In der Internationalen Bibliographie der Rezensionen, Osnabrück 1990–1995, findet sich eine einzige Besprechung von Michael Marrus, Toronto.

34 Encyclopedia of the Holocaust, 4 Bde., New York 1989 (Band 5: Supplement, 1995); Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, 3 Bde., Berlin 1993; vgl. Wolfgang Scheffler, Holocaustforschung am Wendepunkt. Kritische Anmerkungen zur deutschen Ausgabe der „Enzyklopädie des Holocaust", in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 3 (1994), S. 341–353.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

-politik integriert. Erste Untersuchungen zu den Vorgängen an den Schauplätzen des Massenmordes sind publiziert[35] oder stehen vor dem Abschluß.

Besondere Bedeutung erlangt in diesem Zusammenhang die breite Auswertung der bundesdeutschen Verfahrensakten und die Nutzung der osteuropäischen Archive. Nicht nur die Anklagen und Urteile, sondern auch die Ermittlungsakten westdeutscher Staatsanwaltschaften werden inzwischen in den meisten Arbeiten zu NS-Verbrechen genutzt. Dieses Material ist äußerst umfangreich und besteht fast durchweg aus Beschuldigten- und Zeugenvernehmungen. Es bietet detaillierte Einblicke in die Entscheidungsabläufe und Tatvorgänge und ist vor allem dort von besonderem Wert, wo zeitgenössische Akten fehlen. In den osteuropäischen Archiven sind jetzt deutsche Aktenbestände in ungeahnten Dimensionen zugänglich, in Polen bereits seit Anfang der achtziger Jahre. Die Erforschung der regionalen Besatzungsherrschaft wird dadurch auf eine neue Grundlage gestellt. Auf der Basis aller dieser Quellen wird eine kaum für möglich gehaltene Präzisierung von Entscheidungsabläufen möglich, aber auch eine konkrete Rekonstruktion der Tötungsvorgänge, die erhöhte Ansprüche an die darstellerische Kraft der Autoren stellt[36].

Ende der achtziger Jahre wurde noch deutlicher, als es zuvor schon gewesen war, daß die Isolierung des Themas Judenverfolgung von anderen Politikbereichen überwunden werden muß. Nachdem besonders marxistische Historiker eine verfehlte, rein wirtschaftsgeschichtliche Interpretation der Judenverfolgung zu lancieren versucht hatten[37], wiesen nun vor allem Götz Aly und Susanne Heim auf die sozialtechnologische Komponente der „Endlösung" hin. Raumplaner und Wirtschaftswissenschaftler hätten mit ihren Konzepten eines völligen sozialökonomischen Neuaufbaus Osteuropas entscheidenden Anteil an der Verursachung des Massenmordes[38] gehabt. Doch erwies sich, daß hier ein Randphänomen zum Hauptfaktor der Entwicklung gemacht wurde, während der Antisemitismus als Movens der Judenver-

---

[35] Ian Kershaw, Improvised Genocide? The Emergence of the „Final Solution" in the „Warthegau", in: Transactions of the Royal Historical Society 6th Series 2 (1992), S. 51–78; Jürgen Matthäus, „Reibungslos und planmäßig" – Die zweite Welle der Judenvernichtung im Generalkommissariat Weißruthenien (1942–44), in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 4 (1995), S. 254–274; Dieter Pohl, Von der „Judenpolitik" zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939–1944, Frankfurt a. M. u. a. 1993; ders., Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1996; Thomas Sandkühler, Die „Endlösung" in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsaktionen des Berthold Beitz, Bonn 1996.

[36] Vgl. Christopher R. Browning, German Memory, Judicial Interrogation, and Historical Reconstruction. Writing Perpetrator History from Postwar Memory, in: Saul Friedländer (Hrsg.), Probing the Limits of Representation, Cambridge, MA 1992.

[37] Klaus Drobisch/Rudi Goguel/Werner Müller, Juden unterm Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933–1945, Berlin 1973.

[38] Besonders in Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991; vgl. Dan Diner, Rationalisierung und Methode. Zu einem neuen Erklärungsversuch der „Endlösung", in: VfZ 40 (1992), S. 359–382; Dieter Pohl, Großraumplanung und NS-Völkermord, in: Historisches Jahrbuch 114 (1994), S. 175–182.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

folgung fast verschwunden war. Dennoch bleibt als Verdienst des Buches „Vordenker der Vernichtung", auf die Rolle der angeblich unbeteiligten Mittelinstanzen der Verwaltung hingewiesen zu haben. Die beiden Autoren haben außerdem eine Fülle unbekannter Quellen aus osteuropäischen Archiven verwendet.

Auch nationalsozialistische Großkonzepte zur „rassischen Flurbereinigung" Osteuropas, die meist unter der Chiffre „Generalplan Ost" laufen, werden von der Forschung erst in letzter Zeit in Bezug zum Judenmord gesetzt. Die genaue Bedeutung dieser Planungen für die „Endlösung" blieb jedoch unklar[39]. Erst Götz Aly konnte einen solchen Konnex für die Phase bis Anfang 1941 nachweisen[40]: Die überstürzte „Rücksiedlung" Volksdeutscher aus Osteuropa habe besonders im Warthegau zur Schaffung und Verschärfung einer Reihe von Problemen geführt, die dann auf Kosten der Juden gelöst wurden. Diese standen freilich schon vorher im Zentrum der Verfolgungspolitik. Wieder gelang es dem Autor, eine Reihe von unbekannten wichtigen Dokumenten zu ermitteln und bisher völlig unterbewertete Komplexe wie die Planungen für ein „Reservat" in Weißrußland ans Tageslicht zu bringen. Allerdings wurden auch hier wieder andere bedeutsame Entwicklungsstränge und Schauplätze weitgehend ausgeklammert. Es muß sich noch erweisen, inwieweit diese neuen Teilergebnisse sinnvoll in eine Gesamtdarstellung der Entwicklung des Massenmords einzuordnen sind.

Die Debatte über die Entscheidungsfindung zur „Endlösung" hatte mit der Stuttgarter Konferenz von 1985 eine gewisse Grenze erreicht[41]. Danach zeigte sich mehr und mehr, daß die Entscheidungsprozesse – bei hoher ideologischer Konstanz – noch komplexer waren als ursprünglich angenommen. Insofern löste sich die Frontstellung Intentionalisten – Funktionalisten allmählich auf[42]. Nun rückten Zeitablauf und gesamtpolitische Zusammenhänge in den Mittelpunkt der Überlegungen. Es gibt inzwischen eine Reihe von Indizien dafür, daß sich die Entscheidung zum Massenmord an den europäischen Juden in einem langen Prozeß zwischen Anfang 1941 und Frühsommer 1942 ergab[43]. Die Beziehungen zwischen den Reichsinstitutionen

---

[39] Czesław Madajczyk, Besteht ein Synchronismus zwischen dem „Generalplan Ost" und der Endlösung der Judenfrage?, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg, München/Zürich 1989, S. 844–857; Mechthild Rössler/Sabine Schleiermacher (Hrsg.), Der „Generalplan Ost". Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993.

[40] Götz Aly, „Endlösung". Völkerverschiebung und Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a. M. 1995.

[41] Eberhard Jäckel/Jürgen Rohwer (Hrsg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung, Stuttgart 1985.

[42] So schon Wolfgang Scheffler, Probleme der Holocaust-Forschung, in: Stefi Jersch-Wenzel (Hrsg.), Deutsche – Polen – Juden. Ihre Beziehungen von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert, Berlin 1987, S. 259–281. Vgl. Christopher R. Browning, The Path to Genocide. Essays on Launching the Final Solution, Cambridge 1992; Philippe Burrin, Hitler et les Juifs. Genèse d'un génocide, Paris 1989 (deutsch: Hitler und die Juden. Die Entscheidung für den Völkermord, Frankfurt a. M. 1993).

[43] Stanislav Zámečnik, K sporum o genezi tzv. konečného rešeni židovské otážky, in: Česky Časopis Historicky 91 (1993), S. 73–94; Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung, S. 203–205; vgl. Pe-

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und den Besatzungsgebieten spielten dabei eine zentrale Rolle. Dies zeigen auch die Studien zum Judenreferat des Reichssicherheitshauptamtes[44]. Ähnliches gilt für die Neubewertung der Wannsee-Konferenz[45], die vielen Spekulationen ein Ende macht. Die Konferenz wird nun als Reaktion auf einige Schwierigkeiten angesehen, die Heydrich in der Frühphase der „Endlösung" mit anderen Behörden – etwa im Baltikum – hatte.

In der neuesten Forschung zeichnet sich ab, daß formale institutionelle Abgrenzungen und Rivalitäten – etwa zwischen SS und Zivilverwaltung – für die Organisation des Massenmordes 1941/42 nicht die Bedeutung hatten, die ihnen früher beigemessen wurde. Vielmehr handelte es sich bei der „Endlösung" gerade in den osteuropäischen Kolonialverwaltungen um ein Teamwork unterschiedlichster Behörden und Organisationen. Der Anteil der Wehrmacht daran wird erst allmählich freigelegt, wobei jedoch bisweilen eine gewisse Pauschalisierung zu beobachten ist[46]. Schon frühzeitig hat Raul Hilberg auf die fundamentale Rolle der Reichsbahn beim Massenmord hingewiesen, deren Rekonstruktion aber von der schmalen Quellenbasis beeinträchtigt ist[47]. Fast völlig neu sind die Erkenntnisse über die Bedeutung von Finanz- und Arbeitsverwaltung in der Judenverfolgung, die bisher aber nur für das Reichsgebiet erarbeitet wurden[48].

Neuere Forschungen zeigen ferner, daß sich gerade im besetzten Osteuropa, also an der institutionellen Peripherie, Widersprüche zwischen ideologischer Fixierung und alltäglichen Erfordernissen ergaben, wie an den Getto-Bildungen und den Auseinandersetzungen um jüdische Arbeiter nachgezeichnet werden kann. So ist die gängige These von der vollständigen Gettoisierung der polnischen Juden bereits vor der „Endlösung" kaum noch haltbar. Die Isolierung der Juden innerhalb der Städte scheiterte oft schon aus Mangel an Bewachungspersonal. Die Zwangsarbeits-Politik der deutschen Verwaltungen in den Großgettos wird momentan intensiv erforscht[49], die entsprechenden Kenntnisse über die zahllosen Arbeitsslager für Juden

---

ter Witte, Zwei Entscheidungen in der „Endlösung der Judenfrage": Deportationen nach Lodz und Vernichtung in Chelmno, in: Theresienstädter Studien und Dokumente 1995, S. 38–68.

[44] Hans Safrian, Die Eichmann-Männer, Wien/Zürich 1993; demnächst die Dissertation von Yaakov Lozowick, Israel, zum „Judenreferat" des Reichssicherheitshauptamtes.

[45] Wolfgang Scheffler, Die Wannsee-Konferenz und ihre historische Bedeutung, in: Haus der Wannsee-Konferenz. Erinnern für die Zukunft, Berlin [1992], S. 17–34.

[46] Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944, Hamburg 1995; Walter Manoschek, „Serbien ist judenfrei!". Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, München 1993.

[47] Raul Hilberg, Sonderzüge nach Auschwitz, Mainz 1981.

[48] Stefan Mehl, Das Reichsfinanzministerium und die Verfolgung der deutschen Juden 1933–1943, Berlin 1990; Dieter Maier, Arbeitseinsatz und Deportation. Die Mitwirkung der Arbeitsverwaltung bei der nationalsozialistischen Judenverfolgung in den Jahren 1938–1945, Berlin 1994.

[49] Vgl. Helge Grabitz/Wolfgang Scheffler, Letzte Spuren. Ghetto Warschau – SS-Arbeitslager Trawniki – Aktion Erntefest, Berlin 1988, sowie die Aufsätze in: Unser einziger Weg ist Arbeit. Das Getto in Lodz 1940–1944, Wien 1990.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im Osten sind hingegen noch fragmentarisch[50]. So ist immer noch nicht völlig geklärt, ob ökonomische Motive, also der Erhalt der Arbeitskraft der Juden, in gewissen Phasen nicht doch einen erheblichen Einfluß auf den Verlauf der Massenmorde hatten. In diesem Spannungsfeld von Arbeit und Vernichtung ist auch die Frage von Handlungsspielräumen und individuellem Verhalten der Deutschen im besetzten Osten von besonderer Bedeutung. Dies führt zum Problem der Besatzergesellschaft und ihrer Mentalität. Besonders in Osteuropa herrschte ein Klima endemischer Korruption und gewalttätiger Enthemmung[51], während im Reich eher „bürokratische" Unmenschlichkeit die Verfolgungsmaßnahmen charakterisierte, wenn auch der Arm der Gestapo nicht immer so weit reichte, wie lange angenommen wurde[52].

Sicher dürfte allerdings trotz der Konflikte in Macht- und Kompetenzfragen sein, daß über die Verdrängung der Juden Konsens bestand. Dieser wurde über den Antisemitismus und andere Ideologeme erzielt, deren konkrete Ausprägungen sich aber unterschiedlich gestalteten. Für den Kern der Tätergruppen liegen in dieser Hinsicht erst ansatzweise Studien vor. Hier könnte sich die Biographie über Werner Best mit der These von einem spezifischen Antisemitismus der Generation der „Neuen Sachlichkeit" als wichtiger Impuls erweisen[53]. Die Frage nach dem Antibolschewismus als ideologischer Motivation beim Judenmord ist gestellt, aber noch nicht empirisch zu beantworten[54]. Undeutlich bleiben auch die Verbindungslinien zum Antislawismus[55].

Die spezielle Täterforschung beschäftigte sich vor allem mit Zusammensetzung und Herkunft der NS-Funktionäre. Hannah Arendt versuchte mit ihrer These von der „Banalität des Bösen" frühzeitig eine Neuinterpretation der NS-Täter, die zuvor als pathologische Fälle aus den Randbereichen der Gesellschaft gesehen wurden. Nicht ausgesprochene Sadisten, sondern Durchschnittscharaktere seien die Täter gewesen. Allerdings übersah sie die Sonderstellung weltanschaulicher Eliten im Nationalsozialismus. Nicht nur für die führenden Funktionäre[56], sondern auch für viele

---

[50] Vgl. Felicja Karay, Yellow Death. The Skarzysko-Kamienna Labor Camp, Tel Aviv 1994 (hebräisch); es liegen weitere hebräischsprachige Dissertationen zu den Juden in Majdanek und Plaszow vor.

[51] Vgl. Rainer Weinert, Die Sauberkeit der Verwaltung im Kriege. Der Rechnungshof des Deutschen Reiches 1938–1946, Wiesbaden 1993.

[52] Robert Gellately, Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933–1945, Paderborn 1993; Klaus-Dieter Mallmann/Gerhard Paul (Hrsg.), Die Gestapo. Mythos und Realität, Darmstadt 1995.

[53] Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996.

[54] Hans-Heinrich Wilhelm, Rassenpolitik und Kriegsführung. Sicherheitspolizei und Wehrmacht in Polen und der Sowjetunion 1939–1942, Passau 1991. Detailliert: Ralf Ogorreck, Die Einsatzgruppen und die „Genesis der Endlösung", Berlin 1996.

[55] Wolfgang Wippermann, Probleme und Aufgaben der Beziehungsgeschichte zwischen Deutschen, Polen und Juden, in: Jersch-Wenzel, Deutsche – Polen – Juden, S. 1–47.

[56] Zuletzt Andreas Seeger, „Gestapo-Müller". Der skrupellose Schreibtischtäter, Berlin 1996; Claudia Steur, Theodor Dannecker. Ein Funktionär der Endlösung, Diss. phil., Stuttgart 1995.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

andere Felder der speziellen Täterforschung sind Vorarbeiten geleistet worden, besonders im Bereich der SS[57]. Deren Personal kam aus der Mitte der deutschen Gesellschaft, ihr Führerkorps rekrutierte sich aus den deutschen Eliten. Genauer geriet zuerst das Wachpersonal der Konzentrationslager in den Blick[58], neuerdings auch Gestapostellen im Reich und vereinzelt in den besetzten Gebieten[59]. Czesław Madajczyk legte einen Überblick über die Struktur des gesamten Besatzungspersonals vor, der noch vertieft werden muß[60]. In diesen Zusammenhang gehört das Problem des überproportional hohen Anteils von Österreichern an den Tätern, die sich ohne spezifische NS-Indoktrination 1938 problemlos in die Apparate einbinden ließen. Dies wird erst seit der politischen Debatte um den ehemaligen Bundespräsidenten Waldheim näher untersucht, allerdings mit eindeutigem Schwerpunkt auf der Besatzung in Südosteuropa[61]. Fast alle diese Studien zur Personalstruktur stützen sich noch weitgehend auf die überlieferten Sach- und Personalakten.

Die Frage nach der individuellen Motivierung der NS-Täter wurde frühzeitig von Kriminologen und Psychologen aufgeworfen[62]. Ihre Analysen blieben jedoch meist impressionistisch und litten vielfach an mangelnder empirischer Fundierung. Den mit Abstand wichtigsten Beitrag leistete in diesem Bereich der Kriminologe Herbert Jäger[63], der mit seinem spezifischen Instrumentarium die Faktoren individueller Tatausübung herausarbeitete. Er typologisierte die NS-Verbrechen in Exzeß-, Initiativ- bzw. Befehlstaten und beschäftigte sich ausführlich mit dem Unrechtsbewußtsein der Täter. Wie schon vor ihm Hans Buchheim relativierte er die Bedeutung des Be-

---

[57] Ruth Bettina Birn, Die Höheren SS- und Polizeiführer, Düsseldorf 1986; Herbert F. Ziegler, Nazi Germany's New Aristocracy. The SS Leadership 1925–1939, Princeton 1989.

[58] Tom Segev, The Commanders of the Nazi Concentration Camps, Diss. phil., Boston 1977 (stark überarb. deutsch: Die Soldaten des Bösen. Zur Geschichte der KZ-Kommandanten, Reinbek 1992); Hermann Langbein, Menschen in Auschwitz, Wien 1972; Alexander Lasik, Historical-Sociological Profile of the Auschwitz SS, in: Yisrael Gutman/Michael Berenbaum (Hrsg.), Anatomy of the Auschwitz Death Camp, Washington u. a. 1994, S. 271–287 (beruht auf Diss.); Zofia Leszczyńska, Struktura osobowa składu obozu koncentracyjnego na Majdanku, in: Zeszyty Majdanka 2 (1967), S. 22–96.

[59] Franz Weisz, Die Geheime Staatspolizei. Staatspolizeileitstelle Wien 1938–1945, Diss. phil., Wien 1991; Gerhard Paul, Ganz normale Akademiker, in: Mallmann/Paul, Gestapo, S. 236–254; Józef Bratko, Gestapowcy, Krakau 1985 (Gestapo Krakau).

[60] Czesław Madajczyk, Faszyzm i okupacje, Bd 2, Posen 1984, S. 60–164. Vgl. auch Wacław Szulc, Hitlerowski aparat wysiedleńczy w Polsce (Sylwetki głównych jego działączy), Warschau 1973.

[61] Vgl. Manoschek, Serbien; Karl Stuhlpfarrer (Hrsg.), Der Balkan im Zweiten Weltkrieg als Teil der österreichischen Zeitgeschichte, MS., Wien 1989; Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte, hrsg. von Gerhard Botz u. a., Frankfurt a. M./New York 1992.

[62] Leo Alexander, War Crimes and Their Motivation, in: Journal of Criminal Law and Criminology 39 (1949) S. 298–326; A. Kepiński, Niektóre zagadnienia psychosocjologiczne masowych zbrodni hitlerowskich II wojny światowej, in: Przegląd Lekarski 1962, H. 1 a; Hans-Joachim Heuer, Geheime Staatspolizei. Über das Töten und die Tendenzen zur Entzivilisierung, Berlin 1995.

[63] Herbert Jäger, Verbrechen unter totalitärer Herrschaft. Studien zur nationalsozialistischen Gewaltkriminalität, Olten/Freiburg 1967.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fehlsnotstandes[64]. Wegweisend waren auch Jägers Ausführungen zum Zusammenhang von Kriegssituation und Völkermord. Sein Buch blieb jedoch in der Historiographie weitgehend unbeachtet. Jäger arbeitete vor allem mit den Urteilen in NS-Verfahren. Diese sind heute nur noch ein erster Ansatzpunkt der Täterforschung. Insbesondere seit Mitte der sechziger Jahre geben sie aber immer dichtere Tatbeschreibungen, allerdings nur unter strafrechtlich relevanten Aspekten[65].

Ausschließlich anhand zeitgenössischer Akten untersuchte dagegen Omer Bartov einen Randbereich von NS- und Kriegsverbrechen: die Brutalisierung von Wehrmachteinheiten an der Ostfront 1941/42. Er beobachtete Prozesse der Entprofessionalisierung und generationsspezifische Faktoren als Rahmen für die Verrohung von Hinterland-Einheiten im Umgang mit Zivilisten und Kriegsgefangenen[66]. Einen stärker individualpsychologischen Ansatz entwickelte der Psychoanalytiker Robert Lifton am Beispiel der NS-Mediziner, speziell der Lagerärzte von Auschwitz. Seine Theorie von der „Dopplung" der Täterpersönlichkeit – in normales und extremes Verhalten – und der Entwicklung einer „genozidalen" Mentalität ist jedoch umstritten[67].

Ein echter Durchbruch erfolgte dann mit der Studie von Christopher Browning zum Polizeibataillon 101. Erstmals wurde nicht das Personal von Gestapo und Konzentrationslagern, sondern anscheinend „ganz normale Männer" zum Gegenstand der Täteranalyse gemacht. Institutioneller Rahmen und individuelles Tatverhalten wurden in Zusammenhang gesetzt. Browning gab einen Überblick über die verschiedenen Formen der Beteiligung der Ordnungspolizei und verfolgte die Tätigkeit einzelner Bataillone. Am Beispiel des Reservepolizeibataillons 101 dokumentierte er die Mordaktionen im Detail. Browning schöpfte extensiv aus den Akten bundesdeutscher Ermittlungsverfahren[68]. Er zeigte unterschiedliche Einstellungen bei den Männern auf und versuchte ihr tödliches Handeln aus einer Kombination von ideologischen und situativen Faktoren zu erklären, unter anderem an Hand des sogenannten Milgram-Experiments. Seine Ergebnisse wurden inzwischen am Beispiel anderer Einheiten noch weiter vertieft[69].

---

[64] Hans Buchheim, Befehl und Gehorsam, in: Anatomie des SS-Staates, Bd 1, S. 257–380.

[65] Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966, hrsg. von C. F. Rüter u. a., 22 Bde., Amsterdam 1966–1981 (eine Fortsetzung ist angekündigt).

[66] Omer Bartov, The Eastern Front 1941–1945. German Troops and the Barbarization of Warfare, London 1985.

[67] Robert J. Lifton, The Nazi Doctors: Medical Killing and the Psychology of Genocide, New York 1986 (deutsch: Ärzte im Dritten Reich, Stuttgart 1988); ders./Eric Marcusen, Psychologie des Völkermordes. Atomkrieg und Holocaust, Stuttgart 1992.

[68] Christopher R. Browning, Ordinary Men: Reserve Battalion 101 and the Final Solution in Poland, New York 1992 (deutsch: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die Endlösung in Polen, Reinbek 1993).

[69] Andrej Angrick/Martina Voigt/Silke Ammerschubert/Peter Klein/Christa Alheit/Michael Tycher, „Da hätte man schon ein Tagebuch führen müssen." Das Polizeibataillon 322 und die Judenmorde im Bereich der Heeresgruppe Mitte während des Sommers und Herbstes 1941, in: Helge Grabitz/

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Über die Frage nach den Tätern hinaus wird schon seit längerer Zeit die Reaktion und das Verhalten Unbeteiligter gegenüber den Massenmorden erforscht. Während relativ gut untersucht worden ist, wieviel die Westalliierten über den Judenmord wußten und wie sie darauf reagierten, steckt die Erforschung des Verhaltens der einheimischen nichtjüdischen Bevölkerung angesichts der Judenverfolgung eher noch in den Anfängen. Dies gilt insbesondere für die osteuropäischen Gesellschaften, die oftmals ja direkt mit den Massenmorden konfrontiert wurden. Für die Bevölkerung im Reich hat David Bankier versucht, den Wissensstand über die Massenmorde zu rekonstruieren[70]. Auf solider Quellenbasis führt Bankier den hohen qualitativen Kenntnisstand einzelner Deutscher vor. Die Schwierigkeit quantitativer Bestimmung bleibt allerdings bestehen. Lediglich der Umfang der Rettungsversuche von Seiten einzelner Nichtjuden läßt sich – vor allem Dank der Bemühungen von Yad Vashem – genauer klären. Gerade dieses Thema, das nach einigen Gesamtdarstellungen[71] als erschöpfend behandelt galt, erhielt im Gefolge des Spielfilms „Schindler's List" neue Aktualität. Nach einer Reihe publizistischer Reaktionen dürfte nun auch die wissenschaftliche Klärung dieser Vorgänge vorankommen[72]. Es ist allerdings auffällig, daß die Rettungsaktionen von Deutschen bis heute nicht in die breite Debatte über den Widerstand im Dritten Reich integriert wurden.

II. „Hitlers willige Vollstrecker"[73]?

1. Die Thesen von Daniel J. Goldhagen

In diesem Kontext einer relativ ausdifferenzierten Forschung erscheint die Aufregung um das Buch von Daniel J. Goldhagen eher verwunderlich. Insbesondere in Deutschland traf das Buch zumeist auf starke – zum Teil überscharfe – öffentliche Ablehnung. In seiner überarbeiteten Dissertation kündigt der Autor mit großem

Klaus Bästlein/Johannes Tuchel (Hrsg.), Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, Berlin 1994, S. 325–385.

[70] David Bankier, The Germans and the Final Solution, Oxford 1992 (deutsch: Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung" und die Deutschen. Eine Berichtigung, Berlin 1995). Vgl. auch Gaston Haas, „Wenn man gewußt hätte, was sich drüben im Reich abspielte . . ." 1941–1943. Was man in der Schweiz von der Judenvernichtung wußte, Basel/Frankfurt a. M. 1994.

[71] Vgl. David P. Gashee, Many Paths to Righteousness. An Assessment of Research on Why Righteous Gentiles Helped Jews, in: Holocaust and Genocide Studies 8 (1993), S. 372–401.

[72] Vgl. jetzt das Buch von Sandkühler, „Endlösung" in Galizien.

[73] Daniel Jonah Goldhagen, Hitler's Willing Executioners. Ordinary Germans and the Holocaust, New York 1996; deutsch: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996 (spezielle Seitenzahlen der deutschen Version des Buches werden hier im Text angegeben). Die Übersetzung ist inhaltlich leicht geglättet und enthält zahlreiche Fehler bzw. Ungenauigkeiten, beginnend mit Zeile 2 des Hauptteils bis hin zur völligen Sinnverkehrung auf S. 600, Anmerkung 63.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

theoretischen und empirischen Aufwand eine Generalrevision an. Wie schon an anderen Stellen[74] unterzieht Goldhagen zunächst die bisherige Literatur einer harten Kritik. Zu Recht betont er, die Forschung habe, mit Ausnahme Herbert Jägers, die sogenannten tatnahen NS-Verbrecher, also die Mordschützen und Bewacher, vernachlässigt. Deswegen zielt er nicht auf die schon besser untersuchten zentralen Teile des Weltanschauungsapparates – wie Sicherheitsdienst oder Gestapo – ab, sondern auf die Täter außerhalb der SS. Ausgangspunkt der Argumentation ist die Überlegung, daß die tatnahen NS-Verbrecher nicht gleichsam gedankenlos die Mordbefehle ausführten, sondern daß auch sie verantwortlich handelten; wie jeder andere Mensch hatten auch sie eine sinnhafte Vorstellung von ihrem Handeln. Bei der Untersuchung der Massenmorde macht der Autor mehrere zentrale Beobachtungen: Es habe keinerlei Zwang zur Ausübung dieser Befehle gegeben. Die Morde seien fast durchweg unnötig grausam verübt worden, zahllose Exzeßmorde sogar ohne Befehl. Die Behandlung der Juden habe allen rationalen, insbesondere ökonomischen Motiven widersprochen. Daran anknüpfend gelangt Goldhagen zu der These, die Täter hätten aus freier Entscheidung gehandelt, d.h. sich freiwillig für den Völkermord entschieden. Die von ihm vorgeführten Täter seien repräsentativ für alle Deutschen, die – so behauptet der Autor – genauso gehandelt hätten, wenn sie in derselben Lage gewesen wären.

Wie kamen die „ganz gewöhnlichen Deutschen" nun zu dieser Einstellung? Goldhagen versucht zu beweisen, daß sich die deutsche Gesellschaft schon immer ein spezifisches Bild von den Juden gemacht habe, das von der völligen Andersartigkeit der Juden geprägt gewesen sei. Als Konsequenz der verschiedenen antijüdischen Stereotypen sei der Antisemitismus „eliminatorisch", im Kern auf die völlige Verdrängung gerichtet gewesen. Diese Einstellung sei spätestens seit dem 19. Jahrhundert in allen Milieus und Institutionen verbreitet gewesen. Hitlers Antisemitismus habe sich deshalb über alle politische Lager hinaus in weitgehender Übereinstimmung mit dem der Bevölkerung gefunden. Er aber wollte die Juden von Anfang an ermorden – und zwar alle. Dazu habe er den latent schon vorhandenen Judenhaß zum Handeln aktiviert. Laut Goldhagen paßte Hitler, nachdem er durch den Expansionskrieg Herr über die meisten europäischen Juden geworden war, nur noch die geeignete außenpolitische Lage ab, um den Befehl zum Massenmord zu erteilen. Die Täter, zum größten Teil durchschnittliche Deutsche, seien bei ihren Mordhandlungen nicht durch institutionelle Einbindung, autoritäre Mentalität, sondern vor allem und hinreichend allein durch den „eliminatorischen" Antisemitismus motiviert gewesen. Die deutsche Gesellschaft, die über die Massenmorde gut informiert gewesen sei, habe die „Endlösung" als „nationales Projekt" internalisiert und begrüßt. Im Grunde sei jeder Deutsche ein potentieller Judenmörder gewesen (S. 471). Diese Einstellung habe bis in die letzten Kriegstage vorgeherrscht und sei erst langsam durch die Reeducation nach 1945 aufgelöst worden.

---

[74] Daniel Jonah Goldhagen, The Evil of Banality, in: The New Republic, 13./20.7. 1992; ders., False Witness, in: The New Republic, 27.12. 1993.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Versuch, eine Globalerklärung der „Endlösung" aus der Motivation und dem Verhalten der tatnahen NS-Verbrecher abzuleiten, ist bisher nicht gemacht worden. Eine solche Verknüpfung gab es bisher fast nur für Hitler und Himmler. Um dies für die ganze deutsche Bevölkerung nachzuweisen, bedarf es enormer theoretischer und empirischer Anstrengungen. Dazu präsentiert Goldhagen ein sozialwissenschaftliches Instrumentarium, das nicht nur die individuelle Vorstellungswelt der Täter, sondern auch die kollektive Einstellung der Deutschen zu den Juden erfassen und beides miteinander verkoppeln soll. Der entscheidende Punkt, der Umschlag antisemitischer Einstellung in genozidales Handeln, wird vorwiegend über Rückschlüsse aus den bekannten Handlungsabläufen konstruiert. Diese wiederum zeichnet Goldhagen fast ausschließlich aus Zeugenvernehmungen nach, die nach 1945 entstanden.

In puncto Tätermotivation ist der Gesamtansatz durchaus überzeugend, da hier der Schwerpunkt auf den tatnahen Vorgängen liegen muß. Analytisch erfordert die Motivationsforschung aber zunächst die Bestimmung des genauen historischen Kontextes, um alle anderen möglichen Variablen, die die Entscheidung zur Tat beeinflußt haben könnten, isolieren zu können. Goldhagens Hypothese einer monokausalen hinreichenden Motivation läßt sich zweifelsfrei nur im komparativen Zugriff erhärten, d.h. im Vergleich: gleiche Täter, andere Zeit, andere Außenbedingungen, andere Opfergruppen. Und seine darüber hinausgehende Behauptung, „ganz gewöhnliche Deutsche" seien als Täter so motiviert worden, verlangt eine Betrachtung der Zusammensetzung der Tätergruppen und eine quantitative Bestimmung der unterschiedlichen Verhaltensvarianten, insbesondere solcher, die nicht auf Befehle zurückzuführen sind. Der bisher als Kern der Tätergruppen angesehene SS/Gestapo/SD-Komplex und sein Einfluß müßten davon analytisch sauber getrennt werden. All dies wird in den Fallstudien Goldhagens aber nicht hinreichend durchgeführt, wie zu zeigen sein wird. Dennoch hat die These, daß die Mehrheit der tatnahen NS-Verbrecher beim Judenmord primär durch individuelle antisemitische Einstellungen motiviert war, eine hohe Plausibilität, wenngleich institutionelle und soziale Faktoren bis zuletzt auch eine wichtige Rolle spielten. Goldhagen kann aber an keiner Stelle beweisen, daß „gewöhnliche Deutsche", die nicht institutionell in den „Endlösungs"-Apparat eingebunden waren, bei denen also alle anderen Variablen, die an den Schauplätzen der Morde in Rechnung zu stellen sind, eine geringe Rolle spielen, im Regelfall Juden umbringen wollten. Somit kann er letztlich weder die Monokausalität der Motivation noch die These von der Tatbereitschaft der „gewöhnlichen Deutschen" unwiderlegbar abgesichert belegen. Umgedreht argumentiert bleibt die Frage offen, ob allein der Antisemitismus und eine derart ideologisierte politische Kultur solche Massenmörder hervorbringt oder ob Morde dieser Art nicht schon unter „normaleren" Bedingungen möglich sind.

Auf schwächeren analytischen und empirischen Füßen als die These zur Tätermotivation steht Goldhagens Behauptung, die deutsche Bevölkerung habe nicht nur die Verdrängung der Juden, sondern auch den Massenmord begrüßt. Noch problemati-

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

scher ist sein weitergehender Anspruch, eine neue Gesamterklärung für die „Endlösung" zu geben. Ohne das Täterverhalten von Durchschnittsdeutschen sei die „Endlösung" nicht zu erklären. Auf der Basis solcher Hypothesen erhebt der Autor die Motivation der Täter sogar zum Kern jeder Erklärung des Massenmordes. Der Autor kann aber nicht überzeugend begründen, warum er das Verhalten der tatnahen Täter in den Mittelpunkt stellt; für eine Gesamterklärung müßte er die Kernbereiche des NS-Weltanschauungsapparates in die Darstellung einbeziehen. Deren Vernachlässigung wäre nur dann vertretbar, wenn die Teilnahme durchschnittlicher Deutscher am Massenmord unabdingbare Voraussetzung für dessen Durchführung gewesen wäre. Tatsächlich ist es aber fraglich, ob die Polizeireservisten nicht hätten ersetzt werden können. Die Geschichte der Entscheidungen, die zum Völkermord führten, und der Apparate, die die „Endlösung" ausführten, wird vom Autor in weniger als fünfzig Seiten recht pauschal abgehandelt. Die These vom Massenmord, der im antisemitischen Konsens von Volk und Hitler im Krieg ausgeführt worden sei, beruht auf so vielen Vereinfachungen und schwach gestützten Prämissen, daß sie kaum überzeugen kann.

2. Die Darstellung

Das Werk gliedert sich in drei unterschiedlich gewichtete Teile: 1. eine ausführlichere Darstellung des Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft bis in den Zweiten Weltkrieg, 2. die kurz gehaltene Beschreibung der NS-Judenpolitik und ihrer institutionellen Träger, und schließlich 3. drei umfangreiche Fallstudien zum Judenmord, die sich mit den Polizeibataillonen, den Arbeitslagern für Juden und den sogenannten Todesmärschen 1945 beschäftigen. Die als Makro-Ebene apostrophierte Darstellung des Antisemitismus in Deutschland ist der wissenschaftlich schwächste Teil des ganzen Buches, insbesondere in den Abschnitten bis 1918. Anders als die Autoren von älteren Ideologie-Geschichten versucht Goldhagen, nicht nur die antisemitischen Publikationen seit dem 18. Jahrhundert zu referieren, sondern den prominenten Platz des Antisemitismus in der deutschen politischen Kultur zu bestimmen. Dieser habe bereits im 19. Jahrhundert nicht nur auf Dissimilation, sondern auf mehr: auf Ausgrenzung, Vertreibung und Auslöschung gezielt. Im Grunde geht es Goldhagen um den Antisemitismus als Bestandteil der Mentalität, als eher latente Grunddisposition, die von den Stereotypen in der Öffentlichkeit stark geprägt worden sei.

Auffällig ist die selektive Rezeption der Literatur. Goldhagen stützt sich weitgehend auf amerikanische Forschungen[75] und bezieht vor allem solche Veröffentlichungen ein, die ähnliche Thesen wie er selbst vertreten. Besonders deutlich wird dies am Buch von Paul Rose, der einen simplifizierenden Weg von Richard Wagner zum

[75] Bei dem oft verwendeten Joshua Trachtenberg, The Devil and the Jews, Philadelphia 1983, wäre zur Einordnung eine Erwähnung des Erstdrucks (Hartford 1943) hilfreich gewesen.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Massenmord unterstellt[76]. Durch die Erklärung der „eliminatorischen" Elemente zum Kern des Antisemitismus wird ein Modell geschaffen, das die logische Verbindung mit den Abschnitten zum Dritten Reich herstellen soll. Diese inhaltliche Bestimmung des Antisemitismus läßt sich aber nur an der disparaten antisemitischen Literatur festmachen. Diese ursprünglich aus heuristischen Gründen vorgenommene Operation gewinnt im Laufe der Darstellung dann immer mehr Eigenleben. Damit wird streckenweise eben doch eine abgehobene Ideologiegeschichte mit – wie der Autor bestätigt – reduktionistischem Inhalt geboten, die relativ unverbunden neben Auslassungen zur sozialen Basis und politischen Bedeutung des Antisemitismus steht. Dabei unterlaufen dem Autor eine Vielzahl irreführender oder falscher Behauptungen, so etwa zum Antisemitismus Martin Luthers, die Gleichsetzung der Mehrheit der Deutschen mit Konservativen und Völkischen, zum Antisemitismus der liberalen Bewegung nach 1870[77].

Das entscheidende Defizit dieser Abschnitte liegt jedoch darin, daß der Autor nicht einmal den Versuch unternimmt, die Kriterien zu erörtern, die ihn zu seinen Thesen bringen. Der Antisemitismus erscheint als das zentrale Thema der deutschen Gesellschaft, er sei allgegenwärtig gewesen, substantieller Bestandteil der deutschen Kultur, im Inhalt immer „eliminatorisch" (also auf den Nationalsozialismus hin angelegt) und immer handlungsrelevant. Und: Der deutsche Antisemitismus seit dem 19. Jahrhundert wird als Phänomen sui generis präsentiert (S. 491). Das auf den ersten Blick hohe analytische Niveau mit zahlreichen reflexiven Abschnitten täuscht darüber hinweg, daß der Autor immer nur im Rahmen seiner einmal festgelegten Hypothese argumentiert. Weder werden Verbreitung, geschichtliche Entwicklung, innere Differenzierung und Handlungsrelevanz des Antisemitismus zusammenhängend dargestellt, noch gar überhaupt sein Stellenwert in Politik und Öffentlichkeit gewichtet. Im Gegensatz zu späteren Kapiteln tauchen die Juden selbst in der Darstellung fast nicht auf, insbesondere ihre sozioökonomische Entwicklung und ihr Selbstverständnis ab 1850 fehlen fast ganz. Unterstellt man die zentrale Bedeutung des Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft, so bleibt unverständlich, warum ein Großteil der Juden in dieser Zeit einen rasanten sozialen Aufstieg durchmachte.

Der Judenhaß außerhalb des deutschen Kulturkreises war sicher keine Ursache für den Massenmord, wie der Autor zu Recht betont. Um aber den Stellenwert des Antisemitismus im 19. Jahrhundert für die „Endlösung" abschätzen zu können, wäre ein Vergleich mit anderen Ländern nötig gewesen. Wären die Vorurteilsstrukturen dort nämlich ähnlich gewesen, so müßte – nach der Konstruktion des Autors – dort auch die latente Bereitschaft zum Völkermord vorhanden gewesen sein. Unfreiwillig

[76] Paul Lawrence Rose, Revolutionary Antisemitism in Germany from Kant to Wagner, Princeton 1990, den Goldhagen für seinen engen Zugriff nur auf Intellektuelle kritisiert. Vgl. aber die Grundsatzkritik von Karl Menges, Another Concept in the „Sonderweg"-Debate? P. L. Rose's „Revolutionary Antisemitism" and the Prehistory of the Holocaust, in: German Studies Review 18 (1995), S. 291–314.

[77] Vgl. im einzelnen auch die Kritik von Johannes Heil, Die Einzigartigkeit der Täter, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 5 (1996), S. 242–251.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fließt der Vergleich im Zitat eines deutschen Juden ein (S. 112), der das Absinken Deutschlands nach 1918 auf das Niveau der „Pogromländer" beklagt, die bei Goldhagen aber nicht vorkommen. Damit kehrt der Autor zu den Thesen der frühen fünfziger Jahre zurück und versperrt sich selbst den Weg zur komplizierten Analyse der Kontinuitäts-Frage. Daß der Antisemitismus des 19. Jahrhunderts Vorläufer-Funktion für die NS-Ideologie hatte und erhebliche Verbreitung fand, darüber besteht seit langem Konsens. Eine beweiskräftige Erklärung des Zusammenhangs mit der „Endlösung" ist häufig versucht worden, definitive Aussagen stoßen jedoch auf nahezu unlösbare theoretische Schwierigkeiten[78].

Im kurzen Abschnitt zum Antisemitismus in der Weimarer Republik, der wieder auf die enorme Verbreitung der Stereotypen abhebt, nähern sich die Einschätzungen Goldhagens schon stärker dem momentanen Diskussionsstand an. Allerdings bleibt der enge Blickwinkel bestehen. Gerade der Erste Weltkrieg mit seiner ungeheueren Gewaltentfesselung und einer ausgedehnten deutschen Besatzungspolitik hätte ein hervorragendes Vergleichsfeld für die These von der Handlungsrelevanz des deutschen Antisemitismus geboten. Sie war in diesem Fall allerdings relativ gering, insbesondere im Vergleich mit den entsprechenden Vorgängen in Rußland[79], ganz zu schweigen vom russischen Bürgerkrieg. Die Zäsur 1918 hat für Goldhagen kaum größere Bedeutung. Tatsächlich wurden aber erst um diesen Zeitpunkt herum die Ideologien handlungsrelevant, neben Antibolschewismus und Polenfeindschaft war dies ein spezifischer Antisemitismus, und aus den Freikorps rekrutierte sich ein nicht unerheblicher Teil späterer NS-Täter. Die damaligen heftigen Debatten über die Ostjuden in Preußen, Bayern und Österreich übergeht er, obwohl sie sogar in Vorschlägen der Internierung gipfelten. Doch dies fließt nur am Rande in den Text und überhaupt nicht in die Analyse Goldhagens ein. Vielmehr sieht er alle Erscheinungen nur in voller Kontinuität zum Kaiserreich. Dagegen sei den Deutschen in der Weimarer Republik aller Sinn für Autoritäten abhanden gekommen, wie er am Widerstand gegen die Demokratie zeigen zu können glaubt (S. 665). Tatsächlich zielte dieser Widerstand doch gerade auf die Schaffung autoritärer oder totalitärer Strukturen, d. h. die Autoritätshörigkeit nahm nicht ab, sondern veränderte sich. Ähnlich kurzschlüssig argumentiert er im Hinblick auf die Eliten, als er eher überrascht die frühzeitige Nazifizierung etwa von Juristen feststellt. Die neuere Forschung hat aber gerade die frühe Ideologisierung akademischer Eliten als wichtiges Element der Kontinuität herausgearbeitet[80]. Insgesamt hat man bei der Lektüre des ersten Teils des Buches den

[78] Shulamit Volkov, Kontinuität und Diskontinuität im deutschen Antisemitismus 1878–1945, in: VfZ 33 (1985), S. 221–243; Donald L. Niewyk, Solving the „Jewish Problem". Continuity and Change in German Antisemitism, 1871–1945, in: Yearbook Leo Baeck Institute 35 (1990), S. 335–370.

[79] Vgl. Egmont Zechlin, Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1969. Zu den zaristischen Massendeportationen von Juden 1914/15 vgl. Daniel William Graf, The Reign of the Generals. Military Government in Western Russia, 1914–1925, Ann Arbor 1972, S. 117–132.

[80] Vgl. Norbert Kampe, Studenten und „Judenfrage" im Deutschen Kaiserreich, Göttingen 1988.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eindruck, daß die Ergebnisse des Hauptabschnitts über die Massenmorde hier auf die ganze deutsche Geschichte zurückprojiziert wurden.

Überzeugender wirkt das Buch erst, wenn der Autor zur Darstellung des Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft im Dritten Reich vordringt. Man muß erstaunt feststellen, daß dieses Thema in der Forschung bisher sozusagen als „selbsterklärend" angesehen wurde. Wie zum Antisemitismus in der Weimarer Republik[81], so mangelt es auch hier weitgehend an synthetisierenden Monographien, die Inhalte, soziale Verbreitung und Aktionsbereitschaft der Judenfeindschaft differenziert auseinanderlegen. Als zeitlicher Ansatzpunkt für den Wertewandel ist hier bereits die unmittelbare Nachkriegszeit von 1920 bis 1923, dann die Weltwirtschaftskrise zu sehen, die bei Goldhagen lediglich als Motor des NSDAP-Wahlerfolgs erwähnt wird. Die Frage, ob die antijüdische Propaganda am Abstimmungsverhalten bei Wahlen einen erheblichen Anteil hatte, kann auch der Autor nicht schlüssig beantworten[82]. Ebenso bleibt er den Beweis für die Behauptung schuldig, die gesamte Bevölkerung habe bereits beim Machtantritt Hitlers ein „nazifiziertes Judenbild" gehabt.

Insgesamt gibt Goldhagen aber in diesem Abschnitt eine recht umfassende Übersicht über den Antisemitismus in Deutschland nach 1933, insbesondere auch über die – weithin übersehenen – Ausschreitungen und täglichen Erniedrigungen vor der „Reichskristallnacht". Allerdings wählt er immer gezielt Beispiele aus, die seinen Thesen entsprechen, und läßt dagegensprechende Befunde weg, und es ist auch nicht zu übersehen, daß die Sekundärliteratur, auf der diese Abschnitte zur Gänze beruhen, fast durchweg ein quellenkritischeres[83] und differenzierteres Bild von der deutschen Bevölkerung zeichnet, als Goldhagen dies tut. Pauschalisierungen trifft man vor allem in der Darstellung der Judenfeindlichkeit in den Kirchen wieder. Goldhagen weist auf die breiten problematischen Strömungen im Klerus hin, ohne aber inhaltliche und zeitliche Unterscheidungen zu treffen[84]. Dies zeigen besonders die Beispiele von – in der Originalfassung als Führer der Bekennenden Kirche bezeichneten – Karl Barth und von Otto Dibelius, deren antijüdische Tendenzen angeführt werden, ohne aber ihr – anderes – Verhalten angesichts des Massenmords zu thematisie-

[81] Vgl. aber Donald L. Niewyk, Socialist, Anti-Semite and Jew. German Social Democracy Confronts the Problem of Anti-Semitism, 1918–1933, Baton Rouge 1971; ders., The Jews in Weimar Germany, Baton Rouge 1980, S. 43–81.

[82] Vgl. dazu: Oded Heilbronner, The Role of Nazi Anti-Semitism in the Nazi Party's Activity and Propaganda. A Regional Historiographical Study, in: Yearbook Leo Baeck Institute 35 (1990), S. 397–439; ders., Where did Nazi Anti-Semitism Disappear to? Anti-Semitic Propaganda and Ideology of the Nazi Party, 1929–1933, in: Yad Vashem Studies 21 (1991), S. 263–286.

[83] Heinz Boberach, Quellen für die Einstellung der deutschen Bevölkerung zur Judenverfolgung, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, Hamburg 1992, S. 31–49; nicht verwendet: Bernd Stöver, Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilberichte, Düsseldorf 1993, S. 246–270.

[84] Vgl. Heinz Hürten, Deutsche Katholiken 1918–1945, Paderborn 1992, S. 425–440, 501–522; Jochen Christoph Kaiser/Martin Greschat (Hrsg.), Der Holocaust und die Protestanten, Frankfurt a. M. 1988.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ren[85]. Eine Auseinandersetzung mit den einschlägigen Ergebnissen von Sarah Gordon, die eines der wichtigsten Bücher zum Thema geschrieben hat[86], unterbleibt. Gordon unterscheidet antisemitische Strömungen in der deutschen Bevölkerung nach Milieus, gewichtet sie qualitativ sehr unterschiedlich und auch wenig handlungsrelevant. Sie hat insbesondere den Regierungsbezirk Düsseldorf empirisch untersucht und ihr Augenmerk auch auf die Handlungsspielräume der Bevölkerung gelenkt, die sie für geringer hält, als Goldhagen sie einschätzt.

Einen recht ausführlichen Teil nimmt die Darstellung der – als „Vorstufe zum Völkermord" gewerteten – sogenannten Reichskristallnacht 1938 ein. Goldhagen gesteht durchaus zu, daß ein Teil der Bevölkerung die Gewaltexzesse ablehnte. Allerdings sei „die Begeisterung der Deutschen für das eliminatorische Unternehmen" (S. 131) dadurch nicht unterbrochen worden, die Kritik habe sich nur auf das brutale Vorgehen und die Zerstörung von Sachwerten gerichtet. Nicht überzeugen kann hier die These, das Regime habe sich durch die Reaktion der deutschen Bevölkerung im offen gewalttätigen Weg bestätigt gesehen[87]. Tatsächlich wurde in der Folge weit weniger die Öffentlichkeit gesucht. Diese Frage ist deshalb von zentraler Bedeutung für die Argumentation Goldhagens, weil er behauptet, Hitler habe nur im Einverständnis mit der Bevölkerung gegen die Juden vorgehen wollen.

Für die Zeit des Zweiten Weltkrieges sieht Goldhagen eine weiterhin ungebrochene Kontinuität im Verhalten der Deutschen. Genauso wie die deutsche Bevölkerung die Nürnberger Gesetze begrüßt habe, so befand sie angeblich auch die Deportationen für gut, selbst als die Ziele sehr bald bekannt wurden. Der Autor bezieht sich vor allem auf das Schweigen der Bevölkerung zum Judenmord und einige Einzelbeispiele. Dies ist nur eingeschränkt beweiskräftig. Er überschätzt nämlich die Bedeutung des Themas Judenverfolgung für die öffentliche Meinung im Krieg. Dazu kam die immer entschiedenere Verfolgung von regimefeindlichen öffentlichen Äußerungen. Darunter fiel auch die Verbreitung von Informationen über den Judenmord[88]. Ein zentrales Problem dieses Abschnitts ist die mangelnde Differenzierung des Antisemitismus im Angesicht des Massenmordes: In der deutschen Gesellschaft herrschten in den dreißiger Jahren antijüdische Vorurteile vor. Doch war fast jeder Deutsche, der solche Vorurteile hatte, auch einverstanden mit den Massenmor-

[85] Zu Barth besonders das richtigstellende Nachwort in dem häufig von Goldhagen verwendeten Wolfgang Gerlach, Als die Zeugen schwiegen. Bekennende Kirche und die Juden, Berlin ²1993, S. 437–449; Robert Stupperich, Otto Dibelius, Göttingen 1989.

[86] Sarah Gordon, Hitler, Germans and the „Jewish Question", Princeton 1984. Das Buch wird in anderem Zusammenhang erwähnt.

[87] Hier vermißt man die Diskussion der materialreichen Arbeit von Dieter Obst, die ebenfalls Gerichtsakten nutzt und zu anderen Schlüssen kommt: „Reichskristallnacht". Ursachen und Verlauf des antisemitischen Pogroms vom November 1938, Frankfurt a. M. u. a. 1991; vgl. William Sheridan Allen, Die deutsche Öffentlichkeit und die „Reichskristallnacht", in: Detlev Peukert/Jürgen Reulecke (Hrsg.), Die Reihen fast geschlossen, Wuppertal 1981, S. 397–412.

[88] Vgl. Bernward Dörner, Justiz und Judenmord. Zur Unterdrückung von Äußerungen über den Genozid an den europäischen Juden durch die deutsche Justiz, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 4 (1995), S. 226–253.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den im Osten, unterstützte sie gar begeistert? Den Beweis bleibt der Autor schuldig.

Die Darstellung der Judenverfolgung in den Jahren 1933 bis 1941 ist recht konventionell gehalten. Sie wird als Meso-Ebene bezeichnet. Hier wird ein Ultra-Intentionalismus präsentiert, wie er bis in die siebziger Jahre in der Forschung vorherrschte. Im Kern behauptet Goldhagen, Hitler, der seit langem zum Judenmord entschlossen gewesen sei, habe nur einen günstigen Moment abgewartet, um dann den Massenmord anzuordnen. Dabei ergeben sich erhebliche Beweisprobleme. In seiner auf Hitler zentrierten Sichtweise übersieht Goldhagen, daß sich Mitte der dreißiger Jahre in Gestapo und Sicherheitsdienst ein aggressiv biologistisches gesellschaftspolitisches Konzept durchsetzte. Gerade dieser Apparat steuerte später die Organisation der „Endlösung"[89]. Außerdem läßt sich die Auswanderungspolitik bis 1939 nur schwer in Einklang bringen mit der Behauptung des Autors, Hitler habe immer alle Juden im In- und Ausland umbringen wollen. Gerade Ende 1938 waren 27 000 Juden in deutsche Konzentrationslager eingewiesen worden. Warum ließ die Staatsspitze sie wieder frei?

Spekulativ sind Goldhagens Thesen zur ersten Kriegsphase. Der Autor sieht zwar 1939 alle Vorbedingungen für die restlose Ermordung der europäischen Juden erfüllt: Hitler wollte diese „Endlösung", die deutsche Bevölkerung habe mit ihm im Antisemitismus übereingestimmt, und mit dem Expansionskrieg waren die meisten Opfer in deutscher Hand. Die Ermordung der polnischen und der ukrainischen Juden wird hier sogar als Hitlers explizites Kriegsziel im Polenfeldzug präsentiert; dazu führt Goldhagen einen Informantenbericht an das Foreign Office an, eine dubiose Quelle in vierter Zitierung, die in der deutschen Übersetzung noch weiter verstümmelt wird. Daß die „Endlösung" durch Massenmord nicht schon 1939 erfolgte, dafür seien außenpolitische Rücksichten verantwortlich gewesen. Hitler habe gar einen sowjetischen Angriff deswegen gefürchtet. Die Debatte mit der Heeresführung über die Morde im Polenfeldzug bleibt unerwähnt. Nimmt man die unbedingte und kontinuierliche Priorität des Antisemitismus ernst, so bleibt immer noch Erklärungsbedarf für die Massenmorde an deutschen und polnischen Kranken ab Ende 1939[90] oder an der polnischen Intelligenz im Sommer 1940 im außenpolitischen „Windschatten" des Frankreichfeldzuges. Daß der nationalsozialistische Antisemitismus mit einem Komplex von „rassenbiologischen" Vorurteilen gegen verschiedene Bevölkerungsgruppen verbunden war, spielt in Goldhagens Darstellung kaum eine Rolle. Die ausgreifenden Neuordnungsplanungen für nichtjüdische Osteuropäer und ihre fatalen Konsequenzen für den Verlauf der Judenverfolgung werden ebenfalls weitgehend ausgeklammert.

---

[89] Vgl. Michael Wildt (Hrsg.), Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation, München 1995; Michael Zimmermann, Utopie und Praxis der Vernichtungspolitik in der NS-Diktatur. Überlegungen in vergleichender Absicht, in: Werkstatt Geschichte 13, 1996, S. 60–71.

[90] Volker Rieß, Die Anfänge der Vernichtung „lebensunwerten Lebens" in den Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland 1939/40, Frankfurt a. M. u. a. 1995.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schließlich behauptet der Autor ähnlich wie Breitman, es habe schon im Januar 1941 einen Führerbefehl zur Ermordung der europäischen Juden gegeben; er stützt sich dabei auf *seine* Exegese von Hitler-Äußerungen. Nicht hinreichend abgesichert sind seine Ausführungen zur Frühphase der Einsatzgruppen-Tätigkeit. Aus den widersprüchlichen Aussagen zur Befehlsgebung zieht er die heran, die behaupten, es habe eine Weisung zur unterschiedslosen Ermordung aller sowjetischen Juden bereits vor Feldzugsbeginn gegeben. Die ersten Wochen der Massenerschießungen seien eine bewußt gewählte „Testphase" gewesen. All das kann – insbesondere nach den neuesten Forschungen – jedoch nicht überzeugen. Unhaltbar ist schließlich die These, den Kommandoführern sei der Übergang zum Mord an Frauen und Kindern ab Ende Juli 1941 gar nicht richtig bewußt gewesen. Die Ablösungsgesuche von SS-Führern, die mit der Ausweitung begründet wurden, fallen bei Goldhagen einfach unter den Tisch[91]. In anderem Argumentationszusammenhang (S. 445 f.) tauchen sie dann implizit wieder auf.

Seit Anfang 1941 sieht der Autor den weiteren Verlauf der „Endlösung" bereits vorgezeichnet. Die „schicksalhafte" Entwicklung der Monate Juni bis Oktober 1941, als von den verschiedensten Institutionen die Entscheidungsfindung forciert wurde, wie von der neueren Forschung betont wird, findet bei Goldhagen nicht mehr statt. Insgesamt wird der Antisemitismus Hitlers hier als hinreichende Voraussetzung für die Massenmorde ab 1941/42 interpretiert, da der „eliminatorische" Antisemitismus von der deutschen Bevölkerung geteilt worden sei.

Im Anschluß an diese chronologische Darstellung legt Goldhagen den personellen und institutionellen Rahmen seiner Fallstudien dar. Er gibt eine recht breite Täter-Definition und versucht eine quantitative Schätzung dieses Personenkreises anhand von deutschen Ermittlungskarteien und Überschlagsrechnungen nach Organisationen. Ähnlich wie schon andere Autoren vor ihm, beziffert er die Zahl der Täter in der „Endlösung" auf weit über 100 000[92], möglicherweise sei aber auch die fünffache Zahl beteiligt gewesen.

Den institutionellen Rahmen für den Völkermord hätten die NS-Lager abgegeben, nach der deutschen Übersetzung sogar eine originär nationalsozialistische Einrichtung (S. 208). Es ist aber fraglich, ob das Lagersystem wirklich eine zentrale Bedeutung für die „Endlösung" hatte. Tatsächlich spielten die Lager in diesem Zusammenhang erst ab der zweiten Jahreshälfte 1942 eine wichtige Rolle. Zu diesem Zeitpunkt begann die Verlegung der Sklavenarbeit für Juden aus Gettos in Lager und die Einrichtung der großen Vergasungsanlagen in den Konzentrationslagern. Die – außerhalb des KZ-Systems stehenden – Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt", die in ländlichen Gebieten Polens in Belzec, Sobibor und Treblinka eingerichtet wurden, und die Gas-

[91] Alfred Streim, The Tasks of the SS Einsatzgruppen, in: Simon Wiesenthal Center Annual 4 (1987), S. 309–328; Ogorreck, Die Einsatzgruppen und die „Genesis der Endlösung", passim.

[92] Herbert Jäger, Über die Vergleichbarkeit staatlicher Großverbrechen, in: Ders., Makrokriminalität, Frankfurt a. M. 1989, S. 40–60, hier S. 48, schätzt weit über 100 000 Täter für alle NS-Verbrechen. Detaillierte Schätzungen zu den Besatzungsapparaten, die im Osten fast durchweg in NS-Verbrechen verwickelt waren, in: Madajczyk, Faszyzm i okupacje, Bd. 2, S. 66 f., 101–105.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wagenstationen in Chelmno und bei Minsk müssen nicht unbedingt als substantieller Teil der nationalsozialistischen Lagerwelt gesehen werden. Das ist vielmehr Definitionssache. Denn diese Lager dienten nicht – wie alle anderen – der Isolierung oder Zwangsarbeit, sondern der sofortigen Ermordung. Genausogut könnte man diese Tötungsstätten als Fortsetzung der „Euthanasie"-Anstalten bezeichnen. Unklar bleibt, warum Goldhagen, der die Bedeutung des Lagersystems so stark hervorhebt, die Einrichtung der Gaskammern mehrfach als ein relativ bedeutungsloses technisches Detail bezeichnet und deshalb gegen die Forschung polemisiert, die die Bedeutung der Gaskammern hervorhebt. In diesen wurde etwa die Hälfte aller jüdischen Opfer ermordet. Die Vergasungsinstallationen waren der einzige Grund der Existenz der „Aktion Reinhardt"-Lager. Zur Ausführung der Morde war eine sehr geringe Zahl von Tätern nötig. Diese Art des Mordens spielte gerade durch ihre Arbeitsteiligkeit eine wichtige Rolle bei der Konsensbildung der beteiligten Institutionen über den Abtransport der Juden. Massenerschießungen in der Nähe größerer Orte sorgten hingegen ständig für Proteste, außerhalb Osteuropas wären sie in diesen Dimensionen nicht durchzusetzen gewesen. Gerade diese elementare Grundvoraussetzung, die Spezifik von Besatzungsregime und Öffentlichkeit in Osteuropa, fehlt jedoch im institutionellen Überblick. Insgesamt entspricht die Darstellung der nationalsozialistischen Judenpolitik und ihrer institutionellen Träger damit nicht dem momentanen Kenntnisstand. Dies hängt sicher damit zusammen, daß der Autor institutionelle Faktoren als peripher ansieht.

Auf der Mikro-Ebene hat der Autor drei große Fallstudien über tatnahe NS-Verbrecher verfaßt, die er selbst eher an der Peripherie des SS-Staates lokalisiert. Absichtlich beschäftigt er sich *nicht* mit den Schreibtischtätern, nur am Rande mit den Vernichtungslagern, den Einsatzgruppen und den stationären Sicherheitspolizei-Dienststellen. Die Fallstudien über die Ordnungspolizei, die Zwangsarbeiterlager und die Todesmärsche sind jeweils in Abschnitte zur historischen Einordnung, zur empirischen Beschreibung und zur Analyse der Tätermotivation unterteilt.

Die Rolle der Ordnungspolizei in der „Endlösung" ist bis vor kurzem völlig unterschätzt worden. Zwar hat die polnische Historiographie schon vor Jahrzehnten auf die Ordnungspolizei hingewiesen und wichtige Quellen (in deutscher Originalsprache) veröffentlicht, zur Kenntnis genommen wurde dies aber nicht[93]. Es ist das Verdienst Heiner Lichtensteins[94] und Christopher Brownings gewesen, die Beteiligung der „grünen Polizei" wieder ins Gedächtnis gerufen zu haben. Goldhagen beschäftigt

[93] Kazimierz Leszczyński, Dziennik wojenny batalionu policji 322, in: Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce (künftig: BGKBZHwP) 17 (1967), S. 7ff.; Stanisław Biernacki/Blandyna Meissner/Jan Mikulski, Policja Porządkowa w Generalnej Guberni. Wybór dokumentów. I: Lata 1939–1942, in: BGKBZHwP 31 (1982), S. 128–288; vgl. auch Norbert Müller, Zum Charakter und Kriegseinsatz der faschistischen Ordnungspolizei, in: Militärgeschichte 23 (1984), S. 515–520.

[94] Heiner Lichtenstein, Himmlers grüne Helfer, Köln 1990; vgl. auch Konrad Kwiet, Auftakt zum Holocaust. Ein Polizeibataillon im Osteinsatz, in: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft, hrsg. von Wolfgang Benz/Hans Buchheim/Hans Mommsen, Frankfurt a.M. 1993, S. 191–208.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich zwar im Kern mit demselben Bataillon wie Browning, bringt jedoch darüber hinaus eine Vielzahl weiterer Informationen zu dieser und anderen Einheiten. Erstmals wird hier versucht, einen – wenn auch recht fehlerhaften – tabellarischen Gesamtüberblick zu den Mordaktionen der Bataillone zu geben. Insgesamt ist dieser Abschnitt des Buches am besten gelungen. Allein hier benutzte der Autor etwas ausgiebiger zeitgenössische Quellen, also NS-Akten. Viele aussagekräftige Dokumente werden jedoch nicht herangezogen, so etwa die – im Bundesarchiv lagernden – Akten der Einheiten, die Unterlagen des Kommandeurs des Polizeibataillons 41, die Anordnungen zur politischen Beurteilung der Polizeireservisten, die meisten Überlieferungen an den Heimatstandorten der Einheiten[95] oder alle seit 1990 neu zugänglichen Bestände im ehemaligen Ostblock. Deshalb findet sich bei Goldhagen so gut wie nichts über die Befehlsgebung des Chefs der Ordnungspolizei und die Debatten in der Polizeiführung über die Massaker[96].

Die Polizeieinheiten, so wird man kritisch anmerken müssen, fügen sich nicht völlig bruchlos in das Konzept von den „gewöhnlichen Deutschen" ein. Zwar bestanden die Reservepolizeibataillone tatsächlich aus einem einigermaßen repräsentativen Querschnitt deutscher Männer zwischen 18 und 40 Jahren. Diese handelten jedoch in quasimilitärischen Verbänden, und die Institution Ordnungspolizei gehörte per se zu Himmlers „Endlösungs"-Apparat[97]. Neuere Untersuchungen zeigen auch, daß die preußische Schutzpolizei bereits vor 1933 autoritär ausgerichtet war[98]. Die Offiziere und Laufbahn-Polizisten, die hier des öfteren neben den einfachen Reservepolizisten beispielhaft genannt werden, kann man kaum noch als „gewöhnliche Deutsche" bezeichnen. Sie waren zum Teil langjährige SS-Mitglieder, und gerade sie stellten als Rückgrat der Bataillone die personelle Verbindung zwischen Weltanschauungsapparat und durchschnittlichen Polizisten her. Von Bedeutung ist ferner, daß die Ordnungspolizei seit 1936 mit der SS ideologisch und teilweise auch institutionell verschmolzen wurde. Dies ist zwar nur teilweise gelungen, aber ähnliches gilt auch für die Gestapo[99], wie Forschungen kürzlich wieder dokumentiert haben. Goldhagen erwähnt die institutionelle Entwicklung der Ordnungspolizei zwar eingangs, hält sie aber – wegen seiner Konzentration auf individuelle Tatmotivation – für bedeutungslos. Die Richtigkeit dieses Ansatzes ließe sich nur dann überprüfen, wenn institutionell nicht eingebunde-

---

[95] Einige Aktensplitter hat Goldhagen im Staatsarchiv Hamburg eingesehen, vgl. auch Helmut Fangmann/Udo Reifner/Norbert Steinborn, „Parteisoldaten". Die Hamburger Polizei im „3. Reich", Hamburg 1987; Anordnung A 28/41 der Partei-Kanzlei zur politischen Beurteilung von Rekruten der Polizeibataillone, 10.6. 1941, Bundesarchiv Berlin, NS 6/821. Für diesen Hinweis danke ich Christian Gerlach, Berlin.

[96] Vgl. Angrick/Voigt/Ammerschubert/Klein/Alheit/Tycher, „Da hätte man schon ein Tagebuch führen müssen", S. 369 f.; Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung, S. 180, 272–275.

[97] Vgl. Karl H. Heller, The Remodeled Praetorians. The German Ordnungspolizei as Guardians of the „New Order", in: Otis L. Mitchell (Hrsg.), Nazism and the Common Man, Washington ²1981, S. 45–64 (mit Überbetonung der NS-Schulung).

[98] Peter Leßmann, Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.

[99] Vgl. schon Robert Lewis Koehl, The Black Corps. The Structure and Power Struggles of the Nazi SS, Madison/London 1983, S. 159.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ne Organisationen zum Vergleich herangezogen würden, so z.B. Forstverwaltung, Bahnpolizei, Postverwaltung und vor allem der Zoll. Sie alle wurden in Einzelfällen zur Teilnahme an Getto-Räumungen aufgefordert, haben sich aber oftmals gegen diese Art der „Amtshilfe" erfolgreich gewehrt. Die Vorgeschichte der einzelnen Polizeibataillone gibt der Autor nur beiläufig wieder. Zwar war das Polizeibataillon 101 vorher nur kurz in Westpolen eingesetzt, andere Einheiten waren jedoch schon seit Kriegsbeginn an Massenmorden beteiligt, d.h. es gab einen erheblichen radikalisierenden Vorlauf, der sich im Verhalten der Laufbahnpolizisten niederschlug[100]. Auf der Basis zeitgenössischer Akten läßt sich auch heute noch bis ins Detail die weitere Radikalisierung des Einsatzes der Polizeibataillone im Sommer 1941 rekonstruieren.

Der Autor bietet zwei kurze und eine längere Fallstudie aus diesem Bereich. Zunächst stellt er das Massaker des Polizeibataillons 309 am 27. Juni 1941 in Bialystok dar, auf das auch schon Lichtenstein und Browning eingegangen sind. Diese Geschichte ist insofern von besonderer Bedeutung, als der berüchtigten Inbrandsetzung der Bialystoker Synagoge durch die Polizeieinheit auch zahlreiche Frauen und Kinder zum Opfer fielen, was für die ersten Wochen des „Barbarossa"-Feldzuges eher ungewöhnlich war. Goldhagen sieht diesen Massenmord als wichtiges Indiz dafür, daß bereits vor Feldzugsbeginn ein Hitler-Befehl zur Ermordung aller Juden vorlag. Er geht ausführlicher als Browning auf die Vorgänge ein, dennoch bleiben hier einige Fragen offen: Goldhagen löst diesen Fall weitgehend aus seinen Zusammenhängen heraus. Das Polizeibataillon war nämlich schon seit 1940 im Raum Radom eingesetzt, hatte also Erfahrung mit brutalen Einsätzen. Unter den Offizieren befanden sich eine Reihe von fanatischen Nationalsozialisten und Judenhassern. Unerwähnt bleiben die Vorgänge unmittelbar vor dem Massenmord, als nämlich Polizisten dieser Einheit die Stadt systematisch nach Alkohol durchsuchten und teilweise in entsprechendem Zustand waren. Bereits während erster Razzien erschossen sie wahllos „verdächtige" Zivilisten. Unklar bleibt auch, ob die Einheit einem angeblichen Hitler-Befehl folgte, alle Juden zu ermorden; das heißt, ob auch Frauen und Kinder gezielt aus den Häusern geholt und in die Synagoge gesteckt wurden, die man dann anzündete[101]. Insgesamt sind die Fragen nach Befehlsgebung und Handlungsbedingungen auf der Basis der Vernehmungen weit schwieriger zu beantworten, als Goldhagen dies darstellt. Vieles spricht dafür, daß es sich in Bialystok um einen Massenmord handelte, bei dem die Täter über ihre Befehle hinausgingen. Die dem Bataillon übergeordnete 221. Sicherungsdivision rügte nämlich die Vorgehensweise und versuchte sie anschließend zu vertuschen[102].

---

[100] Edward B. Westermann, „Friend and Helper". German Uniformed Police Operations in Poland and the General Government, 1939–1941, in: The Journal of Military History 58 (1994), S. 643–661; Wojciech Żysko, Z działalności niemieckiej policji w dystrykcie lubelskim w pierwszym okresie okupacji (1939–1941), in: Zeszyty Majdanka 5 (1971), S. 195–242 (mit deutschsprachigen Lageberichten der Polizeibataillone 101 und 104, Dezember 1939–Juni 1941).

[101] Vgl. Urteil LG Wuppertal, 12 Ks 1/67 ./. Buchs u.a., 24.5. 1973, Bl. 13–42, in: IfZ, Gw 04.05. Das Gericht ging vielmehr davon aus, daß die Frauen ihre festgenommenen Männer begleiteten.

[102] Vgl. Kriegstagebuch 221. Sicherungsdivision, 28.6. 1941, in: Bundesarchiv-Militärarchiv, RH 26-

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Inhaltlich neu ist der Abschnitt zum Polizeibataillon 65, das Massenmorde in Litauen, im Raum Leningrad und im Distrikt Krakau verübte. Der Hauptteil ist jedoch – wie bei Browning – der Tätigkeit des Reservepolizeibataillons 101 im Raum Lublin gewidmet. Die geschilderten Vorgänge sind weitgehend dieselben, die Detaildarstellung und die Interpretation weichen jedoch stark von Browning ab. So zeigt Goldhagen klar, daß die weltanschauliche Schulung für Polizeireservisten minimal war. Er dokumentiert die Erbarmungslosigkeit der Mehrheit der Ordnungspolizisten. Der Autor schildert die großen Massenerschießungen und Getto-Räumungen im Distrikt Lublin. Die ins einzelne gehende Darstellung dieser unerhört grausam ausgeführten Morde des Polizeibataillons und über weite Strecken auch deren immanente Analyse sind die eindringlichsten und überzeugendsten Kapitel des ganzen Buches. Es ist kaum zu bezweifeln, daß ein Teil der Polizisten sich freiwillig als Schützen meldete und aus freien Stücken mordete. Auf freiwilliger Basis beruhten auch die Grausamkeiten bei den Getto-Räumungen und während der Exekutionen. In diesen Fällen wird Goldhagens Argumentationslinie des Antisemitismus als hinreichend verursachender Tatmotivation klar belegt. Ob man den Anteil der gezielt grausam handelnden Täter aber quantitativ gewichten kann und somit generalisierende Aussagen über eine monokausale Tatmotivation der ganzen Einheit zulässig sind, bleibt aber offen. Dies ist nämlich aus dem Prozeßmaterial selbst mit erheblichem Aufwand nur näherungsweise zu rekonstruieren.

Wie die Forschungen der letzten Jahre, zerstört auch Goldhagen die Legende von der Geheimhaltung der „Endlösung"[103]. Die brutalen Getto-Räumungen fanden oftmals vor aller Augen statt, die Vernichtungslager waren in Polen weithin bekannt; eine Unzahl von Informationen sickerte ins Reich. Allerdings gab es hier die spezifischen Mischlagen eines „offenen Geheimnisses". Hier wirkten offizielle Geheimhaltungs-Anordnungen, der Wille zur Selbstdarstellung, die ungesteuerte Verbreitung von Informationen und ihre gefilterte Rezeption. Der weitere Nachrichtenfluß ins Reich ist qualitativ und chronologisch differenzierter zu sehen, als der Autor dies tut. Zu weit geht Goldhagen, wenn er aus zwei Einzelfällen darauf schließt, „die Täter im allgemeinen" wollten ihre Mordtaten auch ihren Ehegattinnen stolz präsentieren (S. 291). Das extensive Fotografieren insbesondere in der Vorbereitungsphase der Mordaktionen, das erneut dokumentiert wird, war nicht allein auf Morde an Juden beschränkt, wie Goldhagens Analyse suggeriert[104].

Von großer Bedeutung für die Argumentation Goldhagens ist die Durchführung des sogenannten Schießbefehls, der sich auf Juden bezog, die sich ohne Reisegenehmigung außerhalb der Städte bewegten. Hier war von den Ordnungspolizisten ein er-

221; Christian Gerlach untersucht diese Vorgänge auf der Basis zeitgenössischer Akten in seiner vor dem Abschluß stehenden Dissertation zur Besatzungspolitik in Weißrußland.

[103] Wolfgang Scheffler, Zur NS-Ausrottungspolitik gegenüber der jüdischen Bevölkerung in Polen. Der vergessene Teil der „Endlösung": Die Gettoräumungen, in: Peter Schneider (Hrsg.), Die Vergangenheit mahnt! Zum 40. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Getto, Bonn 1983, S. 19–35.

[104] Vgl. Dieter Reifarth/Viktoria Schmidt-Linsenhoff, Die Kamera der Henker. Fotografische Selbstzeugnisse des Naziterrors in Osteuropa, in: Fotogeschichte 3 (1983), H. 7, S. 57–71.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hebliches Maß an Eigeninitiative gefordert, da sie meist in kleinen Rollkommandos Juden in den Wäldern suchten. Dort war die institutionelle Kontrolle der Polizisten gering, es blieb den Kleineinheiten überlassen, ob sie den Befehl ausführten und die angetroffenen Menschen erschossen. Viele Indizien deuten darauf hin, daß der Befehl auch tatsächlich befolgt wurde, von den Polizeibataillonen und von den Gendarmen, die oftmals ganz allein tätig waren.

Obwohl hier Goldhagens Argumentation wie an kaum einer anderen Stelle greift, seien trotzdem einige kleine Einwände vorgetragen: Die ersten solcher Mordbefehle im Generalgouvernement richteten sich gegen entflohene sowjetische Kriegsgefangene. Erst nach der Ausbreitung des Fleckfiebers durch letztere im Herbst 1941 traf der alte Plan, Juden (wie in Lodz) nach der Flucht aus den Gettos zu erschießen, auf breitere Zustimmung als zuvor[105]. Am Rande führt Goldhagen aus, daß nicht nur Juden, sondern auch Bettler und Landstreicher erschossen wurden (S. 235). Dazu sind oftmals noch Zigeunerfamilien zu rechnen. Damit aber relativiert sich die These von der alleinigen Verursachung der Morde durch den Antisemitismus. Vielmehr treten noch andere Rationalisierungen hinzu, nämlich die Verhinderung jeder Wanderung von Bevölkerungsgruppen, die aus nationalsozialistischer Sicht Seuchen oder Informationen verbreiteten. Ab 1943 vermischte sich die sogenannte „Judenjagd" zunehmend mit der „Partisanenbekämpfung"[106], was noch radikaler in der Sowjetunion praktiziert wurde. Versteckte Juden wurden bei Razzien gegen vermutete Partisanen genauso wie diese ermordet.

Ausführlich beschäftigt sich der Autor hier mit der Frage des sogenannten Befehlsnotstands, die ein Angelpunkt seiner Beweisführung ist. Wie schon seit längerem durch empirische Forschung bestätigt, hat es bei den Massenmorden objektiv keinen Befehlszwang gegeben, d. h. es mußte niemand um Leib und Leben fürchten, wenn er die Anordnungen zum Mord verweigerte. In diesen Zusammenhang stellt Goldhagen seine längeren Ausführungen über den Alltag der Einheit. Er will zeigen, daß nicht nur kein Befehlsnotstand herrschte, sondern die Polizisten im Osten auch einen ganz normalen Alltag führten wie jeder Bürger im Nationalsozialismus. Hier betritt der Autor wie Browning historiographisches Neuland. Doch ist es fraglich, ob der Alltag, der sich in Gerichtsvernehmungen kaum niederschlug, ausgerechnet mit den Tagesbefehlen des Kommandeurs der Ordnungspolizei beschrieben werden kann. Diese Anordnungen regelten den Dienst- und Freizeitbetrieb, sagen aber recht wenig über die Sozialbeziehungen und die Mentalität in den Einheiten aus. Es wäre doch zu fragen, ob es ein spezifisches „Täter-Milieu" gab, das für Rationalisierung der Morde von Bedeutung war. Somit fehlt auch an dieser Stelle der zentrale Bezug zur Kriegs- und Besatzungssituation in Polen. Vielmehr verwundert es, daß der Autor, der sich mit solchem Nachdruck der Lebenswelt der Täter widmen will, gerade hier den Anschein erweckt, die Polizisten agierten wie in Friedenszeiten und fast wie zu Hause.

---

[105] Vgl. Pohl, Von der „Judenpolitik", S. 92–95.

[106] Vgl. Wojciech Żysko, Eksterminacyjna działalność Truppenpolizei w dystrykcie lubelskim w latach 1943–1944, in: Zeszyty Majdanka 6 (1972), S. 155–210 (Dokumente deutschsprachig).

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Somit ist es fraglich, ob man auf dieser Quellenbasis wirklich von einem „eher laxen Klima" im Polizeibataillon (S. 265), nach Goldhagen einer Truppe von zumeist enthusiastischen Judenmördern, sprechen kann.

Auch die Auswahl des Polizeibataillons 101 ist aus analytischen Gründen nicht ganz schlüssig. Sie erfolgte, weil der Bataillonskommandeur seinen Männern die direkte Teilnahme an Erschießungen freistellte und also anhand dieses Beispiels die Prämisse der Freiwilligkeit stärker fundiert werden kann. Aber diese Einheit hat fast nur Juden ermordet und ist somit kaum zu komparatistischer Analyse geeignet. Zum Vergleich hätten beispielsweise die umfangreichen Verfahrensakten zum Polizeibataillon 306 herangezogen werden können, das in Massen – vor den Judenmorden! – sowjetische Kriegsgefangene erschossen hat[107]. Doch selbst die Erschießungen von Polen durch das Bataillon 101 kommen bei Goldhagen sehr kurz[108]. Noch wichtiger für den Vergleich von Motivation – und fast völlig unerforscht – ist das Verhalten der Polizeieinheiten beim Anti-Partisanenkrieg vor allem in Weißrußland 1942–1944. Die dabei begangenen Massaker an der nichtjüdischen Zivilbevölkerung weisen große Ähnlichkeiten zum Massenmord an den Juden aus: Davon waren meist Frauen, Kinder und Alte betroffen[109]. Die Tatmotivation war hier eine andere als der Antisemitismus, das Verhalten der Täter aber ähnlich.

Aufschlußreich wäre auch der interkulturelle Täter-Vergleich gewesen, der vermutlich weitere Fragezeichen hinter die Einmaligkeit deutscher Motivationsstruktur gesetzt hätte. Insbesondere das Arajs-Kommando in Lettland[110], das Goldhagen an anderer Stelle kurz streift, die litauischen Klimatis-Einheiten und Schutzmannschafts-Bataillone 11 bzw. 12 agierten weitgehend autonom, wenn auch meist nach deutschen Anweisungen[111]. Die Massenmorde der rumänischen Gendarmerie in Bessarabien und der Nordbukowina an Juden 1941 ereigneten sich sogar ohne jede deutsche Anleitung[112]. Dort sieht man eine ähnliche Tätermotivation, wenngleich die rumänische Politik sich Ende 1942 änderte. Einen qualitativen Verhaltens-Unterschied zu den deutschen Polizeibataillonen wird man da kaum finden. Auch hier bleibt also offen, ob allein die Entwicklung des deutschen Antisemitismus eine hinreichende Erklärung für die Motivation der Täter ist.

---

[107] Urteil LG Frankfurt, 4 Ks 1/71 ./. Kuhr u. a., 6. 3. 1973, bes. Bl. 61–83, mit 66 Bänden Akten, in: IfZ, Gf 03. 42.

[108] Vgl. dazu den Diskussionsbeitrag Christopher Brownings auf der Veranstaltung des US Holocaust Memorial am 8. 4. 1996 anläßlich des Erscheinens von Goldhagens Buch.

[109] Erste Hinweise geben Ruth Bettina Birn, Zweierlei Wirklichkeit? Fallbeispiele zur Partisanenbekämpfung im Osten, in: Bernd Wegner (Hrsg.), Zwei Wege nach Moskau, München/Zürich 1991, S. 275–290; unveröffentlichte Ausarbeitung der Zentralen Stelle Ludwigsburg: NS-Verbrechen und Partisanenkampf in der UdSSR. Materialsammlung, 3 Bde.; V. F. Romanovskij, Nacistskaja politika genocida i „vyščennoj zemli" v Belorussii, 1941–1944, Minsk 1984.

[110] Vgl. A. Ezergailis, Arāja komanda, in: Latvijas PSR Zinātņu Akadēmijas Vēstis 1988, H. 10, S. 113–130; ders., The Holocaust in Latvia 1941–1944, Washington 1996.

[111] Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 79 f.

[112] Jean Ancel, The Romanian Way of Solving the „Jewish Problem" in Bessarabia and Bukovina, June–July 1941, in: Yad Vashem Studies 19 (1988), S. 187–232.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Weniger gelungen ist das kurze Kapitel über die Zwangsarbeitslager. Weder die systematische noch die quantitative Bedeutung der Lager für den Judenmord wird klar. Die großen Zwangsarbeits-Komplexe für Juden wurden vor Herbst 1942 nicht aus grundsätzlichen Erwägungen angelegt, sondern entstanden jeweils unter spezifischen Handlungslagen. Das gilt für die Lager der Organisation Schmelt in Ostoberschlesien, an der „Durchgangsstraße IV" in der Ukraine, die Distriktlager im Generalgouvernement und den Komplex in Lettland und Estland, über die hier fast nichts gesagt wird. Statt dessen beläßt es der Autor bei einer Meta-Analyse der Zwangsarbeit, um dann zu drei Einzelfällen vorzudringen. Die „Arbeit" sei nur ein anderes Mittel zur Ermordung gewesen, letztendlich habe sie aller ökonomischen Logik widersprochen. Ähnlich sieht es die Mehrheit der Historiker. Aber gerade beim Thema Zwangsarbeit für Juden zeigt sich, daß die Entwicklung des Massenmordes ab 1942 doch nicht so geradlinig verlaufen ist, wie es die Annahme eines einmaligen letztgültigen Hitler-Befehls unterstellt. Vielmehr dürfte es im September 1942 einen ähnlichen, wenn auch befristeten Schwenk zur Erhaltung jüdischer Arbeiter gegeben haben, wie er vorher bei den sowjetischen Kriegsgefangenen zustande kam. Schließlich hat Goldhagen übersehen, daß die Bedeutung der Lager in der „Endlösung" sich 1943 zu verändern begann: Für die verfolgten Juden wurden die Lager in vielen Fällen zur einzigen zeitweiligen Überlebensmöglichkeit – außer dem Untertauchen. Die Mehrzahl der Überlebenden war zeitweise in Arbeitslagern.

An historischen Zusammenhängen erfährt man nur, daß 1942 angeblich ein riesiges Arbeitskräftepotential unter den Juden vorhanden gewesen sei. Die Angabe von 1,4 Millionen jüdischer Arbeiter im Generalgouvernement ist jedoch eine Verwechslung mit der Zahl der von den Arbeitsämtern vermittelten Einsätze. Ebenso ungenau sind die Ausführungen zu den Juden in Majdanek. Goldhagen suggeriert hier, daß dort mehrheitlich Juden starben. Tatsächlich war Majdanek aber für Polen erbaut worden und diente als eine Art Ausweichlager für die „Endlösung". Auch hier finden sich viele ungenaue Zahlen[113]. Das Lubliner Lager Lipowastraße und das Lager „Alter Flughafen" werden dargestellt, ohne daß der Zusammenhang zum Generalgouvernement hergestellt und ohne daß ihre Entwicklung skizziert würde. Der Autor zieht hier einfach die einschlägige Forschungsliteratur nicht heran. Sie ist zwar größtenteils auf polnisch verfaßt, aber – entgegen der Behauptung Goldhagens – vorhanden und wurde in der westlichen Forschung auch rezipiert[114]. In den polnischen

[113] Die Gesamtopferzahl von 360000 Personen ist von der Forschung überholt, neuere Schätzungen liegen bei 235000 (davon 110000 Juden); die Gesamtbelegung des Lagers überschritt nie 23000 Häftlinge; am 3.11.1943 wurden 8100 jüdische Häftlinge aus dem Lager ermordet, die anderen kamen aus Außenlagern; vgl. nächste Anmerkung.

[114] Tadeusz Mencel (Hrsg.), Majdanek 1941–1944, Lublin 1991 (polnisch mit engl. Summary); Józef Marszałek, Majdanek. Geschichte und Wirklichkeit eines Vernichtungslagers, Reinbek 1982; Czesław Rajca, Lubelska filia Niemieckich Zakładów Zbrojenowych, in: Zeszyty Majdanka 4 (1969), S.237–299; ders., Podobozy Majdanka, in: Ebenda 9 (1977), S.83–103; ders., Problem liczby ofiar w obozie na Majdanku, in: Ebenda 14 (1992), S.127–133 (alle mit engl. Summary).

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Untersuchungen werden ausführlich zeitgenössische deutsche Akten verarbeitet und die historischen Bezüge herausgearbeitet.

Das gesamte Kapitel paßt nur schwer in das Gesamtkonzept einer Untersuchung „gewöhnlicher Deutscher" als Täter. Zwar werden die täglichen Mißhandlungen und Exzeßmorde gegen Juden ausführlich geschildert, die freilich nur im Ausmaß ein Spezifikum der Lager für Juden waren. Darüber hinaus aber erfährt der Leser wenig über die Zusammensetzung der Täter, ihre Herkunft und ihre Motivation. Generelle Weisungen zur Lagerführung erwähnt Goldhagen kaum. Die Auswahl gerade der Lubliner Lager ist problematisch, weil sie reine SS-Domänen und kaum mit der deutschen Wirtschaft verbunden waren, wie etwa die Lager in den industriellen Gebieten Zentralpolens. Folglich waren hier mehrheitlich SS-Männer eingesetzt – und weniger Werkschutz oder Vorarbeiter. So ist es nur konsequent, wenn beim einzigen näher vorgestellten Täter schon 1933 der SS-Beitritt verzeichnet wird. Damit hebelt der Autor allerdings sein Konzept von „gewöhnlichen Deutschen" als Tätern selbst aus. Über weite Strecken referiert Goldhagen die Erinnerungen überlebender Häftlinge, die für vergleichbare Lager schon in großer Zahl publiziert sind. Die Analyse von Täterpersonal und -motivation ist so aber nicht zu leisten, hervorstechende Einzelbeispiele erscheinen als Regelfall. Lediglich in einer Anmerkung (S. 653) wird versteckt, die Wehrmacht und einige Unternehmen hätten eine Ausnahme, in der englischen Fassung gar „a general exception", bei der mörderischen Behandlung der jüdischen Zwangsarbeiter gebildet.

Die komparatistischen Überlegungen zu den Opfern, die für die Herausisolierung der Tatmotivation wichtig sind, sind im Stil der übrigen Kapitel gehalten: Daß Millionen sowjetische Kriegsgefangene 1941 auch aus ideologischen Gründen zugrunde gingen, wird en passant erwähnt. Die Stammlager für Kriegsgefangene hatten also weit höhere Opferzahlen als die Arbeitslager für Juden, über die dortigen Zustände erfährt man aber nichts. Schief liegt der Vergleich mit den Fremdarbeitern im Altreich ab 1943, als fast kein Jude mehr dort lebte: Der Vergleich sollte dann in die jeweiligen Zusammenhänge gestellt werden, d.h. man vergleicht Juden und Fremdarbeiter in Lagern im Reich zur gleichen Zeit[115] oder aber Lager für Polen und Lager für Juden im Generalgouvernement. Bei letzterem wird man tatsächlich einen enormen Unterschied feststellen, der aus dem im gleichen Raum zur gleichen Zeit ablaufenden Massenmord resultiert.

Das dritte Kapitel des Buches zu den Tatsituationen hat die sogenannten Todesmärsche zum Thema. Goldhagen macht hier auf das Desiderat einer modernen Ge-

[115] Wolf Gruner, Terra incognita? – Die Lager für den „jüdischen Arbeitseinsatz" (1938–1943) und die deutsche Bevölkerung, in: Büttner, Die Deutschen, S. 131–159. Die Ausführungen Goldhagens zu Mauthausen (S. 312) mit der hundertprozentigen Sterblichkeit der Juden 1943 sind nicht repräsentativ, wie man seiner eigenen Quelle entnehmen kann (Falk Pingel, Häftlinge unter SS-Herrschaft, Hamburg 1978, S. 185). Vgl. Detlef Garbe, Absonderung, Strafkommandos und spezifischer Terror: Jüdische Gefangene in nationalsozialistischen Konzentrationslagern 1933 bis 1945, in: Arno Herzig/Ina Lorenz (Hrsg.), Verdrängung und Vernichtung der Juden unter dem Nationalsozialismus, Hamburg 1992, S. 171–204.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

samtdarstellung der Todesmärsche aufmerksam. Dabei entsteht allerdings der Eindruck, als habe es auf diesem Gebiet nur wenige Untersuchungen gegeben. Bei genauerem Hinsehen erweist sich dies jedoch als falsch, wie gerade die neuere Literatur zu den Konzentrationslagern zeigt. Für nahezu jedes dieser Lager liegen z.T. umfangreiche Studien zu dessen Evakuierung vor, so besonders zu Auschwitz[116], aber auch zu Buchenwald[117], Dachau[118], Neuengamme[119] und Stutthof[120]. Ebenso ist das Schicksal einiger Außenlager bei Kriegsende gut untersucht.

Goldhagen gibt zunächst einen, allerdings lückenhaften, Überblick über die „Todesmärsche" seit 1939. Schon kurz nach Kriegsausbruch wurden Juden in Polen vertrieben und dabei – so bei Chelm – massenhaft erschossen[121]. Vernachlässigt hat der Autor die weit extremere Erscheinung der Todesmärsche Ende 1941 in Transnistrien, wo der sogenannte Selbstschutz unter Anleitung der Volksdeutschen Mittelstelle unglaubliche Massaker verübt hat[122]. Dabei hätten die meist 18- bis 25jährigen Volksdeutschen, die gerade wenige Monate unter nationalsozialistischem Einfluß standen, das Interpretationsschema Goldhagens sogar auf Auslandsdeutsche ausgedehnt. Unberücksichtigt bleiben auch die zahlreichen Märsche von ungarischen Juden an die österreichische Ostgrenze 1944, bei denen die Wachen aus ungarischer Gendarmerie und Pfeilkreuzlern oftmals dieselbe Rohheit an den Tag legten wie später deutsche Begleiter[123].

---

116 Andrzej Strzelecki, Ewakuacja, likwidacja i wyzwolenie KL Auschwitz, Auschwitz 1982 (deutsch 1995); Halina Wróbel, Liquidation des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau, in: Hefte von Auschwitz 6, 1962, S. 15–41; besonders: Gerhard Hoch, Von Auschwitz nach Holstein. Der Leidensweg der 1200 Häftlinge von Fürstengrube, Hamburg 1990.

117 Christine Schäfer, Evakuierungstransporte des KZ Buchenwald und seiner Außenkommandos, in: Buchenwaldhefte 16 (1983), S. 5–93.

118 Der Todesmarsch der Häftlinge des Konzentrationslagers Dachau im April 1945, hrsg. von Otto-Ernst Holthaus, München-Grünwald 1993; Andreas Wagner, Todesmarsch. Die Räumung und Teilräumung der Konzentrationslager Dachau, Kaufering und Mühldorf Ende April 1945, Ingolstadt 1995; vgl. Klaus-Dietmar Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995, S. 895–913.

119 Wilhelm Lange, Cap Arcona. Dokumentation, Neustadt in Holstein 1988, S. 24–50; Werner Borgsen/Klaus Volland, Stalag X B Sandbostel. Zur Geschichte eines Kriegsgefangenen- und KZ-Auffanglagers in Norddeutschland 1939–1945, Bremen 1991, S. 172–188.

120 Janina Grabowska, Marsz Śmierci. Ewakuacja piesza więzniów KL Stutthof i jego podobozów. 25 stycznia–3 maja 1945, Danzig 1993; Shmuel Krakowski, Massacre of Jewish Prisoners on the Samland Peninsula, in: Yad Vashem Studies 24 (1994), S. 349–387.

121 Die auf S. 654 erwähnten „die Deutschen" waren eine SS-Totenkopf-Einheit, die insgesamt 1040 Juden erschoß; vgl. die Berichte im Bundesarchiv-Militärarchiv, RS 4/60.

122 Meir Buchsweiler, Volksdeutsche in der Ukraine am Vorabend und Beginn des Zweiten Weltkrieges – ein Fall doppelter Loyalität?, Gerlingen 1984, S. 375 ff.; Ingeborg Fleischhauer, Das Dritte Reich und die Deutschen in der Sowjetunion, Stuttgart 1983, S. 139 ff.

123 Szabolcs Szita, The Forced Labor of Hungarian Jews at the Fortification of the Western Border Regions of Hungary, 1944–45, in: Randolph L. Braham (Hrsg.), Studies on the Holocaust in Hungary, Boulder 1990, S. 175–193; Szabolcs Szita, Haláleröd. A munkaszolgálat és a hadimunka 1944–1945 [Todesfestung. Zur Geschichte des Arbeitsdienstes und des Kriegseinsatzes 1944–45], Budapest 1989; U. Lapidoth, The „Death Marches" of Hungarian Jewry from the Labor Camps on the Austrian-Hungarian Border, in: Yalkut Moreshet 46 (1989), S. 75–100 (hebräisch).

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Goldhagen konzentriert sich bei der Behandlung der Todesmärsche auf die Endphase des Krieges, und zwar speziell auf die Darstellung eines Marsches aus einem Nebenlager von Flossenbürg: Helmbrechts bei Hof. Die Gruppe der jüdischen Frauen hatte bereits einen langen Marsch aus dem Lagerkomplex von Groß-Rosen, teilweise sogar schon aus Auschwitz, hinter sich[124]. Deshalb war die Kolonne der Jüdinnen schon sehr geschwächt, als sie im April 1945 von Helmbrechts zusammen mit den dort internierten nichtjüdischen Häftlingen aufbrach. Goldhagen schildert im Detail die schlechtere Behandlung und brutale Schikanierung der jüdischen Frauen durch die Wachen, so in der Unterbringung und in der Versorgung. Häftlinge, die nicht mehr weiterlaufen konnten, wurden erbarmungslos erschossen. Unter den genannten Voraussetzungen betraf dies fast durchweg Juden[125]. Goldhagen gibt hier eine erschütternde Beschreibung. Drei Wochen lang lief die Kolonne, die vor allem aus abgemagerten jüdischen Frauen bestand, oft unter Dauerregen durch das deutsch-tschechische Grenzgebiet. Tagtäglich schlugen die Bewacher auf die Frauen ein, erschöpfte Häftlinge wurden erschossen oder starben in den Marschpausen. Kurz vor dem Eintreffen der amerikanischen Truppen erschossen einzelne SS-Männer größere Gruppen von Jüdinnen, so daß schließlich weniger als 50% dieser Häftlinge im Sudetenland befreit werden konnten.

Gegen Goldhagens Gesamtanalyse der Vorgänge ergeben sich erhebliche Bedenken: Seine These, die Todesmärsche seien nur ein besonders abgefeimtes Mittel zur Ermordung der letzten Juden gewesen, kann nicht überzeugen. Die Evakuierungen waren im Anfangsstadium keineswegs ein Marsch ins nirgendwo, sondern sollten zu zentraleren Konzentrationslagern führen[126]. In der Folge der Front-Entwicklung und wegen lokaler Orientierungsschwierigkeiten begannen die Märsche kreuz und quer, letztendlich im „Nirgendwo" zu verlaufen. Die entscheidende Frage bleibt aber: Warum machten sich die Bewacher die Mühe, unter schlechten Witterungsbedingungen oft wochenlange Märsche mit den Juden durchzuführen, anstatt sie beim Abzug aus den Lagern einfach zu ermorden, wie es 1943 oft geschah? Im Gegensatz zur vorherrschenden Forschung isoliert Goldhagen die Evakuierungen fast völlig vom politischen Hintergrund des letzten Kriegsjahres. Es gibt nämlich starke Indizien dafür, daß Himmler die letzten Juden als Geiseln ansah. Er führte seit 1944 verdeckte Verhandlungen mit jüdischen Organisationen und dem Roten Kreuz, die in Einzelfällen auch die Freilassung von Juden nach Skandinavien zur Folge hatten[127].

---

[124] Vgl. Alfred Konieczny, Ewakuacja obozu koncentracyjnego Gross-Rosen w 1945, in: Studia nad faszyzmem i zbrodniami hitlerowskimi 2 (1975), S. 163–189; J. Żulawiński, Eksterminacja więźniów w czasie ewakuacji obozu Gross-Rosen i jego filii, in: Studia i Materiały z Dziejów Śląska 12 (1973), S. 433–444.

[125] Allerdings läßt sich dies heute nicht mehr immer zweifelsfrei rekonstruieren, vgl. Urteil LG Hof, Ks 7/68 ./. Dörr, 31.7. 1969, Bl. 36, in: IfZ, Gh 10.02.

[126] Noch am 18.4. 1945 erhielt Marschleiter Dörr den Auftrag, nach Dachau zu gelangen, in: Ebenda, Bl. 53.

[127] Yehuda Bauer, Freikauf von Juden? Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933 bis 1945, Frankfurt a.M. 1996, S. 367f., 379ff., bes. S. 448; Henke, Die amerikanische Besetzung, S. 882–895.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Vorgänge schlugen sich auch auf den Helmbrechts-Marsch nieder, in dessen Verlauf die Tötungen offiziell verboten wurden[128]. Bei den Evakuierungen spielten so viele Faktoren eine Rolle, daß eine vereinfachte Rückführung der Morde nur auf den Antisemitismus sehr schwierig ist. Waren etwa Eisenbahnzüge oder Lastkraftwagen vorhanden, so erfolgten keine erschöpfenden Märsche. Der tödliche Mechanismus wurde nämlich dadurch in Gang gesetzt, daß vielfach der Befehl galt, alle Marschunfähigen und Kranken zu erschießen[129]. Angesichts des Gesundheitszustandes der Jüdinnen in Helmbrechts schon bei Marschbeginn kam diese Weisung, die sich nicht explizit gegen Juden richtete, einem Todesurteil für die meisten gleich.

Es ist jedoch kaum zu bezweifeln, daß auch bei diesen Erschießungen, besonders aber bei den Mißhandlungen von Jüdinnen, der Antisemitismus eine wichtige Rolle spielte. Dennoch wäre gerade bei der Analyse des Bewacher-Verhaltens die anthropologische Sichtweise vonnöten gewesen, die Goldhagen immer wieder einfordert. Obwohl der Autor dies beständig verneint, veränderte sich damals die Handlungssituation: Das Reich stand vor dem Zusammenbruch, die Judenverfolgung hatte alle Stadien bis zum Massenmord bereits durchlaufen. Folglich war den Wachen bewußt, daß die Juden faktisch vogelfrei waren. Die Bewacher waren nicht nur der direkten Kontrolle ihrer Vorgesetzten entzogen, sondern auch von ihren alltäglichen sozialen Bindungen gelöst; sie lebten in der ständigen Angst vor dem Eintreffen der alliierten Truppen. Problematisch ist hier wieder Goldhagens Pauschalisierung im empirischen Teil. Fast ohne Ausnahme, so der Autor zunächst, hätten die Bewacher auf die Juden eingeschlagen (S. 413). Zehn Seiten weiter wird dann aber die Aussage eines Häftlings zitiert, die älteren Wachen hätten die Juden nicht mißhandelt. Unterschlagen wird, daß diese aus Landesschützenbataillonen übernommenen älteren Männer auch die Versorgung der Häftlinge durch die Bevölkerung zuließen[130], während ihre jungen Kollegen dies rigoros verhinderten. Ähnlich pauschal beurteilt Goldhagen das Verhalten der einheimischen Bevölkerung, als sie der durchziehenden Kolonnen abgemagerter und zerlumpter Häftlinge ansichtig wurde. Für die These, deren Reaktion sei mehrheitlich feindlich gegen die Juden gewesen, fehlen die Belege. Dies mag für die Hitler-Jugend zutreffen, gerade bei der Dorfbevölkerung ergibt sich aber oft ein anderes, nämlich freundlicheres Bild[131]. Die durchaus belegbaren Fälle von ablehnendem Verhalten der Bevölkerung gegenüber den Häftlingen bei Kriegsende erstreckten sich im übrigen auch auf Nichtjuden. Hier sei vor allem an die berüchtigte „Mühlviertler Hasenjagd" erinnert, als österreichische Bauern aus Mauthausen ge-

[128] Unklar bleibt, wieso Goldhagen auf S. 418 behauptet, die Wachen hätten Weisung gehabt, Juden in die Wälder zu entlassen.

[129] Für Flossenbürg vgl. Stanislav Zámečnik, Kein Häftling darf lebend in die Hände des Feindes fallen. Zur Existenz des Himmler-Befehls vom 14./18. April 1945, in: Dachauer Hefte 1 (1985), S. 219–231.

[130] Urteil LG Hof Ks 7/68 ./. Dörr, 31. 7. 1969, Bl. 82, in: IfZ, Gh 10.02.

[131] Vgl. die hervorragende Analyse von Herbert Obenaus, Die Räumung der hannoverschen Konzentrationslager im April 1945, in: Konzentrationslager in Hannover, Bd. 2, Hildesheim 1985, S. 494–544, hier S. 515 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

flüchtete sowjetische Kriegsgefangene lynchten. Dieser Vorgang wurde übrigens auch in einer Dissertation an der Harvard University aufgearbeitet[132].

Die Darstellung dieses einen „Todesmarsches" enthält den einzigen substantiellen Vergleich nach Opfergruppen im gesamten Buch. In der Endphase des Krieges marschierten Juden neben Nichtjuden. Die Massenerschießungen von Juden wie auch ihre systematisch schlechtere Behandlung in den Kolonnen zeigen in diesen Fällen, daß die rassistische Abstufung weiter wirkte, sich sogar an vielen Stellen radikalisierte, obwohl nun die institutionelle Kontrolle fehlte. Aber dies galt eben nicht immer. So ist es fraglich, ob Juden überhaupt die Mehrzahl der Opfer stellten (S. 655). Goldhagen dokumentiert unter anderem den Todesmarsch aus Rottleberode (Außenlager von Mittelbau-Dora) nach Gardelegen, wo über tausend Häftlinge in einer Scheune verbrannt oder erschossen wurden. Unerwähnt bleibt dabei, daß es sich nach Erkenntnissen polnischer Forscher mehrheitlich nicht um Juden, sondern um Polen handelte, bei denen sich wenige jüdische, französische und russische Häftlinge befanden[133]. Eine weitere Vergleichsperspektive hätten die Märsche der Rotarmisten in deutsche Kriegsgefangenschaft 1941/42 geboten, bei denen ähnliche Faktoren wie gegen Kriegsende wirksam waren: Hunger und Erschöpfung, ideologische Aufladung und Mangel an Transportraum.

Überspitzt ließe sich argumentieren, daß alle drei Fallstudien im Endeffekt nicht den Beweiskriterien des Buches entsprechen: Die Ordnungspolizei war 1941 ein Teil von Himmlers „Endlösungs"-Apparat, die ausgewählten Arbeitslager im Distrikt Lublin waren eine reine SS-Domäne, und die Todesmärsche waren weder ein zentrales Phänomen der „Endlösung", noch läßt sich – wegen der Vielzahl der Bestimmungsfaktoren – der Antisemitismus dabei als hinreichende Tätermotivation nachweisen, obwohl er selbstverständlich von großer Bedeutung war.

3. Methodische und theoretische Probleme

In einem langen Schlußabschnitt faßt Goldhagen sein Material zusammen und verknüpft die verschiedenen Argumentationsebenen. Dabei geht er in zwei Schritten vor: Zuerst rekapituliert er seine Thesen zur Tätermotivation; in einem zweiten Abschnitt versucht er dies mit der Darstellung von Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft und Judenpolitik zu verbinden. Die dabei erneut aufgestellte These von der alleinigen Motivation der Judenmörder durch den Antisemitismus und seine zentrale Bedeutung ist weder neu, noch besonders selten anzutreffen. Ein Großteil der israelischen Forschung setzt diese These implizit voraus. Dabei sollte man allerdings beachten: Das fragmentarische und teilweise diffuse Quellenmaterial läßt diese Thesen

[132] Gordon J. Horwitz, In the Shadow of Death. Living Outside the Gates of Mauthausen, London/New York 1991, S. 124–143 (dort auf S. 144–163 auch eine Analyse der Todesmärsche).

[133] Zygmunt Kozaniecki, Gardelegen, in: BGKBZHwP 29 (1979), S. 189–210, hier S. 201; vgl. Obenaus, Räumung, S. 538–544.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durchaus zu. Die Erforschung individueller Handlungsmotivation gehört aber zu den schwierigsten Bereichen der Geschichtswissenschaft und bietet Raum für mancherlei Spekulation. Die Gewichtung von kausalen Faktoren ist immer eine nur schwer regulierbare individuelle Konstruktionsleistung jedes Historikers. Sie hängt ab von schlüssiger Kriterienbildung, die letztlich nur auf verschiedenen Vergleichsebenen erfolgen kann, die bei Goldhagen leider nur rudimentär vorhanden sind. Gerade für die Tätermotivation wird man sagen müssen, daß Thesen, die dabei ins Spiel gebracht werden, streckenweise genauso schwer zu widerlegen wie zu beweisen sind.

Vice versa sind Goldhagens Argumente gegen die mitverursachende Bedeutung der autoritären Disposition und des Gruppendrucks, die besonders Browning betont, oftmals spekulativ, weil er selbst den Faktor Antisemitismus nicht überzeugend isolieren kann. Dies liegt in der mangelhaften Berücksichtigung von institutionellen Faktoren und politischen Entscheidungen begründet. Erst wenn für jede Tatsituation die äußeren Rahmenbedingungen *umfassend* abgeklärt sind, kann individuelles Verhalten beweiskräftig analysiert werden. Im übrigen stellt Goldhagen die bisherige Literatur zur Tätermotivation so dar, als habe es nur eindimensionale Erklärungsversuche wie Befehlsnotstand, ökonomische Interessen usw. gegeben. Tatsächlich haben aber insbesondere die Untersuchungen der letzten zehn Jahre eine Vielzahl von sich überlagernden Motiven und Rationalisierungen ergeben. Darüber, daß dabei der Antisemitismus ein entscheidender Faktor war, besteht beim überwiegenden Teil der Historiker Konsens. Allerdings wird dies zu selten explizit ausgesprochen.

Goldhagen hat umfangreiche Ermittlungsakten aus der Nachkriegszeit gelesen. Ein großer Teil dieses Studiums ist allerdings nicht in die Darstellung eingeflossen, weil die Akten sich mit Kernbereichen des Täterapparates beschäftigen. Die Nutzung von Gerichtsakten ist sicher ein zentrales Kennzeichen der neuesten Forschung, diese Akten wurden inzwischen auch von anderen Historikern in ähnlichem Ausmaß herangezogen. Goldhagen stützt sich vor allem auf die Bestände der Ludwigsburger Zentralen Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen und der Staatsanwaltschaften in Hamburg und Hof. Die Protokolle von Tätervernehmungen sind im allgemeinen mit Vorsicht zu genießen, anders gesagt: Dort wurde gelogen. Goldhagen versucht, dieses Problem mit einem Kunstgriff aus der Welt zu schaffen: Alle entlastenden Aussagen, die nicht von anderen Quellen bestätigt werden, lehnt er ab (S. 547, Einschränkung S. 686). Tatsächlich hält er sich aber nicht immer an diesen Vorsatz und verwendet entlastende Aussagen, wenn sie gerade in seine Argumentation passen (S. 329, 664). Mit dem weitgehenden Ausschluß entlastender Statements begibt er sich jedoch aus zwei Gründen in die große Gefahr eines Zirkelschlusses, weil er nämlich nur noch Quellen nutzt, die seine Hypothese bestätigen. Der Ausschluß von entlastenden Aussagen ist dem Material nicht angemessen. Hier handelt es sich um von der Justiz zu strafrechtlichen Zwecken produzierte Akten. Jede Quellenkritik muß mithin von der Position des Befragten im Strafverfahren ausgehen, also fragen, ob es sich um einen Beschuldigten oder einen Zeugen handelt. Unbeteiligte Zeugen sagen meist offener aus als beschuldigte Täter. Das Problem bei der Erforschung mobiler Tötungseinheiten und geschlossener Lager ist aber, daß es nur wenige solcher

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zeugen gab, die einen genaueren Einblick in den Täterapparat hatten. Bei stationären Polizeidienststellen ist dies anders. Oftmals müssen verschiedene Aussagen derselben Person in mehreren Verfahren verglichen werden, da sie sich je nach Position und Zeitablauf verändern. Wie Goldhagen selbst betont, sind die Vernehmungen gerade in puncto Tatmotivation äußerst problematisch, weil Rassenhaß ein Kriterium ist, das zur Mordanklage führen kann. Hinzu kommt, daß es sich in der Regel nicht um die direkte Rede des Zeugen handelt, sondern die Niederschrift eines Protokollanten. Diese quellenkritischen Probleme sind schon seit einiger Zeit diskutiert worden[134].

Die zweite methodische Fußangel ist Goldhagens spärliche Nutzung von originalen Täterquellen, sprich NS-Akten, was für die neuere Forschung absolut ungewöhnlich ist. Der Autor ging davon aus, daß die Gerichtsakten bzw. die Dokumentensammlung in Ludwigsburg auch Kopien fast aller einschlägigen zeitgenössischen Akten aus anderen Archiven enthalten (S. 546). Dies gilt jedoch nur in eingeschränktem Maße: Gesammelt wurden die Akten dort meist nur bis zum Abschluß der Verfahren – und dies allein unter prozeßrelevanten Kriterien. Nur in geringen Mengen gingen die erst seit kurzem zugänglichen Dokumente aus osteuropäischen Archiven dort ein. Sie sind jedoch seit einigen Jahren oft auch als Kopie im Archiv des US Holocaust Memorial Museums vorhanden. Lediglich zur Organisation der Ordnungspolizei hat der Autor auch einige Sachakten in staatlichen Archiven eingesehen. Mit dem Verzicht auf einen Großteil der einschlägigen Dokumente beeinträchtigt er seine Untersuchung erheblich: Da die Vernehmungsakten nur mit den genannten methodischen Vorbehalten genutzt wurden, fehlt weitgehend ein Regulativ für die empirische Beweisbarkeit, d.h. der Autor operiert weitgehend mit indirekten Schlüssen. Die Masse der zeitgenössischen Dokumente gibt jedoch den antisemitischen Zeitgeist, die Maßnahmen und auch nonkonformes Verhalten viel authentischer wieder, als es durch den Zerrspiegel der Nachkriegs-Vernehmungen geschieht. Gerade zur Ordnungspolizei sind große Aktenmengen in Prag und anderen osteuropäischen Archiven überliefert. Von Bedeutung für das Thema wäre auch der Bestand der SS- und Polizeigerichtsbarkeit gewesen, da hier von den Normen abweichende Handlungen eine zentrale Rolle spielten[135]. Hinzu kommt, daß der Autor bereits in die Forschung eingegangene Dokumente aus sowjetischen Archiven nur unzureichend verarbeitet. Ein herausragendes Beispiel ist Himmlers Erlaß vom 12. Dezember 1941 zur Betreuung der Mordeinheiten, der die mehrfach im Buch erwähnten „Kameradenabende" nach Massenmorden zum wiederholten Male anordnete[136]. Fragen des

[134] Vgl. Wolfgang Scheffler, NS-Prozesse als Geschichtsquelle. Bedeutung und Grenzen ihrer Auswertbarkeit durch den Historiker, in: Ders./Werner Bergmann (Hrsg.), Lerntag über den Holocaust als Thema im Geschichtsunterricht und in der politischen Bildung, Berlin 1988, S. 13–27.

[135] Wolfgang Scheffler, Zur Praxis der SS- und Polizeigerichtsbarkeit im Dritten Reich, in: Günther Doeker/Winfried Steffani (Hrsg.), Klassenjustiz und Pluralismus. Festschrift für Ernst Fraenkel zum 75. Geburtstag, Hamburg 1973, S. 224–236.

[136] Richard Breitman, Himmler and the „Terrible Secret" among the Executioners, in: Journal of Contemporary History 26 (1991), S. 431–452. Schon der Befehl des Kommandeurs Polizeiregiment Mitte vom 11.7. 1941 sah „Kameradschaftsabende" vor; vgl. Browning, Ganz normale Männer, S. 34.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Alltagslebens – wie der Familiennachzug – oder des institutionellen Hintergrunds lassen sich mit solchen zeitgenössischen Akten beantworten. Weil Goldhagen diese Akten nicht nutzt, kommt er etwa zu der irreführenden Behauptung, Korruption und Karrieredenken hätten beim Judenmord keine Rolle gespielt (S. 449 f.). Sie waren sicher nicht die alleinige Tat-Motivation, aber oftmals für konkrete Initiativen zum Mord entscheidend. An den Schauplätzen des Massenmordes kursierten riesige Beutegüter aus jüdischem Besitz, Korruption und moralischer Verfall waren allgegenwärtig. Dies führte zu einer umfangreichen Berichterstattung der SS, die die „Manneszucht" bedroht sah. An zeitgenössischen Quellen wären noch Feldpostbriefe zu nennen, die vom Autor nur punktuell genutzt werden (S. 473, 527, 669). Sie können zwar nicht zu quantitativen Aussagen über Gruppeneinstellungen führen, sehr wohl aber zu qualitativen Aspekten[137] einiges beitragen. Darüber hinaus gibt es noch weit mehr Akten, die methodisch leichter handhabbar sind als Vernehmungsprotokolle aus den sechziger Jahren: Tagebücher deutscher Zeugen, die in Verfahren ausgewertet wurden, Vernehmungen deutscher Kriegsgefangener vor Kriegsende oder Abhörprotokolle aus Kriegsgefangenenlagern für Deutsche 1943–1945. Diese Defizite sind auch nicht mit der Durchsicht besonders großer Mengen von Gerichtsakten wettzumachen. Insbesondere deshalb nicht, weil Goldhagen nicht nur angeblich bisher fehlende empirische Forschungen nachholen will, sondern zugleich eine völlige Neuinterpretation auch der Judenpolitik ankündigt. Angesichts dieser methodischen Probleme wäre eine größere Zurückhaltung in der Argumentation des Autors angebracht gewesen. Goldhagen kennt aber fast nur Gewißheiten. Tatsächlich bietet er über weite Strecken aber nur mögliche bzw. wahrscheinliche Erklärungen an, an einigen Stellen – insbesondere auf der sogenannten Meso-Ebene – spekuliert er sogar.

Weiter fallen einige in der Historiographie eher ungewöhnliche rhetorische und theoretische Kunstgriffe auf, die in der Sache nicht weiterführen. Vor allem in den ersten Kapiteln wird der Leser ständig mit einem spekulativen Fragestil konfrontiert, der implizit immer wieder auf die Hauptthese hinleiten soll, der darstellerischen Präzision aber abträglich ist. Das gleiche gilt für die vom Autor ständig eingeforderte Umkehrung der Beweispflicht. Nicht er müsse seine Thesen breit belegen, sondern er fordert die Historiographie auf, ihn zu widerlegen. Bedauerlich ist ferner die Unsitte, den Thesen widersprechende Argumente in die Anmerkungen am Ende des Buches zu verlegen. Die ausgiebige Verwendung von Pseudonymen wird erst spät angekündigt (S. 686)[138].

Nicht unproblematisch ist Goldhagens Verwendung des terminus „die Deutschen" zur Benennung der Täter. Der Autor hat zweifelsohne recht, wenn er bemängelt, daß die Verfolgungsgeschichte bisher zu oft im Passiv geschrieben worden ist. „Deutsche" ist ein durchaus gängiger Begriff in der Literatur zum NS-Judenmord, der als

[137] Vgl. Klaus Latzel, Tourismus und Gewalt. Kriegswahrnehmungen in Feldpostbriefen, in: Heer/Naumann, Vernichtungskrieg, S. 447–459 (auch kritisch zu Beiträgen im selben Band).

[138] Davon ist sogar der Name eines Lagerkommandanten betroffen (S. 353, 554).

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abgrenzung zu Juden und einheimischen Nichtjuden den Tatsachen am *außerdeutschen* Schauplatz gerecht wird. Schließlich war nicht jeder Beteiligte an der Judenverfolgung ein Nationalsozialist. Allerdings sind gegen Goldhagens Gebrauch des Begriffs mehrere Einwände vorzubringen: 1. Die von ihm selbst geforderte genaue Benennung der Täter wird damit nicht geleistet; 2. die Egalisierung von Deutschen, Österreichern und sogenannten Volksdeutschen hat Goldhagen mit der allgemeinen Forschung gemein, sie trägt jedoch kaum zur Präzisierung bei. Die Problemkreise österreichischer Antisemitismus und österreichische Täter werden völlig ausgeklammert, damit fällt das Buch hinter den Diskussionsstand der letzten Jahre zurück[139]. Der hohe Anteil an Volksdeutschen dürfte eher noch zur Radikalisierung geführt haben, obwohl diese meist nicht im deutschen Kulturkreis lebten, in dem allein nach Goldhagen der „eliminatorische" Antisemitismus dominierte[140]; schließlich wird die Problematik der deutschen Frauen nicht systematisch angesprochen, lediglich Beispiele werden angeführt[141]; 3. der Autor gebraucht – wie in den meisten Opfermemoiren üblich – inflationär das pauschale „die Deutschen" anstelle der empirisch meist adäquateren Form „Deutsche" bzw. – wenn es sich nur um solche handelt – „Nazis". Verwirrend wird die Begriffs-Verwendung bei der Schilderung von Vorgängen im Reich. Das führt dann zu Absurditäten wie dieser: Während der Todesmärsche wollten einzelne Deutsche den vorbeimarschierenden Juden Brot und Wasser reichen, was von den Bewachern verhindert wurde. Fazit des Autors: „Die Deutschen weigerten sich nicht nur konsequent, den Jüdinnen zu gestatten, verfügbares Wasser und Essen entgegenzunehmen" (S. 409–411, ähnlich S. 420). Das deutet auf ein generelles Problem des Buches: Zu oft werden heuristische Modelle und Begriffe mit empirischen Abläufen verwechselt.

Die Argumentationslinie der „gewöhnlichen Deutschen" läßt sich nicht durchhalten, wie schon an der Problematik der Fallstudien gezeigt wurde. Dazu hätte der Autor alle Beispiele aus den Kernbereichen des Weltanschauungsapparates, also aus Gestapo und Einsatzgruppen, isoliert behandeln müssen. Statt dessen finden sich an mehreren Stellen Argumentationsformen, die sich hart an der Grenze der Wissenschaftlichkeit bewegen: So nimmt der Autor Zitate von drei NS-Weltanschauungstä-

---

139 Bruce F. Pauley, From Prejudice to Persecution. A History of Austrian Anti-Semitism, Chapel Hill 1992 (deutsch: Die Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung, Wien 1993). Prägnant und mit einem wenig schmeichelhaften Ergebnis für Österreich: Ders., German and Austrian Anti-Semitism in the Interwar Years: Which was the More Extreme?, in: Österreichischer Zeitgeschichtetag 1993, Innsbruck/Wien 1995, S. 272–278.

140 Vgl. die zahlreichen neueren Essays von Hans-Heinrich Wilhelm; Doris L. Bergen, The Nazi Concept of „Volksdeutsche" and the Exacerbation of Anti-Semitism in Eastern Europe, 1939–45, in: Journal of Contemporary History 29 (1994), S. 569–582. Das von Goldhagen zu dieser Frage herangezogene Buch von Valdis O. Lumans, Himmler's Auxiliaries, Chapel Hill/London 1993, S. 557, ist in puncto Judenverfolgung leider mißglückt.

141 Vgl. Gudrun Schwarz, Verdrängte Täterinnen. Frauen im Apparat der SS (1939–1945), in: Theresa Wobbe (Hrsg.), Nach Osten. Verdeckte Spuren nationalsozialistischer Verbrechen, Frankfurt a. M. 1992, S. 197–223.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tern par excellence – Otto Ohlendorf, Eduard Strauch und Paul Zapp[142] – (S. 175, 461, 470, 475), um sie dann dem Leser als Äußerungen durchschnittlicher Täter zu präsentieren („sprach nicht für seine Leute, sondern für die Täter im allgemeinen").

In seiner analytischen Zusammenfassung hat Goldhagen einen sieben Seiten langen Abschnitt zur Bedeutung der komparativen Perspektive geschrieben. Wie an anderen Stellen auch, präsentiert er hier die besten theoretischen Vorsätze, um sie dann gleich wieder in der Ausführung ad absurdum zu führen. So will er die Einmaligkeit des deutschen Verhaltens ausgerechnet im Vergleich mit den Dänen und den Italienern beweisen, die sich bekanntermaßen relativ erfolgreich gegen den Judenmord gewehrt haben. Ein weiteres zentrales Defizit der Arbeit ist die durchgängige Tendenz zur Vereinfachung. Zwar wird in den reflexiven Teilen die Komplexität der Ursachen für die „Endlösung" konstatiert; zugleich wird aber durch die Konstruktion eines modellhaften „eliminatorischen" Antisemitismus eine konstante Leitlinie eingeführt, die alle Unterschiede einebnet. So nimmt es nicht wunder, daß etwa die spezifische Rezeption der Ostjuden beim Einmarsch in Polen als verschärfende Handlungsmotivation nur ganz am Rande einbezogen wird[143]. Vereinfacht wird auch die Kategorisierung der Tätertypen, wie sie noch bei Jäger vorhanden war. Die Grenze zwischen den Erschießungspeletons und den notorischen Exzeßtätern verschwimmt. Übrig bleibt der „gewöhnliche Deutsche" als Täter.

Historiographisch besonders schwerwiegend ist die weitgehende Ignorierung der Chronologie. Dies gilt für alle Abschnitte des Buches, besonders aber bei der Darstellung des Antisemitismus vor 1933. Auch für die Zeit nach 1933 wird nicht genügend herausgearbeitet, daß in Deutschland eine Diktatur existierte, in der die Öffentlichkeit ausgeschaltet war und es keine rechtsstaatlichen Schutzmechanismen mehr gab. Statt dessen betont Goldhagen „die beträchtlichen Freiheiten und den Pluralismus in der deutschen Gesellschaft jener Zeit" (S. 559 f.). Mit Kriegsbeginn erfolgte ein neuerlicher völliger Wandel der Wertesysteme, das Töten gehörte nun zum Alltag eines Teils der männlichen Bevölkerung[144], regimefeindliche Regungen wurden als innere Schwächung des Reiches wahrgenommen. Ab September 1939 schuf ein Massenverbrechen das Klima und die organisatorischen Voraussetzungen für das nächste. Für die Täteranalyse müßte die chronologische Differenzierung immer feiner werden, gerade im Sommer und Herbst 1941, mit dem Übergang zum Völkermord. Auch bei den Getto-Räumungen im Generalgouvernement gibt es erhebliche Unter-

[142] Auf S. 464 wird ein Gestapomann zum „Polizeibeamten", auf S. 473 spricht ein Mitglied des Sonderkommandos 4a angeblich „für die deutschen Soldaten im allgemeinen". Zu Strauch vgl. Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 340 ff.; zu Ohlendorf und Zapp demnächst die Dissertation von Andrej Angrick, Berlin, über die Einsatzgruppe D.

[143] Vgl. Trude Maurer, Ostjuden in Deutschland 1918–1933, Hamburg 1986; zugespitzt John P. Fox, Reichskristallnacht 9 November 1938 and the Ostjuden Perspective to the Nazi Search for a „Solution" to the Jewish Question, in: Polin 5 (1990), S. 74–102; Yfaat Weiss, „Ostjuden" in Deutschland als Freiwild, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 23 (1994), S. 215–232.

[144] Vgl. Henry L. Mason, Clouded Thresholds and Ordinary Men. Aspects of Mass Killing in the Period of the Second World War, in: Oorlogsdocumentatie '40–'45, 4 (1993), S. 89–111.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schiede zwischen dem, was im Frühjahr und dem, was im Sommer 1942 geschah. Diese Vereinfachung findet sich in geographischer Hinsicht wieder. Die Handlungsräume gleichen sich weitgehend, gerade am Beispiel des Polizeibataillons will der Autor vorführen, daß im Generalgouvernement derselbe deutsche Alltag herrschte wie im Reich auch. Tatsächlich galt dies jedoch nur für die offiziell verkündeten Normen.

Eine einheitliche Beurteilung des Buches ist deshalb schwierig, weil insbesondere die theoretischen Ausführungen zur Tatmotivation immer wieder analytisch gut durchdachte Passagen enthalten, die anregend sind und zum Nachdenken zwingen. An erster Stelle sei die zentrale Beobachtung genannt, daß die meisten Täter *verstanden,* warum sie die Juden umbringen sollten (S. 472). Das hat weit mehr Plausibilität als die These, die Täter hätten sich freiwillig zur Tat entschieden und mit Begeisterung gehandelt. Daneben stehen dann allerdings wieder historiographische Spekulationen zur politischen Entwicklung der Judenverfolgung, die einfach nicht zu halten sind. Die Uneinheitlichkeit und die inneren Widersprüche vermitteln den Eindruck, der Autor wäre analytisch und von seinen Kenntnissen her durchaus in der Lage gewesen, die eigenen guten Vorsätze auch einzuhalten. Er wollte aber unbedingt über seine Stärken, die Darstellung der Tötungsvorgänge, auf die ideologie- und mentalitätsgeschichtliche Ebene vorstoßen. Das mißlang, da Goldhagen die Ebenen mit einer zu starren Modellvorstellung verband und das kurze Politik- und Institutionen-Kapitel nur noch Scharnierfunktion hat. Die Konstruktion der Arbeit, die von der problematischen Nutzung von Zeugenvernehmungen ihren Ausgangspunkt nimmt und immer weitere Kreise zieht, führt den Autor damit in die Nähe eines Zirkelschlusses.

Die Leistungen des Buches liegen vor allem in folgenden Punkten: Goldhagen zeigt, daß gängige Vorstellungen vom NS-Judenmord immer wieder überdacht werden müssen, daß die entsprechenden Forschungen zu Osteuropa noch nicht so weit gediehen sind. Der Autor stellt viele richtige Fragen. Er weist auf entscheidende Defizite in der Forschung hin, besonders die Analyse des Antisemitismus von 1918 bis 1939 und die Frage nach seiner kausalen Bedeutung für die „Endlösung". Das Konzept der Verknüpfung von deutscher politischer Kultur, institutionellen Voraussetzungen und Entscheidungen zum Massenmord mit den tatnahen Vorgängen ist vom Ansatz her überzeugend. Daneben liefert der Autor eine intensive Beschreibung der Massenmorde von Polizeibataillonen und der näheren Umstände eines Todesmarsches. Nie sind bisher so unterschiedliche Situationen des Massenmords in derart eindringlicher und detaillierter Weise präsentiert worden. Die Wirklichkeit des Massenmordes wird hier drastisch vor Augen geführt, sie war schier unvorstellbar grausam und niemals anonym. Der ständige Personalmangel, die hochgradige Improvisation und die Gewalttätigkeit dieser Aktionen setzen hinter die These vom rein „bürokratischen" oder „industriemäßigen" Massenmord ein dickes Fragezeichen. Die Handlungsspielräume der Täter waren größer, als dies gemeinhin vermutet wird. Für das Problem der Tätermotivation, ein kaum beackertes Feld, bietet das Buch – zum Teil grundlegende – theoretische und empirische Anregungen; besonders gilt dies für die Analyse der Mordschützen und der Exzeßtaten. Ein anthropologischer Zugriff, der

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Täteralltag einbezieht, ist noch kaum gewagt worden, obwohl sich diese Fragestellung in der Sozialgeschichtsschreibung längst durchgesetzt hat. Goldhagen gelangt dabei zu der sich seit einigen Jahren in der Forschung abzeichnenden Einsicht, daß bei den Verbrechen im Osten ein hoher Konsens im Besatzungsapparat bestand, daß diese unter weitgehender Enthemmung ausgeführt wurden und daß breite Kreise darin involviert waren. Bei den Morden herrschte ein größeres Maß an Freiwilligkeit, als man lange annahm. Der Autor unterstreicht die These, daß die NS-Täter aus der Mitte der deutschen Gesellschaft kamen. Gerade dies wirkt auf viele deutsche Leser verstörend. Angesichts der immer detaillierteren Erforschung der Einzelentscheidungen ruft Goldhagen ins Gedächtnis, daß über den scheinbar entideologisierten Detailvorgängen das ideologische Ganze, die Radikalität des nationalsozialistischen Antisemitismus, nicht aus dem Auge verloren werden darf. Es besteht also kein Anlaß für die Forschung, ungerührt wieder zur Tagesordnung überzugehen.

Insgesamt also ein wichtiges Buch zum Thema Tätermotivation, das aber an seinem eigenen hohen Anspruch scheitert und wissenschaftlich unausgereift, an vielen Punkten unzulänglich ist. Eine Generalrevision für die Erklärung der „Endlösung" kann der Autor nicht bieten. Denn seine Gesamtthese ist weder neu noch hinreichend abgestützt. Vielmehr fällt eine Vielzahl der Aussagen zu Vorgeschichte, Entwicklung und Organisation der „Endlösung" hinter den momentanen Erkenntnisstand mit seinen methodischen und inhaltlichen Differenzierungen zurück. Empirisch bringt das Buch nur in Einzelheiten Neues. Trotz seiner breiten theoretischen und empirischen Kenntnisse hat sich Goldhagen von der Brutalität des Gegenstands blenden lassen und analytische Regeln vernachlässigt. Das Buch gehört damit in die Reihe der großen simplifizierenden Entwürfe wie etwa von Aly und Heim, die als Herausforderung angenommen werden sollten. Während diese – mit dem vermeintlichen Gütesiegel „umstritten" – teilweise enorme politisch-publizistische Breitenwirkung entfalteten, fanden sie in der wissenschaftlichen Forschung nach einiger Zeit nur noch wenig Beachtung. Goldhagen zielte von Anfang an auf eine breite Öffentlichkeit ab[145], ohne eine wissenschaftliche Debatte seiner Thesen abzuwarten. Mit seiner rigorosen Tonart, die in der deutschen Ausgabe des Buches etwas abgeschwächt wurde, trug er auch zum Stil der Auseinandersetzung bei. Auf seine Aufforderung hin kam eine schnelle, man muß sagen: überstürzte Reaktion in der Presse zustande. Die öffentliche Aufregung dürfte also nicht nur dem Buch selbst, sondern auch den Rezeptions-Mechanismen unserer Zeit geschuldet sein.

III. Perspektiven der Forschung

Nimmt man die Herausforderung an, die – trotz aller wissenschaftlichen Probleme – in dem Buch von Goldhagen und anderen simplifizierenden Entwürfen steckt, so ergeben sich eine Reihe von Perspektiven für die Forschung. Die Kontinuitätsdebatte

[145] Vgl. seinen Artikel The People's Holocaust, in: New York Times, 17.3. 1996.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ist noch nicht abgeschlossen. Vielmehr ist genauer als bisher das Ausmaß des Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft seit 1918, insbesondere in den Eliten, zu untersuchen. Die Vielzahl von Einzelstudien gerade zur Zeit ab 1933 sollte zusammengeführt werden. Zu erarbeiten sind zunächst jedoch noch die entsprechenden Forschungen für das Gebiet der ehemaligen DDR und die ehemaligen Ostgebiete, für welche schon polnische Untersuchungen vorliegen.

Die Erforschung tatnaher NS-Verbrecher sollte gerade nach den Thesen Goldhagens intensiviert werden. Studien auf der Mikro-Ebene, die den Tatort in seinen Kontext stellen, sind Mangelware. Dabei wird sich zeigen, ob unterschiedliche Kontexte auch zu unterschiedlichem Verhalten führen. Auf die in Frage kommenden Institutionen wurde bereits hingewiesen, so Zivilverwaltung, Ortskommandanturen, Zoll usw. Schon jetzt ist abzusehen, daß sich vor Ort die institutionellen Zuordnungen aufzulösen begannen, daß es in zahlreichen Fällen zu den seltsamsten Frontverkehrungen kam, bis hin zur Judenrettung durch SS-Angehörige. Goldhagen hat darüber hinaus auf das Desiderat der Erforschung von Exzeßtätern hingewiesen, die geschichtswissenschaftlich nur schwer faßbar sind und deshalb kaum systematisch abgehandelt wurden.

Doch nicht nur an diesem tödlichen Endpunkt der Verfolgung ist noch einiges zu leisten. Die internationale Verflechtung und gegenseitige Rezeption der Forschung ist inzwischen angelaufen. Ein besonderes Desiderat sind jetzt wissenschaftliche und inhaltlich dichte Editionen. Die Vielzahl neu entdeckter Schlüsseldokumente aus osteuropäischen Archiven und Justiz-Vernehmungen von zentraler Bedeutung ist nur einem kleinen Kreis von Spezialisten zugänglich. Angesichts der zahllosen historischen und methodischen Implikationen müßten diese Quellen aber sorgfältig in ihren jeweiligen Zusammenhang gestellt werden[146]. Dies trifft auch für Schriftstücke aus den Gesellschaften der besetzten Gebiete zu, die den Massenmord mitansehen mußten[147].

Dringend notwendig ist die Erstellung weiterer Überblicke zur Institutionengeschichte. Zu denken wäre natürlich besonders an die Ordnungspolizei, wie Goldhagen anmahnt. Erst dann ließe sich auch das Verhältnis zwischen „normalem Dienst" und Teilnahme am Massenmord näher bestimmen. Die intensive Erforschung der Gestapo sollte endlich das besetzte Osteuropa einbeziehen. Auch hier gilt es, zunächst die osteuropäische Historiographie gründlich zu rezipieren[148]. Nicht nur die

---

146 Immer noch wichtig: Faschismus – Getto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des 2. Weltkrieges. Hrsg. vom Jüdischen Historischen Institut in Warschau, Berlin 1961. Als dichte Edition von Vernehmungen vgl. Helge Grabitz/Wolfgang Scheffler (Hrsg.), Der Ghetto-Aufstand Warschau 1943 aus der Sicht der Täter und Opfer in Aussagen vor deutschen Gerichten, München 1993.

147 Vgl. besonders: Pawel Szapiro (Hrsg.), Wojna żydowsko-niemiecka. Polska prasa konspiracyjna 1943–1944 o powstaniu w getcie Warszawy, London 1992.

148 Bahnbrechend: Włodzimierz Borodziej, Terror i polityka. Policja niemiecka a polski ruchu oporu w GG 1939–1944, Warschau 1985 (eine angekündigte deutsche Übersetzung ist bis heute nicht erschienen).

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mobilen Gestapo/SD-Einheiten, also die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, sondern auch deren stationäre Dienststellen spielten eine zentrale Rolle beim Massenmord. Auf dieser Ebene wäre zunächst einmal eine systematische Erfassung biographischer Daten des mittleren Personals erforderlich, was den Zugriff auf Akten erheblich erleichtern würde. Ob freilich eine Welle von einzelnen Täter-Biographien wünschenswert ist, bleibt eher fraglich. Vielleicht wäre es sinnvoller, zu Gruppen-Biographien überzugehen, die Gemeinsamkeiten, individuelle Unterschiede und den Handlungsrahmen herausarbeiten. Bettina Birn hat dies bereits für die Höheren SS- und Polizeiführer unternommen, allerdings ohne Schwerpunkt auf der „Endlösung"[149].

An thematischen Defiziten ließe sich einiges aufzählen: Bis heute fehlt eine integrale Darstellung des Polenfeldzuges und der dabei verübten Morde. Die Ähnlichkeiten mit der Gewaltentfesselung im Sommer 1941 sind frappierend, Unterschiede müßten noch analysiert werden. Deutsche und polnische Forschung klaffen hier weit auseinander. Verdienstvolle Studien über die Militärverwaltungen und den „Volksdeutschen Selbstschutz" weisen in die richtige Richtung[150]. Im übrigen mangelt es im allgemeinen nicht an Länderstudien zur „Endlösung", lediglich für Griechenland fehlt eine umfassende Monographie[151]. Vordringlich erscheinen eher Regionalstudien. Das gilt vor allem für die Massenmorde in der besetzten Sowjetunion. Während entsprechende Arbeiten über Lettland, Litauen, Weißrußland und die nördliche Schwarzmeerküste in Bearbeitung sind, bleibt besonders die Zentral- und Ostukraine, also das Tätigkeitsgebiet der Einsatzgruppe C, terra incognita[152]. Gleiches gilt für die peripheren Gebiete, vor allem das von Rumänien besetzte, aber durch das Sonderkommando R in die „Endlösung" einbezogene Transnistrien[153]. Schließlich wären die besetzten Teile Rußlands nördlich des Kaukasus zu nennen. Für alle diese Gebiete sind erst einmal die empirischen Grundlagen zu erarbeiten, so etwa die fast völlig unbekannte Geschichte der dortigen Lager. Selbst in der Erforschung der Vernichtungslager gibt es noch erhebliche Lücken, eine Gesamtdarstellung der

---

149 Birn, Die Höheren SS- und Polizeiführer; dies., Austrian Higher SS and Police Leaders and their Participation in the Holocaust in the Balkans, in: Holocaust and Genocide Studies 6 (1991), S. 351–372. Vgl. das Projekt von Michael Wildt, Hamburg, zum Führerkorps des Reichssicherheitshauptamtes.

150 Hans Umbreit, Deutsche Militärverwaltungen 1938/39, Stuttgart 1977; Christian Jansen/Arno Weckbecker, Der „Volksdeutsche Selbstschutz" in Polen 1939/40, München 1992.

151 Vorzüglicher Überblick: Hagen Fleischer, Griechenland, in: Benz, Dimension des Völkermords, S. 241–274.

152 Vgl. jetzt Martin C. Dean, The German Gendarmerie, the Ukrainian Schutzmannschaft and the „Second Wave" of Jewish Killings in Occupied Ukraine: German Policing at the Local Level in the Zhitomir Region, 1941–1944, in: German History 14 (1996), S. 168–192.

153 Vgl. J. S. Fisher, Transnistria. The Forgotten Cemetry, New York u. a. 1969; Avigdor Shachan, Bakefor ha-lohet. Geta'ot Transnistriyah [Brennendes Eis. Die Gettos Transnistriens], Lohame ha Geta'ot 1988; Dalia Ofer, The Holocaust in Transnistria, in: Lucjan Dobroszycki/Jeffrey Gurock (Hrsg.), The Holocaust in the Soviet Union, Armonk, NY 1993, S. 133–154.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Endlösung" in Auschwitz ist nicht in Sicht; den nicht realisierten Fall Mogilev hat man lange einfach übersehen[154].

Das größte inhaltliche Defizit tut sich im Hinblick auf den Vernichtungskrieg gegen die nichtjüdische sowjetische Zivilbevölkerung auf. Hier finden sich enge Verbindungslinien zur „Endlösung". Diese Verbrechen erstrecken sich von der Ermordung angeblicher oder wirklicher Sowjetfunktionäre über Geiselerschießungen bis hin zu den Massakern im Rahmen des Anti-Partisanenkriegs. Das Thema wurde lange zwischen pauschalen Sowjet-Veröffentlichungen, die die Partisanenbewegung zum Mythos stilisierten und das besondere Schicksal der Juden negierten, und der apologetischen Literatur zum „sauberen" Partisanenkrieg zerrieben. Die Rolle der Wehrmacht wird hierbei im Zentrum der Untersuchung stehen. Dabei sollte allerdings nicht der umfangreiche Wirtschaftsapparat übersehen werden, von der Vierjahresplanbehörde über den Wirtschaftsstab Ost bis hinunter zu den einzelnen Unternehmen. Die etwas anders gelagerten Zusammenhänge im besetzten Polen harren ebenfalls noch der intensiven Untersuchung[155].

Auch in der Erforschung der Geschichte der Opfer ist die Sowjetunion der größte weiße Fleck. Zunächst einmal ist immer noch nicht geklärt, wieviele Juden sich 1941 vor der Wehrmacht nach Osten retten konnten. Relativ frühzeitig fielen jüdische Kriegsgefangene der Roten Armee in deutsche Hand. Ihr Schicksal müßte im Rahmen der Erforschung der einzelnen Durchgangs- und Stammlager, wie sie für das Reichsgebiet bereits existiert[156], rekonstruiert werden. Einen Sonderfall stellen die jüdischen Arbeitsbataillone der ungarischen Armee an der Ostfront dar, die von der deutschen Forschung bisher kaum wahrgenommen wurden. Überhaupt war die Zwangsarbeit der Juden im Zweiten Weltkrieg so vielfältig, daß generelle Aussagen schwer zu treffen sind. Hier könnten Studien zu einzelnen Lagern, später auch vergleichende Arbeiten ansetzen. Ähnliche Feststellungen lassen sich für die jüdischen Gemeinden in den Klein- und Mittelstädten vor allem Polens treffen, die in sehr unterschiedlichem Ausmaß hinter Gettomauern gepfercht wurden[157]. Beim einseitigen Blick auf die Gettos in Warschau, Lodz und Wilna, deren Geschichte aber bei weitem nicht erschöpfend erforscht wurde, ist die Lage der Mehrheit polnischer und teilweise auch sowjetischer Juden eher verdeckt worden. Soweit ersichtlich, gibt es

---

154 Vgl. zuerst Aly, „Endlösung", S. 339–347; demnächst Christian Gerlach, The Project of an SS Extermination Camp in Mogilev, Belarus, and its Failure, in: Holocaust and Genocide Studies 1997 (im Druck).

155 Vgl. Hermann Kaienburg (Hrsg.), Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939–1945, Opladen 1996. Peter Hayes, Evanston, arbeitet an einer größeren Studie zur Rolle der Industrie.

156 Vgl. Karl Huser/Reinhard Otto, Das Stammlager 326 (VI K) Senne 1941–1945, Bielefeld 1992; Anna Bojarska u.a., Hitlerowskie obozy jenieckie w Łambinowicach w okresie II wojny światowej (wybór dokumentów), in: BGKBZHwP 28 (1978), S. 18–143 (größtenteils deutschsprachig).

157 Vgl. Frank Golczewski, Zur Historiographie des Schicksals der polnischen Juden im Zweiten Weltkrieg, in: Herzig/Lorenz, Verdrängung und Vernichtung, S. 85–99; Christopher R. Browning, Beyond Warsaw and Lodz. Perpetrating the Holocaust in Poland, in: James S. Percy/Alan P. Wertheimer (Hrsg.), Perspectives on the Holocaust. Essays in Honor of Raul Hilberg, Boulder 1995.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in der westlichen Forschung keine einzige wissenschaftliche Studie zu einem kleineren Getto[158]. In besonders sensitive Bereiche wie die Verwicklung jüdischer Institutionen bei der Judenverfolgung wagten sich bisher meist nur jüdische Historiker. Dies gilt insbesondere für die Rolle der Jüdischen Polizei in vielen Gettos und die Geschichte der Reichsvereinigung für Juden in Deutschland[159]. Ihre Geschichte muß in den Verfolgungsprozeß integriert werden.

Nicht weniger schwierig ist die Frage nach dem Verhalten nichtjüdischer Gesellschaften in Osteuropa angesichts des Massenmords zu beantworten. Insbesondere in den baltischen Staaten, bis zu einem gewissen Grade auch in Weißrußland und in der Ukraine, werden diese Themen heute von politischen Erwägungen überlagert. Die Rolle der einheimischen Hilfspolizei und der Schutzmannschafts-Verbände ist kein sehr beliebtes Thema. Die Verstrickungen der einheimischen Kommunalverwaltungen bleiben völlig im Dunkeln. Eher schon beschäftigt man sich mit dem Verhalten der einheimischen Bevölkerung[160], wobei aber die Teilnahme an Pogromen immer noch als heißes Eisen betrachtet wird[161]. Die Forschung wird erst einmal die Einbettung der Taten in regionale Traditionen vornehmen müssen, bevor sie zum Thema der direkten Kollaboration vordringt. Die allgemeine Kollaborations-Forschung macht momentan große Fortschritte, beschäftigt sich aber nur am Rande mit der Judenverfolgung[162]. Für die sowjetischen Gebiete wird die Auswertung der einschlägigen Ermittlungsakten des KGB unter dieser Fragestellung von Bedeutung sein. Sie lagern meist bei den Nachfolgeorganisationen, wurden aber in einzelnen Staaten – so Litauen – bereits an die Archive abgegeben. Dabei gelten natürlich ähnliche methodische Vorbehalte wie gegenüber den Gestapo-Ermittlungen oder den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR.

Bei der Frage nach dem Verhalten der nichtdeutschen Gesellschaften angesichts der „Endlösung" hatte die Untersuchung der Kirchen schon immer einen hohen Stellenwert, da diese zu den wenigen intakt gebliebenen Institutionen unter Besatzungsherrschaft zählten. Für die okkupierten Staaten außerhalb Osteuropas liegen bereits solide einschlägige Forschungen vor, für die Schauplätze des Massenmords jedoch nur einige wenige[163]. Auch hier gilt es zu untersuchen, inwieweit antijüdische Tradi-

---

158 Vgl. den systematischen Überblick in Pinkas Hakehillot. Encyclopedia of Jewish Communities (hebräisch), mit bisher 5 Bänden für Polen, Jerusalem 1980ff.

159 Vgl. Aharon Weiss, Ha'mishtara ha'yehudit be'general gouvernement u'ba'shlezia ilit bi'tekufat ha'shoa [Die jüdische Polizei im Generalgouvernement und in Oberschlesien in der Zeit des Holocaust]. Diss phil. Jerusalem 1973. Eindrucksvoller Einzelfall: Calel Perechodnik, Czy ja jestem mordercą?, Warschau 1993.

160 Vgl. etwa Dov Levin, On the Relations Between the Baltic Peoples and Their Jewish Neighbors Before, During and After the Holocaust, in: Holocaust and Genocide Studies 5 (1990), S. 53–66.

161 Vgl. den Überblick bei Tomasz Szarota, Zajścia antyżydowskie i pogromy w okupowanej Europie, in: Holocaust z perspektywy półwiecza, Warschau 1994, S. 153–175.

162 Werner Röhr (Hrsg.), Okkupation und Kollaboration (1938–1945). Beiträge zu Konzepten und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik, Heidelberg/Berlin 1994.

163 Vgl. Otto Dov Kulka/Paul R. Mendes-Flohr (Hrsg.), Judaism and Christianity Under the Impact of National Socialism, Jerusalem 1987.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tionen existierten, im Krieg weiterwirkten oder gebrochen wurden. Dazu ist der Zugriff auf die Kirchenarchive – besonders in Polen – unabdingbar. Unter anderen archivischen Voraussetzungen gilt dies auch für die Widerstandsbewegungen aller politischen Richtungen. Gerade deren Verhalten gegenüber versteckten Juden hat zu heftigen Debatten geführt.

Entscheidend für die Einordnung des Verhaltens der nichtjüdischen Bevölkerung – Deutscher und anderer – ist jedoch die Ermittlung ihrer Kenntnisse vom Massenmord[164]. Dazu müssen die Informationskanäle am Tatort und im Reich, aber ebenso die spezifischen Typen von Öffentlichkeit rekonstruiert werden. Eine systematische Erfassung entsprechender zeitgenössischer Quellen für Deutschland ist bereits im Gange. Aber erst das Ermittlungsmaterial aus der Nachkriegszeit dokumentiert in erheblichem Ausmaß, wer was wann wo wußte. Die Fragen nach dem Kenntnisstand im Osten wurden von den Zeugen meist recht offen beantwortet. Wenn in diesem Bereich solide Erkenntnisse gewonnen sind, wird man wieder zu den Fragen von Goldhagen zurückkehren können.

Erheblich weitere Dimensionen eröffnet schließlich die Frage nach dem Vergleich staatlicher Massenverbrechen, wie er bei Goldhagen weitgehend fehlt. Allein der Vergleich ermöglicht die Bildung von hinreichenden Kriterien. Zwei konzeptionelle bzw. methodische Grundprobleme sind es, die sich hier auftun: Das Geschehen wird – erstens – nur verständlich, wenn der Platz der Massenverbrechen innerhalb der jeweiligen Diktaturgeschichte lokalisiert werden kann, d.h. wenn die Diktatur insgesamt für sich und im Vergleich ausreichend erforscht ist. Daneben gibt es – zweitens – noch enorme methodische Barrieren: Während die NS-Diktatur ihre belastenden Akten zum größten Teil vernichtet hat, die Reste heute aber relativ gut zugänglich sind, haben andere totalitäre Regime – hier muß es in erster Linie um den sowjetischen Stalinismus gehen – zwar große Dokumentenmengen überliefert, der Aktenzugang ist aber weit schwieriger. Nach Abklärung der Systemspezifika dürften dann ähnliche methodische Vorgehensweisen etwa im Hinblick auf Quellenkritik oder Kontextbildung greifen, d.h. man kann auf den Erfahrungen der Forschung zum Nationalsozialismus aufbauen. Nach den ersten Ansätzen der fünfziger Jahre scheint eine solche Forschung langsam in Gang zu kommen[165], empirische Arbeiten sind unterwegs[166]. Doch wird hier erst noch eine ausführliche Debatte über die Mo-

[164] Pionierstudie von Walter Laqueur, The Terrible Secret, Boston 1980 (deutsch: Was niemand wissen wollte. Die Unterdrückung der Nachrichten über Hitlers „Endlösung", Frankfurt a.M. u.a. 1981).

[165] Vgl. hier insbesondere die amerikanische Genocide-Forschung; neueste Bibliographie: Israel W. Charny (Hrsg.), The Widening Circle of Genocide, New Brunswick 1994; und das groß angelegte Werk von Steven T. Katz, The Holocaust in Historical Context, Bd 1: Ancient and Medieval Cases, New York 1993.

[166] Vgl. neben zahlreichen neueren Konferenzen: Dan Diner, Massenverbrechen im 20. Jahrhundert: Nationalsozialismus und Stalinismus, in: Rolf Steininger (Hrsg.), Der Umgang mit dem Holocaust, Wien u.a. 1994, S. 468–481; Tomasz Szarota, Polen unter deutscher Besatzung, 1939–1941: Vergleichende Betrachtungen, in: Wegner, Zwei Wege nach Moskau, S. 40–55; und das ähnlich wie bei Szarota angelegte Projekt von Günther Häufele, Freiburg.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dalitäten des Vergleichs zu führen sein. Schließlich ist auch die Erforschung der NS-Verbrechen noch nicht an einem Sättigungspunkt angelangt. Es ist inzwischen aber klar geworden, daß der Massenmord trotz der umfangreichen Aktenvernichtungen noch bis ins Detail zu rekonstruieren ist. Die Vielfalt der empirischen Untersuchungen, die derzeit unternommen werden, und die neuen Perspektiven der Fragestellung, die auch im Gefolge der provokativen Thesen von Goldhagen diskutiert werden, zeigen eines deutlich: Der nationalsozialistische Judenmord bedarf immer noch neuer wissenschaftlicher Analyse und Deutung. Für abschließende Beurteilungen ist die Zeit noch nicht reif.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DIETER KRÜGER

ARCHIV IM SPANNUNGSFELD VON POLITIK, WISSENSCHAFT UND ÖFFENTLICHER MEINUNG

Geschichte und Überlieferungsprofil des ehemaligen „Berlin Document Center"

Am 30. Juni 1994 holten zwei amerikanische Militärpolizisten das Sternenbanner im Berlin Document Center (BDC) im Grunewald ein. Damit beendete die letzte zivile Dienststelle der Vereinigten Staaten auf deutschem Boden ihre Tätigkeit. Das seit 1. Juli 1994 als Außenstelle Berlin-Zehlendorf dem Bundesarchiv angehörende BDC hat freilich nur vorübergehenden Charakter. Voraussichtlich zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Beitrages Anfang 1997 werden die Sammlungen und das Personal in die Abteilung Deutsches Reich des Bundesarchivs in Berlin-Lichterfelde überführt sein. Spätestens dann geht ein bisweilen bewegtes Kapitel deutscher Archivgeschichte der Nachkriegszeit zu Ende. Nicht zuletzt in der amerikanischen Öffentlichkeit hatte die Übergabe des BDC an das Bundesarchiv noch im Frühjahr 1994 eine heftige Kontroverse ausgelöst. Freilich war die bald fünfzigjährige Existenz des BDC vergleichsweise häufig Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen[1].

I.

Schon im Juli 1945 richtete die amerikanische Besatzungsmacht in Berlin wie auch an anderen Orten ihrer Zone ein Document Center ein. Hier wurden die erbeuteten deutschen Akten zusammengeführt[2]. Den Abtransport und die Rückgabe der Beu-

[1] Zur Geschichte des BDC vgl. James S. Beddie, The Berlin Document Center, in: Captured German and Related Records. A National Archives Conference, hrsg. v. Robert Wolfe, Athens, Ohio 1974 (künftig: Captured Records), S. 131–142; Robert Wolfe, A Short History of the Berlin Document Center, in: The Holdings of the Berlin Document Center. A Guide to the Collections, als Manuskript gedruckt vom Berlin Document Center (künftig: Holdings), Berlin 1994, S. XI–XXII; Heiner Meyer, Berlin Document Center. Das Geschäft mit der Vergangenheit, Frankfurt a. M./Berlin 1988, S. 29–34, 39–41, 52–55, 86–99, sowie der informative Artikel von Anita Kugler, Ein Archiv der Täter, nicht der Opfer, in: Tageszeitung, 29. 11. 1993, S. 25. Für zahlreiche Hinweise danke ich, unbeschadet meiner vollen Verantwortung, Hans Semrau, Monika Göttlicher, Margret Fruth, Babett Stach, Erika-Annemarie Ude, Jörg Rudolph, Elrun Dolatowski, Walter Lehmann und Dr. Peter Real.

[2] Vgl. Seymour J. Pomrenze, Policies and Procedures for the Protection, Use, and Return of Captured German Records, in: Captured Records, S. 5–30, hier bes. S. 17–20.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

teakten sollte nur das Berlin Document Center überleben. In der bis heute genutzten Untertageanlage einer ehemaligen Fernmeldevermittlungsstelle im Grunewald wurden in den folgenden Monaten vor allem personenbezogene Unterlagen des Dritten Reiches eingelagert. Noch immer stellen die von der 7. US-Armee am 1. Mai 1945 in einer Papiermühle bei München beschlagnahmte Mitgliederkartei der NSDAP, die SS-Führerakten des SS-Personalhauptamtes, die Heiratsgesuche des SS-Rasse- und Siedlungshauptamtes und die personenbezogenen Unterlagen der Einwandererzentralstelle Litzmannstadt das Herzstück der BDC-Sammlungen dar. Bis 1948 wurde die disparate Überlieferungslage wenigstens etwas zugunsten der personenbezogenen Unterlagen des Dritten Reiches bereinigt. Die Ermittlung der Alliierten gegen Nazi- und Kriegsverbrecher bildete zunächst den alles andere überwiegenden Benutzungszweck. In der Folge wurden entgegen allen archivfachlichen Grundsätzen die Provenienzzusammenhänge der Unterlagen aufgelöst zugunsten eines „efficient system for gathering information on individuals"[3].

Seit Frühjahr 1948 zeichnete sich die Bildung eines (west-)deutschen Staates ab. Folgerichtig empfahl ein von der amerikanischen Militärregierung eingesetzter Ausschuß am 1. Juli 1948, das hier versammelte Archivgut an die künftige deutsche Verwaltung zurückzugeben. Allerdings sollten die personenbezogenen Unterlagen im Interesse maximaler Nutzbarkeit in einer Hand bleiben. Dabei wurde die Notwendigkeit eines geeigneten Schutzes persönlicher Belange bei öffentlicher Verwertung historisch wichtiger Unterlagen erkannt. Insbesondere die Rückgabe solcher Unterlagen der NSDAP, welche noch für Ermittlungen gegen Personen benötigt wurden, stieß in Washington auf den Widerstand der militärischen Aufklärung. Andererseits war das amerikanische Heeresministerium nicht länger gewillt, die Betriebskosten des BDC zu tragen. Daher übernahm am 1. Oktober 1953 das State Department das BDC als zivile Dienststelle in seinen Geschäftsbereich und unterstellte es seiner Berliner Vertretung. Unter amerikanischer Leitung verwalteten zwischen 40 und 60 deutsche Mitarbeiter die Sammlungen des BDC. Durch die Rückgabe von Sachakten an das Bundesarchiv in den Jahren 1959 bis 1962 wurde das personenbezogene Überlieferungsprofil weiter akzentuiert. Vorher hatten verschiedene amerikanische Einrichtungen (u.a. die Hoover Institution und der amerikanische Historikerverband) umfangreiche Filmkopien angefertigt[4].

In den Jahren 1967/68 zeichnete sich ein Umbruch der politischen und gesellschaftlichen Kultur der Bundesrepublik ab. Auch die Zukunft des BDC, dessen Unterlagen wie die kaum eines anderen Archivs Antworten auf die Frage nach der per-

[3] Holdings, S. 4. Vgl. dazu bes. Harald Jaeger, Problematik und Aussagewert der überlieferungsgestörten Schriftgutbestände der NS-Zeit, in: Der Archivar 28 (1975), Sp. 275–292, hier Sp. 279–282, und dagegen der frühere BDC-Direktor Beddie, Berlin Document Center, S. 139: „[...] archival principals have been maintained to a remarkably high extend."

[4] Vgl. auch Robert Wolfe, The National Archives: Center for Captured German and Related Records, in: Captured Records, S. 223–246, hier S. 236f.; Josef Henke, Das Schicksal deutscher zeitgeschichtlicher Quellen in Kriegs- und Nachkriegszeit. Beschlagnahme – Rückführung – Verbleib, in: VfZ 30 (1982), S. 557–620, hier S. 582–600.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sönlichen Verstrickung führender Vertreter des öffentlichen Lebens ermöglichten, stand auf der Tagesordnung. Tatsächlich empfahl die Berliner Vertretung des State Department die Übergabe an die Deutschen. Die Empfehlung mag vom negativen Ergebnis einer von der Berliner Vertretung veranlaßten Organisationsprüfung beeinflußt worden sein. Freilich sprachen die in einer Konferenz der National Archives im November 1968 anklingenden Bedenken amerikanischer Historiker und gelehrter Gesellschaften gegen den Verzicht auf die Unterlagen des BDC[5]. Man versuchte, die Historiker mit dem Versprechen zu besänftigen, die Sammlungen vor der Übergabe des BDC zu verfilmen. Außerdem sollten die Deutschen den ungehinderten Zugang für jeden Interessierten garantieren. Gerade diese Bedingung stieß bei der Bundesregierung auf Bedenken. Man fürchtete eine Neuauflage der Entnazifizierung. Schließlich hatte der „Spiegel" eben Informationen über die NS-Vergangenheit von Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger veröffentlicht. Sie stammten aus Filmen, welche die Amerikaner aus deutschen Beuteakten angefertigt hatten[6].

1970 begann ein Weltkriegsteilnehmer der letzten Stunde, Jahrgang 1927, sein langes und letztlich vergebliches Ringen um das BDC. Die erste parlamentarische Anfrage des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hansen nach der Zukunft des BDC beantwortete Bundesaußenminister Walter Scheel. Zwar habe man 1967/68 Gespräche mit den Amerikanern geführt, habe aber deren Bedingungen für eine deutsche Übernahme nicht akzeptieren können[7]. Auch zwei weitere Anläufe, mit denen Hansen die Bundesregierung drängen wollte, bei den Amerikanern die Übergabe des BDC an das Bundesarchiv zu betreiben, gingen ins Leere[8]. Staatsminister im Auswärtigen Amt Hans-Jürgen Wischnewski bestätigte 1976 auf eine weitere Anfrage Hansens, daß die Bundesregierung die konkrete Fortsetzung der Verhandlungen für „nicht opportun" halte[9]. Dennoch könne von einer Weigerung der Bundesregierung, das BDC zu übernehmen, „gar keine Rede sein", so Staatsminister im Auswärtigen Amt Karl Moersch am 3. Juni 1976. Man sei im Gegenteil an der „zügi-

---

[5] Vgl. Captured Records, S. 144–154.

[6] Vgl. Chronik, in: US-German Agreement on the Transfer to German Control of Nazi Party Records in the Berlin Document Center, Hearing before the Subcommittee on International Security, International Organizations and Human Rights of the Committee on Foreign Affairs House of Representatives, 103d Congress, 2d Session, April 28, 1994 (künftig: US-German Agreement), als Manuskript gedruckt, Washington 1994, S. 45; George C. Browder, Problems and Potentials of the Berlin Document Center, in: Central European History 5 (1972), S. 362–380, hier S. 365; Wolfe, National Archives, S. 241.

[7] Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, 71. Sitzung, 9. 10. 1970, S. 3932.

[8] Vgl. ebenda, 77. Sitzung, 6. 11. 1970, S. 4315, und ebenda, 142. Sitzung, 15. 10. 1971, S. 8180; Karl-Heinz Hansen, Lieber die Augen und die Ohren zu, in: Welt der Arbeit, 23. 7. 1971, S. 4; Frankfurter Rundschau, 28. 7. 1971; Süddeutsche Zeitung, 18. 10. 1971.

[9] Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, 227. Sitzung, 11. 3. 1976, S. 15800f. Auf weiteres Drängen nannte das Auswärtige Amt das Fehlen von Haushaltsmitteln und Fragen der Bewachung als Hindernisse. Vgl. ebenda, 233. Sitzung, 1. 4. 1976, Anl. 26 (Schriftliche Antwort), S. 16294. In der Tat wurde das BDC mit 1977 = 1,3 Mio DM aus dem Besatzungsfolgelastenhaushalt finanziert. Vgl. Frankfurter Rundschau, 4. 8. 1979, S. 3.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen und abschließenden Regelung" interessiert[10]. Aber auch im folgenden Jahr meldete Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, daß man noch immer keine befriedigende Lösung mit den Amerikanern gefunden habe. Immerhin sagte er zu, das BDC in Berlin zu belassen[11].

In einer Fernsehsendung der britischen BBC im Februar 1978 über die Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik bezeichnete der damalige Direktor des BDC sein Archiv als „political hot potatoe", da zahlreiche ehemalige Mitglieder der NSDAP und SS noch lebten. Hansen, der in derselben Sendung die anhaltende Verdrängung des Nationalsozialismus durch die deutsche Öffentlichkeit beklagte, schlug kräftig in dieselbe Kerbe. Er warf der Bundesregierung vor, sie wolle die Nutzung des BDC nicht, „weil sie frühere Nazis schützen will, die durch die Veröffentlichung gewisser Dokumente in Verlegenheit gebracht werden könnten"[12]. Die scharfe Attacke des „zunehmend als lästigen Querulanten empfundenen"[13] Abgeordneten auf die sozialliberale Regierung provozierte ein ebenso scharfes Echo. Hansens Kollegen aus der CDU-Fraktion sorgten sich um den Eindruck, den die Bundesregierung im Ausland erweckte. Diese ihrerseits reagierte auf diplomatischen Kanälen[14]. Die SPD-Bundestagsfraktion erteilte ihrem Mitglied gegen wenige Stimmen eine förmliche Rüge[15]. Hansen wollte in seinem Fall ein „Musterbeispiel" dafür erkennen, „wie Parlamentarier in ihrer Kontrollfunktion ‚abgeschmettert'" würden[16]. Tatsächlich war wohl eher die Belastung der Bundesrepublik durch die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus ausschlaggebend. Man stand noch unter dem Schock, den spätestens die Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten (und einstigen SS-Untersturmführers im Reichssicherheitshauptamt) Hanns-Martin Schleyer am 18. Oktober 1977 ausgelöst hatte[17].

Da sie der Bundesregierung zu große Zurückhaltung bei der Gestaltung der Bundespräsenz in Berlin unterstellten, fragten 1979 auch CDU-Abgeordnete nach dem Stand der Verhandlungen über das BDC[18]. Im selben Jahr versprach Bundesinnenmi-

---

[10] Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, 247. Sitzung, 3.6. 1976, S. 17549f. Vgl. Der Spiegel, 19.4. 1976, S. 41f.

[11] Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 8. Wahlperiode, 25. Sitzung, 5.5. 1977, S. 1715.

[12] Vgl. Panorama, A Blind Eye to Murder?, 20.2. 1978 (Typoskript eines Mitschnittes). Unter demselben Titel veröffentlichte der Produzent der Sendung eine kritische Untersuchung der angelsächsischen Entnazifizierungspraxis: Tom Bower, Blind Eye to Murder. Britain, America and the Purging of Nazi Germany – A Pledge Betrayed (1981), London u.a. 1983.

[13] Vgl. Deutsche Zeitung. Christ und Welt, 24.3. 1978, S. 6.

[14] Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 8. Wahlperiode, 78. Sitzung, 9.3. 1978, S. 6148.

[15] Der „Spiegel" notierte gar eine „Pogromstimmung" in der SPD-Fraktion, angefacht von Bundeskanzler Helmut Schmidt, Justizminister Hans-Jochen Vogel und dem Gesamtdeutschen Minister Egon Franke. „Wir wären von allen guten Geistern verlassen", so der Parteivorsitzende Willy Brandt in der Erinnerung Hansens, „wenn wir ... jetzt anfangen würden, das, was vor 35 (sic!) Jahren ein gewisses Ende gefunden hat, nochmals aufrollen zu wollen. Das bringt uns innenpolitisch auch nicht einen Millimeter weiter voran." Vgl. Karl-Heinz Hansen, Die ungeliebten Akten des US-Document-Center, in: Deutsche Volkszeitung, 19.2. 1988, S. 3; Der Spiegel, 13.3. 1978, S. 21f.

[16] Frankfurter Rundschau, 25.9. 1979, S. 1.

[17] Vgl. Bower, Blind Eye, S. 458f.

[18] Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 8. Wahlperiode, 146. Sitzung, 30.3. 1979, Anl. 60

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nister Gerhard Baum den in Bonn versammelten deutschen Archivaren, daß man das BDC bis spätestens 1981 übernehmen werde[19]. Zwar wurde mit den Amerikanern eine Reihe konkreter Vereinbarungen getroffen, unter anderem über die Verfilmung aller Unterlagen des BDC. Nicht zuletzt der rechtliche Status Berlins sprach dafür, das BDC 1981 nicht dem Bundesarchiv, sondern der Berliner Außenstelle des Bundesverwaltungsamtes zu übertragen[20]. Aber plötzlich zögerte die amerikanische Seite. Offenkundig machten Historiker und Kreise ihren Einfluß geltend, die sich auch rund zehn Jahre später wieder zu Wort melden sollten[21].

Bis zur endgültigen Übergabe des BDC sollten Anhänger und Gegner der Übergabe in Deutschland und den Vereinigten Staaten in dieser seltsam seitenverkehrten Schlachtordnung verharren. Auf der deutschen Seite forderten die aus den verschiedensten Motiven an Aufarbeitung des Nationalsozialismus Interessierten die Übernahme des BDC. Dagegen versuchten diejenigen, welche den Sinn der Zurechnung persönlicher Verantwortung für den Nationalsozialismus bezweifelten, die Übernahme hinauszuzögern. Die amerikanischen Historiker und verschiedene Organisationen fürchteten dagegen um ihren freien Zugang zu den Unterlagen[22]. Vom deutschen Archivar erwartete man hier in den folgenden Jahrzehnten eher, daß er der Öffentlichkeit die Inhalte der Dokumente vorenthielt, als daß er sie auszuwerten half. Folgerichtig plädierten die an der Aufarbeitung des Nationalsozialismus interessierten Amerikaner gegen die baldige Übergabe des BDC.

Tatsächlich war der Zugang zum BDC vor allem für Deutsche, erst recht für West-Berliner, umständlich[23]. Denn die Innenverwaltung des Senates von Berlin pflegte die eher restriktive Praxis, nur der Benutzung der Unterlagen weniger prominenter (und meist toter) Nationalsozialisten zuzustimmen. Aus diesem Grunde forderte die zu diesem Zeitpunkt die Oppositionsbänke drückende SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses 1984 zum einen die Liberalisierung der zu Zeiten ihrer Regierung beschlossenen Zugangsregelungen zum BDC. Zum anderen sollte die Bundesregierung aufgefordert werden, die Übernahme zu betreiben. Davon freilich wollte der Sprecher der (grünen) Alternativen Liste, Rainer Kunzelmann, nichts wissen; galt ihm doch der amerikanische Freedom-of-Informations Act im Zweifel als liberaler denn deutsche Regelungen[24].

(Schriftliche Antwort des Bundesinnenministeriums), S. 11732; ebenda, 178. Sitzung, 12.10. 1979, S. 14061. Vgl. Frankfurter Rundschau, 4.8. 1979.

[19] Vgl. Tagesspiegel, 10.10. 1979; Frankfurter Rundschau, 23.7. 1987, S. 3.

[20] Vgl. Süddeutsche Zeitung, 2.10. 1979, S. 5; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.9. u. 4.10. 1979.

[21] Vgl. Chronik, S. 45.

[22] Vgl. Browder, Problems, S. 377–379.

[23] Die Innenverwaltung des Berliner Senats regelte die Benutzung des BDC nach den Bestimmungen des Zweiten Gesetzes zum Abschluß der Entnazifizierung, an denen mancher Wissenschaftler gescheitert zu sein scheint. Vgl. Dienstblatt des Senats von Berlin, T. I, Nr. 16, 26.11. 1980, S. 182, und dazu Tagesspiegel, 3.12. 1987, S. 3; Süddeutsche Zeitung, 17.2. 1988, S. 3.

[24] Vgl. Stenographische Berichte des Abgeordnetenhauses von Berlin, 9. Wahlperiode, 67. Sitzung, 17.5. 1984, S. 4059–4067. Vgl. Anfrage des Abgeordneten Walter Momper (SPD), Nr. 2631, 14.9.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Obwohl das Schicksal des BDC weiterhin unklar blieb, wurden zu Beginn der siebziger Jahre die SS-Führerakten vollständig und andere Bestände teilweise verfilmt[25]. Das sollte sich als glückliche Fügung erweisen. Denn in den Jahren 1982 bis 1988 kamen umfangreiche Diebstähle von Dokumenten aus dem BDC ans Tageslicht, die an Sammler und Militariahändler verhökert worden waren[26]. Betroffen war insbesondere der Bestand SS-Führerakten. In der Regel liegen hier jetzt wenigstens Filmkopien der verschwundenen Dokumente vor. Immerhin stand das BDC damit erneut im Rampenlicht.

Am 2. März 1988 forderte die Bundestagsfraktion der Grünen die unverzügliche Übernahme des BDC, die Aufhebung der Sperrfristen für die Benutzung personenbezogener NS-Unterlagen und die Umwandlung des BDC in ein Institut zur Erforschung des Nationalsozialismus[27]. In der folgenden Plenardebatte nahm die grüne Abgeordnete Ellen Olms die Argumente Hansens auf[28]. Sie beklagte den „stillschweigenden und dumpfen Konsens darüber", die Archivalien des BDC der „öffentlichen und systematischen Auswertung" zu entziehen. In „jahrzehntelanger deutsch-amerikanischer Komplizenschaft" angesichts von Kaltem Krieg und Wirtschaftswunder habe man den Nationalsozialismus verdrängt. Auch den prominenten Sozialdemokraten Willy Brandt, Helmut Schmidt und Hans-Jochen Vogel warf Olms vor, in Sachen BDC als Bremser aufgetreten zu sein. Die Forderung nach dessen sofortiger Übernahme verknüpfte sie mit Bedenken gegenüber dem wenige Wochen zuvor in Kraft getretenen Bundesarchivgesetz[29]. In ihm wollte sie ein Instrument erkennen, künftige Benutzung personenbezogener Unterlagen zu verhindern. Gegen Olms betonten die Sprecher der Mehrheitsfraktionen und der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, die Bundesregierungen hätten sich immer um die Übernahme bemüht. Zur Aufhebung der Schutzfristen war auch die Sprecherin der oppositionellen Sozialdemokraten nicht bereit. In der Mahnung des Berliner FDP-Abgeordneten Wolfgang Lüder, die Archivalien des BDC sollten „keine Ermittlungsgrundlage für eine Neuauflage der Entnazifizierung" abgeben, mögen die deutschen Vorbehalte angeklungen sein[30]. In der

1983 nebst schriftlicher Auskunft durch den Senator für Inneres, Ernst Lummer, 20.9. 1983, in: Ebenda, Drucksache Nr. 9/1305, S. 54f.

[25] Vgl. auch Holdings, S. 4f.

[26] Vgl. Meyer, Berlin Document Center, S. 11–27, 102–110; Der Spiegel, 22.2. 1988; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.1. 1989; Die Zeit, 1.4. 1988, S. 13–19.

[27] Vgl. Bundestagsdrucksache, 11/1926. Parallel erfolgten eine Anfrage der Fraktion der Grünen und des SPD-Abgeordneten Freimut Duve nach dem Stand der Verhandlungen mit den Amerikanern. Vgl. ebenda, 11/2024, 16.3. 1988, und ebenda, 11/2061, 25.3. 1988, Pkt. 1–4; ebenda, 11/2609, 1.7. 1988.

[28] Vgl. auch Hansen, Ungeliebte Akten.

[29] Vgl. Gesetz über die Sicherung und Nutzung von Archivgut des Bundes vom 6. Januar 1988, zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes vom 13. März 1992, Bundesgesetzblatt (künftig: BGBl.) 1988 I, S. 62 bzw. 1992, S. 506.

[30] Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 11. Wahlperiode, 68. Sitzung, 10.3. 1988, S. 4646–4653, bes. S. 4646f., 4651.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Folge führte der Innenausschuß des Bundestages am 28. November 1988 eine Anhörung zum BDC durch[31].

Hier warb das Land Berlin für die Übergabe an die Berliner Außenstelle des Bundesverwaltungsamtes. Dem Bundesarchiv sollte eine Art Fachaufsicht eingeräumt werden. Begründet wurde der Vorschlag unter anderem mit dem Leistungsprofil des BDC. Denn bis heute wird dieses vor allem durch Anfragen der Verwaltung geprägt. Dagegen votierten die Historiker Eberhard Jäckel, Götz Aly und Michael Stürmer, aber auch Alfred Streim, Leiter der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen, und natürlich der Verein deutscher Archivare für die alleinige Verwaltung durch das Bundesarchiv. Ausschlaggebend für die Historiker war die liberale Benutzungspraxis des Bundesarchivs in der Vergangenheit. Der damalige Präsident des Bundesarchivs, Hans Booms, versprach den Historikern seinerseits, man werde nach der Übernahme „endlich eine archiv-methodische Erschließung und Bewertung" durchführen[32]. Damit sollte neben der bislang alleinigen Erschließung nach Personen dann auch der Zugang über Sachthemen möglich gemacht werden. Dagegen wurde der Vorschlag der Bundestagsfraktion der Grünen einhellig abgelehnt, das BDC in ein (neben dem Institut für Zeitgeschichte und anderen) weiteres Institut zur Erforschung des Nationalsozialismus zu verwandeln.

Mit der Übernahme durch das Bundesarchiv unterlag das BDC den Regelungen des Bundesarchivgesetzes. Daß mit diesem Gesetz der Zielkonflikt zwischen den Rechtsgütern der „informationellen Selbstbestimmung"[33] einerseits und der Forschungsfreiheit andererseits verhältnismäßig glücklich gelöst werden würde, war damals noch nicht ganz abzusehen. Daher rückte die Frage nach der künftigen Benutzbarkeit der fast ausnahmslos personenbezogenen Unterlagen des BDC in den Vordergrund. Hansen hatte unmittelbar nach dem Inkrafttreten des Bundesarchivgesetzes unterstellt, daß jetzt das Instrument geschaffen worden sei, um nur die BDC-Unterlagen derjenigen vorzulegen, die inzwischen gestorben waren[34]. Auch das Mißtrauen amerikanischer jüdischer Organisationen zog dieses Gesetz auf sich, wie der Präsident des Bundesarchivs, der Rechtslehrer Axel Azzola und der Abgeordnete Bernd Neumann (CDU) betonten. Die Frage der Abgeordneten Antje Vollmer (Die Grünen), ob denn frühere Mitglieder der NSDAP in den Genuß des Datenschutzes kommen und damit die wissenschaftliche Aufarbeitung behindern könnten, wurde zwar vom Bundesarchiv rundweg verneint. Dennoch bezweifelte man, ob die von Booms als „Muß"-Vorschrift verstandene Formulierung des Bundesarchivgesetzes[35]

---

[31] Vgl. ebenda, 11. Wahlperiode, Innenausschuß, Protokoll Nr. 38, Stenografisches Protokoll über die 38. Sitzung des Innenausschusses, 28. 11. 1988.

[32] Ebenda, S. 38/108.

[33] Wie es das Bundesverfassungsgericht am 15. Dezember 1983 in seinem Urteil zur Volkszählung definiert hatte. Vgl. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes, Bd. 65, Tübingen 1984, S. 1.

[34] Vgl. Hansen, Ungeliebte Akten.

[35] Danach „können die Schutzfristen" für Unterlagen über Personen, die noch nicht länger als 30 Jahre tot oder vor weniger als 110 Jahren geboren wurden, „verkürzt werden, wenn die Benutzung für ein wissenschaftliches Forschungsvorhaben oder zur Wahrnehmung berechtigter Belan-

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tatsächlich den möglichst ungehinderten Zugang gewährleistete. Allerdings teilten die übrigen Sachverständigen Azzolas Forderung, die Unterlagen des BDC durch ein Sondergesetz oder wenigstens eine Sonderregelung im Bundesarchivgesetz „völlig öffentlich" zu machen[36], in dieser Radikalität nicht. Selbst Aly, der die Zugangsregelung durch die Innenverwaltung des Berliner Senats geißelte, plädierte gegen die völlige Eliminierung des Personenschutzes. Dennoch hielt man eine Präzisierung des Bundesarchivgesetzes hinsichtlich der NS-Unterlagen für erwägenswert. Streim regte an, die „Kann"-Vorschrift förmlich in eine „Muß-Vorschrift" umzuwandeln[37].

Tatsächlich empfahl der Innenausschuß dann einen Entschluß des Bundestages, die Übernahme des BDC noch vor Abschluß der Mikroverfilmung zu fordern. Ein Änderungsantrag der Grünen folgte dem Vorschlag Azzolas nach einer Sonderregelung für NS-Unterlagen. Die Sperrfrist nach § 5, Abs. 2 Bundesarchivgesetz sollte im Rahmen einer ergänzenden Rechtsverordnung zum Bundesarchivgesetz für Mitglieder und Funktionsträger nationalsozialistischer Institutionen nicht gelten[38]. Die Haltung der Sozialdemokraten hatte sich unterdessen gewandelt. Auch sie forderten jetzt ganz auf der Linie der Auffassung mehrerer der im November 1988 gehörten Sachverständigen, im Rahmen einer Bundesarchivbenutzungsverordnung den Zugang zu personenbezogenen Unterlagen zu erleichtern[39]. In der Plenardebatte meinte der sozialdemokratische Abgeordnete Peter Conradi, daß „nicht nur diese Bundesregierung, sondern auch frühere Bundesregierungen sich hier sehr hinhaltend, um nicht zu sagen verschleppend verhalten" hätten. Die Abgeordnete Antje Vollmer deutete die heftigen politischen Auseinandersetzungen an, welche die Frage der Übernahme und Öffnung des BDC hinter den Kulissen ausgelöst hatte. Ganz offensichtlich habe man der Öffentlichkeit die Dokumentation der persönlichen Verantwortlichkeit für die nationalsozialistische Gewaltpolitik vorenthalten, um die „Befriedung der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft" zu gewährleisten. Die Parteien der Regierungskoalition lehnten freilich sowohl den grünen als auch den weniger weitgehenden Vorschlag der Sozialdemokraten ab, das Bundesarchivgesetz zu modifizieren. Angenommen wurde dagegen die Beschlußempfehlung der Mehrheit des Innenausschusses[40].

Die Vereinigten Staaten reagierten auf die Diebstahlsaffäre, indem sie mit dem Historiker David Marwell wieder einen Fachmann an die Spitze des Hauses beriefen[41].

---

ge unerläßlich ist, [. . .]. Für Personen der Zeitgeschichte und Amtsträger in Ausübung ihres Amtes können die Schutzfristen [. . .] verkürzt werden, wenn die schutzwürdigen Belange des Betroffenen angemessen berücksichtigt werden.", in: Bundesarchivgesetz § 5, Abs. 5 (wie Anm. 29).

36 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 11. Wahlperiode, Innenausschuß (wie Anm. 31), S. 38/23.

37 Ebenda, S. 38/70.

38 Vgl. Bundestagsdrucksache, 11/4373, 19. 4. 1989.

39 Vgl. ebenda.

40 Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 11. Wahlperiode, 137. Sitzung, 20. 4. 1989, S. 10136–10141, bes. S. 10136, 10140f.

41 David Marwell, Jahrgang 1951, 1969–1976 Studium der Geschichte in Brandeis/Mass. und New York, 1977–1978 Forschungsstipendiat in Deutschland, 1980–1988 Tätigkeit im Office of Special Investigations (Ermittlungsbehörde gegen NS-Verbrecher) des US-Justizministeriums, 1988 Dis-

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ferner nahm man die Mikroverfilmung wieder auf und führte eine DV-gestützte Ablauforganisation ein. Nach Abschluß der Verfilmung in etwa fünf Jahren und nach Verhandlungen mit den beiden anderen Westalliierten wollte man das BDC übergeben[42].

Der rapide Wandel der politischen Rahmenbedingungen verlieh den Willensbekundungen Nachdruck; war doch angesichts der 1990 erlangten vollen Souveränität der Bundesrepublik an die Fortexistenz des BDC als amerikanische Einrichtung nicht mehr zu denken. Im Oktober 1992 gab dann das State Department grünes Licht für die Schlußverhandlungen, die im Juni 1993 abgeschlossen wurden. Dabei wurden auch Gespräche mit den National Archives in Washington und privaten Interessengruppen geführt. Die Bonner Botschaft der Vereinigten Staaten ihrerseits stand in Kontakt mit dem US Holocaust Museum und verschiedenen Historikern[43]. Bald sollte sich herausstellen, daß diese Kontakte die Akzeptanz der Übergabe keineswegs sicherstellten. Immerhin wurde am 18. Oktober 1993 das Regierungsabkommen unterzeichnet und durch einen Verbalnotenaustausch ergänzt[44].

Das Abkommen sah vor, daß das Bundesarchiv zum 1. Juli 1994 nicht nur die Archivalien, sondern auch das deutsche Personal des BDC übernahm. Bis zum Zeitpunkt der Übernahme wurde neben dem amerikanischen Direktor ein deutscher Übergangsdirektor bestellt, der den Übergang fachlich vorzubereiten hatte. Die Mikroverfilmung sollte bis zur Übernahme abgeschlossen sein. Damit stand den USA eine vollständige Kopie der Bestände zur Verfügung. Deren Benutzung unterliegt den amerikanischen Regelungen, während in Zehlendorf vereinbarungsgemäß die Bestimmungen des Bundesarchivgesetzes gelten. Zusätzlich hatte sich das amerikanische Justizministerium gute Konditionen für die Benutzung der Archivalien gesichert. Zwar schien damit eine für beide Seiten befriedigende Lösung des über Jahrzehnte umstrittenen Zugangsproblems gefunden. Als der amerikanische Kongreß im Dezember 1993 über das Abkommen unterrichtet worden war, sollten seine Kritiker dennoch nicht lange auf sich warten lassen.

Empfohlen vom Direktor des BDC, führte der amerikanische Historiker und Journalist Gerald D. Posner im Februar 1994 (teilweise fernmündliche) Gespräche mit Archivaren des Bundesarchivs. In seinem Beitrag im einflußreichen Intellektuellen-Magazin „The New Yorker" führte Posner gegen die Übergabe des BDC neben

---

sertation über Ernst „Putzi" Hanfstaengl, 1989–1994 Direktor des BDC, seit 1994 Direktor der Kommission zur Sichtung der Akten zum Attentat auf John F. Kennedy (Assassination Records Review Board).

[42] Vgl. Kroppenstädt an Bernrath, 16. 9. 1988, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 11. Wahlperiode, Innenausschuß (wie Anm. 31), S. 77–82. Hier finden sich auch die schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen. Vgl. auch Tagesspiegel, 1. 1. 1989, S. 26; Der Spiegel, 20. 5. 1991, S. 52.

[43] Vgl. Chronik (wie Anm. 6), S. 46.

[44] Vgl. Bekanntmachung des deutsch-amerikanischen Abkommens über die Übertragung der Berliner Dokumentenzentrale, 26. Oktober 1993, BGBl. 1993 II, S. 2033–2035. Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. 10. 1993; Tagesspiegel, 23. 11. 1993.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem in diesem Zusammenhang eher sekundären Bundesdatenschutzgesetz vor allem das Bundesarchivgesetz ins Feld. In seiner Beleuchtung erschien es als nahezu unüberwindbare Benutzerhürde, ohne daß er freilich Beispiele zu benennen vermochte, bei denen aufgrund des Gesetzes tatsächlich die Benutzung verweigert wurde. Der Hinweis des Übergangsdirektors, daß die Frage nach früheren Zugehörigkeiten eines gegenwärtigen Staatsmannes ohne Würdigung der zeitbedingten Motive und Umstände sowie der gesamten Lebensleistung des Betreffenden unhistorisch seien, mußte als Beleg für die künftig zu erwartenden Benutzungsbeschränkungen im BDC herhalten. Die archivisch gebotene Überlegung, ob die infolge von Krieg und Teilung zerrissene und umkomponierte schriftliche Überlieferung des Dritten Reiches eines Tages vielleicht wieder integriert und rekonstruiert werden sollte, wurde ebenso gegen die deutschen Archivare gekehrt wie die künftig erforderliche Ausgliederung solcher Teile der BDC-Bestände, die in die Zuständigkeit der Länder und Kommunen fallen. Posner wollte darin letztlich nur den Versuch erkennen, die Struktur der Archivalien so zu verändern, daß die Frage nach persönlicher Verantwortung künftig nicht mehr so einfach zu beantworten war. Von den Filmkopien nahm er an, daß sie wahrscheinlich minderwertig und vorläufig mangels geeigneter Retrievalsysteme kaum benutzbar seien. Insgesamt sahen er und die von ihm angeführten Gewährsmänner ihre „schlimmsten Befürchtungen", so Elan Steinberg vom Jüdischen Weltkongreß, voll bestätigt[45]. Bald sollte sich herausstellen, daß Posners Artikel das Trompetensignal war für eine Attacke gegen die Übergabe des BDC in deutsche Hände.

Am 28. April 1995 fand vor dem Unterausschuß für Internationale Sicherheit, Internationale Organisationen und Menschenrechte des Repräsentantenhauses eine Anhörung zum Abkommen über die Übergabe des BDC statt. Der Ausschußvorsitzende, der kalifornische Abgeordnete Tom Lantos, und Margorie Margolies-Mezvinsky, Abgeordnete aus Pennsylvania, betonten, daß Posners Artikel in den Wahlkreisen mehrerer Abgeordneter erheblichen Druck provoziert habe[46]. Unter amerikanischer Verantwortung sei der Zugang zu den Dokumenten „very generous" gewesen. Unter den Auspizien des Bundesarchivgesetzes seien dagegen bereits in der Vergangenheit Wissenschaftler zurückgewiesen oder mit restriktiven Auflagen versehen worden. Daher wolle man jetzt den „kontinuierlichen, ununterbrochenen, freien und offenen Zugang ... für alle Personen mit einem legitimen Interesse" garantieren[47]. Der eigenen Regierung warf Lantos vor, allenfalls die amtliche, aber keinesfalls die nicht-amtliche amerikanische Benutzung sichergestellt zu haben. In jedem Fall habe die Regierung den Kongreß nur ungenügend in die Verhandlungen über das BDC einbezogen.

Die Vertreter des State Department, der National Archives und des Justizministeriums verteidigten das Abkommen und wiesen auf die liberale Benutzungspraxis des Bundesarchivs gegenüber den deutschen Benutzern des BDC seit 1988 hin. Da-

[45] Vgl. The New Yorker, 14.3. 1994, S. 39–47.

[46] Posner hatte auch ein Statement für die Anhörung vorbereitet. Vgl. US-German Agreement, S. 130–137.

[47] Vgl. ebenda, S. 2.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegen traten Geoffrey Giles, Historiker der Universität von Florida, Elan Steinberg und vor allem Henry Friedlaender, Historiker der City Universität von New York, als Bedenkenträger auf. Friedlaender bezweifelte die Benutzbarkeit der Mikrofilme und fürchtete den „infamous Datenschutz"[48]. Früher habe das BDC ohne Benennung des Benutzungszweckes alle mitgeteilten Namen ohne Einschränkung recherchiert, während man künftig den Benutzungszweck benennen müsse, was ihm sehr umständlich dünkte. Beschwerlich schien ihm gleichfalls die Nutzung von Mikrofilmen statt der Archivalien. Tatsächlich verband sich bei den Historikern die Sorge der privilegierten Benutzer um die bisher genossenen Vorteile mit der Forderung nach ungehindertem Zugang für jedermann. Denn deutsche wissenschaftliche Benutzer mußten sich schon immer die Prüfung ihrer Benutzungswünsche im BDC gefallenlassen. Private und publizistische Benutzer wurden sowieso nur im Ausnahmefall zugelassen. Und Historiker aus dem damaligen Ostblock hatten überhaupt keinen Zugang erhalten. Jess Hordes, Vertreter der Anti-Defamation-League, begründete die Forderung nach völlig freiem Zugang, jedenfalls aber laufender Kontrolle des BDC nach dessen Übergabe und sofortiger Veröffentlichung von Beschwerden politisch. Die Jugend sei heute mit einer „Ära potentieller Unkenntnis, Selbstzufriedenheit und Gleichgültigkeit" konfrontiert, „die eine wachsende Zahl den Holocaust leugnender Propagandisten auszunutzen suchen". Daher sei es notwendig, „die schrecklichen Lektionen der Intoleranz zu lehren", wofür die ungehinderte Benutzung der „unersetzbaren Archivalien" so wichtig sei[49]. Hordes deutete nur an, was Steinberg ausgesprochen haben mag: Die Deutschen wollten die Dokumente des BDC in ihren Besitz bringen, um den Holocaust vergessen zu machen[50].

Im Ergebnis forderte Lantos ein ergänzendes Zusatzabkommen und drohte mit einer „größeren Kongreßdebatte über Deutschlands Vergangenheit"[51]. Es fand dann noch ein Briefwechsel zwischen Lantos und dem amerikanischen Botschafter in Bonn einerseits sowie zwischen diesem und dem Auswärtigen Amt andererseits statt. Dabei sicherte die deutsche Seite zu, daß die BDC-Bestände unverändert bleiben und alle Benutzer so behandelt werden sollten wie bisher schon die deutschen Nutzer[52]. Mit einer ähnlichen Zusage beruhigte Bundeskanzler Helmut Kohl die Vertreter des Jüdischen Weltkongresses[53]. Zu der von Lantos geforderten Modifikation des Abkommens kam es allerdings nicht. Zwar richtete das Repräsentantenhaus im Oktober 1994 noch ein Berlin Document Center Monitoring Committee zur Beobachtung der Außenstelle Zehlendorf und als Adresse für mögliche Beschwerden ein. Unter dem Vorsitz des New Yorker Abgeordneten Charles E. Schumer gehören ihm Giles,

---

[48] „My research experiences in Germany, both at the Federal Archives and those on the state level, have shown me that access is often granted or denied in a completely arbitrary fashion. . . . We are playing roulette with this material [d. h. den BDC-Beständen]."., in: Ebenda, S. 31, 38.

[49] Ebenda, S. 35.

[50] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. 5. 1994; Junge Welt, 1. 7. 1994, S. 14.

[51] US-German Agreement, S. 36.

[52] Vgl. ebenda, S. 59–71.

[53] Vgl. Reuter, Drahtbericht, 3. 5. 1994.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Friedlaender und die Vertreter verschiedener jüdischer Organisationen an[54]. In Erscheinung getreten ist der Ausschuß freilich bisher nicht. Im Ergebnis weckte die Kampagne vor allem das Interesse der Medien des In- und Auslandes an der Übergabe des BDC. Nur wenige nahmen die Befürchtungen Posners auf[55]. Die übrige Berichterstattung war neutral oder brachte gar dem Bundesarchiv Vertrauen entgegen[56]. Seitdem das BDC dem Bundesarchiv als eine seiner Außenstellen angehört, wurde es bald ruhig um das Archiv im Grunewald.

II.

Ruhig war es naturgemäß immer um ein Archiv geblieben, dessen fachliche Verwaltung das Bundesarchiv 1994 seiner jüngsten Außenstelle übertrug. Im brandenburgischen Dahlwitz-Hoppegarten verwahrt das Bundesarchiv seit 1991 eine Unterlagensammlung im Umfang von gut fünf laufenden Kilometern. Mit einer gewissen Berechtigung maß „Der Spiegel" diesen bis 1990 von der Abteilung IX/11 des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR archivierten Unterlagen die gleiche Bedeutung zu wie denen des BDC. Übertrieben war freilich die Hoffnung, daß nun alle Lücken in dessen Beständen mit den Unterlagen des NS-Archivs des Staatssicherheitsdienstes geschlossen werden könnten[57]. Gleichwohl weisen diese Unterlagen erstaunliche überlieferungsgeschichtliche Parallelen zu den Dokumenten des BDC auf, auch wenn das NS-Archiv der Stasi eine konspirative Veranstaltung war und folglich bis 1990 niemals wie das BDC die Öffentlichkeit beschäftigen konnte. Die Ursprünge des NS-Archivs sind denn auch weit dunkler als die des BDC. 1994 notierten zwei ehemalige Mitarbeiter den überlieferten Wissensstand[58].

In den Jahren 1945 bis etwa 1950 sammelte und sicherte die politische Polizei der Länder der Sowjetischen Zone bzw. der DDR Aktenbestände des Dritten Reiches. Sie dienten der Entnazifizierung und Verfolgung von Kriegsverbrechern. Die charakteristische Vermischung mit Entnazifizierungsunterlagen mag schon zu diesem Zeitpunkt entstanden sein. Diese Sammlungen wurden in das am 8. Februar 1950 eingerichtete Zentralarchiv des Ministeriums für Staatssicherheit überführt. 1953 über-

[54] Vgl. German Studies Association, Archives Committee Annual Report 1994, als Manuskript gedruckt.

[55] Vgl. Die Woche, 11.5. 1994, S. 34; Neues Deutschland, 27.5. 1994, S. 14; Tageszeitung, 20.6. 1994; Frankfurter Rundschau, 1.7. 1994; Neue Zeit, 2.7. 1994.

[56] Vgl. u.a. The Chronicle of Higher Education, 11.5. 1994; The Independent on Sunday, 15.5. 1994; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.6. 1994; Süddeutsche Zeitung, 1. u. 2.7. 1994; Neue Zürcher Zeitung, 3.7. 1994.

[57] Vgl. Der Spiegel, 20.5. 1991, S. 50–56; Götz Aly, Stasi hortete Nazi-Akten, in: Tageszeitung, 23.4. 1991, S. 13.

[58] Vgl. Dietrich Muregger/Frank Winkler, Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im „NS-Archiv" des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1994, H. 1, S. 88–97, bes. S. 88–93.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nahm das MfS auch Akten des Reichsministeriums des Innern, des Reichssicherheitshauptamtes, des Oberreichsanwaltes beim Volksgerichtshof und anderer Stellen. Daß bereits zu diesem Zeitpunkt Provenienzbestände aufgelöst wurden, darf vermutet werden.

Parallel zur ostdeutschen Polizei beschlagnahmte auch die sowjetische Besatzungsmacht Unterlagen. Schon 1952/53 übergab sie einen vom Umfang her nicht unbeträchtlichen Teil davon dem MfS. Eine Kommission aus Vertretern der Regierung, des MfS und des Parteiarchivs nahm die Verteilung des Materials vor. Dabei gelangten Dokumente zum Widerstandskampf der Arbeiterbewegung ins Parteiarchiv der SED[59]. Nachrichtendienstlich und polizeilich relevantes Material ging ins Zentralarchiv des MfS und der Rest ins Deutsche Zentralarchiv (später: Zentrales Staatsarchiv der DDR) in Potsdam. Die Sichtung und Verteilung der Unterlagen erfolgte offenkundig so oberflächlich, daß zahlreiche Provenienzzusammenhänge jetzt zusätzlich aufgelöst wurden. Es sind folglich Fälle bekannt, daß Aktenbände ein und desselben Vorganges im Archiv des MfS, im Parteiarchiv der SED und im Zentralen Staatsarchiv lagen. Das Zentralarchiv des MfS erschloß seine Unterlagen ausschließlich nach Personen. Dabei entstand eine ca. zwei Mio. Karten umfassende „Z-Kartei".

Seit 1966 bereitete das MfS für seine NS-Sammlung eine eigene Organisationseinheit innerhalb der Hauptabteilung IX vor. Diese Hauptabteilung war als staatliches Ermittlungsorgan mit der Untersuchung insbesondere politisch oder abwehrrelevanter Sachverhalte und dem Sammeln und Sichern von Beweisen befaßt. Ihre Zusammenarbeit mit der Justiz trug bei politisch wichtigen Verfahren den Charakter der Steuerung der Staatsanwaltschaften. Folgerichtig wurde auch politisch entschieden, ob und wie NS-Belastete verfolgt wurden[60]. Im Rahmen der Hauptabteilung wurde mit Wirkung vom 1. Februar 1968 die Abteilung 11 eingerichtet. Deren zeitweise bis zu 150 Mitarbeiter sollten alle im MfS vorhandenen oder noch zu beschaffenden Unterlagen systematisch erfassen und nutzbarmachen, „um die in Westdeutschland und ... Westberlin im Staats-, Wirtschafts- und Militärapparat sowie in Parteien und Organisationen tätigen und durch ihre faschistische Vergangenheit belasteten Personen noch zielgerichteter zu entlarven". Ferner übergab die IX/11 anderen Stellen des MfS „zur operativen Nutzung geeignete Archivmaterialien"[61]. Das heißt, einschlägige Unterlagen wurden als Kompromat aufbereitet. Folglich hatte dieses Archiv vorwiegend geheimdienstliche Servicefunktion. Auch beim BDC wurde freilich gelegentlich unterstellt, daß man das „Herrschaftswissen über das NS-Regime und seine

[59] Vgl. Heinz Voßke, Das Zentrale Parteiarchiv der SED, Berlin [Ost] 1988, S. 8.

[60] Vgl. Karl Wilhelm Fricke, MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit. Analyse und Dokumentation, Köln 1991, S. 61 f.; Der Spiegel, 9. 5. 1994, S. 84–91.

[61] Vgl. Ministerium für Staatssicherheit, Der Minister, Befehl Nr. 39/67, 23. 12. 1967, nebst Durchführungsbestimmungen Nr. 1 u. 2, 1. 2. 1968, Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Zentralarchiv; Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, in: Dokumente, hrsg. v. Bundesbeauftragten, Reihe A, Nr. 2, 1993, S. 73 ff., sowie die (beschönigende) Darstellung zur Geschichte und Tätigkeit der Abteilung IX/11 durch ihren letzten Leiter, Dieter Skiba, in: Neues Deutschland, 18./19. 5. 1991, S. 13.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Elite" nutze, um „westlicherseits maßgeblichen Einfluß auf Personen und Entwicklungen [zu] nehmen"[62].

Die Abteilung IX/11 übernahm vom Zentralarchiv des MfS die sogenannten Z-Bestände nebst Unterlagen aus der Entnazifizierung und Dokumentenmaterial aus dem östlichen Ausland. Um den ergänzenden Zugriff auf andere einschlägige Überlieferung sicherzustellen, arbeitete die Abteilung mit dem Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung, dem Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED und dem Institut für Militärgeschichte zusammen. Diese konnten ihrerseits auf das Zentrale Staatsarchiv Potsdam, das 1963 eingerichtete Zentrale Parteiarchiv der SED und das Militärarchiv der Nationalen Volksarmee zurückgreifen. Notfalls beschaffte die Hauptabteilung X (Internationale Verbindungen) weitere Dokumente aus dem Ausland. Parallel zur bestehenden „Z-Kartei" des MfS-Zentralarchivs legte die Abteilung IX/11 eine eigene „Vorgangskartei" an.

In der neuen Kartei wurden die eine Person betreffenden Verweise auf Archivalien und Vorgänge sowie sonstige Informationen eingetragen. Freilich deckte die neue Kartei die alte Z-Kartei nicht vollständig ab. Die Herauslösung der Z-Kartei aus dem Zentralarchiv wurde zwar in den achtziger Jahren begonnen, konnte aber bis 1990 noch nicht abgeschlossen werden. Ähnlich unvollendet blieb auch die Verlagerung von NS-Dokumenten und vor allem Entnazifizierungsunterlagen örtlicher Provenienz aus den Außenstellen des MfS in die Abteilung IX/11. Parallel zum Aufbau der Vorgangskartei scheint seit den sechziger Jahren die Auflösung der Provenienzzusammenhänge der NS-Unterlagen vorangeschritten zu sein, war man doch bestrebt, Personendossiers neu zu komponieren. Dies entsprach im übrigen der im BDC freilich viel konsequenter praktizierten vollständigen Auflösung des Registraturgutes der NSDAP zur Herstellung einer reinen Personenpertinenz. Anders als das BDC verbanden die Bearbeiter des MfS häufiger die ‚historischen' Unterlagen bzw. Archivalien mit den eigenen Unterlagen aus deren Nutzung und Auswertung.

Eine verwandte Zuständigkeit wie die Abteilung IX/11 des MfS und, in geringerem Umfang, auch das Zentrale Parteiarchiv der SED[63] besaß das bereits erwähnte Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung. Es wurde im Jahre 1964 eingerichtet. Sein Auftrag bestand in der „zentralen Erfassung und einheitlichen Auswertung" aller in der DDR befindlichen Dokumente des „Hitlerfaschismus" und der von ausländischen Archiven zu erwerbenden Mikrofilme. Zu diesem Zweck hatten alle Archive von Staat und Wirtschaft der DDR ihre einschlägige Überlieferung zu melden[64]. Um die 200 Bearbeiter kämmten im folgenden Jahr allein in den Staatsarchiven die Bestände nach NS-Belasteten durch. Ausgewertet wurden neben den eige-

[62] Frankfurter Rundschau, 1.3.1978, S.3.

[63] Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED 1949–1989, o.O.u.D., S.36.

[64] Vgl. Beschluß über die Erfassung und Auswertung der in der Deutschen Demokratischen Republik befindlichen Dokumente über die Zeit der Hitlerdiktatur vom 28.5.1964, in: Gesetzblatt der DDR, T.II, Nr.61 (26.6.1964), S.575.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen Archivalien auch polnische und sonstige Bestände und auf dem westlichen Markt erworbene Aktenverfilmungen (z.B. die amerikanischen Sachaktenverfilmungen). Erfaßt wurde im Grunde dieselbe Personengruppe, die auch in den BDC-Sammlungen nachgewiesen war. Später wurden auch Verfolgte und Opfer des Nationalsozialismus verkartet[65].

„Entlarvte" die Abteilung IX/11 im geheimen, so das Dokumentationszentrum öffentlich. 1965 trat es spektakulär mit seinem „Braunbuch: Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft"[66] an die Öffentlichkeit. Hier wurde die Vergangenheit von knapp zweitausend mehr oder weniger wichtigen Mitgliedern der bundesdeutschen Elite dargestellt und in einigen Fällen auch durch faksimilierte Dokumente belegt[67]. Diese Publikation war ebenso Munition in der spezifisch deutsch-deutschen Variante des Kalten Krieges wie das westliche Gegenstück. Dieses war übrigens mit faksimilierten Dokumenten aus dem BDC gespickt[68]. Die bundesdeutschen Gegner der Übernahme des BDC mag diese Form der Vergangenheitsbewältigung in ihrer Skepsis bestärkt haben; fürchtete man doch genau dieses Durchkämmen der BDC-Unterlagen anhand von Listen mit den Namen prominenter Köpfe der Gesellschaft. Im Zuge seiner später stärker von historischen Interessen geprägten Arbeit[69] baute das Dokumentati-

---

[65] Vgl. Bundesarchiv Potsdam (künftig: BAP), DO 1 MdI/22.0 STAV, Nr. 4132 passim; Anweisung Nr. 1/77 der Staatlichen Archivverwaltung, 4.3. 1977 mit etlichen Änderungen, in: Ebenda, Nr. 4096. Seit 1983/84 wirkten die Abteilung IX/11 und das Zentrale Parteiarchiv bei der Erstellung einer Personen- und Bestandskartei zur Dokumentation des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus zusammen. Vgl. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehem. DDR, Zentrales Parteiarchiv, Richtlinie für die zentrale Erfassung der in der DDR befindlichen schriftlichen Materialien zu Personen und Sachverhalten des antifaschistischen Widerstandskampfes aus der Zeit von 1933 bis 1945, 17.11. 1983; Ministerium für Staatssicherheit, Der Minister, Befehl Nr. 22, 28.12. 1984, Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Zentralarchiv. Die Kartei nennenswerten Umfanges befindet sich heute in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv.

[66] Hrsg. v. Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland. Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR, Berlin [Ost] ²1965.

[67] Obwohl das Braunbuch in den siebziger Jahren nicht wieder aufgelegt wurde, lieferte das Dokumentationszentrum für propagandistische und nachrichtendienstliche Aktivitäten bei Landtagswahlen und Kampagnen in der Bundesrepublik (z.B. gegen Franz Josef Strauß oder Hermann-Josef Abs) entsprechendes dokumentarisches Material. Vgl. BAP, Nr. 4093, Bericht, 22.9. 1975.

[68] Vgl. Ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten, hrsg. v. Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Berlin ⁵1965, bes. S. 10f., 26, 36, 58f., 63, wo Unterlagen aus verschiedenen Sammlungen des BDC faksimiliert sind. Tatsächlich arbeitete der Untersuchungsausschuß ja auch mit dem amerikanischen Nachrichtendienst zusammen. Vgl. Frank Hagemann, Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen 1949–1969, Frankfurt a.M. u.a. 1994, bes. S. 62ff., der freilich diese Veröffentlichung nicht erwähnt.

[69] Vgl. BAP, Nr. 4123 passim. Ein gutes Beispiel ist die achtbändige Edition über die nationalsozialistische Besatzungspolitik, die vom Dokumentationszentrum begonnen und schließlich vom Bundesarchiv zu Ende geführt wurde. Vgl. Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938–1945), hrsg. v. einem Kollegium unter Leitung von Wolfgang Schu-

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

onszentrum eine gewaltige Kartei mit ca. 4 Mio. Namen auf, die 1990 ebenfalls vom Bundesarchiv übernommen wurde. Sie wird natürlich nicht mehr weitergeführt, aber ebenfalls von der Außenstelle Zehlendorf verwaltet[70].

III.

Insgesamt stellt die Einrichtung der Außenstelle Zehlendorf des Bundesarchivs eine wesentliche Etappe auf dem Weg zur Zusammenführung der infolge von Krieg und deutscher Teilung zerrissenen schriftlichen Überlieferung des Dritten Reiches dar. Sieht man von den – hier gar nicht weiter erwähnten – noch in Rußland befindlichen Unterlagen ab[71], wurde für die zentralstaatliche Überlieferung mit der Übernahme des BDC eine einheitliche organisatorische Zuständigkeit der Abteilung R (Deutsches Reich) des Bundesarchivs hergestellt. Räumlich kommt die Zusammenführung der gesamten Überlieferung allmählich voran. Die Z-Bestände der Außenstelle werden immer noch im Bundesarchiv-Zwischenarchiv in Dahlwitz-Hoppegarten verwaltet und überwiegend auch dort von Benutzern eingesehen[72]. Ein Teil der in Koblenz gelagerten Überlieferung befindet sich zwischenzeitlich im Berliner Raum. Für die Masse der Sachakten ist die Abteilung R (Deutsches Reich) zuständig. Sie wurde 1996 von Potsdam nach Berlin-Lichterfelde verlagert und nimmt jetzt auch die Außenstelle Zehlendorf auf. Daher ist nun auch über die Abgabe solcher Unterlagen aus den Sammlungen des BDC nachzudenken, die in die Zuständigkeit staatlicher und kommunaler Archive der Länder fallen (z.B. Gestapo-Kartei Osnabrück, Reichsstatthalter Bayern und Frauenschutzhaftlager Moringen).

---

mann und Ludwig Nestler bzw. (später) v. Bundesarchiv, 1988–1994, Bd. 1: Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei (1938–1945), hrsg. v. Helma Kaden, Berlin [Ost] 1988 bis Erg.Bd. 1: Okkupation und Kollaboration (1938–1945), zusammengestellt und eingeleitet v. Werner Röhr, hrsg. v. Bundesarchiv, Berlin/Heidelberg 1994.

70 Daß die dortigen Verweise sich häufig auf amerikanische Filme von Akten beziehen, die längst wieder im Bundesarchiv liegen, sei als Problem angemerkt. Denn nur selten und mit erheblichem Aufwand lassen sich die entsprechenden Stellen in den Akten selbst ermitteln. Im übrigen haben sich die damals notierten Archivsignaturen inzwischen gelegentlich geändert.

71 Vgl. dazu Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates. Die Überlieferung von Behörden und Einrichtungen des Reichs, der Länder und der NSDAP, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte bearb. v. Heinz Boberach, Teil 1, München u.a. 1991, Teil 2, München u.a. 1995, hier Teil 2 passim.

72 Bei der Zusammenführung ergeben sich zwangsläufig neue Probleme. So hat das Bundesarchiv im Frühjahr 1994 die bereits bei der Abteilung IX/11 befindlichen Teile der Z-Kartei und der Vorgangskartei an den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR abgegeben. Denn bei diesen Karteien handelt es sich zwar um Findmittel zu einer Sammlung des Bundesarchivs, aber gleichwohl auch um Unterlagen des MfS. Sie fallen in die Zuständigkeit des Bundesbeauftragten; vgl. § 6 des Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik vom 20.12. 1991, in: BGBl. 1991 I, S. 2272–2287. Vorläufig führt der Bundesbeauftragte auch in Amtshilfe die Recherche an den einschlägigen Karteien durch.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch wenn sich somit die Zusammenführung des Schriftgutes des Dritten Reiches im Fluß befindet, soll, gleichsam als Zwischensumme, das Überlieferungsprofil der Außenstelle Zehlendorf und die Bezüge ihrer Sammlungen zur übrigen Überlieferung des Bundesarchivs skizziert werden[73]. Nochmals seien die verschiedenen Herkunftsorte der gegenwärtig von der Außenstelle verwahrten Sammlungen und Bestände genannt: das BDC, die frühere Abteilung IX/11 des MfS, das Bundesarchiv Koblenz und das ehemalige Dokumentationszentrum. Der besseren Übersichtlichkeit wegen sind die *Sammlungen und Bestände der Außenstelle* hervorgehoben. Der Löwenanteil des Archivgutes der Außenstelle ist während des Dritten Reiches entstanden. Da die DAP/NSDAP 1919 gegründet wurde, existieren natürlich auch Unterlagen aus der Vorgeschichte. Ebenso liegen Entnazifizierungsunterlagen aus dem Gebiet der ehemaligen DDR und aus der Kammer der Kulturschaffenden vor. Nochmals betont sei, daß es sich überwiegend um personenbezogene und in der Regel nach Namen erschlossene bzw. geordnete Unterlagen handelt. Folgerichtig sind sie in der Regel auch nur über Namen, Vornamen und Geburtsdatum zugänglich.

Die vom Reichsschatzmeister geführte *Mitgliederkartei* der NSDAP ist mit ca. 11,5 Mio. Karten relativ dicht überliefert. Sie setzt mit der Wiederbegründung 1925 ein. Neben der zentralen alphabetischen Serie war eine nach Ortsgruppen organisierte „Gaukartei" geführt worden. Diese umfangreichere Serie wurde vom BDC ebenfalls alphabetisch geordnet. Über die persönlichen Daten, die Mitgliedschaft und Ortsveränderungen hinaus enthalten die Karten gelegentlich weiterführende Hinweise[74]. Vom Schriftverkehr zum Mitgliedswesen geprägt sind auch die (nach Gauen und Ortsgruppen geordneten) Sammlungen *Gaukorrespondenz* und *Ortsgruppenunterlagen* des BDC sowie die (nur über Namen zugänglichen) Unterlagen der mitteldeutschen Gauleitungen in den *Z-Beständen*[75]. Die sonstige Überlieferung des Reichsschatzmeisters befindet sich im Bestand NS 1. Ähnlich wie das Parteiarchiv der

[73] Eine erste (in der Außenstelle nur noch als Druckvorlage vorhandene) Übersicht über die Bestände des BDC für alliierte Ermittler und Sicherheitsbeamte fertigte 1947 die amerikanische Militärregierung: Who was a Nazi? Facts about the Membership Procedure of the Nazi Party, compiled by 7771 Document Center OMGUS (1947). Das Bändchen enthält auch erste Erkenntnisse zum Mitgliedswesen der NSDAP. Vgl. auch den kurzen Abriß bei David G. Marwell, Das Berlin Document Center (BDC), in: Faschismus und Rassismus. Kontroversen um Ideologie und Opfer, hrsg. v. Werner Röhr, Berlin 1992, S. 413–419.

[74] Aussagekräftiger sind naturgemäß die *Schwarzen Listen* und die *Warnkartei* der als Mitglieder nicht erwünschten Personen (in der Regel aus der Hitlerjugend und dem Bund Deutscher Mädel), die aus Berlin überlieferten *parteistatistischen Erhebungsbögen* (mit sämtlichen sonstigen Mitgliedschaften) und die Unterlagen über österreichische Mitglieder aus der Zeit vor 1937 *(Mitglieder-Sammelstelle).* Die Bedeutung der ca. 600000 unterschriebenen *Aufnahmeanträge* liegt vornehmlich darin, daß angesichts der eigenhändigen Unterschrift eine irrtümliche oder dem Betroffenen nicht bekannte Mitgliedschaft wenig wahrscheinlich ist. Weitere 40000 Anträge liegen im Hauptstaatsarchiv München. Einzelne Anträge finden sich auch in der Parteikorrespondenz und den Unterlagen des Obersten Parteigerichts (siehe S. 18). Vgl. Holdings, S. 117–124.

[75] Personalunterlagen, aber auch Sachakten scheinen insbesondere aus den Gauen Berlin, Halle-Merseburg, Sachsen sowie aus ostdeutschen Gebieten überliefert. Vgl. dazu auch Inventar archivalischer Quellen, Teil 2, S. 285–291.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

SED sammelte das *Hauptarchiv der NSDAP* nicht nur eigenes Registraturgut und privates Schriftgut, um die Geschichte der Partei zu dokumentieren, sondern eignete sich auch staatliches Schriftgut an. Die Sammlung des BDC beinhaltet nur noch eine Restmenge der heute im Bestand NS 26 befindlichen Unterlagen[76]. Für Ausschlüsse von Mitgliedern und andere Binnenkonflikte sind die Unterlagen des 1934 aus dem Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß hervorgegangenen *Obersten Parteigerichts* wesentlich. Bis auf einen kleinen an das Bundesarchiv abgegebenen Sachaktenbestand NS 36 und Überlieferungen in den *Z-Beständen* befindet sich die Masse der Verfahrensakten und der Personalakten auch der unteren Parteigerichtsbarkeit in den Sammlungen der Außenstelle[77].

Im übrigen löste das BDC Schriftgut der verschiedensten Registraturen der NSDAP und ihrer Gliederungen und anderer Provenienzen in die ca. 1,2 Mio. Dokumente umfassende Sammlung *Parteikorrespondenz* hinein auf[78]. Vergleichbar den *Z-Beständen* (eigentlich: Sammlungen) des MfS lassen sich Hinweise auf Organisation und Tätigkeit der zahlreichen Provenienzstellen[79] nur über Namen dort einschlägiger Personen ermitteln. Natürlich finden sich auch in den Z-Beständen zahllose Hinweise zur Partei und ihren Gliederungen (u. a. Deutsche Arbeitsfront, Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation, Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, Bund Deutscher Mädel). Auch einige Sachakten der NSDAP-Reichsleitung und der Kanzlei des Führers sind hier überliefert. Aus den Registraturen der SA, des NS-Kraftfahrerkorps (NSKK), des NS-Fliegerkorps (NSFK) und der Organisation Todt (OT) bildete das BDC neun Sammlungen. Die Sammlung *SA-„Normal-Akten"* enthält verschiedenste personenbezogene Unterlagen der Mitglieder von SA, NSKK und NSFK[80]. Weitere Personalunterlagen sowohl der Führung wie aus regionalen Stellen (auch des NSKK und NSFK) befinden sich in den *Z-Beständen.* Eng verwandt mit den Unterlagen des Obersten Parteigerichts ist die Sammlung *SA-Prozeß- und Perso-*

[76] Vgl. Holdings, S. 138; Inventar archivalischer Quellen, Teil 1, S. 473–475 und dazu Jaeger, Problematik, Sp. 284–287.

[77] Vgl. Holdings, S. 127–134; Inventar archivalischer Quellen, Teil 1, S. 471 f., Teil 2, S. 283.

[78] Vgl. Holdings, S. 125 f.

[79] Zu den Beständen der NSDAP-Parteibürokratie vgl. Inventar archivalischer Quellen, Teil 1, S. 456–523, Teil 2, S. 283–299.

[80] Räumlich sind vor allem Stellen aus dem Gebiet der ehemaligen amerikanischen Besatzungszone (Bayern, Franken, Hessen) vertreten. Auch die *SA-Sammellisten* von Mitgliedern verschiedenster Organisationseinheiten, vorwiegend aus den Jahren 1933 bis 1936, und die Mitgliederkartei der SA-Standarte *Feldherrnhalle* gehören zu diesem Komplex. Die *NSKK-Kartei* enthält Personalien und gelegentlich zusätzliche Daten. Dagegen beinhaltet die Sammlung *Organisation Todt* vor allem Unterlagen solcher NSKK-Mitglieder, die im Rahmen dieser Bausonderverwaltung bei den Transportgruppen Todt bzw. Speer tätig waren. Die Sammlung ergänzt den gleichnamigen Bestand R 50 II der Zentralnachweisstelle des Bundesarchivs. Ein Sachaktenrest findet sich im Bestand R 50 I. Der Schwerpunkt des Bestandes NS 24 NSKK-Korpsführung liegt bei Technik und Organisation. In den BDC-Sammlungen befinden sich schließlich noch ca. 30 Ordner bislang nicht erfaßter Überlieferungssplitter, unter anderem regionale und lokale Mitgliederlisten. Zur Überlieferung regionaler Gliederungen vgl. auch Inventar archivalischer Quellen, Teil 1, S. 493–497, Teil 2, S. 294–297.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nalakten. Allerdings liegt hier der Schwerpunkt auf Disziplinarvorgängen mit teilweise vollständigen Personalakten der Obersten SA-Führung[81]. Deren Überlieferung findet sich im Bestand NS 23 mit ebenfalls zahlreichen Hinweisen zum Mitglieds- und Disziplinarwesen[82]. Von den sonstigen Organisationen sind noch Sammlungen zum Reichsarbeitsdienst, zum NS-Bund Deutsche Technik (NSBDT), zum NS-Lehrerbund (NSLB), zur NS-Frauenschaft und zum Reichsnährstand vorhanden[83]. Vergleichsweise aussagefähig ist schließlich auch die *Reichsärztekartei* des BDC[84].

Die wichtigste Gliederung zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Politik war die SS in Verbindung mit der Deutschen Polizei. Überlieferung der zentralen Stellen der SS enthalten zunächst die bekannten Bestände Persönlicher Stab Reichsführer SS (RFSS) NS 19, SS-Hauptamt NS 31 und SS-Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamt NS 3[85]. Die wesentliche personenbezogene Überlieferung wird in neun größeren Sammlungen des BDC verwahrt. Auch hier wurde Registraturgut unterschiedlicher Provenienz zusammengetragen.

Das 1939 aus Vorläufern reorganisierte SS-Personalhauptamt war die personalführende Stelle der Allgemeinen SS, der Waffen-SS und des Sicherheitsdienstes (SD). Ein kleiner Teil seiner Unterlagen wurde 1962 vom BDC an das Bundesarchiv abgegeben und findet sich im Bestand NS 34. Die personenbezogene Überlieferung befindet sich in der Sammlung *SS-Officers (SSO).* Hierbei handelt es sich um Personalakten der Mehrzahl der SS-Führer. Gelegentlich ist nur noch die „Führerstammkarte" erhalten. Aber häufig ist die komplette Akte mit Lichtbild überliefert, der das BDC

---

[81] In der *SA-Warnungskartei* wurden die ausgeschlossenen Mitglieder geführt; ein Pendant zur Warnkartei (vgl. Anm. 74). In den wenigen *SA-Strafbüchern* (der Jahre 1935 bis 1939) sind die von SA-Gerichten Verurteilten aufgeführt.

[82] Vgl. Holdings, S. 89–104; Inventar archivalischer Quellen, Teil 1, S. 491–493, Teil 2, S. 294.

[83] Die Sammlung *Reichsarbeitsdienst* umfaßt wieder Personalunterlagen vorwiegend aus dem Gebiet der amerikanischen Besatzungszone und aus Schlesien. Diese Unterlagen sind im Zusammenhang zu sehen mit den ca. 12000 Personalakten und -unterlagen des Bestandes R 77 der Zentralnachweisstelle und einem kleineren Bestandsteil mit Sachakten. Zur Geschichte des Freiwilligen Arbeitsdienstes verwahrt die Abteilung B des Bundesarchivs in Koblenz eine Sammlung ZSg 145. Die Sammlung *Ingenieure* enthält vor allem personenbezogene Unterlagen des NSBDT. Zu diesem selbst ist ein kleiner Bestand NS 14 mit einigen Hinweisen zu Mitglieds- und Personalangelegenheiten überliefert. Die *NSLB-Kartei* enthält Mitgliederkarten des Lehrerbundes, des NS-Dozentenbundes und (zum kleinen Teil) des NS-Bundes Deutscher Techniker. Die Karteien ergänzen die nach Gauen geordnete Mitgliederkartei im Bestand NS 12 Reichswaltung des NSLB und entsprechende regionale Überlieferung. Die Sammlung *Frauenschaft* besteht aus 3,5 Mio Mitgliedsanträgen zur NS-Frauenschaft sowie zum Deutschen Frauenwerk, den Mitgliederkarten verschiedener Ortsgruppen, Listen und sogar etwas Schriftverkehr. Die Sammlung ergänzt insofern den kleinen Bestand Reichsfrauenführung NS 44. Die Sammlung Reichsnährstand komplettiert wohl im wesentlichen den Bestand R 16 Reichsnährstand. Schließlich existiert in der Außenstelle noch eine *Mitgliederkartei* des *NS-Deutscher Frontkämpferbund (Der Stahlhelm).* Vgl. Holdings, S. 216–218, 233; Inventar archivalischer Quellen, Teil 1, S. 366 f., 501 f., 520–523.

[84] Sie ist in Verbindung mit der aus verschiedenen Provenienzen stammenden Sammlung *Mediziner* zu sehen. Vgl. Holdings, S. 231 f.; Inventar archivalischer Quellen, Teil I, S. 167.

[85] Vgl. ebenda, Teil 1, S. 114–121, Teil 2, S. 89 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bisweilen noch zusätzliches Material beigefügt hat. Die Unterführer- und Mannschaftsgrade sind vor allem in der provenienzmäßig völlig heterogenen Sammlung *SS-Enlisted Men (SS-EM)* sowie, bei weiblichen SS-Angehörigen, in der Sammlung *SS-Frauen* vertreten[86]. Die Zentralnachweisstelle des Bundesarchivs verwahrt weitere Personalakten und -karteien zur Waffen-SS[87]. Eine gewisse Ergänzung bieten ferner die *Z-Bestände.* Dabei gehen die in den dortigen Sammlungen vorhandenen Unterlagen über SS-Führer selten über die in den BDC-Sammlungen hinaus. Allerdings erscheint eine Recherche immer dann angebracht, wenn die betreffende Person aus Mitteldeutschland stammt und/oder dort überwiegend verwendet wurde. Schließlich sei hier wie auch an anderer Stelle an die *Fundstellenkartei NS-Belastete* des ehemaligen Dokumentationszentrums erinnert.

Das 1932 gegründete *SS-Rasse- und Siedlungshauptamt* sollte die rassistischen Kriterien und Ziele außerhalb und vor allem innerhalb der SS durchsetzen. Die entsprechende *Sammlung* enthält Aufnahme- und Heiratsgesuche der SS-Männer und ihrer Bräute samt Stammbäumen, Gesundheitsunterlagen, Lebensläufen, Leumundszeugnissen sowie Personalakten von Angehörigen des Hauptfürsorge- und Versorgungsamtes der SS. Da den Gesuchen Stammbäume teilweise bis 1750 beizufügen waren, ist die genealogische Bedeutung der Unterlagen erheblich. Die ursprünglichen Dossiers wurden vom BDC insofern verändert, als andere personenbezogene SS-Dokumente zugefügt und Unterlagen von SS-Frauen in die entsprechende Sammlung ausgegliedert wurden. Im weitesten Sinne handelt es sich also um einen Teil des Bestandes NS 2. Tatsächlich war dieser ja auch ursprünglich vom BDC an das Bundesarchiv Koblenz abgegeben worden[88]. Der 1935 gegründeten *SS-Forschungs- und Lehrgemeinschaft Ahnenerbe,* später Abteilung des Persönlichen Stabes RFSS mit einem erheblichen organisatorischen Unterbau, oblag unter anderem die (pseudo)wissen-

[86] Auch liegen *SS-Listen* von unterschiedlichem Inhalt und Ursprung der Allgemeinen und Waffen-SS sowie *SS-Truppenstammrollen* verschiedener Waffen-SS-Verbände vor, die, im Gegensatz zu den SA-Listen, nach Namen vollständig erschlossen sind. Dagegen ist eine *SS-Oberabschnittskartei* mit den Personalien von Angehörigen der regionalen Verwaltungen der SS in den Findmitteln des BDC nicht erschlossen. Gleichwohl ist sie für Forschungen mit regionalem Bezug wichtig. Im übrigen beinhalten auch die *Z-Bestände* einschlägiges Material zu mitteldeutschen Oberabschnitten. Nicht erschlossen sind ferner die wenigen noch erhaltenen Mitgliederbücher der Sammlung *Fördernde Mitglieder SS.* – Das 1939 eingerichtete Hauptamt *SS-Gericht* war die Spitze einer insbesondere während des Krieges rasch expandierenden Sondergerichtsbarkeit für SS- und Polizeiangelegenheiten. Die Masse der überwiegend verlorenen Überlieferung befindet sich im Bestand NS 7. Der in der *Sammlung* enthaltene Rest betrifft nicht zuletzt Wehrmachtsangehörige des Ersatzheeres. Vgl. Holdings, S. 55–58, 64–70; Inventar archivalischer Quellen, Teil 2, S. 122f. sowie zur Nutzung von SS-Personalunterlagen auch Browder, Problems, S. 372–375.

[87] Die Unterlagen der Verbände der Waffen-SS (etwa der Leibstandarte Adolf Hitler NS 17) verwaltet das Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg. Überlieferungssplitter der Wehrmacht (z. B. „Legion Condor") sind auch in den *Z-Beständen* enthalten. Sinnvollerweise sollten personenbezogene Recherchen zu SS-Angehörigen zunächst in den Sammlungen der Außenstelle begonnen werden.

[88] Das Reichssippenamt (Bestand R 39) mag in Einzelfällen zur Überprüfung der in den Gesuchen gemachten Angaben und vorgelegten Urkunden herangezogen worden sein. Vgl. Inventar archivalischer Quellen, Teil 1, S. 64f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaftliche Begründung der rassistischen Ziele der SS. Auch hier behielt das BDC eine sehr willkürliche personenbezogene Überlieferung, während die sonstigen Unterlagen ans Bundesarchiv abgegeben wurden. Sie befinden sich heute in den Beständen NS 19 und vor allem NS 21. Beide sind in jedem Fall untereinander und mit der *Sammlung* des BDC abzugleichen[89].

1934 ging die Polizei in die Zuständigkeit des Reiches über und wurde von da an immer stärker mit dem SS-Apparat amalgamiert. Die Spitze des polizeilichen Unterdrückungs- und Verfolgungsapparates bildete das 1939 aus Vorgängerstellen reorganisierte Reichssicherheitshauptamt (RSHA). Seine Überlieferung wird heute im Bestand R 58 verwahrt. Allerdings befindet sich ein noch nicht näher bestimmbarer Teil der Überlieferung auch in den *Z-Beständen*[90]. Ermittlungs- und Personalunterlagen der regionalen Leitstellen und örtlicher Stellen von Staatspolizei, Sicherheitsdienst, Sicherheits- und Kriminalpolizei finden sich ebenfalls hier[91]. Eine *Kartei* der *Gestapo-Leitstelle Osnabrück* und *Akten* der *Leitstelle Würzburg* wurden vom BDC überliefert. Dagegen hat die Abteilung IX/11 eine *Schutzhaft-, Fahndungs- und Überwachungskartei* unbekannter Provenienz hinterlassen; sie stammt möglicherweise zumindest in Teilen aus dem RSHA. Der Bestand R 19 *Hauptamt Ordnungspolizei* mit zahlreichen personenbezogenen Vorgängen wird sowohl durch die SS-Sammlungen des BDC als auch nicht zuletzt durch die *Z-Bestände* mit zahlreichen regionalen Überlieferungssplittern ergänzt[92]. Der Bestand *R 20 Truppen und Schulen der Ordnungspolizei* beinhaltet nur noch Überlieferungsreste von wenigen Einheiten und Schulen. Im Bestand R 70 *Polizeidienststellen in den besetzten und eingegliederten Gebieten* werden neben aufgaben- auch personenbezogene Überlieferungssplitter verwahrt[93].

Neben der Polizei mutierte auch die Justiz zum Instrument nationalsozialistischer Verfolgung. Ihre Opfer sind denn auch vorwiegend in der Justizüberlieferung dokumentiert. Ein Teil der personenbezogenen Unterlagen (Urteile, Prozeßakten) wurde

---

[89] Vgl. Holdings, S. 49–54, 60–63; Inventar archivalischer Quellen, Teil 1, S. 115 f., 119 f.

[90] So scheint hier ein Teil der bereits vom Amt VII des RSHA angelegten archivischen Sammlung überliefert. Diese umfaßte wohl die bei Sekten und Logen beschlagnahmten Unterlagen als auch archiviertes Schriftgut des RSHA selbst. Unter anderem konnte ein geschlossener Provenienzsplitter des Sicherheitsdienstes zu Kirchenfragen identifiziert werden. Vgl. auch ebenda, Teil 2, S. 92.

[91] Vgl. ebenda, Teil 1, S. 121–126, Teil 2, S. 106 f., 109, 112, 116, 118. Zur gesamten regionalen Überlieferung vgl. ebenda, passim; Holdings, S. 235.

[92] Vgl. Inventar archivalischer Quellen, Teil 1, S. 126 f., sowie zur Überlieferung nachgeordneter regionaler Stellen ebenda, S. 161 f., Teil 2, S. 121 f. Die kleineren Sammlungen *Technische Nothilfe, Orpo Sanitäter* und *Polizei* enthalten ebenfalls personenbezogene Unterlagen, letztere ca. 4000 Personalakten. Ein umfangreicher Block von Personalakten von Offizieren der Schutzpolizei und der Gendarmerie mit der Provenienz Chef der Ordnungspolizei sowie Unterlagen des Staatskrankenhauses der Polizei in Berlin befinden sich in den *Z-Beständen*. Weitere Personalakten der Schutzpolizei und Gendarmerie wurden dem Bestand R 1501 Reichsministerium des Innern zugeschlagen. Vgl. Holdings, S. 235.

[93] Zu den entsprechenden Höheren SS- und Polizeiführern und Staatspolizeileitstellen vgl. Inventar archivalischer Quellen, Teil 2, S. 104–116.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im Zuge der erwähnten Rückgaben aus der Sowjetunion relativ willkürlich zwischen Staatssicherheitsdienst und SED-Parteiarchiv aufgeteilt. Letzteres löste seine Unterlagen vorwiegend in die Sammlung N(azi-)J(ustiz) auf oder stellte sie nach Pertinenzen zusammen[94]. Die Sammlung NJ ist anders als die *Z-Bestände* nicht nur über Namen, sondern auch durch eine Sachkartei erschlossen[95]. Auch die Z-Bestände enthalten zahlreiche einschlägige Unterlagen örtlicher Gerichte und Justizbehörden, aber auch des Reichsjustizministeriums und des Volksgerichtshofes[96]. Die durch eine Namens- und Urteilskartei erschlossene Sammlung *Volksgerichtshof* ergänzt die Bestände R 60 I u. II[97]. Ein Teil der Überlieferung des Konzentrationslager- und Haftstättenapparates[98] findet sich in den Sammlungen *Frauenschutzhaftlager Moringen* mit Häftlingspersonalakten, *Ploetzensee* mit (Nachkriegs-)Kopien einer Hingerichtetenkartei (die im Original wohl nicht mehr vorhanden ist) und *Schutzhaft* mit personenbezogenen Unterlagen verschiedener Provenienz zu ‚Schutz'-Häftlingen. Auch in den *Z-Beständen* sind zahlreiche Unterlagen örtlicher Haftanstalten überliefert. Vom ehemaligen Dokumentationszentrum wurde ein Mischbestand *K*(onzentrations)*L*(ager)/*HAFT-A*(nstalten) mit Unterlagen verschiedener Provenienz übernommen. Allerdings wurde daraus bereits Material (z. B. zu Buchenwald, den Emslandlagern, Ravensbrück und Sachsenhausen) an die zuständigen Archive abgegeben[99]. Die Unterlagen korrespondieren mit dem Bestand NS 4. Schließlich ist an die ca. 55 000 Karten umfassende *Verfolgten*(fundstellen)*kartei* des ehemaligen Dokumentationszentrums zu erinnern[100]. Die Sammlung *Ausbürgerung* beinhaltet eine alphabetisch nach Namen geordnete Kartei der Ausgebürgerten[101]. Eine besondere Kategorie

---

[94] Erwähnenswert sind die Sammlungen Reichstagsbrandprozeß und Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik mit Unterlagen aus den zwanziger Jahren. Ein Teil dieser Sammlungen wurde inzwischen wieder den jeweiligen Beständen inkorporiert (z. B. St 2 Oberreichsanwalt beim Reichsgericht und St 3 Reichssicherheitshauptamt). Vgl. auch Muregger/Winkler, Quellen, S. 92 f.

[95] Vgl. Voßke, Das Zentrale Parteiarchiv, S. 23 f.

[96] Im Zusammenhang sei auch die kleine, noch nicht nach Namen erschlossene Sammlung *Richter* mit den Personalakten von Richtern und sonstigen Beamten von Bau-, Finanz- und Versorgungsämtern und die vorwiegend aus personenbezogenen Unterlagen bayerischer Beamter bestehende Sammlung *Reichsstatthalter in Bayern* erwähnt. Vgl. Holdings, S. 224, 238. Die *Z-Bestände* enthalten Personalunterlagen aus Regierungs- und Oberfinanzpräsidien.

[97] Vgl. Inventar archivalischer Quellen, Teil 1, S. 226 ff.; Holdings, S. 219 f. Eine weitere Sammlung enthält die Mitteilungsblätter des Volksgerichtshofes. Ferner existieren die kleineren Sammlungen *Kriegsfeldgerichte, Staatsanwaltschaft Aschaffenburg* und *Amtsgericht München*. Letztere enthält Prozeßakten aus der Zeit vor 1933.

[98] Vgl. Inventar archivalischer Quellen, Teil 1, S. 127–133, 189–197, Teil 2, S. 93–103, 140–148.

[99] Vgl. Holdings, S. 220 f.; Inventar archivalischer Quellen, Teil 2, S. 93. Ebenfalls vom ehemaligen Dokumentationszentrum wurde eine nach Nummern (nicht Namen!) abgelegte *Häftlingskartei* des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamtes überliefert.

[100] Im Zusammenhang sei auch die von der Abteilung B des Bundesarchivs verwaltete Sammlung ZSg 134 zu Widerstand und Verfolgung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes erwähnt.

[101] Vgl. Holdings, S. 239; Inventar archivalischer Quellen, Teil 1, S. 57–62. Im Zusammenhang ist die Sammlung *Geschädigte Juden* mit Unterlagen zur Vermögensübertragung bzw. sogenannten Arisierung von Interesse.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von NS-Opfern ist schließlich in den Sammlungen *Erbkranke, Ehevermittlungsstelle München* und *Gesundheitsamt* (Berlin-)*Charlottenburg* dokumentiert[102].

In seiner Eigenschaft als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RKFDV) richtete der RFSS 1939 die *Einwandererzentralstelle* (EWZ) ein. Sie fungierte im Grunde als eines unter vielen Instrumenten der ‚ethnischen Säuberung'. Denn sie klassifizierte Volksdeutsche unter anderem nach rassischen und erbgesundheitlichen Merkmalen, bürgerte sie bei Erfüllung der Kriterien ein und siedelte sie meist in den Gebieten an, aus denen Bevölkerung vertrieben und eliminiert worden war, welche die rassischen Kriterien nicht erfüllte. Die Generalakten der EWZ befinden sich heute im gleichnamigen Bestand R 69. Dieser korrespondiert mit den Beständen R 49 Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums und vor allem R 59 Volksdeutsche Mittelstelle sowie R 1702 Deutsche Umsiedlungs-Treuhandgesellschaft[103]. Die beiden letzten Bestände dokumentieren insbesondere die Um- und Ansiedlung von Volksdeutschen. Einige kleinere Sammlungen des BDC ergänzen diese (Sachakten-)Bestände[104]. Die Masse der personenbezogenen Unterlagen der durch die EWZ „geschleusten" Menschen, so der zeitgenössische Begriff, wurde in acht Sammlungen organisiert. Die Anträge auf Einbürgerung sind nach Ländern Osteuropas und Namen geordnet. Die Sammlung enthält unter anderem die für Verfahren zur Feststellung der Zugehörigkeit zum deutschen Staatsverband noch heute begehrten Einbürgerungsurkunden (meist in Abschrift). Die *Rassekartei* beinhaltet die rassische Wertung der geschleusten Personen[105]. Die Sammlung *Sonderbehandlung* beinhaltet Unterlagen des Stabshauptamtes des RKFDV zur Eindeutschungsfähigkeit oder Ermordung von Ost-Arbeitern mit sexuellen Beziehungen zu deutschen Frauen.

Die Überlieferung der 1933 zur Formierung des kulturellen Lebens begründeten Reichskulturkammer (RKK) mit ihren Spartenkammern verdankt ihre vergleichsweise Vollständigkeit nicht zuletzt der Neigung der britischen Besatzungsmacht, vor-

---

102 Die erste Sammlung enthält Anzeigen zur Sterilisierung von Betroffenen des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" aus lokaler Provenienz (insbesondere Ochsenfurt, Lohr und Würzburg). In der zweiten Sammlung sind Ehevermittlungsanträge von Sterilisierten aus dem Münchner Raum überliefert. Die Karteien und Akten des Gesundheitsamtes Charlottenburg enthalten unter anderem auch Vorgänge über Sterilisierung und medizinisch begründete Verfolgungsmaßnahmen sowie Karteikarten über in Plötzensee Hingerichtete; vgl. Holdings, S. 138, 231. Die Unterlagen korrespondieren in gewisser Weise mit den von der Abteilung IX/11 gesammelten Akten der Heil- und Pflegeanstalten zum Euthanasieprogramm in der Sammlung EVZ.

103 Vgl. Inventar archivalischer Quellen, Teil 1, S. 173 ff.

104 Die *RKFDV-Korrespondenz* enthält Schriftverkehr mit regionalen Stellen des Reichskommissars für die Festigung. Die Sammlung *DUT* birgt Unterlagen insbesondere der Niederlassung Kattowitz. In der Sammlung *Deutsche Volksliste* findet sich Schriftverkehr mit dem Stabshauptamt des RKFDV zur Realisierung dieser Liste, die ebenfalls der rassischen Qualifizierung der bereits in den annektierten Gebieten wohnhaften Volksdeutschen diente. Vgl. Holdings, S. 25–30.

105 Weitere Serien sind die *Stammblätter*, die *E*(WZ)/*G*(esundheits-)*Kartei, Wehrmacht* mit den Einbürgerungsbegehren von volksdeutschen Wehrmachtsangehörigen, *Amtliche Deutsche Ein- und Rückwanderungsstelle* mit den Abwanderungsanträgen von Südtirolern, Möbelquittungen über an Umsiedler verteilten Hausrat und schließlich personenbezogene *Korrespondenz* des RKFDV, der EWZ, der Volksdeutschen Mittelstelle u. a. Vgl. ebenda, S. 9–27.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

handene Institutionen unter ihrer Kontrolle und mit geänderter Zielrichtung weiterzuführen. Folgerichtig widmete sich die „Kammer der Kulturschaffenden" nach 1945 der Entnazifizierung des Kulturbetriebes. 1949 übergaben die Briten die Überlieferung dem BDC. Ein Teil der Sachakten wurde von dort an das Bundesarchiv abgegeben, das sie in den Beständen R 56 I–VI verwahrt[106]. Ein Teil der Sachakten der Zentrale und der Landesleitung Berlin verblieben im BDC. Die BDC-Sammlungen sind überwiegend nach Namen und zu einem geringeren Teil auch nach Sachbegriffen erschlossen. Sie sind organisiert unter den Provenienzstellen *RKK Allgemeines*[107], *Reichsschrifttumskammer, Reichstheaterkammer, Reichsmusikkammer, Reichskammer der bildenden Künste, Rundfunk, Reichsfilmkammer* und *Nachkriegsunterlagen*[108]. Eine nennenswerte Überlieferung von Personal-, aber auch Sachakten des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda scheinen – in Ergänzung des Bestandes R 55 – die *Z-Bestände* zu enthalten.

Aus dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung ist eine *REM-Kartei* überliefert. Dabei handelt es sich um eine Korrespondenzkartei mit Hinweisen zu Hochschullehrern aller größeren deutschen Hochschulen. Ergänzt wird die Kartei durch die teilweise aus kompletten Akten bestehende Sammlung *Personalakten und Berufungsunterlagen*, durch die *Dozentenverzeichnisse* und die sehr heterogene Sammlung *Wissenschaftler*. Die Sammlungen ergänzen die Überlieferung des „Amtes Wissenschaft" des Ministeriums im Bestand R 4901[109]. Auch die *Z-Bestände* enthalten personenbezogene Unterlagen des Reichserziehungsministeriums. Eine Sammlung Lehrer enthält wiederum Schriftgut unterschiedlichster Provenienz, nach Namen geordnet[110].

Ein früherer Mitarbeiter des BDC trug Unterlagen zur Geschichte des Dritten Reiches in der nach ihm benannten Sammlung Schumacher zusammen[111]. Sie wurde

---

[106] Vgl. Inventar archivalischer Quellen, Teil 1, S. 309–314.

[107] Mit Schriftverkehr des RKK-Geschäftsführers Hans Hinkel und seines Büros, Listen der Beschäftigten aller Kammern, Unterlagen über den Ausschluß von bzw. Sondergenehmigungen für sogenannte Nicht-Arier, und nicht zuletzt einem Splitter aus der Überlieferung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda. Die Korrespondenz des Büros Hinkel ist ansonsten über die gesamten Personendossiers der RKK verstreut. Vgl. dazu Inventar archivalischer Quellen, Teil 1, S. 261–265.

[108] Es sind vorwiegend Entnazifizierungsunterlagen. Vgl. Holdings, S. 151–200; Inventar archivalischer Quellen, Teil 1, S. 227.

[109] Eine Kartei *Reichsforschungsrat* mit Nachweisen für beantragte und bewilligte Forschungsmittel und eine (Mitglieder-)Kartei *Deutsche Akademie* ergänzen ebenfalls die einschlägigen Bestände R 26 III und R 51. Vgl. Inventar archivalischer Quellen, Teil I, S. 259–261.

[110] Vgl. Holdings, S. 226ff. Nur der Vollständigkeit halber seien noch die Sammlungen mit personalbezogenen Unterlagen des *Reichskommissars für die Preisbildung*, des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion *(Speer Listen, Speer A–Z)*, der *Gesandtschaft Bukarest* und die *Seefahrt Kartei* mit den Namen der in ausländischen Häfen internierten Seeleute und Schiffe erwähnt. Vgl. Holdings, S. 238f. Ferner enthalten die *Z-Bestände* personenbezogene Überlieferungssplitter des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete, des Reichswirtschaftsministeriums und zahlreicher mitteldeutscher Betriebe (z. B. Junkers Motorenwerke Dessau).

[111] Vgl. Captured Records, S. 150ff.; Jaeger, Problematik, Sp. 280f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

später an das Bundesarchiv abgegeben, das einen Teil der Unterlagen in die Provenienzbestände zurückordnete. Das BDC behielt gleichwohl aus Kopien und Dubletten bestehende Fragmente der Sammlung. Diese wurden in den folgenden Jahren weitergeführt und durch Unterlagen und Kopien aus den Sammlungen des BDC ergänzt. Im Grunde entstand so unter dem Sammelbegriff „*Research*" ein Komplex kleiner Pertinenzsammlungen zu den verschiedensten Dienststellen, Gliederungen und Sachverhalten (z.B. Organisationsunterlagen, Personalveränderungsblätter der Waffen-SS, Entstehung von SA und SS, Konzentrationslager, Verfolgung von Zigeunern und Asozialen, Röhm-„Putsch", 20.Juli 1944). Auch die sogenannten SS-Hängeordner mit den für die Nürnberger Nachfolgeprozesse aus den BDC-Sammlungen angefertigten Kopien wurden hier integriert[112]. Die eigentliche Bedeutung des von Historikern stark benutzten Pertinenz(misch)bestandes liegt in seiner Erschließung durch eine Namenskartei. Denn hier finden sich gelegentlich ergänzende Angaben zu Personen, welche die weitere Recherche in den sonstigen Sammlungen erleichtern. Von ähnlicher Bedeutung als Hilfsmittel sind die Amtsdrucksachen des Bestandes NSD und die teilweise deckungsgleiche Sammlung des BDC[113]. Daß zahlreiche Nachlässe und sonstige Sammlungen des Bundesarchivs weiteres Material enthalten, sei der Vollständigkeit halber erwähnt.

IV.

In der Retrospektive macht der knappe Abriß des Überlieferungsprofils der Außenstelle Zehlendorf im Jahre 1995 noch einmal die Brisanz augenfällig, welche das hier versammelte Material für beide deutsche Nachkriegsgesellschaften besaß. Die Bundesrepublik verzichtete um des gesellschaftlichen Friedens willen vorläufig darauf, diese Erbschaft des Nationalsozialismus anzutreten. Denn der Rechtsstaat hätte sich über kurz oder lang der Forderung nach umfassender Öffnung nicht entziehen können. Ausländer freilich erfreuten sich dann eines privilegierten Zuganges, wenn sie in den Augen der amerikanischen Leitung als „seriös" galten. In der Regel erfüllten wohl vor allem Universitätshistoriker und bestimmte Organisationen dieses Kriterium. Diese privilegierten Benutzer neigten dazu, das BDC als „ihr" Archiv zu betrachten, und ließen sich folgerichtig auch am ehesten gegen die Übergabe mobilisieren. Deutsche Benutzer und erst recht West-Berliner Historiker hatten dagegen bis zum Inkrafttreten des Bundesarchivgesetzes manche Hürde zu nehmen, bevor sich ihnen die Zehlendorfer Türen öffneten. Als die Bundesrepublik das Erbe antrat, waren allenfalls noch Ruheständler davon betroffen; das einstige Problem hatte sich

[112] Zu Aufbereitung und Verbleib von Dokumenten für die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse vgl. Henke, Schicksal, S.571–577. Die Abteilung B des Bundesarchivs verwahrt ergänzend eine Sammlung ZSg 144 zur Geschichte der SS und der „Endlösung der Judenfrage".

[113] Vgl. dazu auch Holdings in den jeweiligen Abschnitten (EWZ, SS, SA, NSDAP, RKK) unter dem Stichwort „Library".

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf natürlichem Wege entspannt. Die DDR pflegte das Erbe eher im Verborgenen und unterwarf seine öffentliche oder konspirative Nutzung politisch-ideologischem Utilitarismus.

Mit der bis heute realisierten Übertragung der personenbezogenen Überlieferung auf das Bundesarchiv ist nicht nur eine relativ umfassende Recherche nach Personen möglich. Vielmehr ist die personenbezogene der Sachakten-Überlieferung nähergerückt. Damit kann mancher Sachverhalt und manche Person auf einer denkbar breiten Quellengrundlage differenziert bewertet werden. Weder die Unterlagen des BDC noch die der Abteilung IX/11 des Staatssicherheitsdienstes werden somit unter den Auspizien des Bundesarchivgesetzes „vergruftet"[114]. Im Gegenteil bietet gerade dieses Gesetz die Grundlage, in der täglichen Benutzungspraxis die bisweilen konträren Interessen auszugleichen.

Für die Zukunft weist der hier nur skizzierte Zusammenhang der Sammlungen der Außenstelle mit der übrigen, in deutscher Hand und besonders in der Verfügung des Bundesarchivs befindlichen, Überlieferung des Dritten Reiches auf eine immense Herausforderung an die Archivare. Denn sie haben bei abnehmenden finanziellen und personellen Ressourcen nicht nur die räumliche Zusammenführung zu bewältigen. Vielmehr stellt die integrierende und, wo immer möglich und sinnvoll, die Provenienzen rekonstruierende Ordnung und Erschließung das methodologische und organisatorische Hauptproblem dar: eine Aufgabe eher von Jahrzehnten als von Jahren. Dabei sollte schließlich nicht vergessen werden, daß die Außenstelle vom Profil ihrer durchschnittlich 4000 Namenszugriffe pro Monat her immer noch nicht ein Archiv im landläufigen Sinne ist. Vielmehr arbeitet sie überwiegend den Staatsangehörigkeitsbehörden, Rententrägern, Versorgungsämtern und anderen Dienststellen zu. Der Wert der Unterlagen für Zwecke der Verwaltung ist eben noch lange nicht erloschen.

[114] Wie Hansen befürchtete. Vgl. seinen Leserbrief, in: Der Spiegel, 25.7. 1994, S.12.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

NILS ASMUSSEN

HANS-GEORG VON STUDNITZ EIN KONSERVATIVER JOURNALIST IM DRITTEN REICH UND IN DER BUNDESREPUBLIK

Einleitung

Die Grundlage dieses biographischen Aufsatzes bildet der Nachlaß des Journalisten Hans-Georg von Studnitz (1907–1993)[1]. Studnitz machte seine journalistische Ausbildung Anfang der dreißiger Jahre im Scherl-Verlag, für den er dann vor allem als Auslandskorrespondent berichtete. Während des Zweiten Weltkriegs arbeitete er in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes. Nach einer Internierung durch die Engländer war er schon seit 1947 wieder journalistisch tätig. Er war an der Gründung der Zeitschrift „Außenpolitik" beteiligt und versuchte sich Anfang der fünfziger Jahre zweimal für kurze Zeit als Chefredakteur einer konservativen Zeitung in Hamburg. Von 1955 bis 1961 war er Pressechef der Lufthansa. Die sechziger Jahre waren sein erfolgreichstes Jahrzehnt als Nachkriegsjournalist: Er war fester Mitarbeiter zweier Wochenzeitungen – „Christ und Welt" und „Welt am Sonntag" – und veröffentlichte vier Bücher zu politischen Zeitfragen. Danach wurde er immer mehr zu einem Außenseiter am rechten Rand der politischen Publizistik, wo er seit Mitte der siebziger Jahre zunehmend in Vergessenheit geriet.

Für die neuere Pressegeschichte sind konkrete Einzeluntersuchungen auf solider Quellenbasis – gerade im biographischen Bereich – noch vergleichsweise selten. Hierfür werden verschiedene Gründe vermutet: sowohl die Befürchtung, sich mit den in NS- und Nachkriegszeit tätigen Journalisten zu befassen und brisante Kontinuitätsfragen aufzuwerfen[2], wie die Neigung, in Individualbiographien ein veraltetes Genre zu sehen und sich seit den achtziger Jahren auch in der Pressegeschichte eher Kollektivbiographien bestimmter Gruppen zu widmen. Dagegen wird neuerdings wieder verstärkt auf die Legitimität von Einzelbiographien verwiesen, unter der Voraussetzung, daß die Person aus den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ihrer Zeit

[1] Der Nachlaß befindet sich im Unternehmensarchiv des Axel Springer-Verlags in Hamburg. Der Verfasser dankt Vera von Studnitz für die Erlaubnis, den Nachlaß ihres Mannes zu bearbeiten, und Michael Jurk und seinen Mitarbeitern im Unternehmensarchiv für die geleistete Unterstützung. Wenn in den folgenden Anmerkungen nicht extra erwähnt wird, wo Briefe und dergleichen verwahrt werden, finden sich die Dokumente im Unternehmensarchiv des Axel Springer-Verlags.

[2] Vgl. Norbert Frei, Presse-, Medien- und Kommunikationsgeschichte: Aufbruch in ein interdisziplinäres Forschungsfeld?, in: Historische Zeitschrift 248 (1989), S. 101–114, hier bes. S. 102, 110f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gedeutet wird und nicht der persönliche Lebensweg, sondern das publizistische Schaffen im Kontext der politischen, ökonomischen und kulturellen Bezugsrealität im Zentrum der Betrachtung steht[3]. Während für den hier behandelten Zeitraum eine Reihe journalistischer Autobiographien und Memoiren vorliegen – so auch von Studnitz[4] –, gibt es neben biographischen Essays[5] nur wenige wissenschaftliche Darstellungen: für die im Zusammenhang mit diesem Aufsatz relevante konservative Publizistik etwa zu den Mitgliedern des Tat-Kreises[6].

Im Vergleich mit manchen anderen Journalisten, die mit ihm die Brüche und Kontinuitäten einer Karriere vom Dritten Reich zur Bundesrepublik teilen, gehört Studnitz nur ins zweite Glied eines konservativen Nachkriegsjournalismus. Er hat nicht für Jahre als Chefredakteur eine Zeitung geprägt wie Hans Zehrer die „Welt" (1953–1966) oder Giselher Wirsing „Christ und Welt" (1954–1970). Von diesen ehemaligen Mitgliedern des Tat-Kreises trennte ihn außerdem der fehlende akademische Hintergrund. Er war in erster Linie Journalist, auch seine politischen Bücher waren eher ausgedehnte journalistische Pamphlete ohne den Anspruch theoretischen Tiefgangs wie die Bücher von Zehrer, Wirsing oder Ferdinand Fried. Trotz seiner vielseitigen Interessen war sein deutschnationales, aristokratisch-elitäres Weltbild schlichter, holzschnittartiger. Auch er konnte es den politischen Zeitumständen anpassen: so bis zum Schluß dem Nationalsozialismus (Beziehungen zum konservativen Widerstand fehlen bei ihm völlig) wie später der Kanzlerdemokratie Adenauers. Bei der deutlichen Distanz, die er jedoch immer gegenüber der demokratischen Nachkriegsentwicklung behielt, stellt sich die Frage, inwieweit er sich damit vom Hauptstrom der konservativen Nachkriegspublizistik isolierte. Es soll gezeigt werden, daß eine solche Entwicklung nur schrittweise erfolgte: In den fünfziger Jahren war er, etwa als Mitherausgeber der angesehenen Zeitschrift „Außenpolitik", noch weitgehend unumstritten. In den sechziger Jahren polarisierten seine Auffassungen wesentlich stärker: Anhand der Auseinandersetzungen mit Giselher Wirsing über den Kurs von „Christ und Welt" und über die Bücher von Studnitz läßt sich die Konfrontation

[3] Vgl. Arbeitsgruppe Biographie (im Wiener Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaften), Biographie als kommunikationsgeschichtliche Herausforderung. Aktuelle Tendenzen, Chancen und Defizite eines umstrittenen Genres, in: Medien & Zeit, H. 4, 1993, S. 34–38.

[4] Vgl. Seitensprünge. Erlebnisse und Begegnungen 1907–1970, Stuttgart 1975; Menschen aus meiner Welt, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1985.

[5] Vgl. Norbert Frei/Johannes Schmitz, Journalismus im Dritten Reich, München 1989, S. 136–180, 215; Otto Köhler, Wir Schreibmaschinentäter. Journalisten unter Hitler – und danach, Köln 1989, mit einem Beitrag über Studnitz, S. 135–152. Dagegen eher „gruppenbiographisch" Peter Köpf, Schreiben nach jeder Richtung. Goebbels-Propagandisten in der westdeutschen Nachkriegspresse, Berlin 1995; ders., Ex-Nazis hatten eine Chance. Goebbels-Propagandisten in der westdeutschen Nachkriegspresse, in: Medien & Zeit, H. 3, 1995, S. 28–34.

[6] Ebbo Demant, Von Schleicher zu Springer. Hans Zehrer als politischer Publizist, Mainz 1971; Axel Schildt, Deutschlands Platz in einem „christlichen Abendland". Konservative Publizisten aus dem Tat-Kreis in der Kriegs- und Nachkriegszeit, in: Thomas Koebner u. a. (Hrsg.), Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949, Opladen 1987, S. 344–369.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit einem Publizisten nachzeichnen, der durch seine Vergangenheit ähnlich belastet, jedoch gegenüber manchen modernen Zeittendenzen anpassungsbereiter war[7]. Es gelang Studnitz nicht, die Zeitung auf einen dezidiert konservativen Kurs nach seinen Vorstellungen auszurichten. Auf der anderen Seite hatte er mit derartigen Positionen in der „Welt am Sonntag" durchaus publizistische Erfolge. Kritiker wie Hans Dieter Müller in seiner Springer-Studie[8] und Kurt Sontheimer in seinen Aufsätzen zum antidemokratischen Denken in der Bundesrepublik[9] machten ihn damals als Vertreter eines „neuen Nationalismus" namhaft. Erst seit den siebziger Jahren geriet Studnitz auch im konservativen Spektrum ins Abseits.

Nach einem Überblick über die journalistischen Anfänge von Studnitz im Scherl-Verlag und seine Tätigkeit als Auslandskorrespondent in den dreißiger Jahren (Kapitel I) sollen die Jahrzehnte von 1940 bis 1970 den Schwerpunkt dieser Untersuchung bilden. Für die Zeit des Zweiten Weltkriegs umfaßt sie seine außenpolitische Propaganda als Mitarbeiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes und seine Überlegungen zum Wiederaufbau der zerstörten deutschen Städte (II). Die Darstellung der Nachkriegszeit beinhaltet seinen Wiedereinstieg in den Journalismus in der Besatzungszeit (III), seine Rolle als Mitbegründer von „Außenpolitik" (IV), als Chefredakteur der „Hamburger Allgemeinen Zeitung" und des „Hamburger Anzeigers" (V) sowie als Mitarbeiter von „Christ und Welt" und „Welt am Sonntag" (VI). Anschließend sollen seine politischen Auffassungen anhand seiner vier Bücher zu Außenpolitik, Wohlstandsgesellschaft, Bundeswehr und Kirche analysiert werden (VII). Ergänzend dazu werden publizistische Äußerungen von Studnitz zur Rolle von Parteien und Persönlichkeiten in der Politik und zu Architektur und Städtebau der Nachkriegszeit herangezogen (VIII). Abschließend erfolgt ein kurzer Ausblick auf seine Tätigkeit in der Zeit nach 1970 (IX).

I.

Hans-Georg von Studnitz wurde am 31. 8. 1907 in Potsdam geboren. Sein Vater war preußischer Offizier aus einer Familie aus schlesischem Uradel mährischen Ursprungs, die sich bis ins 13. Jahrhundert zurückverfolgen ließ. Die Mutter war die Tochter Max Schinckels, eines später geadelten Hamburger Bankiers, der als Direktor der Norddeutschen Bank und der Diskontogesellschaft sowie als Mitglied in den Aufsichtsräten der großen Hamburger Reedereien und von Betrieben der chemi-

[7] Siehe Kapitel VI und VII dieses Aufsatzes. Zu Wirsing vergleiche Frei/Schmitz, Journalisten im Dritten Reich, S. 173–180.

[8] Vgl. Hans Dieter Müller, Der Springer-Konzern. Eine kritische Studie, München 1968, bes. S. 275–300.

[9] Vgl. Kurt Sontheimer, „Die Wiederkehr des Nationalismus in der Bundesrepublik" (1966) und „Antidemokratisches Denken in der Bundesrepublik" (1968), hier zit. nach Kurt Sontheimer, Deutschland zwischen Demokratie und Antidemokratie. Studien zum politischen Bewußtsein der Deutschen, München 1971, S. 123 f., 158 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen und der Stahlindustrie zu den bedeutendsten Wirtschaftsführern des Kaiserreichs gehörte. Studnitz verließ das Gymnasium vor dem Abitur und machte 1923/24 eine Lehre bei der Norddeutschen Bank in Hamburg, die er 1924–26 bei der Banco de Chile y Alemania in Valparaiso fortsetzte. 1926–28 arbeitete er als kaufmännischer Angestellter in einer Reederei in Buenos Aires. 1928 wurde er in Hamburg Mitarbeiter der Hapag, er war 1928/29 in deren New Yorker Vertretung und dann bis 1931 in der Berliner Filiale tätig[10].

In Berlin knüpfte der politisch interessierte Studnitz Beziehungen zu konservativen Kreisen, so zum Freiherrn Heinrich v. Gleichen, dem Herausgeber der Zeitschrift „Der Ring". Dieser spielte eine wichtige Rolle im „Deutschen Klub", dem sogenannten „Herrenklub", dessen Mitglieder Querverbindungen zu Rechtsparteien, Großgrundbesitz und Schwerindustrie hatten und einen autoritären, hierarchisch gegliederten nationalen Staat nach aristokratisch-elitären Ordnungsprinzipien anstrebten. Kennzeichnend für die Haltung dieser Kreise zur Weimarer Republik ist eine Ermahnung Gleichens an Studnitz, er möge doch bei der Abfassung seiner Artikel nicht vergessen, „daß wir es nicht mit einem nationalpolitisch geschlossenen Staat zu tun haben, sondern mit dem von Prof. Carl Schmitt gekennzeichneten Pluralismus der Interessen-Vorherrschaft, bei der im Grunde keinerlei Garantien mehr für Recht, Sicherheit, Eigentum und damit für Verantwortung gegeben sind"[11]. Studnitz war seit 1930 nebenher journalistisch tätig und schrieb unter anderem außenpolitische Kommentare für die „Neue Preußische Kreuzzeitung". Nach Kündigung durch die Hapag entschloß er sich 1931 für die journalistische Laufbahn: Durch Empfehlungen, bei denen auch die Bekanntschaft seines Großvaters mit Hugenberg eine Rolle spielte[12], erhielt er eine Stelle als Volontär bei der Scherl-Zeitung „Der Tag".

1932 schrieb Studnitz im „Tag" Lobeshymnen auf die Deutschnationalen und ihren „Führer" Hugenberg[13]. Eine briefliche Äußerung aus dieser Zeit zeugt von seiner Beschäftigung mit der konservativen Publizistik: Zwar bewertete er das Engagement des „Tat"-Kreises für die Zukunft Deutschlands positiv, warf ihm aber auch Dogmatismus, Romantik und intellektuelle Realitätsferne vor. Er wünschte sich die Weiterentwicklung der Gedanken Moeller van den Brucks in einer Weise, daß sie den praktischen Unterbau zu einem neuen Staat geben könnten[14]. Wenn Studnitz in seinen Erinnerungen schreibt, daß der 30. Januar 1933 für ihn einen Schrecken ohne Ende liquidierte und er sich als Konservativer von der nationalen Komponente Hitlers ange-

[10] Vgl. Studnitz, Seitensprünge, S. 11–62. Zu Schinckel siehe auch ders., Menschen aus meiner Welt, S. 9–23, und Elsabea Rohrmann, Max von Schinckel, Hanseatischer Bankmann im wilhelminischen Deutschland, Hamburg 1971.

[11] Brief von Gleichen vom 5.8. 1930 (im Original fälschlich Schmidt!). Studnitz zitiert diese Passage in seinen Erinnerungen mit der Bemerkung, sie träfe 1973 auch zu, in: ders., Seitensprünge, S. 74.

[12] Brief von Hugenberg an Studnitz vom 5.10. 1931.

[13] Der Tag, 24.7. 1932: Gläubigkeit und Vertrauen; ebenda, 4.9. 1932: Der Wille und die Tat.

[14] Brief an Hans-Albrecht Herzner, Chefredakteur der Zeitschrift „Der Nahe Osten", vom 5.3. 1932.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zogen fühlte, die sozialistische aber in Kauf nahm, so klingt das glaubhaft. Inwieweit sein NSDAP-Beitritt im März 1933 wirklich nur aus idealistischen Motiven erfolgte, muß dahingestellt bleiben[15]. In einem für sein lebenslanges politisches Denken charakteristischen Artikel betonte er besonders die Rolle des aristokratischen Prinzips in der nationalsozialistischen Revolution. Er beschrieb sie als eine Revolution gegen die Doktrin von der Gleichheit aller und das auf ihr beruhende System der Demokratie. Führergedanken und Ausleseprinzip begrüßte er als Grundlage eines neuen Systems der Aristokratie, das eine Synthese aus neuer Leistung und Tradition darstellen sollte[16].

Studnitz schrieb für die gesamte Spannbreite der Produkte des Scherl-Verlags, der noch bis 1944 im Besitz von Hugenberg blieb[17]: so für die illustrierten Zeitschriften „Die Woche" und „Silberspiegel", für die „Berliner Illustrierte Nachtausgabe" und vor allem für den „Berliner Lokal-Anzeiger". Dieses Massenblatt für ein überwiegend kleinbürgerliches Publikum hatte sich in der Weimarer Zeit zum Prototyp der demokratiefeindlichen, nationalistischen Hugenberg-Presse entwickelt – Ossietzky und Tucholsky nannten es in der „Weltbühne" nur das „Blatt für die Idioten der Reichshauptstadt". Die Zeitung war aber nicht nur durch ihren professionellen, massenwirksamen Großstadtjournalismus Vorbild einer neuen Zeitungsgeneration geworden, sondern verfügte auch über eine gutinformierte Auslandsberichterstattung[18]. Beim „Berliner Lokal-Anzeiger" hat Studnitz nach eigenem Bekenntnis das Handwerk des Schreibens gelernt, und zwar vorwiegend als Auslandskorrespondent, eine Karriere, die in diesem Aufsatz nur angedeutet werden kann[19]: Er berichtete aus Wien (1934/35 und wieder 1936), Rom (1935), dem spanischen Bürgerkrieg (1936/37), Indien (1937), London (1938) und von einer Reise durch Nordafrika, den Nahen Osten und den Balkan (1939).

Während seines sechsmonatigen Indienaufenthalts in der zweiten Jahreshälfte 1937 sprach er unter anderem mit Gandhi und Nehru[20]. Letzteren beurteilte er als eine aristokratische Persönlichkeit, die im Grund der nationalsozialistischen Staatsidee näher stünde als demokratischen oder kommunistischen Auffassungen. Als er 1938 in London noch einmal die Gelegenheit hatte, ihn zu sprechen, hoffte er ihn zu einem Deutschlandbesuch und dadurch politisch für Deutschland gewinnen zu können – ein Plan, der sowohl an der Ablehnung durch Nehru wie an der Reserviertheit offi-

[15] Vgl. Studnitz, Seitensprünge, S. 80f.

[16] Der Tag, 30.11. 1933: Revolutionäre Neuordnung und Auslese.

[17] Vgl. Frei/Schmitz, Journalisten im Dritten Reich, S. 54ff.

[18] Zur Geschichte der Zeitung von ihrer Gründung 1883 bis in die Weimarer Zeit siehe Rudolf Stöber, Der Prototyp der deutschen Massenpresse. Der „Berliner Lokal-Anzeiger" und sein Blattmacher Hugo von Kupffer, in: Publizistik, H. 3, 1994, S. 314–330.

[19] Berliner Lokal-Anzeiger (künftig: BLA), 16.9. 1941: Chancen, Pflichten und Husarenritte. Vom Volontär zum Auslandsberichterstatter. Dieser Abschnitt seines Lebens macht auch den Schwerpunkt seiner Erinnerungen aus; vgl. auch Seitensprünge, S. 83–261.

[20] Ein zusammenfassender Bericht im BLA, 25.–28.1. 1938: Menschen und Mächte in Indien I–IV, vgl. auch Seitensprünge, S. 148–206.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zieller deutscher Stellen scheiterte[21]. Auch als Studnitz während des Krieges dem Indienreferat des Auswärtigen Amtes angehörte, will er die Auffassung vertreten haben, daß eine deutsche Indienpolitik (die es seiner Ansicht nach kaum gab) sich um Kontakt zu Gandhi und Nehru hätte bemühen und nicht allein auf den nach Deutschland geflohenen Bengalenführer Subhas Chandra Bose hätte stützen sollen[22]. Während seines Englandaufenthalts im Oktober 1948 versuchte er noch einmal ohne Erfolg, den auf der Commonwealth-Konferenz in London anwesenden Nehru zu einem Gespräch und zur Abgabe einer Botschaft an das deutsche Volk zu bewegen[23]. Später kam er gelegentlich in Artikeln auf seine indischen Erfahrungen zurück, so noch 1988 in einer Rezension des Indien-Tagebuchs von Günter Grass[24].

Die antienglische Tendenz, die Studnitz' Interesse für die indische Unabhängigkeitsbewegung zugrunde lag, zeigte sich – ergänzt durch Antisemitismus – noch deutlicher in seiner Berichterstattung aus Palästina 1939. Britische und jüdische „Interessen" standen dort für ihn gegen arabisches „Recht". Er berichtete mit Verständnis über die arabischen Freischärler des Großmufti von Jerusalem und schilderte die jüdische Bevölkerung unter Benutzung zahlreicher antisemitischer Stereotypen als „Spekulanten, Wucherer und Entwurzelte" aus aller Welt[25].

II.

Nachdem Ribbentrop 1938 das Auswärtige Amt übernommen hatte, veranlaßte er einen intensiven Aus- bzw. Neuaufbau der dortigen Propagandaabteilungen (Presseabteilung, Kulturpolitische und Rundfunkpolitische Abteilung, Informationsabteilung)[26]. Wie eine Reihe anderer Journalisten wurde Studnitz im September 1939 für die neugegründete Informationsabteilung unter Leitung von Günther Altenburg dienstverpflichtet. Er war für die Abfassung von politischen Tagesberichten für die deutschen Missionen im Ausland und von propagandistisch wirksamen Presseartikeln zuständig. Bereits Ende Januar 1940 wurde er auf Wunsch des Scherl-Verlags wieder freigestellt und ging als Korrespondent nach Den Haag. Nach dem deutschen

[21] Memorandum über die Unterredung mit Nehru am 1.7. 1938, Korrespondenz mit von Leithe-Jaspar (Auswärtiges Amt), und andere Unterlagen von Juni–September 1938 im Nachlaß.

[22] Vgl. Korrespondenz von Studnitz mit Margret Boveri 1964/65 über die Indienpolitik des Dritten Reichs und die Rolle von Adam v. Trott, der auch zum Indienreferat und nach Studnitz zu den Befürwortern Boses gehörte. Siehe auch ders., Als Berlin brannte. Diarium der Jahre 1943–1945, Stuttgart 1963, S. 27f., 33, 215, und ders., Seitensprünge, S. 171.

[23] Brief an Nehru vom 17.10. 1948.

[24] Welt am Sonntag (künftig: WamS), 2.10. 1988: Höllenfahrt im Zeichen Kalis (Rezension zu Günter Grass: Zunge zeigen, Darmstadt 1988).

[25] BLA, 22.2. 1939: Die Verschworenen des Mufti; ebenda, März 1939: Spekulanten, Wucherer und Entwurzelte (Artikel o.D. im Nachlaß vorhanden).

[26] Vgl. Peter Longerich, Propagandisten im Krieg. Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop, München 1987, S. 46–68 und 149–164. Longerichs Aufzeichnung eines Gesprächs, das er am 10.2. 1982 mit Studnitz führte, findet sich im Nachlaß.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einmarsch im Mai wurde er mit der Aufsicht über zwei holländische Tageszeitungen beauftragt, im Juni kehrte er nach Berlin in die Informationsabteilung zurück[27]. Im Zuge einer „Flurbereinigung" zwischen beiden Abteilungen übernahm ihn der Leiter der Presseabteilung, Paul Karl Schmidt, im Herbst 1940 als Referenten. Hier war er bis Kriegsende tätig[28].

Die Presseabteilung hatte lange Zeit ein Schattendasein geführt – verstärkt durch die Bedeutung, die ab 1933 das Propagandaministerium auch auf dem Gebiet der Auslandspropaganda erlangt hatte. Erst unter Ribbentrop wurde sie seit 1939 gezielt ausgebaut, wobei Kompetenzstreitigkeiten mit Goebbels bis Kriegsende bestehen blieben. Ihre Hauptaufgaben waren die Information des Ministeriums über die Berichterstattung in der in- und ausländischen Presse, die Beeinflussung der Auslandspresse und die Lenkung der deutschen Presse in außenpolitischen Fragen. Die Zahl der Mitarbeiter konnte von etwa zwei Dutzend 1939 auf bis zu zeitweise über dreihundert während des Krieges gesteigert werden. Für den Ausbau war wesentlich ihr neuer Leiter Paul Karl Schmidt verantwortlich. Der 1911 geborene Schmidt war 1931 der NSDAP beigetreten, hatte Volkswirtschaft, Germanistik und Psychologie studiert und 1936 über ein Thema zur Bedeutungsbildung in den indogermanischen Sprachen promoviert. Als Assistent am Psychologischen Institut der Universität Kiel beteiligte er sich am Aufbau einer Abteilung für Publizistik und Kommunikation. Über Beziehungen gelangte er in Ribbentrops Berliner Dienststelle und stieg schließlich – nachdem dieser Außenminister geworden war – 1939/40 zum Leiter der Pressestelle auf. Longerich charakterisiert ihn als „den Typ des geistig beweglichen, akademisch vorgebildeten NS-Funktionärs, der einerseits der nationalsozialistischen Ideologie verhaftet war, andererseits einen machtbewußten Pragmatismus entwickelte"[29]. Studnitz gehörte trotz seiner Zugehörigkeit zu einem adlig-großbürgerlichen Milieu, von der auch seine Tagebuchaufzeichnungen aus der Kriegszeit zeugen[30], nicht zum traditionellen, sich aus dieser Schicht rekrutierenden Beamtentyp im Auswärtigen Amt, sondern fühlte sich von Generation und Lebenslauf her einem nationalsozialistischen Aufsteiger wie Schmidt verbunden. Er erinnerte sich später bewundernd, wie dieser sich trotz „der Schwerfälligkeit der Geheimräte im Auswärtigen Amt und der Elastizität der Gehilfen des Propagandaministers" gegen Goebbels durchsetzte und „auf die Pressekonferenzen des Auswärtigen Amtes alle namhaften Journalisten zog, die sich zuvor beim Promi bedient hatten". Er bezeichnete Schmidt als einen der ersten, der erkannt hatte, „daß der Außenpolitik mit der

[27] Vgl. Studnitz, Seitensprünge, S. 253–261. Bescheinigungen des Scherl-Verlags vom 30.1. 1940 und des Auswärtigen Amtes vom 1.2. 1940; Vertrag mit dem Auswärtigen Amt vom 1.6. 1940, im Nachlaß.

[28] Vgl. Studnitz, Seitensprünge, S. 262–273; Longerich, Propagandisten, S. 158. Nach dem Krieg ließ Studnitz sich seine Tätigkeit durch Altenburg und Schmidt bestätigen: Bescheinigungen vom 28.3. bzw. 31.3. 1961.

[29] Longerich, Propagandisten, S. 155.

[30] Studnitz, Als Berlin brannte. Die Authentizität dieser Aufzeichnungen ist aufgrund fehlender Originalmanuskripte nicht nachprüfbar.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch Presse und elektronische Medien eine neue Dimension zuwuchs"[31].

Studnitz war in der Presseabteilung zuständig für die Abfassung des täglich herausgegebenen „Politischen Berichts", einer Sprachregelung für die deutschen Missionen. Außerdem betreute er den Artikeldienst „Europäische Korrespondenz", der die Presse im befreundeten Ausland mit Aufsätzen in mehreren Sprachen belieferte, und seit April 1943 auch die „Deutsche Diplomatische Korrespondenz", einen Informationsdienst für die in Berlin akkreditierten ausländischen Journalisten. Daneben unterstand ihm die Zeitschrift der Presseabteilung „Berlin-Rom-Tokio"; die „Monatsschrift für die Vertiefung der kulturellen Beziehungen der Völker des weltpolitischen Dreiecks" erschien in zwei Sprachen (deutsch und italienisch) und mit aufwendiger Technik, etwa mit großformatigen Photos[32]. Hier veröffentlichte Studnitz zahlreiche politische Leitartikel. Daneben schrieb er während des Krieges auch weiter für die Presse des Scherl-Verlags, in dem er auch Propagandabroschüren veröffentlichte[33]. Er unternahm für die Presseabteilung eine Reihe von Reisen ins neutrale Ausland[34].

Bereits in seiner Berichterstattung aus dem besetzten Holland finden sich einige wesentliche Eckpunkte nationalsozialistischer Propaganda[35]: die bis zum Angriff auf die Sowjetunion bedeutsame Herausstellung von Großbritannien als Hauptgegner, die Rechtfertigung des deutschen Einmarsches als Präventivmaßnahme gegen eine drohende britische Intervention und ein Europabegriff, der mit Nuancen während des ganzen Krieges in der Propaganda des Auswärtigen Amtes Verwendung

[31] Unveröffentlichtes biographisches Manuskript zu Paul Schmidt (12 S.), das Studnitz ursprünglich für sein Buch: Menschen aus meiner Welt, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1985, vorgesehen hatte. Nach 1945 waren sowohl Studnitz wie Schmidt für den Springer-Verlag tätig. Schmidt veröffentlichte seine unter dem Pseudonym Paul Carell für ein Massenpublikum geschriebenen Kriegsbücher auch als Serien in der Springer-Illustrierten Kristall und war Redenschreiber und Sicherheitsberater Axel Springers. Vergleiche dazu Michael Jürgs, Der Fall Axel Springer, München/Leipzig 1995, bes. S. 313–331.

[32] Vgl. Longerich, Propagandisten, S. 158, 252, 260; Studnitz, Seitensprünge, S. 262; ders., Als Berlin brannte, S. 65 f.

[33] Nach seiner Nahostreise 1939 erschien unter dem Pseudonym Georg Buderose, England so – und so! (166 Abb. in Kupfertiefdruck), Berlin 1939. Nach einem Brief von Giselher Wirsing vom 27.10. 1939 (Briefkopf der Münchener Neuesten Nachrichten) war diese Bildbroschüre zur Verbreitung im Ausland bestimmt. Wirsing fand sie bis auf das etwas zu gewagte Titelbild hervorragend dafür geeignet. Unter dem gleichen Pseudonym: Roosevelt & Co. Kriege, Lügen, Verbrechen, (212 Abb.), Berlin 1942. Zur Verifizierung des Pseudonyms vergleiche ein Schreiben der britischen Besatzungsbehörden vom 11.12. 1948 (siehe Anmerkung 76).

[34] Berlin-Rom-Tokio, April 1941: Über dem neuen Europa. Skizzen von einer Luftreise Berlin-Rom-Madrid-Paris von H. G. von Studnitz, S. 15 ff. Hier berichtet er von einer gemeinsamen Reise mit Schmidt zu einer deutschen Presseausstellung in Madrid, wo die „deutsche Presse als Instrument der geistigen Kriegsführung" gezeigt wurde. Auch im Oktober 1943 war er in Spanien und Portugal, August 1944 in der Schweiz und im November in Schweden. Vgl. auch Studnitz, Als Berlin brannte, S. 126 ff., 192 ff., 220 ff.

[35] Zur Einordnung vergleiche den Überblick über Schwerpunkte und Hauptthemen der Auslandspropaganda bei Longerich, Propagandisten, S. 69–108.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fand. Studnitz verwies auf die Verwandtschaft der Holländer mit den Deutschen. Die englandfreundliche Politik der holländischen Regierung sei „eine durchaus volksfremde Haltung" im Interesse jener Kräfte gewesen, „die Holland aus der mitteleuropäischen Sphäre heraus und in jene wesenlose Welt der von überseeischen Quellen sich am Leben haltenden Mächte des kolonialen Handels und des internationalen Kapitalismus zogen"[36]. Und auf die Frage „Sind Engländer Europäer?" antwortete er: „Der einzige Beitrag, den Großbritannien jemals zur europäischen Ordnung geleistet hat, ist der des europäischen Gleichgewichts, der nichts anderes bedeutet als die Verewigung der europäischen Unordnung und Schwäche. Niemals durfte ein europäischer Staat so stark werden, daß ihm die Vereinheitlichung Europas gelang."[37] Studnitz ließ keinen Zweifel daran, daß er eben darin die Aufgabe Deutschlands sah. In dieser ersten, von deutschen Siegen geprägten Phase des Krieges plädierte er in offener, oft aggressiver Weise für eine Hegemonie in Europa als Voraussetzung für den durch das Ergebnis des Ersten Weltkriegs unterbrochenen Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht, den er als Mission für eine weitgehend mit den Errungenschaften des Nationalsozialismus gleichgesetzte europäische Kultur beschrieb[38]. Als Hauptgegner machte er dabei den „englisch-amerikanischen Materialismus" aus. Diesen ordnete er auch in seiner Bedeutung für die Ursachen des Ersten Weltkriegs ausdrücklich dem Revanchegedanken Frankreichs und dem Panslawismus über[39].

Einen Wandel erfuhr die deutsche Propaganda mit dem Angriff auf die Sowjetunion. Studnitz betonte nun stärker als in seiner antiwestlichen Propaganda die christlich-abendländische Komponente Europas: „Alle Staaten und Völker, die sich als Repräsentanten der christlich-abendländischen Kultur ... betrachten, haben sich an die Seite Deutschlands gestellt. ... Das ganze Abendland ist angetreten. Adolf Hitler ist zum Heerführer Europas geworden."[40] „Wie kein anderes Ereignis hat der unter deutscher Führung eingeleitete Feldzug gegen den gottlosen Bolschewismus die gesittete Welt geeint." Nur die angelsächsischen Länder, „wo man die christliche Moral in Erbpacht hat und unter dem Mantel der Nächstenliebe jede Gemeinheit zu verüben bereit ist"[41], stünden abseits. Das entsprach der offiziellen Propagandalinie, die sich um eine „Solidarität der europäischen Völker" im „Kreuzzug gegen den Bolschewismus" bemühte. Diese auch in den folgenden Jahren fortgesetzte Europapropaganda litt jedoch darunter, daß sie nie zu weitgehenden Versprechungen über die Rolle der anderen Völker in der Nachkriegswelt bereit war. Das Angebot an die anderen Staaten reduzierte sich für diese letztlich auf die Alternative Anpassung an Deutschland oder Vernichtung durch den Bolschewismus. Studnitz idealisierte in seinem außenpolitischen Jahresrückblick 1941 die Lage der von Deutschland abhän-

[36] BLA, 30.5. 1940: Holland in deutschem Schutz.
[37] BLA, 14.7. 1940: Sind Engländer Europäer?
[38] Die Woche, 28.8. und 4.9. 1940: Wir Deutschen von morgen; BLA, 5.1. 1941: Der Schritt in die Welt.
[39] BLA, 1.6. 1941: Die Auflehnung des Geistes.
[40] BLA, 28.6. 1941: Heerführer Europas. Das ganze Abendland ist angetreten.
[41] BLA, 9.7. 1941: Roosevelt bekehrt Stalin.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gigen Staaten: „Der Beitritt der Slowakei, Rumäniens und Bulgariens zum Dreierpakt machte aus Staaten, die der deutschen Politik zurückhaltend gegenüberstanden, gleichberechtigte Partner, die die Neuordnung Europas als ihr eigenes vitales Interesse bejahten. ... Daß die deutsche Politik nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens sich ... sofort bereit erklärte, den gesunden Teil dieses Gebildes als vollwertiges Mitglied der neuen europäischen Völkergemeinschaft aufzunehmen, trat in der Anerkennung eines unabhängigen Kroatien zutage."[42] Ein Jahr später lobte er die deutsche Außenpolitik dafür, „die Kriegsführung mit Argumenten unterstützt zu haben, die für das deutsche Volk ebenso einleuchtend waren wie für seine Bundesgenossen und Freunde". Er pries diese Erfolge auf dem Gebiet einer europäischen Zusammenarbeit (und nannte dabei vor allem verbündete und besetzte Länder), doch seine Aussagen über deren Inhalt blieben vage. Er verwies besonders auf das angeblich nahezu erreichte Ziel, die europäische Ernährungswirtschaft gegen die Blockade zu sichern und „das Fenster Europas in die unendlichen Räume des Ostens aufzustoßen"[43].

Mit dem Angriff auf die Sowjetunion und dem drohenden Konflikt mit den USA 1941 entwickelte die deutsche Propaganda eine Grundfigur von Feindbildern, die zwar variierte, im Prinzip aber bis Kriegsende durchgehalten wurde, und nach der Deutschland durch eine widernatürliche, vom Judentum zusammengehaltene Koalition von Bolschewisten und westlichen Plutokraten bedroht erschien[44]. Studnitz bemerkte in seinem Kriegstagebuch, daß sich die unteren Schichten eher gegen die Plutokraten einnehmen ließen als gegen die Russen, während es bei den materiell besser Gestellten umgekehrt sei[45]. In dem für ein großstädtisches Massenpublikum bestimmten „Berliner Lokal-Anzeiger" stellte er „das plutokratische, kapitalistische England und Amerika gegen das sozialistische Deutschland ... das Deutschland des Volkswagens, des Volksempfängers, der Kraft-durch-Freude-Fahrten, der Altersversorgung, des bezahlten Urlaubs für Arbeiter" usw.[46]. Sein Amerikabild in der eher elitären Zeitschrift der Presseabteilung – die sich zudem auch an das befreundete Ausland wandte – setzte dagegen andere Akzente: Während die Kapitalismuskritik fehlte, stand der Vergleich zwischen europäischer „Kultur" und amerikanischer „Zivilisation" im Mittelpunkt, den er etwa durch das Gegensatzpaar „Kunst des Handwerks" und „Technik der Maschine" ausdrückte. Den angeblichen Anspruch Amerikas auf Beherrschung der Welt verglich er ausdrücklich mit der Parole der bolschewistischen Weltrevolution, beide richteten sich gegen die europäische Kultur. Die bedenkliche Amerikanisierung Europas nach dem Krieg (Einfluß des amerikanischen Geldes, Vergötterung amerikanischer Technik, Industriemethoden, Filme, „Neger-

[42] BLA, 28.12. 1941: Die Diplomatie als Waffe. Deutsche Außenpolitik 1941. Vergleiche zur Europapropaganda auch Longerich, Propagandisten, S. 80f., 88ff., 105.

[43] BLA, 1.1. 1943: Reiche politische Ernte. Die Erfolge der deutschen Außenpolitik im vergangenen Jahr.

[44] Vgl. Longerich, Propagandisten, S. 82ff.

[45] Vgl. Studnitz, Als Berlin brannte, S. 26.

[46] BLA, 1.6. 1941: Die Auflehnung des Geistes.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

musik" usw.) sei erst durch den Nationalsozialismus aufgehalten worden. Die durch diesen bewirkte Selbstbesinnung und innere Abkehr vom Götzen Amerika beschrieb Studnitz als Voraussetzung für die Entwicklung einer den europäischen Bedürfnissen angepaßten und zugleich überlegenen deutschen Technik, besserer Automobile, einer besseren Straßentechnik durch den Autobahnbau, ja selbst einer besseren Massenunterhaltung (wobei er Max Schmeling gegen den „Filmjuden" Charlie Chaplin stellte). Deutlich wird in diesem Artikel der Versuch, trotz ideologischer Ablehnung zur amerikanischen Technisierung der Welt in Konkurrenz zu treten. Dagegen fehlen hier die Hinweise auf angebliche soziale Errungenschaften des Nationalsozialismus[47].

Antisemitismus findet sich bei Studnitz ebenfalls vornehmlich in seinem Amerikabild. So schilderte er die Berater Roosevelts als jüdische Kapitalisten und ihre antideutsche Haltung als Verfolgungswahn: „Sie kennen die Preise in aller Welt und außer diesen nur ein Gefühl: die jüdische Angst ... Sie bildet einen Teil ihres physischen Wesens als das Erbe des göttlichen Fluches, der auf ihnen lastet."[48]

Die Bedeutung Englands als Kriegsgegner wurde im Verlauf des Krieges in der deutschen Propaganda deutlich zurückgenommen. Studnitz schilderte es 1944 als krisenhaftes Land, das nach dem Krieg seine Weltstellung entweder an seine Verbündeten USA und UdSSR oder an Deutschland verlieren würde[49]. In diesen Zusammenhang gehört auch ein Szenario der Nachkriegszeit, das er im Juli 1944 in „Berlin-Rom-Tokio" veröffentlichte. Er beschrieb eine dauerhaft friedliche Nachkriegsordnung im Falle eines alliierten Sieges nur dann als möglich, wenn es Deutschland auf der Grundlage annähernder Gleichberechtigung mit den Siegern zu leben gestattet sein würde. Die derzeitige Politik der Alliierten lief für ihn dagegen letztlich auf eine Aufteilung der Welt zwischen USA und UdSSR hinaus. Großbritannien würde nur als zweitklassige Macht in Anlehnung an Amerika existieren und außerdem – ohne ein starkes Deutschland dazwischen – unweigerlich in Konflikt zu Rußland geraten. Auch ein niedergehaltenes Deutschland würde hingegen schon bald zum Zentrum eines europäischen Widerstands gegen die russische Herrschaft werden[50]. Der Artikel wurde in Auszügen über den Auslandsdienst des Deutschen Nachrichtenbüros verbreitet und im britischen Rundfunk als Eingeständnis einer deutschen Niederlage und Appell für günstige Friedensbedingungen gewertet[51]. Studnitz versuchte ihn in seinen Erinnerungen als eigenmächtige, der offiziellen Sprachregelung vom totalen Sieg widersprechende Aktion darzu-

[47] Berlin-Rom-Tokio, Oktober 1941: Europa und die amerikanische Zivilisation, S. 11 f.

[48] BLA, 14. 11. 1941: Jude Roosevelt als Stratege.

[49] Die Woche, 17. 5. 1944: Englische Krise. Siehe auch Longerich, Propagandisten, S. 101 ff.

[50] Berlin-Rom-Tokio, Juli 1944: Der dritte Weltkrieg, S. 2 f., Nachdruck in der Deutschen Zeitung in den Niederlanden, 1. 9. 1944. Vgl. auch Studnitz, Als Berlin brannte, S. 197 ff. (Auszüge); ders., Seitensprünge, S. 356 ff.

[51] Im Nachlaß finden sich zwei Aufzeichnungen deutscher Abhördienste: Interradio-Sonderdienst Seehaus über BBC-Sendung vom 15. 8. 1944. P XIIb Sonderdienst Politischer Nachrichten über British Official Morse an Schweizerische Depeschenagentur Bern vom 18. 8. 1944.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stellen[52]. Angesichts der im Grunde unannehmbaren Forderungen für einen Frieden – darunter eine „Weltbodenreform" und eine „Sozialisierung der Weltbodenschätze" zugunsten des land- und rohstoffarmen Deutschlands – ist der Aufsatz aber wohl eher in eine offizielle Strategie der propagandistischen Verunsicherung des Gegners einzuordnen. Man kann ihn – wie es eine deutschsprachige Londoner Zeitung tat[53] – als Teil des Versuchs sehen, die englische Kriegsbereitschaft durch eine Mischung der Andeutung von Verständigungsmöglichkeiten und der Drohung sowohl mit der bolschewistischen Gefahr wie mit deutschen Vergeltungswaffen zu schwächen.

Im folgenden, letzten Heft der dann aus kriegswirtschaftlichen Gründen eingestellten Zeitschrift beschwor Studnitz noch einmal den Europagedanken im Kampf gegen einen russischen Herrschaftsanspruch, demgegenüber er die Vorstellungen der Westmächte vom Nachkriegseuropa als naiv darstellte. Ohne Deutschland als politische, militärische und wirtschaftliche Einheit sei Europa nicht lebensfähig. „Solange Deutschland unbesiegt bleibt, ist jeder politische Irrtum in Osteuropa zu reparieren. Wird Deutschland geschlagen, muß er sich verewigen." Für die deutsche Politik gebe es keine reine West- oder Ostlösung, denn jede würde die Opferung von Teilen Europas voraussetzen, was dem Gefühl einer Gesamtverantwortung für den Kontinent zuwiderliefe. Geradezu zynisch erscheint jedoch sein Rückblick auf die letzten fünf Jahre deutscher Herrschaft in Europa: „Zwang herrschte, wo Zwang notwendig war. . . . Es gab keinen Luxus, aber ausreichend zu essen für alle. Es gab Arbeit für jeden. Das war die deutsche Ordnung, das ist sie noch. Sie mag manchem unsympathisch sein, aber eine nicht populäre Ordnung ist immer noch besser als eine populäre Anarchie, wie sie sich heute in Italien bietet."[54] Auch in seinem letzten außenpolitischen Jahresrückblick im Januar 1945 bekannte er sich zu dieser Ordnung und bekundete die „Überzeugung, daß sich das neue Europa unter der politischen Führung Deutschlands allen Rückschlägen zum Trotz durchsetzen wird"[55].

Das Gesellschaftsbild von Studnitz läßt sich anhand der Überlegungen verdeutlichen, die er 1944 in zwei Artikelreihen zum Wiederaufbau der zerstörten deutschen Städte anstellte[56]. Er ging von einer Bemerkung Goebbels' aus, daß die Zerstörung der deutschen Städte im Luftkrieg die Chance böte, durch einen Neuaufbau nach den letzten Erfahrungen der Technik dem Bauwesen in Deutschland einen gewaltigen Vorsprung vor allen anderen Ländern zu sichern. Zum ersten Mal seit den fürst-

---

[52] Vgl. Studnitz, Seitensprünge, S. 270f. Der Artikel sei von Schmidt gebilligt worden und habe Ribbentrop nicht vorgelegen; Studnitz, Als Berlin brannte, S. 206, er habe auch Schmidt nicht vorgelegen. Nach ebenda, S. 190 und 217 hielt Studnitz dagegen eine Verständigung mit den Westmächten zumindest seit Juli 1944 nicht mehr für möglich.

[53] Die Zeitung (London), 25. 8. 1944: Die notwendige Krise.

[54] Rom-Berlin-Tokio, August 1944: Das Ende Europas? Ein Auszug aus dem Artikel erschien durch Vermittlung des Deutschen Pressedienstes in der schwedischen Zeitschrift „Världspressen", Nr. 11, November 1944, S. 35f. Vgl. auch Seitensprünge, S. 362ff.

[55] Deutsche Zeitung in den Niederlanden, 4. 1. 1945: Das außenpolitische Jahr.

[56] Potsdamer Tageszeitung, 20./21. 5. 1944: Die Stadt der Zukunft (auch als Serie in der Deutschen Zeitung in der Niederlanden, 27./28./29. 4. 1944); BLA, 18. 6. und 9. 7. 1944: Städte von morgen.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichen Planungen des 17. und 18. Jahrhunderts sah Studnitz die Gelegenheit zu umfassenden, künstlerisch einheitlichen staatlichen Planungen. Deutschland hatte für ihn „seit Friedrich Schinkel keinen Baumeister von Format hervorgebracht. Erst mit dem Durchbruch des Nationalsozialismus, mit Männern wie Troost, Sagebiel, March und Speer setzte jene bauliche Renaissance ein, deren Entfaltung durch den Krieg so jäh unterbrochen wurde."[57] Nun solle man den Wiederaufbau der zerstörten Städte erst recht für eine repräsentative Neugestaltung nutzen: „So wie wir noch heute die Leistungen des Barock bewundern, so sollen unsere Nachkommen dereinst die Baugesinnung dieser Zeit rühmen können."

Dagegen beurteilte Studnitz die Baukultur der letzten hundert Jahre äußerst kritisch. Im Unterschied zum „nationalsozialistischen Volksstaat" habe sich Deutschland in einer von Klassengegensätzen bestimmten Epoche „im Zustande einer vollkommenen baulichen Anarchie" befunden. In sozialer Hinsicht sei die „Gruppierung der Wohngegenden in Luxus- und Proletarierviertel ... ein typisches Produkt des Bauliberalismus und wurde zum Keimboden klassenkämpferischer Ideen"[58]. Durch den Einbruch moderner Wirtschaftsformen wurde auch baulich eine vorindustrielle Idylle zerstört. Gerade beim Bau von Ladengeschäften habe „der bauliche Liberalismus der wilhelminischen Epoche furchtbar gesündigt", es seien „durch das Anbringen von Firmen- und Reklameschildern Verschandelungen entstanden, die das Stadt- und Straßenbild so beherrschen, daß die erhaltenen Schönheiten guter architektonischer Epochen dahinter zurücktreten". Nach dem Krieg seien die vom Bombenterror verschont gebliebenen Stadtkerne von solchen Verunzierungen zu reinigen.

Diese Gedanken stehen in den Traditionen einer konservativen Kulturkritik, die unter Hinweis auf die enge Verbindung von Industrialisierung, Verstädterung und „Verproletarisierung" der Massen gerade in kleinbürgerlichen und bürgerlichen Schichten Existenzängste mobilisierte und auf die Städte projizierte. Antikapitalistische Phrasen wurden dabei mit biologischen Begriffen und teilweise mit antisemitischen Vorstellungen vermischt, soziale „Geschwüre im Volkskörper" entdeckt und die „Gesundung" von Stadt und Gesellschaft gefordert. Kritiker der „Asphaltkultur" der Weimarer Republik propagierten eine weitgehende Dezentralisation, Auflockerung und Durchgrünung der Großstädte[59].

Studnitz empfahl „die Auflockerung des Stadtkerns ... durch weitläufige Bebauung, durch Verbreiterung von Straßen und Plätzen, durch die Einfügung von Grünflächen. Parkanlagen werden mit Recht die Lungen der Großstädte genannt. Je mehr solche Lungen eine Stadt hat, desto besser für ihre Gesundheit." Für die Städteplaner im Zweiten Weltkrieg gewann die Auflockerung eine zusätzliche Bedeutung

[57] Potsdamer Tageszeitung, 20./21.5. 1944: Die Stadt der Zukunft; daraus – wenn nicht anders vermerkt – auch die folgenden Zitate.

[58] BLA, 9.7. 1944: Städte von morgen.

[59] Vgl. Werner Durth, Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970, München 1992, S.132.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im Zusammenhang mit dem Luftschutz[60], den auch Studnitz in seine Überlegungen einbezog: „Auf keinen Fall dürfen die neuen Städte in der Voraussetzung gebaut werden, daß der Luftterror sich niemals wiederholen wird. Deutschland ist ein Land der Mitte und wird als solches immer mit Überfällen seiner Nachbarn zu rechnen haben." Gerade Städte, deren Bevölkerung weitgehend von der Benutzung moderner Schnellverkehrsmittel abhängig sind, seien im Krieg besonders verwundbar. Der zunehmende innerstädtische Verkehrsstrom habe außerdem einen Zeitverlust zur Folge, der „die Arbeitsleistung einschränkt, die Erholung abkürzt und damit die Lebenskraft des Städters vermindert". Daher solle die Einteilung der Stadt in Wohn-, Arbeits- und Vergnügungsviertel aufgegeben und eine dezentrale „gesunde Mischung" angestrebt werden.

Diesen Begriff verwandte Studnitz auch für seine Vorstellungen von der sozialen Gliederung der Stadt: „Das reine Proletarierviertel muß der Vergangenheit ebenso angehören wie das reine Geschäftsviertel. Das eine ist soziologisch so ungesund, wie das andere verkehrspolitisch unzweckmäßig. Proletarierviertel nehmen allzubald die Gestalt von Elendsquartieren an und werden zu Brutstätten der Klassengegensätze, die der Staat der Volksgemeinschaft für immer beseitigt sehen möchte." Die Stadt der Zukunft solle „eine gesunde Mischung von Wohnungen aufweisen, die anspruchsvollen, mittleren und einfachen Bedürfnissen entsprechen" – ein bevölkerungspolitisches Durchmischungskonzept, das durch soziale Kontrolle die Gegensätze vielleicht auffangen sollte, sie aber keinesfalls beseitigte. Die „Wurzellosigkeit" der Masse der heimatlosen Großstädter, die ihre „Wohnwabe" bisher nur als Durchgangsstation benutzten, wollte er z. B. durch die Möglichkeit zum käuflichen Erwerb von Etagenwohnungen bekämpfen. Daneben solle „der Städteneubau nach dem Krieg ... dem Bürgerhaus wieder dem ihm gebührenden Platz zuweisen" – aristokratisch-elitäre Träume von geräumigen Stadtpalais, in dem „Familientradition und Familienkultur seine Pflegestätte haben soll" mit Rückgriff auf einen „Begriff des Bürgers, der die Städtepracht des deutschen Mittelalters erst möglich gemacht hat" und den die Industrialisierung ausgelöscht habe.

III.

Studnitz wurde 1945 jenem Teil des Auswärtigen Amtes zugeordnet, der nicht aus Berlin ausgelagert wurde, sondern bis zuletzt in der Wilhelmstraße auszuharren hatte. Im März 1945 nutzte er einen Familienurlaub, sich zu Verwandten ins Lippische abzusetzen[61]. In seinen Tagebuchaufzeichnungen der folgenden Monate[62] distanzier-

[60] Der Architekt Rudolf Hillebrecht 1944: „Auflockerung macht Stadt luftunempfindlicher, zumindest gegen ausgedehnte Sachschäden" – zit. nach ebenda, S. 254.

[61] Vgl. Studnitz, Seitensprünge, S. 271 ff.

[62] Maschinenschriftliches Manuskript (April–Dez.) 1945. Die Aufzeichnungen schließen chronologisch an die in „Als Berlin brannte" abgedruckten an und wirken wesentlich authentischer.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

te er sich zwar von der deutschen Durchhaltepropaganda und begrüßte den Tod Hitlers und die Verhaftung führender Nationalsozialisten. Gleichzeitig vermengte er aber auch seine Kritik an Maßnahmen der Besatzer mit Mißachtung der Opfer des Dritten Reiches und antisemitischen Äußerungen[63]. Er verfaßte in dieser Zeit ein Buchmanuskript zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs, das er vergeblich einer Reihe von Verlagen anbot. Deren Kritik ging zumeist dahin, daß er sich zu sehr mit Fehlern und Dummheiten Hitlers beschäftige, eine tiefere Einsicht in deutsche Schuld aber vermissen lasse[64]. Vom 23.12. 1945 bis zum 23.7. 1946 war er in britischer Gefangenschaft.

In einem Brief an die BBC vom 18.12. 1945, in dem er zu einer Sendung vom Vortag Stellung nahm, hatte er die Besatzungspolitik heftig angegriffen: Er bemerkte „keinen Unterschied zwischen dem System, das durch den Sieg der Alliierten in Deutschland beseitigt wurde, und dem, das dieser Sieg jetzt aufrichtet". Das Unrecht sei sogar noch größer als das der letzten zwölf Jahre, so seien „durch die unterschiedslose Ächtung aller ehemaligen Nationalsozialisten bis zur Entziehung selbst des Gemeindewahlrechts noch mehr Millionen Deutsche politisch rechtlos geworden ... als unter Hitler". Presse und Rundfunk würden noch mehr bevormundet als unter Goebbels. Die Alliierten hätten schon einmal mit dem Versailler Vertrag und seinen Folgen eine demokratische Entwicklung in Deutschland verhindert und dem Aufkommen der Hitlerbewegung Vorschub geleistet[65]. Nach seiner Gefangenschaft setzte Studnitz diese Art von Stellungnahmen zu politischen Tagesfragen fort: in Schreiben an britische Politiker und Publizisten wie Victor Gollancz, in Leserbriefen z.B. an die „Times"[66] und in Memoranden an die Militärregierung zur Lage der politisch Internierten (wo er eine Bilanz seiner eigenen Lagererfahrungen zog und eine stärkere geistige und kulturelle Betreuung forderte) und zur Lage der Presse, über die er sich auch in einem Leserbrief an die „Welt" äußerte[67]. Er kritisierte vor allem die zumeist parteigebundene Lizenzpresse, sprach aber auch der „Welt", auf die er zunächst Hoffnungen gesetzt hatte, als Organ der Besatzungsmacht die Überparteilichkeit ab. Manche seiner Verbesserungsvorschläge mögen diskutabel gewesen sein – aufgrund von Papierknappheit und begrenztem Platz forderte er mehr reine Nach-

[63] „Die Stadtverwaltungen werden Juden und KZ-Insassen anvertraut, also ein Regiment mit umgekehrten Vorzeichen, aber den gleichen Mißgriffen" (28.4. 1945). „Daß KZ-Häftlinge geistigen Schaden nehmen mußten, scheint mir sicher. Es könnte daher nichts Schlimmeres passieren, als wenn sie nunmehr politischen Einfluß erhalten würden" (10.5. 1945). „Amerikaner und Engländer sind mit einem Ring von Juden umgeben. Diese haben die Aufgabe, ihnen einerseits die Deutschen vom Leib zu halten, zweitens sie zu beschnüffeln" (31.5. 1945).

[64] Der Weg zur Katastrophe (maschinenschriftliches Manuskript). Korrespondenz mit Hanseatischer Verlagsanstalt, Suhrkamp, Stalling (Hans Zehrer!), Rowohlt, Hoffmann und Campe, Desch, Rainer Wunderlich/Hermann Leins (1945–47).

[65] Brief vom 18.12. 1945 an BBC, London über den Bürgermeister Bad Oeynhausen.

[66] The Times, 18.4. 1947: The outcome of Moscow. A german argument. Abdruck und Übersetzung in: Studnitz, Seitensprünge, S.366ff.; Korrespondenz dazu im Nachlaß.

[67] Zur Lage der politisch Internierten (28.10. 1946); Zur Lage der neuen deutschen Presse (28.10. 1946); Brief an „Die Welt" vom 3.4. 1947.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

richten auf Kosten von Kommentaren sowie den Verzicht auf Photos, Karikaturen, Unterhaltungsteil, Roman usw. –, auffällig ist ihr oft überheblicher Tonfall in Verbindung mit dem Hinweis, daß das Niveau womöglich noch niedriger sei als zwischen 1933 und 1945. Mit der Attitüde eines Journalismus ohne weltanschauliche Ausrichtung – die antifaschistische der Gegenwart bezeichnete er als genauso dumm wie zuvor die faschistische – versuchte Studnitz seiner konservativen Haltung immer wieder den Anschein von Objektivität zu geben. In einem der Briefe dieser Zeit bezeichnete er seine Grundeinstellung als „konservativ-liberal im eigentlichen und nicht im parteipolitischen Sinne des Wortes". Er würde sich weder als Demokrat noch als Sozialist oder Nationalist bezeichnen. Er könne politische Probleme nicht aus der Gefühlswelt betrachten und sei als Journalist bestrebt, nicht Urteile zu fällen, sondern Diagnosen zu stellen. Über seine NSDAP-Mitgliedschaft bemerkte er: „Ich habe keinen Anlaß, mich der Motive zu schämen, die mich dazu bewegten ... Für mich steht fest, daß ich keine Analysen über den politischen Zustand meines Volkes anstellen könnte, wenn ich nicht in den letzten 14 Jahren an den Hoffnungen und Irrungen meiner Landsleute teilgenommen hätte."[68]

Seit 1947 war Studnitz wieder als freier Mitarbeiter für verschiedene Zeitungen tätig. Für „Die Zeit" und eine Reihe anderer Blätter hielt er sich von Januar bis September 1948 in Nürnberg als ständiger Berichterstatter von den Nachfolgeprozessen des Hauptkriegsverbrecherprozesses auf. In seinen Erinnerungen charakterisierte er später seine Motive dafür so: „Zur Verhandlung standen Verfahren gegen die Wehrmacht und das Auswärtige Amt, gegen Reichsbehörden und gegen die Industrie, kurzum gegen alles, was in Deutschland unabhängig vom Nationalsozialismus Rang und Einfluß gehabt hatte." Die Siegermächte wollten seiner Meinung nach „die Elite des deutschen Volkes treffen und die Deutschen zu einer führungslosen Herde machen ... Gegen dieses Unterfangen publizistischen Widerstand zu leisten erschien mir eine lohnende Aufgabe und Pflicht."[69] Ähnlich hatte sich Studnitz schon im Dezember 1947 nach einem ersten Informationsbesuch in Nürnberg gegenüber dem für Pressefragen zuständigen SPD-Vorstandsmitglied Fritz Heine geäußert: Er bezeichnete die seiner Ansicht nach von klassenkämpferischen Motiven geprägte Berichterstattung der SPD-Presse über die Industrieprozesse (Flick, Krupp, I.G. Farben) als unpatriotisch und zudem kurzsichtig. Es sei zu erwarten, daß auch Arbeiter der Unternehmen wegen Mißhandlung von Fremdarbeitern angeklagt würden. Natürlich solle die Verteidigung sich auch für diese einsetzen, dürfe dann aber auch erwarten, daß die SPD-Presse ihr nicht ständig in den Rücken falle. Er schlug vor, den SPD-Chefredakteuren entsprechende Richtlinien verbindlicher Art zu geben. „Der Versuch, über die Industrieprozesse einen neuen weltanschaulichen Spalt zwischen Betriebsführung und Arbeiterschaft zu treiben, ist zu offensichtlich, als daß er nicht im Keime erstickt werden sollte. Ich selbst werde bemüht sein, mit allen mir zur Ver-

[68] Entwurf eines Briefs an den englischen Publizisten Gordon vom 30.4. 1947.
[69] Studnitz, Seitensprünge, S. 288.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fügung stehenden journalistischen Mitteln diesem Gedanken Ausdruck zu verleihen."[70]

In diesem Sinne berichtete Studnitz vorwiegend mit Sympathie für Angeklagte und Verteidigung über die Prozesse gegen Industrielle[71], Angehörige des Auswärtigen Amtes[72] und der Wehrmacht[73]. Mit deutlicher Mißbilligung behandelte er dagegen die Aussagen von deutschen Zeugen der Anklage wie des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt, Friedrich Gaus, im Wilhelmstraßenprozeß[74]. Er setzte auch seine Angriffe auf die Besatzungsmächte fort, wenn er etwa in einem Artikel über das Urteil im Krupp-Prozeß die den Angeklagten zur Last gelegten Verbrechen (Plünderung und Mißbrauch zur Sklavenarbeit) mit Maßnahmen der Siegermächte nach 1945 in Deutschland gleichsetzte[75]. Die britische Militärregierung erteilte der „Zeit" für diesen Artikel einen ernsten Verweis und verweigerte Studnitz – auch wegen eines weiteren Artikels und seiner Tätigkeit vor 1945 – die von ihm für das folgende Jahr beantragte Teilnahme an einer Australien-Neuseelandreise des englischen Königspaares, da man ihn nicht für geeignet ansah, die demokratische deutsche Presse in der Welt zu vertreten[76]. Auf Aufforderung der Besatzungsbehörden nahm er dagegen im September und Oktober 1948 an einem sechswöchigen Kurs im Bildungszentrum Wilton Park bei London, einer aus der Kriegsgefangenenschulung hervorgegangenen Einrichtung, teil[77].

IV.

Von Nürnberg aus wandte sich Studnitz Ende 1948 nach Stuttgart, wo er eine Wohnung gefunden hatte und so eine Zuzugsgenehmigung bekam. Hier knüpfte er Kontakte zu Kreisen um Eugen Gerstenmaier, der das Evangelische Hilfswerk leitete. Seit dieser Zeit schrieb Studnitz für die Wochenzeitung „Christ und Welt", die seit

---

[70] Brief an Fritz Heine vom 22.12. 1947. Dieser lehnte die Vorstellungen von Studnitz in seiner Antwort vom 5.1. 1948 ab.

[71] Die Zeit, 6.5. 1948: Die Verteidigung Krupps. Zu I.G. Farben ebenda, 17.2. 1948: Ein Konzern steht vor Gericht; ebenda, 1.7. 1948: Gibt es Verbrecherfirmen?

[72] Die Zeit, 29.1. 1948: Der Prozeß gegen das Auswärtige Amt.

[73] Die Zeit, 20.5. 1948: Leisteten die Generale Widerstand?

[74] Die Zeit, 5.2. 1948: Der Zeuge Gauß (korrekt: Gaus). Siehe auch Studnitz, Seitensprünge, S.293 und 372ff.

[75] Die Zeit, 12.8. 1948: Rehabilitierung und Rache.

[76] Briefe der Information Services Division Headquarters, Control Commission for Germany (British element) vom 11.10. und 11.12. 1948, und Antworten von Studnitz vom 6.11. und 22.12. 1948.

[77] Brief des Chief Education Control Officer, Land Schleswig-Holstein, vom 8.8. 1948. Vergleiche den einigermaßen sachlichen Bericht von Studnitz, Das Experiment von Wilton Park. Neue Wege politischer Erziehung, in: Zeitwende 21 (1949), H.1, S.57–60, und die tendenziöse Darstellung in seinen Erinnerungen, wo er von „Gehirnwäsche" spricht, ders., Seitensprünge, S.301ff.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1948 im mit dem Hilfswerk verbundenen Evangelischen Verlagswerk erschien[78]. Gleichzeitig faßte er den Plan für eine Zeitschrift, die sich nach ausländischen Vorbildern wie „Foreign Affairs" ausschließlich mit außenpolitischen Fragen befassen sollte. Für seinen diesbezüglichen Entwurf konnte er das Interesse der Deutschen Verlags-Anstalt gewinnen[79]. In seinem ersten Exposé vom März 1949 bezeichnete er es als Aufgabe der geplanten Monatsschrift „Außenpolitik", sowohl die deutsche Öffentlichkeit über außen- und weltpolitische Fragen zu unterrichten wie andererseits das Ausland über den deutschen Standpunkt dazu. Wenn er schrieb, daß die wenigen Deutschen, die tatsächlich außenpolitische Kenntnisse hätten, bisher so gut wie nicht zu Worte kämen, dachte er sicher auch an sich selbst[80]. Er erkannte aber auch, daß er als Herausgeber vielleicht Schwierigkeiten bekommen könnte, da er „den Militärregierunen aller Länder nicht so sehr geheuer" sei, weil er „über alles nicht nur feste, sondern auch klare Ansichten habe", wie er sich ausdrückte. Daher suchte er Mitherausgeber und wandte sich zunächst an den Rechtsanwalt Hellmut Becker, den Sohn eines ehemaligen preußischen Kultusministers, den er aus Nürnberg als Verteidiger Ernst von Weizsäckers kannte, doch dieser lehnte ab[81]. Später hatte Studnitz die Idee, daß eine Gruppe von Publizisten die Herausgeberschaft übernehmen sollte: Er dachte dabei an Paul Bourdin, Margret Boveri, Herbert Gross, Arthur W. Just und sich selbst[82]. Auch aus diesem Plan wurde nichts, doch Dr. Gross vom Düsseldorfer „Handelsblatt" und der Osteuropaexperte Just sollten dann später wie Studnitz selbst tatsächlich dem ersten Herausgeberkollegium angehören. Bourdin wurde im November 1949 für kurze Zeit erster Bundespressechef, und Margret Boveri lehnte aus persönlichen und prinzipiellen Erwägungen ab. Sie befürchtete vor allem, daß die Zeitschrift sich zu sehr im amerikanischen Lager einer Marshall-Plan-Politik bewegen würde; sie aber gedachte „mit je einem Bein östlich und westlich des eisernen Vorhangs zu stehen bis es mich entweder zerreißt oder bis meine beiden Beine sozusagen wieder auf dem gleichen, das heißt auf dem eigenen Boden stehen. Diesen Boden (nicht in einem deutsch-nationalen Sinn verstanden) wieder zu gewinnen, wäre die Aufgabe wie ich sie sehe. Das würde u.a. gegenüber der kommunistischen Hälfte der Welt einen Grad an Objektivität voraussetzen, wie ich ihn bisher in keiner deutschen Publikation gefunden habe."[83] Studnitz schrieb ihr, daß er im Grunde dasselbe wolle. Sein Ziel war in der Tat immer ein wiedervereinigtes Deutschland zwischen Ost und West, allerdings hatte er gegen dessen deutschnationalen Charakter nie Bedenken. Und er war zur Erreichung dieses Zieles bereit, mit einem der weltpolitischen Lager die gerade opportunen Bünd-

[78] Ebenda, S. 304 ff.

[79] Brief von Wolfgang von Eichborn, Deutsche Verlags-Anstalt, vom 2.5. 1949.

[80] Exposé für die geplante Monatsschrift „Außenpolitik" vom 15.3. 1949.

[81] Briefe an Eichborn und Becker vom 15.5. 1949 (daraus das Zitat), und Beckers Antwort vom 21.5. 1949.

[82] Gleichlautende Schreiben an Bourdin, Boveri und Gross vom 18.10. 1949.

[83] Brief von Margret Boveri vom 25.10. 1949. Zu Margret Boveri vgl. Frei/Schmitz, Journalismus im Dritten Reich, S. 136–143.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nisse einzugehen (die er nie im Sinne der Orientierung an gemeinsamen politischen Werten, sondern etwa in der Tradition Bismarckscher Kabinettspolitik verstand)[84]. Margret Boveri bat er zu bedenken, „wie wir bestehen sollten, wenn wir den Marshall-Plan ablehnen würden. Unsere Lage ist doch so, daß wir uns nach keiner Seite zieren können."[85]

Seit Juli 1949 befand sich Studnitz nicht mehr in Stuttgart, sondern hatte, da sich die Verhandlungen über die Zeitschrift hinzogen, eine Aufgabe in Hamburg angenommen. In der Folgezeit wurden die Planungen in zunehmendem Maße ohne seine leitende Beteiligung von Mitarbeitern des Verlags betrieben. Diese hatten dabei auch Kontakte zum in Stuttgart ansässigen Deutschen Büro für Friedensfragen, einer 1947 vom Länderrat der US-Zone geschaffenen Organisation, die – auch in personeller Hinsicht – „als Relikt des alten oder als Substrat eines neuen Auswärtigen Amtes Pläne schmiedete" (Theodor Eschenburg)[86]. Auch die Auswahl der Herausgeber erfolgte weitgehend ohne Mitwirkung von Studnitz. Neben Gross, Just und Studnitz waren es schließlich der Soziologe und Journalist Herbert von Borch als „managing editor"[87], der Völkerrechtler Wilhelm Grewe und der ehemalige Botschafter Erich Kordt[88], zuletzt kam der damals noch in Chicago lehrende Historiker Hans Rothfels hinzu[89]. Studnitz, der in Hamburg regelmäßig über die Planungen informiert wurde und im November 1949 an einer Besprechung in Stuttgart teilnahm, zeigte sich überrascht und äußerst verstimmt, als er erfuhr, daß Borch und nicht er die Zeitschrift leiten sollte, die er als sein geistiges Kind betrachtete[90]. Der Verlag konnte ihn besänftigen und überließ ihm die Leitung des Chronikteils der Zeitschrift in eigener Regie[91] – diese „Außenpolitische Chronik" mit Übersichten zu den Ereignissen in einzelnen Ländern und Regionen ging möglicherweise auf eine Anregung Margret Boveris zurück[92] und wurde fortan von Studnitz für jedes Heft verfaßt. Als im Mai 1950 das erste Heft von „Außenpolitik" erschien, lobte sein einstiger Vorgesetzter im Auswärtigen Amt, Paul Karl Schmidt, diese Chronik seines ehemaligen Mitarbeiters, sonst überwog seine Kritik. Schmidt bezeichnete die „kontemplativ-akademische Tradition" der Zeitschrift als

---

[84] Vgl. Studnitz, Deutschland zwischen den Mächten, in: Außenpolitik 5 (1954), S. 481–488; ders., Bismarck in Bonn. Bemerkungen zur Außenpolitik, Stuttgart 1964.

[85] Brief an Margret Boveri vom 29.10. 1949.

[86] Theodor Eschenburg, Jahre der Besatzung, Stuttgart/Wiesbaden 1983, S. 476; Heribert Piontkowitz, Anfänge westdeutscher Außenpolitik. Das Deutsche Büro für Friedensfragen, Stuttgart 1978.

[87] Brief von Hermann Maier, Deutsche Verlags-Anstalt, vom 1.12. 1949.

[88] Programme und Notizen zu den Besprechungen betr. „Außenpolitik" (3./4.1. 1950) und Vermerk Gespräch mit Just (10.1. 1950). Sowohl Kordt wie Just waren Mitarbeiter des Friedensbüros, vgl. Piontkowitz, Anfänge, S. 59, 137, das vor allem durch Hasso von Etzdorf an den Planungen beteiligt war.

[89] Brief von Eichborn an Borch, Kordt und Studnitz vom 14.2. 1950.

[90] Briefe an Hermann Maier vom 5.12. 1949 und an Wolfgang von Eichborn vom 8.12. 1949.

[91] Briefe von Eichborn vom 7. und 12.12. 1949; Notiz der Besprechung vom 5.1. 1950.

[92] Brief von Margret Boveri an Studnitz vom 23.11. 1949.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„tödlich" und distanzierte sich von zahlreichen Beiträgen, Autoren und Herausgebern[93].

Während sein Versuch einer Wiedereinstellung in den Auswärtigen Dienst scheiterte[94], war Studnitz von 1950 bis 1965 Mitherausgeber der angesehenen Monatsschrift „Außenpolitik", die später auch Parlamentarier von Regierung und Opposition unter ihren Herausgebern hatte. Er verfaßte außer der Chronik etwa ein bis zwei Artikel pro Jahrgang sowie zahlreiche Buchrezensionen. Als die Zeitschrift ab Januar 1966 an den Verlag Rombach, Freiburg, überging, schied er aus dem Herausgeberkreis aus, und die außenpolitische Chronik wurde ganz eingestellt.

V.

1949 geriet die 1946 gegründete CDU-Lizenzzeitung „Hamburger Allgemeine Zeitung" (HAZ) in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten, woran sowohl die journalistische Unerfahrenheit der Lizenzträger wie auch – seit 1948 – der große Erfolg von Axel Springers überparteilichem „Hamburger Abendblatt" die Schuld trugen[95]. Einem Lizenzträger, Konsul Paulus[96], gelang es, seinen Anteil an eine hinter dem Stuttgarter Zeitwende-Verlag stehende Interessengruppe zu verkaufen. Für diese ging Ernst Hepp, vorher erster Chefredakteur von „Christ und Welt", im Juli 1949 als Verlagsleiter nach Hamburg und nahm Studnitz als Berater mit. Vom 1.10. 1949 bis zu ihrem Eingehen als selbständige Zeitung am 24.3. 1950 wurde Studnitz Chefredakteur der HAZ[97].

Studnitz übte besonders Kritik an der bisherigen politischen Linie der Zeitung[98]: Sie habe oft geradezu einem CDU-Plakat geglichen, und das sei ihrer Verbreitung gerade unter potentiellen CDU-Wählern nicht dienlich gewesen. Um christlich-demokratische und konservativ-liberale Gesichtspunkte breiten Schichten nahezubringen,

---

[93] Brief von Paul Karl Schmidt vom 8.6. 1950. „Aus der Buchbesprechung über Hans Rothfels sehe ich, daß dieser Verfasser Ihr Mitherausgeber ist. Nun, ich hoffe er gehört nicht zu den von Ihnen geschätzten Herren. Sein Buch ist eine Mischung aus Romantik, ressentimentgeladenem Haß, falschen Behauptungen und törichten Thesen. Mit sowas ist kein Staat zu machen – im wahrsten Sinne des Wortes." Vgl. die Rezension von Jürgen von Kempski zu Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Krefeld 1949, in: Außenpolitik 1 (1950), S.73f.

[94] Nach Studnitz, Seitensprünge, S.325, wurde sie vom Staatssekretär Hans Globke blockiert, nähere Unterlagen dazu fehlen jedoch im Nachlaß.

[95] Allgemein zur HAZ siehe Daniel A. Gossel, Die Hamburger Presse nach dem Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1993, S.90, 96f., 150–155.

[96] Franz Wilhelm Paulus hatte schon früher Kontakt zu Studnitz. In einem Brief vom 12.6. 1947 bot er ihm den – allerdings noch nicht genehmigten – Korrespondentenposten der HAZ in London an.

[97] Zusammenfassende Darstellungen von Studnitz, in: Ders., Seitensprünge, S.307–309; Der Zusammenbruch der HAZ (11 S., 31.5. 1950, Manuskript im Nachlaß).

[98] Der Zusammenbruch der HAZ, S.3; Redaktionelle Neugestaltung der HAZ (6 S., 2.8. 1949, Manuskript im Nachlaß).

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eigne sich die Suggestivform besser als die Plakatierung. Besondere Schwierigkeiten habe der HAZ im protestantischen Hamburg die Anbindung an den katholischen Parteiflügel bereitet[99]. Studnitz selbst hatte Beziehungen zu konservativ-protestantischen CDU-Kreisen, und ein führender Vertreter der Hamburger CDU schlug ihn zu dieser Zeit sogar Adenauer als ersten Bundespressechef vor[100]. Trotzdem vermied er eine eindeutige Festlegung auf eine Partei, und wenn Hepp bemerkte, die Basis der HAZ sei „die der gesamten rechtsstehenden bürgerlichen Parteien von der FDP bis zu DP"[101], so charakterisiert das gut das politische Lager, in dem man sich zu bewegen gedachte. Studnitz wollte diese Leser durch folgende Linie ansprechen: „Die HAZ nimmt nur eine einzige Partei, und das ist die des gesunden Menschenverstandes." Er präzisierte, was darunter zu verstehen sein sollte[102]: Man sei konservativ in dem Bemühen „um die Erhaltung der großen geschichtlichen Traditionen des deutschen Volkes" und liberal in dem Bestreben, „einem gesunden Fortschritt die Tür zu öffnen". Innenpolitisch strebe man die „Versöhnung aller Klassen der Gesellschaft" und den „Ausgleich der sozialen Gegensätze" an, das bedeute, „die Massen des arbeitenden Volkes an Staat und Wirtschaft heranzubringen und ihren Lebensstandard zu bessern"[103]. Das sei die beste Gewähr gegen die Ausbreitung des Kommunismus. Außenpolitisch trete die HAZ für die politische und wirtschaftliche Einheit und für „ein starkes Deutschland in einem föderativen Europa" ein.

Der parteiungebundene Kurs bedeutete für Studnitz jedoch keine Popularisierung der HAZ im Stil des „Hamburger Abendblatts". Für ein weiteres bewußt auf den Massengeschmack zugeschnittenes Blatt sei in Hamburg kein Platz. Er dachte an ein Intelligenzblatt von trizonaler Bedeutung, vergleichbar der „Frankfurter Allgemeinen" oder der „Deutschen und Wirtschafts-Zeitung". Durch die Umstellung auf morgendliche Erscheinungsweise (was er nicht durchsetzen konnte) gedachte er der einzigen Hamburger Morgenzeitung, der (damals noch britischen) „Welt", Konkurrenz zu machen. Außerdem hielt er zur dauerhaften Sanierung die Anbindung an ei-

---

[99] Der einzige aktive CDU-Politiker unter den Lizenzträgern, Franz Beyrich, war ebenso Katholik wie der ehemalige Lizenzträger Paulus. Nach Gossel, Hamburger Presse, blieb der CDU-Einfluß gerade wegen Beyrichs fehlender Qualifikation und gesellschaftsrechtlicher Fehler gering. Ebenfalls ins antikatholische Horn blies ein Artikel in: „Der Fortschritt" Nr. 15, 1950: „Fromme Haifische in Hamburg", wo der Kampf von „Gerstenmeiers Evangelisten" Hepp und Studnitz gegen Beyrich geschildert wurde, hinter dem man den über HAZ-Kritik an seiner Außenpolitik erbosten Adenauer vermutete.

[100] Briefe von Senator a. D. Paul de Chapeaurouge an Adenauer vom 19. u. 20. 9. 1949. Danach war Studnitz kein CDU-Mitglied. Nach einem Brief von Dr. Matthiae (Kiel) vom 29. 3. 1950 hat er sich um eine Kandidatur für die CDU zur schleswig-holsteinischen Landtagswahl 1950 bemüht, was nur am fehlenden Wohnsitz im Lande scheiterte.

[101] Hepp an Studnitz, 14. 11. 1949.

[102] Exposé: Die politische Linie der HAZ.

[103] An anderer Stelle hat er diese Gesellschaftsvorstellungen noch deutlicher benannt: „Das korrumpierte und mißbrauchte Wort von der Volksgemeinschaft ist nicht mehr zu retten. Das besagt nicht, daß wir nicht genau das brauchen, was der Begriff ursprünglich besagt", in: Christ und Welt Nr. 52, 1951: „Großmannssucht – das deutsche Laster".

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen größeren Verlag für sinnvoll: Ein Zusammengehen mit dem Girardet-Verlag, in dem die FDP-nahe Lizenzzeitung „Hamburger Freie Presse" erschien, würde nur bedeuten, „daß man zwei lahme Pferde zusammenspannt". Nicht verwirklichen konnte er aber die von ihm befürwortete Beteiligung oder Übernahme durch den Springer-Verlag: „Verlegerisch verfolgt Herr Springer bei leichter Links-Tendenz mit dem ‚Abendblatt' das Ziel des ‚Ausgleichs von Gegensätzen', eine Linie, die sich mit der unabhängigen der HAZ, bei leichter Rechts-Tendenz, durchaus vertragen würde."[104] Die beiden Zeitungen würden sich an unterschiedliche Leserschichten wenden und so keine Konkurrenz machen. Wäre daraus etwas geworden, hätte die HAZ für Springer – wie dann ab 1953 die „Welt" – so etwas wie „das Intelligenzblatt im Konzern"[105] werden können – allerdings wohl mit wesentlich deutlicherer Rechtstendenz, als sie die „Welt" in den fünfziger Jahren hatte.

Diese Tendenz, die die HAZ an den äußersten rechten Rand der Hamburger Presse rückte, dürfte zum Scheitern ihrer Sanierung mit beigetragen haben. Unter liberalen Journalisten machte sich Studnitz keine Freunde: Die Gräfin Dönhoff von der „Zeit" sah wegen einer Indiskretion kein vertrauensvolles Verhältnis zu ihm mehr gegeben[106], und der Journalist Helmut Lindemann kündigte der HAZ wegen ihres zunehmend nationalistischen Kurses die Mitarbeit auf. Unter anderem hatte Studnitz einen Artikel Lindemanns mit der Forderung an die Bundesregierung, sich wegen der deutschen Ostgebiete niemals an einem Krieg zu beteiligen, mit der Begründung nicht gedruckt, es sei „für Romantik im politischen Teil der HAZ kein Platz". Ihre Einstellung zur Vergangenheit sei nicht „konjunkturbedingt" – mit diesem Begriff bezeichnete er eine den Besatzungsmächten schmeichelnde Erfüllungspolitik, während Lindemann darunter „heute die Verharmlosung unserer Vergangenheit und das Weißwaschen aller Leute, die sich an unserem Volk und Europa versündigt haben", verstand. So war es ihm nicht angenehm, daß in der HAZ auch ein Mann wie Giselher Wirsing schrieb[107]. Studnitz dagegen vertrat die Auffassung, es könne „nicht darauf ankommen, was jemand war oder was jemand ist, sondern nur darauf, was jemand kann. ... Der Nationalsozialismus dauerte viel zu lange, als daß schöpferische und begabte Leute es ausgehalten hätten, in Resignation zu verharren."[108] Das galt auch für die Presse. So begrüßte Studnitz die Rückkehr der Altverleger und Altjournalisten nach Aufhebung des Lizenzzwangs. Im Unterschied zu einem großen Teil der Vertreter der „Lizenzpresse", die für ihn ihre Posten nur politischen Gründen verdankten, wog für Studnitz das fachliche Können schwerer als die politische Bela-

[104] Gesichtspunkte für die Sanierung der HAZ (4 S., 20.2. 1950).

[105] So Müller, Der Springer-Konzern, S. 127 ff., über die „Welt".

[106] Brief von Marion Gräfin Dönhoff vom 23.2. 1950.

[107] Briefe von Dr. jur. Helmut Lindemann (Nonnenhorn am Bodensee) vom 9. u. 17.3. 1950 und Brief von Studnitz vom 13.3. 1950. Studnitz bedauerte, daß Wirsing wegen anderweitiger Überlastung erst zweimal in der HAZ erscheinen konnte, rechnete ihn in die „Spitzengruppe deutscher Publizistik" und lobte seine „charakterliche Standhaftigkeit" vor 1945. Die beiden hatten schon 1939 Kontakt (siehe Anmerkung 33) und werden sich bei „Christ und Welt" wiederbegegnen.

[108] HAZ, 7.3. 1950: Gibt es wirklich keine fähigen Leute?

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stung[109]. Die meisten dieser Pressevertreter waren für Studnitz vor allem Opfer: zunächst der Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten, dann der politischen Diskriminierung durch die Besatzungsmächte – wie die Mehrheit der Deutschen überhaupt.

Dabei ging er so weit, daß er die Rolle der Deutschen als Opfer in den Mittelpunkt einer Erörterung ihres Verhältnisses zu den Juden stellte: Die Juden müßten „einsehen lernen, daß ihre Katastrophe nur ein Teil jener Weltkatastrophe war, die durch Hitler ebenso über andere Völker, vor allem über das deutsche Volk, heraufbeschworen wurde". Diese Katastrophe führte er allein auf die zerstörerischen Wirkungen des Phänomens Hitler zurück. Vor Hitler sei kein Land der Erde so frei von Antisemitismus gewesen wie Deutschland – „das sollte kein gebildeter Jude übersehen". Dagegen sah er „durch den allzu reichlichen Einsatz von Juden bei Besatzungsaufgaben Ressentiments geweckt, die bei Kriegsende kaum bestanden", und forderte, daß – neben Aufklärungsarbeit gegen Antisemitismus – sich umgekehrt auch die Juden von einem antideutschen Komplex frei machen müßten[110]. Die Kenntnis von der Ermordung der Juden sei auf wenige hundert Deutsche beschränkt gewesen, während heute fast die ganze Welt von den Konzentrationslagern in der deutschen Ostzone und der Sowjetunion wisse[111].

Gerade mit seinen pressepolitischen Ansichten dürfte sich Studnitz auch bei den alten Lizenzträgern der HAZ nicht beliebt gemacht haben[112]. Auf deren Betreiben hin wurde die Zeitung Ende März 1950 an den Girardet-Verlag verkauft. Dieser stellte sie als eigenständiges Blatt ein und führte sie nur noch als Untertitel der „Hamburger Freien Presse", die im September 1952 in „Hamburger Anzeiger" umbenannt wurde. Für diese Zeitung war Studnitz zunächst als Bonner Korrespondent tätig und kam im November 1953 noch einmal als Chefredakteur nach Hamburg[113]. Inzwischen gab es dort jedoch mit der von Springer gekauften „Welt" unter Hans Zehrer eine Zeitung, die den Studnitzschen Vorstellungen nahekam[114]. Da sich zudem zwischen seinen Vorstellungen von einer anspruchsvollen Qualitätszeitung und den Versuchen des Verlegers Hans Krümmer, dem „Abendblatt" nachzueifern, keine Übereinstimmmung finden ließ[115], verließ Studnitz Hamburg im März 1954 wieder, berichtete aber bis 1955 erneut aus Bonn für den „Hamburger Anzeiger".

---

109 HAZ, 7.9. 1949: Auferstehung der „Nazi"-Presse?; ebenda, 30.9. 1949: Der Kieler Pressemaulkorb.

110 HAZ, 16.9. 1949: Deutschland und Israel. Vgl. auch Richard Schaible, Die Juden müssen einsehen lernen, in: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, 14.10. 1949.

111 HAZ, 5.1. 1950: Kollektivbuße?

112 Protokoll über die Ereignisse, die [...] zum Eingehen der HAZ geführt haben (24.3. 1950). Danach forderte Beyrich als Bedingung für seine Zustimmung zu einem Sanierungsvorschlag die Entlassung von Hepp und Studnitz.

113 Hamburger Anzeiger, 5.11. 1953.

114 Brief an Hans Zehrer vom 25.9. 1953.

115 Richtlinien über die künftige Gestaltung des „Hamburger Anzeiger – Hamburger Allgemeine Zeitung" (3 S., 6.11. 1953); vgl. Studnitz, Seitensprünge, S. 309–311.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VI.

1955 bis 1961 war Studnitz Pressechef und Public Relations-Direktor der Deutschen Lufthansa AG[116]. Er hatte diesen Posten durch Vermittlung Rudolf Fischers bekommen, eines Kollegen aus der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, der 1954 Pressesprecher des langjährigen Bundesverkehrsministers Hans-Christoph Seebohm geworden war[117]. Als die Bundesrepublik 1952 die Lufthoheit zurückerhalten hatte, hatten sich inzwischen ausländische Luftverkehrsgesellschaften in Deutschland etabliert. Da Wirtschaft und Flugreisende für einen aus Steuergeldern finanzierten Neuaufbau der Lufthansa gewonnen werden mußten, hatte die Öffentlichkeitsarbeit einen hohen Stellenwert. Studnitz organisierte beispielsweise Eröffnungsflüge für Gäste aus Politik, Presse, Behörden und Wirtschaft bei Streckeneröffnungen, die mit einem reichen Programm in den angeflogenen Ländern verbunden waren. 1960 begleitete er Adenauer auf einem Flug in die USA und nach Japan.

Im Oktober 1961 wurde Studnitz stellvertretender Chefredakteur von „Christ und Welt". Damit trat er zum ersten Mal in ein Angestelltenverhältnis zu dieser Zeitung, für die er seit ihrer Gründung – unter dem jetzigen Chefredakteur Giselher Wirsing (seit 1954) wie unter seinen Vorgängern Ernst Hepp (1948/49) und Klaus Mehnert (1949–54) – als freier Mitarbeiter geschrieben hatte[118]. Der Stellvertreterposten war 1961 zunächst für drei Jahre vertraglich vereinbart worden[119] und zur Entlastung des häufig abwesenden Wirsing gedacht gewesen. Schon im folgenden Jahr zeigte es sich, daß sich diese Konstruktion gerade zu einer Zeit nicht bewährte, in der Wirsing unter dem Druck jüngerer Redaktionsmitglieder stand, die – etwa in der Spiegel-Affäre – der Zeitung einen progressiveren Kurs geben wollten[120]. In einem Brief, in dem Wirsing ihm zugleich „eine der brillantesten Federn in Deutschland" bescheinigte, warf er Studnitz vor, mit seinen konservativen Auffassungen zur personellen Fluktuation

---

[116] Ebenda, S. 315–339; ders., Menschen aus meiner Welt, S. 91–101 (Porträt des Lufthansa-Vorstandssprechers Hans M. Bongers). Außer den Arbeitsverträgen finden sich kaum weitere Materialien aus seiner Lufthansatätigkeit im Nachlaß.

[117] Studnitz, Menschen aus meiner Welt, S. 92; Vgl. Longerich, Propagandisten, S. 161, 260; Frei/Schmitz, Journalisten im Dritten Reich, S. 194. Fischer war Mitarbeiter von „Berlin-Rom-Tokio" und stellvertretender Chefredakteur der illustrierten Zeitschrift „Volk und Reich" gewesen. Wie Seebohm war er Sudetendeutscher und hatte mehrere Bücher über diese Volksgruppe verfaßt. Auch Studnitz schätzte den konservativen Vertriebenenpolitiker Seebohm; vgl. Christ und Welt, 1. 12. 1961: Der neue und der alte Seebohm. Der Ruf nach einem starken Verkehrsminister; ebenda, 22. 9. 1967: Der Bergassessor. Zum Tode Seebohms.

[118] Einen Überblick zur Geschichte der Zeitung liefert Wirsings Nachfolger als Chefredakteur (1970–1973), Ulrich Frank-Planitz, Die Zeit, die wir beschrieben haben. Zur Geschichte der Wochenzeitung „Christ und Welt", in: Bruno Heck (Hrsg.), Widerstand, Kirche, Staat. Eugen Gerstenmaier zum 70. Geburtstag, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1976, S. 146–169, zu Studnitz S. 161.

[119] Angestelltenvertrag vom 23. 6. 1961.

[120] Frank-Planitz, Die Zeit, die wir beschrieben, S. 161, nennt Jens Hoffmann (Kulturpolitik), Carl Gustaf Ströhm (Ostexperte) und Peter Jochen Winters (Innenpolitik).

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Desintegration der Redaktion beizutragen: „Ich stehe seit Monaten einer Einheitsfront gegenüber, die mir Duldung schwarz-weiß-roter Untertöne in Ihren politischen Äußerungen vorwirft ... Sie, lieber Studnitz, leben in einer zweifellos geschlossenen Welt, in der alles seinen Platz hat. Die Redaktion empfindet diese ihre Welt als irreal in den heute bestehenden Zusammenhängen; sie glaubt, daß diese verschiedenen Tonlagen einen Bruch ergeben, den der eigentliche CDU-Leser nicht mitmacht. ... Ich stehe in der Mitte, kann aber diesen Zustand nicht beseitigen, der zum Zerfall der Redaktion führen muß."[121] Studnitz hingegen sah von Anfang an nur geringe Selbständigkeit gegenüber Wirsing gegeben und vermißte eine klare Abgrenzung ihrer Verantwortlichkeiten[122]. Er steigerte das zum Vorwurf der Führungsschwäche: Teamarbeit und lange, fruchtlose Diskussionen auf Redaktionskonferenzen würden im Ergebnis zu Kompromissen und zum Verlust einer klaren politischen Linie führen und die Leser über den Kurs des Blattes im unklaren lassen. Wirsing lasse es an Autorität vermissen und gebe seinem jeweiligen Gesprächspartner Recht: „Als die sogenannten ‚Jungtürken' unter den Redakteuren den stellvertretenden Chefredakteur kritisierten, weil er ihnen zu konservativ erscheinende Ansichten vertrat, stellte der Chefredakteur seinem Vertreter, den er sich selbst geholt hatte, die Alternative auszuscheiden oder sich auf das Feuilleton zurückzuziehen"[123] – letzteres hatte Wirsing in seinem Brief tatsächlich vorgeschlagen, doch da Studnitz sich darauf nicht einließ, wurde 1964 lediglich sein Vertrag als stellvertretender Chefredakteur nicht verlängert, jedoch ein neuer Vertrag als politischer Redakteur mit Schwerpunkt Außenpolitik abgeschlossen[124].

Auch bei Diskussionen über Um- und Neugestaltung des Blattes vertrat Studnitz innerredaktionell eine konservative Linie, ohne sich durchsetzen zu können. Diese Debatten gewannen in den sechziger Jahren an Bedeutung, da der Anteil von „Christ und Welt" auf dem Wochenzeitungsmarkt – trotz relativ stabiler Verkaufszahlen – von 32,9% 1961 auf 23% 1970 sank. 1963 mußte das Blatt den ersten Platz unter den politischen Wochenzeitungen der Bundesrepublik an die „Zeit" abtreten, die ihren Marktanteil in den folgenden Jahren ständig steigern konnte[125]. Als inhaltliche Schwerpunkte für 1962 befürwortete Studnitz Themen, die ihn in seinen Artikeln und Büchern der sechziger Jahre immer wieder beschäftigten: Außenpolitik („Die Behandlung der Oder-Neiße Frage. Auseinandersetzung mit einem Propagandisten der Anerkennung"), eine Serie zur Bundeswehr, die Frage des politischen Engagements der Kirchen, im Feuilleton Architekturkritik und Denkmalschutz. Als Autoren wünschte er sich – etwa zum Thema „Der politische Linksdrall deutscher Bestseller-Literaten" – Winfried Martini und Armin Mohler[126]. Diese kündigten jedoch Mitte der sechziger Jahre ihre Mitarbeit auf, da der Kurs ihnen nicht mehr konserva-

[121] Brief von Wirsing vom 5.9. 1962.
[122] Brief von Studnitz vom 2.9. 1962.
[123] Papier zur Krise von „Christ und Welt" (undatierter Entwurf, 5 S.).
[124] Brief von Joachim v. Beust (Verlagsleitung) vom 6.2. 1964; Angestelltenvertrag vom 11.6. 1964.
[125] Verkaufszahlen und Marktanteile bei Frank-Planitz, Die Zeit, die wir beschrieben, S.153, 163.
[126] Christ und Welt, Planung 1962 – Themenvorschläge (4 S.). Betr. Neugestaltung von „Christ und Welt" (30.9. 1962, 4 S. u. Anlage).

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tiv genug war[127]. Franz Josef Strauß – ebenfalls mit der politischen Entwicklung der Zeitung unzufrieden – wandte sich brieflich an Studnitz als einen Gleichgesinnten und schlug ihm ein gemeinsames Gespräch mit Gerstenmaier vor[128]. Dieser, seit Gründung der Zeitung Mitgesellschafter, nahm jedoch allenfalls durch eigene Artikel Einfluß auf ihre Linie, auch wenn er häufig von seinen CDU-Parteifreunden dafür verantwortlich gemacht wurde, was in „seiner" Zeitung stand[129]. Studnitz trat immer wieder für eine Profilierung der Zeitung nach rechts ein: „Der Aufschwung der ‚Zeit' hat erst begonnen, nachdem dieses Blatt seinen Zickzack-Kurs aufgegeben und sich eindeutig – links – festgelegt hat. Dieser Markt ist von der ‚Zeit' restlos erschlossen und bietet anderen Organen keine Betätigung mehr."[130] Gemeinsam mit „Spiegel" und Studentenblättern würde sie das linksliberale Bürgertum, die sozialistischen Intellektuellen und die akademische Jugend bedienen. Daneben würde für ein eindeutig konservatives Meinungsblatt ein großes Leserpotential brachliegen (als Beispiel nannte er die Bundeswehr). Eine mittlere Linie, wie sie die Redaktion unter Wirsing und seinem Stellvertreter (seit 1967) und Nachfolger (seit 1970) Ulrich Frank-Planitz verfolgte[131], machte er gerade für den Niedergang verantwortlich[132].

Zu Auseinandersetzungen mit Wirsing führte außerdem die Mitarbeit von Studnitz bei der „Welt am Sonntag". Schon Studnitz-Artikel in „Christ und Welt" waren dem Verleger Axel Springer positiv aufgefallen[133]. Nachdem er gelegentlich für die WamS geschrieben hatte, versuchte deren Chefredaktion ihn als regelmäßigen Mitarbeiter zu gewinnen, was aber am Widerspruch Wirsings scheiterte[134]. Da Studnitz sich jedoch nicht sehr streng an dieses Verbot hielt, gestand ihm Wirsing schließlich gegen Reduzierung seines Gehalts eine Mitarbeit bei der WamS ab 1.1. 1965 zu[135]. Hier fand er Mitte der sechziger Jahre eine ihm sehr genehme Umgebung. Schon Zeitgenossen unterschieden zwischen einem Studnitz „aus ‚Christ und Welt', wo er sich gemäßigt äußert, und aus der ‚Welt am Sonntag', wo er seinen Gefühlen freien Lauf lassen kann"[136].

---

127 Briefe von Armin Mohler an Eugen Gerstenmaier vom 7.11. 1964 und an Giselher Wirsing vom 17.7. 1965 (Durchschläge an Studnitz).

128 Brief von Franz Josef Strauß vom 25.6. 1965.

129 Frank-Planitz, Die Zeit, die wir beschrieben, S.157. Seit 1951 hatte Georg v. Holtzbrinck 50% der Anteile der Verlagsgesellschaft, Eugen Gerstenmaier 30%, Georg Federer und Klaus Mehnert je 10%; vgl. ebenda, S.151f., 168 (Anm.7).

130 Brief an Georg v. Holtzbrinck vom 12.9. 1967.

131 Frank-Planitz, Die Zeit, die wir beschrieben, S.163f.

132 Zur Neugestaltung von „Christ und Welt" (7 S., Text und Begleitbrief an Gesellschafter, Verlagsleiter und Chefredaktion vom 18.6. 1968). Fragebogen der Chefredaktion vom 7.1. 1970 und Antwort von Studnitz vom 8.1. 1970.

133 Brief von Axel Springer an Studnitz vom 17.2. 1963. Er bezieht sich auf einen Artikel in „Christ und Welt", 15.2. 1963: Duell im Schlangenkorb. „Panorama" gegen „Bild".

134 Brief von Warnfried Encke an Studnitz vom 14.8. 1963; dessen Antwort vom 26.8. 1963.

135 Briefe von Wirsing vom 6. u. 21.10. 1964, von Studnitz vom 8.10. 1964. Änderung des Vertrages vom 11.6. 1964 am 15.12. 1964, Reduzierung des Bruttogehalts von 3000 auf 2000 DM.

136 Alard v. Schack in der „Zeit" vom 5.1. 1968: Von der Urkraft der Blechmusik (Rezension zu: Rettet die Bundeswehr).

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Liberale und gemäßigt konservative Mitarbeiter hatten in den vorangegangenen Jahren in zunehmendem Maße die Blätter der Welt-Gruppe verlassen[137]. Für den neu proklamierten nationalen Kurs standen Namen wie Martini, Mohler, Matthias Walden, William S. Schlamm und eben Studnitz[138]. Er hat das Bild der neokonservativen Springer-Publizistik für einige Jahre entscheidend mitgeprägt und blickte später in einem Brief an Springer nicht ohne Stolz darauf zurück: „Meine wöchentlichen Stellungnahmen in der WamS identifizierten mich als eine der führenden Federn Ihres Hauses. Als Hans Dieter Müller 1968 seine polemische Studie über den Springer-Konzern veröffentlichte, fand ich darin nicht weniger als neunzehn Mal Erwähnung."[139]

Studnitz engagierte sich auch gegen die Anti-Springer-Kampagne jener Zeit. Er sah die Medien überwiegend von Linksintellektuellen beherrscht, deren Domänen für ihn in den Rundfunk- und Fernsehanstalten lagen[140]. „Ihre Intendanten ... halten eine viel größere Macht in den Händen als Axel Springer. Die Gefahr, daß sie mißbraucht wird, ist zumindest ebenso gegeben wie beim Springer-Konzern. Erfahrungen mit Panorama bestätigen dies immer wieder. Springer spielt mit eigenem Einsatz, die Rundfunkanstalten mit öffentlichen Geldern."[141] Sie waren für ihn „verschleierte Staatsbetriebe"[142], und er deutete die Gefahr einer Entwicklung von staatlich kontrollierten „Meinungsbeamten", vergleichbar dem Ostblock, an. Diese Tendenzen verbargen sich für ihn auch hinter den Bestrebungen gegen die Übermacht Springers – vertreten von jenen linken Kräften, die hier noch Widerspruch gegen ihr angebliches Meinungsmonopol sahen: „Die Springer-Presse soll zum Schweigen gebracht werden, weil sie für die Wiedervereinigung steht und weil sie gegen die Mauer kämpft. Weil sie Westberlin nicht der Anarchie einer Minderheit überantwortet sehen möchte. Weil sie in diesem Wunsch einiggeht mit der Westberliner Bevölkerung."[143] Dagegen meinte Studnitz: „Die Presse kann ihre Unabhängigkeit nur bewahren, wenn sie materiell stark bleibt. ... Die größte Gefahr, die der freiheitlichen Ordnung heute droht, ist der Versuch, die in Privathand befindlichen Elemente der Meinungsbildung zu sozialisieren. ... Der Bundestagsausschuß, der sich demnächst mit der Frage der Pressekonzentration befassen will, sollte wissen, worum es geht. Nur ein Beispiel: Das neue große Springer-Druckhaus an der Mauer konnte nicht von einem Westberliner Blatt erstellt werden. Es bedurfte hierzu des Rückhalts eines Großunternehmens, ..."[144] – der Verleger bedankte sich brieflich bei sei-

[137] Vgl. Müller, Der Springer-Konzern, S. 165.
[138] Ebenda, S. 168 ff.
[139] Brief an Axel Springer vom 11. 12. 1974.
[140] WamS, 2. 5. 1965: Die Wahrheit ist: Links immer lauter. Vgl. dazu Leserbrief von Axel Eggebrecht in WamS, 9. 5. 1965: Die „Linken" und „Rechten".
[141] WamS, 24. 9. 1967: „Enteignet Springer".
[142] Brief an den Intendanten des Süddeutschen Rundfunks, Hans Bausch, vom 28. 9. 1967. Dieser hatte sich in einem Brief vom 25. 9. 1967 kritisch zu dem Artikel in der WamS vom 24. 9. 1967 geäußert.
[143] WamS, 24. 9. 1967: „Enteignet Springer".
[144] WamS, 8. 5. 1966: Gefahr durch Staatsmonopol.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nem Autor dafür, „Mut zur Größe auch im Hinblick auf Zeitungshäuser" zu propagieren[145].

Am Verhältnis von Studnitz zu „Christ und Welt" und „Welt am Sonntag" lassen sich Wandlungsprozesse der konservativen Nachkriegspublizistik aufzeigen. Als Studnitz nach dem Krieg bei „Christ und Welt" zu schreiben begonnen hatte, entsprachen seine konservativ-elitären, nationalistischen, antiwestlichen wie antikommunistischen Positionen der Linie der Zeitung[146]. Die weitere Entwicklung des Blattes spiegelt jedoch Tendenzen einer Modernisierung und „Liberalisierung" des Konservatismus seit Ende der fünfziger Jahre, die Studnitz nicht mitmachte[147]. Giselher Wirsing erwies sich dagegen – wohl besonders unter dem Druck jüngerer Mitarbeiter – als flexibler, wie auch noch am Beispiel seines Widerstands gegen die Studnitzschen Bücher mit konservativen Angriffen auf Bundeswehr und Kirche gezeigt werden soll. Die „Welt am Sonntag" bot Studnitz hingegen ein Forum für seine Auffassungen, allerdings weniger „bildungsbürgerlich" als bei „Christ und Welt", mehr auf ein Massenpublikum zugeschnitten. In seiner Bereitschaft, dieses Forum zu nutzen und gegen Angriffe zu verteidigen, erscheint er in gewisser Hinsicht sogar wieder „moderner" als Wirsing. Dieser weigerte sich, Studnitz die Spalten seiner Zeitung für eine Verteidigung Springers zur Verfügung zu stellen, wobei auch seine durch ein konservatives Kulturverständnis geprägte Reserve gegenüber der Springerschen Massenpresse deutlich wird[148]. Bei Studnitz mag dagegen die Prägung durch die Tradition der Hugenberg-Presse eine Rolle gespielt haben. Seine inhaltlichen Positionen standen jedoch einer Modernisierung oder gar Demokratisierung des Nachkriegskonservatismus eindeutig entgegen, wie in den folgenden Kapiteln an Beispielen aus seiner Publizistik analysiert werden soll.

---

145 Brief von Axel Springer vom 13.5. 1966.

146 Schildt, Deutschlands Platz, S. 357f.

147 Axel Schildt, Ende der Ideologien? Politisch-ideologische Strömungen in den 50er Jahren, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau, Bonn 1993, S. 627–635, hier S. 633f. Während „Christ und Welt" zur Bundestagswahl 1949 gegenüber der insgesamt nicht als konservativ empfundenen CDU einen distanzierten Standpunkt einnahm (siehe Anm. 146), machte Wirsing sich 1962 Sorgen über das Verprellen des „eigentlichen CDU-Lesers" durch Studnitz' deutschnationale Positionen (siehe Anm. 121).

148 Fast der gleiche Artikel, den Studnitz dann in der WamS vom 24.9. 1967 veröffentlichte („Enteignet Springer"), liegt für „Christ und Welt" schon gesetzt vor (15.9. 1967), ist dann aber nicht erschienen. Wirsing lehnte es in einem Brief an Studnitz vom 12.9. 1967 ab, „wie Parzival uneingeschränkt für Axel [zu] reiten", der „nie einen Finger für uns krümmen würde. Gegen die Verteufelung Springers wird man etwas sagen dürfen, aber man kann ihn nicht zum Helden machen. Das rechtfertigt sein Opportunismus nicht." In diesem Zusammenhang bezeichnete er „BZ" und „Bild" als „das unterste vom unteren".

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VII.

In den sechziger Jahren veröffentlichte Studnitz fünf Bücher. Den Anfang machte sein Tagebuch der Kriegsjahre, das nur ein sehr begrenztes Bild jener Zeit und seiner damaligen Tätigkeit liefert. Ein Kritiker nannte es „halb Klatschspalte, halb Jünger-Imitation"[149], während Ernst Jünger, dem Studnitz ein Exemplar hatte zukommen lassen, die Aufzeichnungen als „anschaulich, dicht und präzis" lobte[150]. Die folgenden vier Bücher zu zeitpolitischen Themen erschienen alle im Stuttgarter Seewald-Verlag. Dieser hatte sich damals mit einem Mitte-Rechts-Programm, das von Sozialdemokraten wie Fritz Erler, Karl Schiller und Helmut Schmidt bis zu Armin Mohler und William S. Schlamm reichte, als einer der renommiertesten Verlage für politische Bücher etabliert[151].

1964 erschien Studnitz' Buch zur deutschen Außenpolitik mit dem zugkräftigen Titel „Bismarck in Bonn"[152]. Zu Beginn widersprach Studnitz einer These von Toynbee, Bismarck würde heute für die Wiedervereinigung den Preis des Verzichts auf die Ostgebiete zahlen. Dieser hätte sich nie mit Zuständen zufriedengegeben, die seinen Überzeugungen widersprachen, und es ließe sich ein Bismarck „in Bonn nicht entbehren, wenn statt bundesrepublikanischer eines Tages deutsche Politik getrieben werden soll"[153]. Studnitz bedauerte, daß die Außenpolitik nicht mehr, wie vor 1918, von wenigen dazu Berufenen betrieben wurde. Die Krise der Diplomatie sei „vor allem eine Persönlichkeitskrise, die sich von der Krise der modernen Gesellschaft und der Auflösung der Schichten, die das diplomatische Gewerbe zu einer subtilen Kunst entwickelt haben, nicht trennen läßt". Nach der Oktoberrevolution sei die Diplomatie immer mehr in den Sog der „politischen Weltreligionen der Demokratie und des Kommunismus" geraten. Die Bolschewisten habe man jahrzehntelang nicht mit abendländischen Maßstäben messen können. „Nach dem zweiten Weltkrieg traten endlich Sowjetdiplomaten auf, die erkennen ließen, daß die Russen wieder Menschen geworden waren." Aber auch die hemdsärmeligen amerikanischen „Cocktaildiplomaten" sowie die Vereinten Nationen seien dafür verantwortlich, daß Demagogie an die Stelle einer verantwortungsvollen Geheimdiplomatie getreten sei[154]. Der „amerikanische Antikolonialismus, die abstruse Idee, die Demokratie Völkern zu bringen, die weder die geistigen noch die materiellen Voraussetzungen dafür besitzen", sei für große Teile des Chaos der heutigen Welt verantwortlich[155].

---

149 Müller, Der Springer-Konzern, S. 275, zu Studnitz, Als Berlin brannte.

150 Brief von Ernst Jünger vom 15. 12. 1963.

151 Vgl. Klaus Kamberger, Kampf der Routinepolitik. Der Seewald-Verlag, in: Test, 1966, H. 1, S. 48 f. (Artikel im Nachlaß).

152 Studnitz, Bismarck in Bonn (siehe Anm. 84). Die erste Auflage von 5000 Stück war trotz des relativ hohen Preises von 20 DM nach einigen Monaten vergriffen und 1965 folgte eine zweite (vergleiche Brief an Klaus Harpprecht vom 26. 1. 1965 mit Bitte um Rezension).

153 Ebenda, S. 7 f.

154 Ebenda, S. 292, 303 f.

155 Ebenda, S. 124.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Den von ihm beklagten politischen Defätismus der Deutschen in den sechziger Jahren führte Studnitz darauf zurück, daß sie nach 1945 die Rolle von „Berufsbesiegten" angenommen hätten. Aufgrund der Belastung durch den aus der Vernichtung der Juden erwachsenen Schuldkomplex stünden sie in einer unmoralisch gebliebenen Welt Forderungen, die sie „mit dem Fluch des Gestrigen belasten, um Ausgangspositionen für politische Geschäfte zu gewinnen, hilflos gegenüber". Studnitz empfahl, „das kriminelle Erbe des Nationalsozialismus schneller und geräuschloser zu liquidieren", um Anklagen aus dem Ausland zu verhindern und so das außenpolitische Selbstbewußtsein der Deutschen zu stärken[156].

Adenauers Verdienst sei es gewesen, der deutschen Politik Ziele gewiesen zu haben, die kurzfristig erreicht werden konnten: Westintegration, wirtschaftlicher Wiederaufbau, Schaffung der Bundeswehr im Rahmen der NATO. Der Verlust der deutschen Mittellage, der Wegfall der preußisch-ostdeutschen Komponente, die ihm immer unheimlich war, habe den Rheinländer Adenauer dazu gebracht, die Bundesrepublik als Territorium an der Peripherie des amerikanischen Machtbereichs zu begreifen. Er habe sich für Amerika und für Frankreich entschieden, den stärksten und den nächsten Nachbarn – für ersteren aus Pragmatismus, für letzteren aus Sympathie. Es bleibe offen, ob ein anderer Kanzler daneben auch die „russische Karte" hätte spielen können, ohne die Integrität der Bundesrepublik zu gefährden. „Die Universalität Bismarcks ging Adenauer ab." Jetzt sei es an der Zeit, über das Erreichte hinauszugehen: „Das Werk Adenauers ist unvollendet geblieben. Die Wiedervereinigung der nach dem Kriege auseinandergerissenen Teile West-, Mittel- und Ostdeutschlands steht aus. Eine Wehrmacht konnte nur unter der Voraussetzung ihrer Einschmelzung in die NATO errichtet werden. Die Bundesrepublik hat die Entscheidung über Krieg und Frieden nicht gewonnen und ist im letzten Sinne nicht souverän. Ihren der NATO unterstellten Streitkräften bleiben Atomwaffen versagt."[157]

Wiedervereinigung und Rückgewinnung der Ostgebiete waren für Studnitz die selbstverständlichen Hauptziele deutscher Außenpolitik. Er wandte sich gegen die offizielle Formel von „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit". Eine friedliche Wiedervereinigung würde die Sowjetunion nur um den Preis der Bolschewisierung Westdeutschlands unter Preisgabe der Freiheit zulassen. Eine Wiedervereinigung in Freiheit würde die Beseitigung des politischen Systems in der Ostzone voraussetzen. Das sei mit friedlichen Mitteln kaum möglich, da die Sowjets es mit Waffengewalt verteidigen würden. Daher hielt Studnitz nichts von „Beteuerungen deutscher Friedfertigkeit" durch die Politiker und „Gewaltverzichten, die niemand ihnen abverlangt"[158]. „Revisionismus läßt sich nicht treiben, indem man die Welt von seiner Harmlosigkeit überzeugt."[159] Die deutsche Einheit sei nur durch eine Änderung der

[156] Ebenda, S. 14 ff.
[157] Ebenda, S. 26 ff.
[158] Ebenda, S. 39 ff.
[159] Ebenda, S. 73.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sowjetischen Politik zu erreichen. Man solle die Tatsache ausnutzen, daß das russische Sicherheitsbedürfnis nicht von der russischen Angst vor den Deutschen zu trennen sei: „Im Umgang mit Moskau sollte sich die Bundesregierung an das Bismarcksche Wort halten, daß ehrliche Politik am ehesten zum Ziele führt, auf Unschuldsbeteuerungen verzichten, den Russen ihre Deutschenfurcht nicht ausreden, sondern in ihr ein Aktivum der deutschen Politik sehen."[160] Wenn er wiederholt das Fehlen einer deutschen Ostpolitik beklagte – deren Notwendigkeit er in der Tradition geopolitischer Denkweise aus der „Mittellage" Deutschlands ableitete, „die etwas anderes ist als die Randlage der Bundesrepublik"[161] –, meinte er vor allem diese Politik eines politischen und militärischen Drucks auf Moskau. Neutralistische Lösungen (etwa durch Austritt aus der NATO) lehnte er ab[162]. Er zeigte aber auch die historische Linie einer wünschenswerten deutsch-russischen Verständigung vom 18. Jahrhundert über Bismarcks Rückversicherungsvertrag bis zum Hitler-Stalin-Pakt auf[163] – wünschenswert seiner Ansicht nach sowohl im Hinblick auf Handlungsfreiheit gegenüber dem Westen wie auf Kosten Polens. Die unter dem damaligen Außenminister Gerhard Schröder eingeleitete Verständigungspolitik gegenüber den anderen Ostblockstaaten, etwa durch Errichtung von Handelsmissionen, lehnte er dagegen ebenfalls ab, da sie nur die dortigen sowjetischen Satellitenregierungen stärken würde. „Aufgabe unserer Politik ist nicht die Versöhnung mit einem kommunistischen Polen, sondern die Annullierung polnischer Annexionen deutschen Gebiets."[164]

Mit diesem Wunsch nach revisionistischer Ostpolitik stellte Studnitz sich ebenso in die Tradition von Auffassungen, die er schon vor 1945 vertreten hatte, wie mit seiner Distanz zum angelsächsischen Westen. Er warnte vor der angeblich traditionell freundschaftlichen Haltung der Deutschen gegenüber England, welches immer nur seine egoistischen Interessen verfolgt habe und zudem zu einer zweitrangigen Macht herabgesunken sei[165]. Die Unterordnung unter die amerikanische Außenpolitik lag für ihn auch nicht mehr im Interesse einer gestärkten Bundesrepublik. Seitdem Kennedy eine auf Ausgleich mit der Sowjetunion gerichtete Politik betrieb, seien die Amerikaner am Status quo in Europa interessiert, und eine aktive Förderung der Wiedervereinigung sei von ihnen nicht zu erwarten. Daher begrüßte er de Gaulles unabhängige Politik gegenüber Amerika: Vor allem in der Schaffung einer eigenständigen französischen Atomstreitmacht und in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu China sah er wichtige Anknüpfungspunkte für die deutsche Politik. Wenn Frankreich der Bundesrepublik das ihr von den USA verweigerte atomare Mitspracherecht einräumen würde, bestünde die Chance zur Schaffung einer dringend notwendigen europäischen Atommacht. Den von der Regierung Erhard ausgespro-

[160] Ebenda, S. 180.
[161] Ebenda, S. 214.
[162] Vgl. ebenda, S. 182 ff.
[163] Vgl. ebenda, S. 155 ff.
[164] Ebenda, S. 215.
[165] Vgl. ebenda, S. 97 ff.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chenen Verzicht auf die Aufnahme von Handelsbeziehungen zu China bezeichnete er als Kapitulation vor den Interessen Amerikas. Durch enge politische und wirtschaftliche Beziehungen zu China könne die Bundesrepublik einen starken Druck auf die Sowjetunion ausüben, während die USA angesichts des Vietnamkriegs gerade an Entspannung mit Moskau und an einem schwachen China interessiert seien. „Mit der französischen Atommacht entwächst Europa dem amerikanischen Protektorat. Durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu China hat sich Frankreich eine weltpolitische Bewegungsfreiheit verschafft, die ganz Europa zugute kommen kann. In seiner Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Imperialismus wird sich Europa auf eine Macht zu stützen vermögen, die als Anlieger der Sowjetunion in Gegensatz zu Moskau geraten ist. Der amerikanische Verbündete, der seinen Gegensatz zu Moskau abbaut, wird an Bedeutung verlieren, sobald die europäische Zusammenarbeit mit China Wirklichkeit geworden ist."[166]

Diese Vorstellungen spiegeln auch den seinerzeitigen Konflikt zwischen „Gaullisten" (vor allem CSU-Politikern wie Strauß und Freiherr zu Guttenberg, aber auch Adenauer und Gerstenmaier), die eine Zweierunion mit Frankreich als Kern eines sich daraus entwickelnden Europa anstrebten, und der Mehrheit der „Atlantiker" um Bundeskanzler Erhard und Außenminister Schröder, die sich gegen eine allzu exklusive Beziehung zu Paris zu Lasten der Bindung an Amerika aussprachen[167]. Studnitz lehnte Schröder und seine Politik ab[168] und bewunderte de Gaulle[169], „der das Luftschloß des ‚Vaterland Europa' mit der Konzeption des ‚Europa der Vaterländer' zu unterfangen suchte". Die Wurzeln des deutschen Antigaullismus lagen für ihn „wie die des Philosemitismus oder Negrophilie im Nachholbedarf für nicht geleisteten Widerstand gegen Hitler. Leute, die gestern für Hitler waren, suchen sich heute ein Alibi zu verschaffen, indem sie de Gaulle kritisieren."[170] Umgekehrt kann man die Bewunderung für eine autoritäre Figur wie de Gaulle, einen General, der in Frankreich eine Präsidialverfassung einführte und eine national orientierte Politik verfolgte, aus Studnitz' Prägung durch obrigkeitsstaatliche, militärische und nationalistische Vorstellungen – vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus – erklären. In seinen Erinnerungen schilderte Studnitz seine Eindrücke von de Gaulle in einem Atemzug mit den Begegnungen mit den Diktatoren Franco und Salazar, die ihm beide 1964 Interviews gaben, und die er auch nicht ohne Sympathie beschrieb[171]. Ein wesentlicher Punkt des Interviews mit Franco war dessen Zustim-

[166] Ebenda, S. 118. Vgl. die Kritik der amerikanischen Außenpolitik, in: Christ und Welt, 12.1. 1962: Kennedy ist ein Fragezeichen geblieben.

[167] Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 99ff.

[168] Christ und Welt, 8.1. 1965: Des Wählers Recht auf reinen Wein. In einem Brief an Klaus Harpprecht vom 26.1. 1965 verglich er Schröder „hinsichtlich seiner Kontaktarmut, seines Mangels an Phantasie, seiner Arroganz und seines Ehrgeizes" mit Ribbentrop.

[169] Christ und Welt, 29.12. 1961: Charles de Gaulle (Porträt); ebenda, 13.11. 1970: Der letzte der Giganten (Nachruf).

[170] Vgl. Studnitz, Bismarck in Bonn, S. 90f.

[171] Vgl. Studnitz, Seitensprünge, S. 143–147.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mung zur Konzeption des „Europas der Vaterländer" und zur französischen Atomstreitmacht[172]. An Portugal bewunderte Studnitz, daß es als letzte klassische Kolonialmacht den größten Teil seines überseeischen Besitzes halten konnte. Er nannte Salazar einen der bedeutendsten Staatsmänner des Jahrhunderts[173] und rechnete sein Regime, „das in vielem an einen Ständestaat erinnerte, ... trotz seiner Verwandtschaft zum klassischen Faschismus unter die größten Leistungen europäischer Geschichte in diesem Jahrhundert"[174].

Zustimmung zu seinem Buch bekam Studnitz unter anderem von Franz Josef Strauß[175] und von seinem ehemaligen Chef Paul Karl Schmidt, der ihn als Sprecher einer „sich langsam formierenden intellektuellen europäischen Rechten" lobte[176]. Die Spannbreite der Kritik reichte von Helmut Lindemann im „Vorwärts" („die politische Weltanschauung eines deutschnationalen Junkers")[177] bis zum Leiter des Ressorts Politik der „Welt", Kurt Becker, der sich unter anderem durch die Verächtlichmachung Amerikas irritiert fühlte und schrieb: „Soviel Richtiges über die Preisgabe deutscher Interessen zugunsten mächtiger Verbündeter gesagt wird, der Gedanke, daß ein deutscher Politiker auch nur einen Teil der Ideen des Autors übernähme, ließe uns erschaudern."[178]

Als Ursachen für den angeblichen politischen Defätismus der Deutschen nannte Studnitz die Entfremdung vom Begriff des Vaterlandes durch die Propagierung Europas, das Fehlen einer preußischen Staatsauffassung und vor allem eine Wohlstandsgesellschaft, die nicht mehr die Kraft habe, für die Wiedervereinigung Opfer zu bringen[179]. Diese Gesellschaft wurde zum Thema seines nächsten Buches „Glanz und keine Gloria"[180]. Es handelt sich um eine Sammlung von Glossen zu Einzelthemen, deren Form satirisch gemeint war und deren Inhalt sich in keiner Weise mit fundier-

---

172 Christ und Welt, 15.5. 1964: Franco für de Gaulles Atommacht.

173 Vgl. Studnitz, Seitensprünge, S. 146. Das Interview in Christ und Welt, 4.9. 1964: Salazar glaubt an brasilianische Lösung für Afrika (dazu Korrespondenz) im Nachlaß.

174 Christ und Welt, 20.9. 1968: Das Erbe Antonio Salazars. Ein anderes Beispiel für die Sympathie konservativer deutscher Publizisten für das Salazar-Regime ist der Beitrag des außenpolitischen Mitarbeiters der „Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung", Max Walter Clauss, Salazars autoritäres Regime in Portugal, in: VfZ 4 (1957), S. 579–587. Clauss hatte vor 1945 als außenpolitischer Ressortleiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" und deren Korrespondent in Portugal ab 1943 informelle Kontakte zur Presseabteilung des Auswärtigen Amtes; vgl. Longerich, Propagandisten, S. 316.

175 Brief von Franz Josef Strauß vom 25.6. 1965: „Man mag über die eine oder andere Frage anderer Meinung sein, aber die generelle Kritik ist berechtigt. Erfahrungen und Beobachtungen der letzten Tage haben mich in dieser meiner Ansicht noch bestärkt."

176 WamS, 27.9. 1964 (unter dem Pseudonym P. C. Holm): Bismarck in Bonn.

177 Vorwärts, 6.1. 1965: Vergebliche Beschwörung Bismarcks.

178 Die Welt, 29.10. 1964: Lauter Ruf nach deutscher Unruhe. Zu Becker, der Anfang 1966 von der „Welt" zur „Zeit" wechselte, siehe Müller, Der Springer-Konzern, S. 170f.

179 Vgl. Studnitz, Bismarck in Bonn, S. 24f.

180 Hans-Georg von Studnitz, Glanz und keine Gloria. Reise durch die Wohlstandsgesellschaft, Stuttgart 1965.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten Gesellschaftsanalysen vergleichen läßt[181]. Studnitz beklagte vor allem den Verlust einer Elite in der Art der adlig-großbürgerlichen Gesellschaft der Zeit vor 1918. Deren Auflösung habe schon in der Weimarer Republik und im Dritten Reich begonnen. „Im Nationalsozialismus gingen Kleinbürgertum und Arbeiterschaft eine Zweckehe ein. Gemeinsam betrieben sie die Auflösung der alten Gesellschaft, die in Restpositionen wie Armee, Verwaltung und Diplomatie, in Landwirtschaft und Industrie ein unerwartetes Beharrungsvermögen gezeigt hatte. Nach dem 20. Juli 1944 strebte der Nationalsozialismus die Liquidierung dieser Schicht an, ein Ziel, das auch Hitlers Kriegsgegner in Deutschland verfolgten." Indem er diese Schicht pauschal in Widerspruch zum Nationalsozialismus setzte und damit ihre Verstrickungen (für die ja auch sein eigenes Leben ein Beispiel bietet) leugnete, rettete er sein Ideal für die Kritik der Nachkriegsgesellschaft. Diese zeichnete er als materialistische „Behagensgesellschaft" ohne Wertvorstellungen: „Freiheit von Not wird höher quotiert als Freiheit von Fremdherrschaft"[182]. Statt von einer kultivierten Elite sah er das gesellschaftliche Leben von neureichen, Arbeit und Genuß hingegebenen Spießern und Wohlstandsbürgern beherrscht. Er beklagte den Verlust von Leitbildern (vor allem militärischen) auf Kosten des Kults um das Statussymbol Auto, um Popstars und Sportler, sowie die Überschätzung von Professoren und Wissenschaft und die Narrenfreiheit für Intellektuelle, die den Staat kritisierten, auf dessen Kosten sie meist lebten.

Ein Beispiel für seine Aversionen gegen eine moderne Gesellschaft liefert sein Frauenbild. Nachdem er zunächst in der üblichen Manier des Buches eine Karikatur der (auch von ihrem Gatten so angesprochenen) „Mutti" als weiblichem Prototyp der Bundesrepublik entworfen hatte, kam er zu einem wesentlichen Punkt seines Unbehagens: „Mutti bestimmt die Politik. Adenauer und Erhard verdanken ihre Mehrheit den Muttis, die in ihnen Garanten voller Lohntüten wähnten ... Mende gilt als schöner Mann, Brandt als Exponent von sex appeal. Sie eroberten den Vorsitz ihrer Parteien, weil sie den Muttis gefielen ... Einen Staat, in dem die Muttis nicht mit einem ‚Kind, das verstehst du nicht' verscheucht werden, ..., hat es – bislang – in Deutschland nicht gegeben."[183] Bei aller Verzerrung zeichnete er hier ja immerhin das Bild einer recht selbständigen, am politisch-gesellschaftlichen Leben beteiligten Frau – besonders im Vergleich mit der von ihm vermißten „Dame". Die rechnete er zu „den Gegenständen, die sich anbeten, aber nicht analysieren lassen": „Sie war vollkommen ungebildet, ohne es zu bemerken ... Jeden Sonntag besuchte sie den lieben Gott in der Kirche, die ihr Mann gestiftet hatte. ... Politisch war sie nicht interessiert. ... Von Sozialisten hatte sie eine Vorstellung wie von Tiefseefi-

[181] Im gleichen Jahr wie „Glanz und keine Gloria" erschien Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965. Zu beiden Büchern erschien in der „Frankfurter Neuen Presse" Nr. 299, 1965, eine Doppelrezension von Gerhard Schult, in der Studnitz' Buch als „Satyrspiel zur Tragödie" bezeichnet wurde.

[182] Studnitz, Glanz und keine Gloria, S. 11 f.

[183] Ebenda, S. 59.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen."[184] Im Vergleich mit seinen gesellschaftlichen Idealen kam Studnitz zu dem Schluß: „Die Wohlstandsgesellschaft ist keine restaurative Gesellschaft. Sie hat mit dem Gestern fast nichts gemein."[185] Angesichts dieser Feststellung fragte Gerd-Klaus Kaltenbrunner in seiner Rezension: „Ist uns also der lange verhinderte Sprung in die Moderne gelungen? Sollen wir deshalb über unseren Anschluß an die demokratisch-liberale Zivilisation frohlocken?"[186] Während der Konservative Kaltenbrunner eher das Unbehagen über diese Entwicklung teilte, faßte ein Kritiker aus einer anderen Generation, das spätere APO-Mitglied Rainer Langhans, sein Urteil zu dem Buch in dem Satz zusammen: „Studnitz' launige Kritik an niveaulosem Glanz wächst sich letztlich zu dessen handfester Empfehlung aus."[187]

Das folgende Buch – „Rettet die Bundeswehr!"[188] – war ein Angriff auf das Konzept der „Inneren Führung" und des „Staatsbürgers in Uniform". Auch dieses Buch durchzieht die Kritik an Wohlstandsgesellschaft und verweichlichter, disziplinloser Jugend. Studnitz wünschte sich eine Armee, die im Inneren als „Schule der Nation" und als Kristallisationspunkt für ein Staatsgefühl dienen sollte und gegenüber dem Ausland in der Lage war, Furcht zu verbreiten. Er forderte die Wiederherstellung einer Militärgerichtsbarkeit, Verschärfung des Disziplinarrechts, straffere Handhabung der Wehrpflicht und Bekämpfung der Drückebergerei. Bürger sollten erst nach Ableistung eines Wehr- oder Ersatzdienstes in den Genuß des Wahlrechts kommen. Durch Verbot einer Verbandstätigkeit wie im Bundeswehrverband oder in der ÖTV wollte er die Bundeswehr entpolitisieren[189] (1966 hatte die ÖTV das Recht erstritten, unter den Soldaten Mitglieder zu werben, und der Vater des Konzepts der Inneren Führung, Graf Baudissin, war demonstrativ der ÖTV beigetreten). Zur Traditionspflege hielt er den Rückgriff auf ruhmreiche Regimenter der Armeen des Kaiserreichs, der Reichswehr und Wehrmacht für unerläßlich, die Bezugnahme auf den 20. Juli 1944 hingegen für falsch. Eine Rebellion, so ehrenwert ihre Motive auch gewesen sein mögen, würde keine Maßstäbe für Disziplin und Moral setzen. Außerdem plädierte er für einen nationalen Oberbefehl beim Bundespräsidenten, eine starke und qualifizierte Persönlichkeit als Verteidigungsminister, der sein Amt über einen längeren Zeitraum (wenigstens zwei Legislaturperioden) bekleiden solle, einen militärischen Staatssekretär, die Befehls- und Kommandogewalt eines Generalinspekteurs im Rang eines Ministers und die Abschaffung des Wehrbeauftragten. Wieder sprach er sich für stärkere Autonomie im Rahmen der NATO einschließlich deutscher Atombewaffnung aus.

---

184 Ebenda, S. 52ff.

185 Ebenda, S. 59.

186 Die Zeit, 4.2. 1966: Restaurativer Staat?

187 Das Argument, Februar 1966, S. 76.

188 Hans-Georg von Studnitz, Rettet die Bundeswehr!, Stuttgart ²1967.

189 WamS, 14. 8. 1966: Nun eine „Gewerkschafts-Armee"? Er befürchtete u. a., daß die Gewerkschaften über ihre Mitglieder in der Armee ihnen nicht genehme Befehle, z. B. bei der Anwendung von Notstandsgesetzen, boykottieren könnten und daß sich letztlich eine Entwicklung, die „beim Soldatenrat enden kann", anbahnte.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Bundeswehr war in den sechziger Jahren noch stark durch die Gleichzeitigkeit von Reformvorstellungen einer kleinen Gruppe reformerischer Planer im Führungsstab und restaurativer Tendenzen in der Praxis geprägt[190]. Angesichts des Erfolgs des Studnitzschen Buches, das in den Medien breit diskutiert wurde und unter Soldaten auf Interesse und oft positive Resonanz stieß[191], ließ die Bundeswehrführung Anfang 1968 kritische Anmerkungen dazu verteilen[192]. Hier wurde seinen Vorstellungen entschieden widersprochen: Sie würden die Entstehung einer offenen, pluralistischen Gesellschaft ignorieren, deren Geist sich auch eine Armee nicht entziehen könne, wenn sie nicht zum „Staat im Staate" werden wollte. Sie zielten auf eine Restauration, die weder durchführbar noch wünschenswert sei. Studnitz' Forderungen bezüglich Oberbefehl usw. liefen letztlich darauf hinaus, die Armee der parlamentarischen Kontrolle zu entziehen, und würden das parlamentarische System in seinen Grundlagen berühren. Studnitz bekannte sich in seiner Antwort zu seiner Distanz zu Pluralismus und Parlamentarismus: Er trage den gesellschaftlichen Veränderungen sehr wohl Rechnung. Da er davon ausgehe, daß Moral und Disziplin heute schwerer aufrecht zu erhalten seien, verlange er „die Anpassung an diese Verhältnisse – nicht durch Abbau der Autorität der Vorgesetzten, sondern durch ihre Stärkung". Die parlamentarische Demokratie sei für ihn keine heilige Kuh. Im Unterschied zu den Vertretern der Inneren Führung glaubte er, „daß die Armee nicht Spiegelbild einer fragwürdigen Konsumentengemeinschaft, sondern Vorbild für einen intakten Staat sein sollte"[193].

„Eine kranke Zeit braucht eine heile Kirche" – unter diesem Motto entdeckte Studnitz in seinem letzten politischen Buch „Ist Gott Mitläufer?"[194] auch die Rolle der evangelischen Kirche für seine Zeitkritik. Er wandte sich hier gegen eine säkularisierte Kirche, die ihr politisches Engagement über die Aufgabe der Seelsorge stellen würde. Er sah sie als „Mitläufer eines fragwürdigen Fortschritts" im Gefolge eines herrschenden „Linkskonformismus". Über weite Passagen ist das Buch ein Pamphlet gegen die Öffnung der Kirche gegenüber Sozialdemokratie, Gewerkschaften und kommunistischen Gruppierungen, ihre Sympathie für protestierende Studenten, Vietnamkriegsgegner, Wehrdienstverweigerer und Anti-Springer-Demonstranten. Staatsfeindliche Tendenzen sah er von der „Theologie der Revolution" bis zur Arbeit der evangelischen Akademien. Er benannte die „Progressiven und Linksradikalen" in

---

190 Detlef Bald, „Bürger in Uniform". Tradition und Neuanfang des Militärs in Westdeutschland, in: Schildt/Sywottek (Hrsg.), Modernisierung, S. 392–402.

191 Die erste, zur Buchmesse erschienene Auflage von 4000 Exemplaren war im November 1967 vergriffen, dann erschien eine zweite von gleicher Stärke (vgl. Brief des Verlegers Heinrich Seewald an Studnitz vom 13.11. 1967). Rezensionen und zahlreiche Leserbriefe im Nachlaß.

192 Im Nachlaß finden sich die von der Bundeswehrdienststelle Fü S I herausgegebenen Manuskripte: Anmerkungen zu Studnitz „Rettet die Bundeswehr" (Fassung vom 3.1. 1968, 22 S. und Kurzfassung vom 3.1. 1968, 4 S.).

193 Wehrkunde, März 1968, S. 122ff.: Eine Antwort an die Kritik.

194 Hans-Georg von Studnitz, Ist Gott Mitläufer? Die Politisierung der evangelischen Kirche. Analyse und Dokumentation, Stuttgart 1969, S. 7.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der kirchlichen Hierarchie und sprach die Befürchtung aus, „daß die Kirche Martin Luthers mehr und mehr zur Kirche Martin Niemöllers wird"[195]. Er bestritt der Kirche ein Interventionsrecht in nichtkirchlichen Angelegenheiten durch Stellungnahmen und Denkschriften. In diesen entdeckte er zudem – wie in der Eigentumsdenkschrift von 1962 – sozialistische Gedankengänge oder – wie in der Ost-Denkschrift von 1965 – ein gestörtes Verhältnis zum Vaterland, indem im Gegensatz zur Politik der Bundesregierung die Preisgabe der Ostgebiete empfohlen werde.

Angesichts eines durch seine geistigen Bindungen zum Nationalsozialismus belasteten antidemokratischen Konservatismus der Vorkriegszeit hatten sich nach 1945 viele Konservative auf die Vorstellung einer untrennbaren Synthese von Konservatismus und christlichem Glauben zurückgezogen. Die Identifizierung mit einer „christlich-abendländischen Kultur" bot ihnen zudem die Möglichkeit, sich gleichermaßen vom kommunistischen Rußland wie vom politisch führenden, aber materialistischen und kulturlosen Amerika abzugrenzen[196]. Studnitz hat sich dagegen recht ungebrochen zu deutschnationalen und militärischen Traditionen bekannt, während er an der Dimension Religion, wie Kritiker des Buches richtig bemerkten[197], lange Zeit ein weitgehendes Desinteresse bekundete. Erst angesichts einer zögernden, in den sechziger Jahren aber immer stärker sichtbar werdenden Modernisierung der protestantischen Kirche, die einen Bruch mit nationalkonservativen, staatskirchlichen Traditionen und eine Öffnung zur Gesellschaft bedeutete[198], entdeckte er die Kirche als einen – nun schon gefährdeten – Faktor seines immer weniger der gesellschaftlichen Realität entsprechenden Weltbildes. Ein ihm wohlgesinnter Rezensent wie Eugen Gerstenmaier bemerkte zu Recht: „Studnitz, unklerikal und der theologischen Reflektion mehr ab- als zugeneigt, sah in der Kirche – der Tradition entsprechend, in der er erzogen wurde – vor allem eine Ordnungsmacht."[199] Sein Ideal war weniger ein „christliches Abendland" – obwohl man diese Vorstellung auch bei ihm antrifft – als eine nationale Kirche in der Tradition eines „Bündnisses zwischen Thron und Altar" der von ihm auch in diesem Buch verklärten Zeit vor 1918.

Etablierte Konservative wie Gerstenmaier äußerten zwar Sympathie für das Eintreten von Studnitz gegen linke Zeitströmungen in der Kirche, uneingeschränkte Zustimmung bekam er aber nur aus rechtsprotestantischen Kreisen wie der 1966 gegründeten „Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher"[200]. Wie sehr er sich mit seinen Auffassungen inzwischen auch am Rande eines zeitgemäßen Konservatismus bewegte, zeigen die Konflikte, die er anläßlich seiner beiden letzten Bücher mit seinem

---

195 Ebenda, S. 33.

196 Schildt, Ende der Ideologien?, S. 627–635.

197 Vgl. Eberhard Stammler im Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt vom 10. 8. 1969: Wer reitet so spät durch Nacht und Wind?

198 Vgl. Christoph Kleßmann, Kontinuitäten und Veränderungen im protestantischen Milieu, in: Schildt/Sywottek (Hrsg.), Modernisierung, S. 403–417.

199 Christ und Welt, 17. 10. 1969: Vom Rand her zur Sache.

200 Vgl. Alexander Evertz, Ein konservativer Journalist übt Kritik, in: Notgemeinschaft-Mitteilungen, Okt. 1969; Studnitz in: WamS, 3. 4. 1966: Notgemeinschaft deutscher Pfarrer.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Chefredakteur Giselher Wirsing hatte. Bereits 1966 hatte Wirsing es abgelehnt, einen Artikel von Studnitz zu veröffentlichen, der ähnliche Forderungen wie im Bundeswehr-Buch enthielt, da er sie für undifferenziert und unzeitgemäß hielt[201]. Als das Buch 1967 erschien, zeigte es sich, daß „Christ und Welt" mit den dort vertretenen Auffassungen identifiziert wurde. Da das Kirchenamt der Bundeswehr damit drohte, den Bezug von 5000 Exemplaren der Zeitung zu kündigen (im Kapitel über Militärseelsorge hatte Studnitz die Kirche schon in ähnlicher Weise angegriffen), und sich führende Bundeswehrvertreter wie Generalinspekteur de Maizière und Militärbischof Kunst bei Wirsing beschwerten, ermahnte dieser seinen Mitarbeiter ernsthaft: Herabsetzende Bemerkungen über führende Persönlichkeiten der Bundeswehr lägen nicht im Interesse der Zeitung, und wenn ihm auch kein Zensurrecht über seine Privatarbeiten zustehe, so fordere er von ihm als Mitglied einer Redaktion, mit Disziplin und Takt alles zu unterlassen, was der Zeitung schade[202]. Dieser Konflikt konnte beigelegt werden. Als ihm Studnitz in diesem Zusammenhang sein geplantes Buch über die Kirche ankündigte, teilte Wirsing ihm mit, „ein solches Buch könne sicherlich nicht erscheinen, solange Sie im Impressum von ‚Christ und Welt' stehen, weil sich unsere Wochenzeitung aus vielerlei Gründen nicht mit dem Establishment der evangelischen Kirche frontal anlegen kann"[203]. Studnitz schloß trotzdem ohne Wissen von Wirsing einen Vertrag mit Seewald über das Buch ab und ließ es in Druck gehen. Als Wirsing davon erfuhr, versuchte er vergeblich, das Erscheinen des Buches vor oder zum Kirchentag, der 1969 in Stuttgart stattfand, zu verhindern[204]. Die Angelegenheit hatte jedoch zur Folge, daß der Name von Studnitz aus dem Impressum gestrichen und sein Angestellten- in einen Mitarbeitervertrag umgewandelt wurde[205].

VIII.

Die vier zeitkritischen Bücher von Studnitz durchzieht die Vorstellung des Verlustes von Eliten: einer diplomatischen Kaste, gesellschaftlicher und militärischer Leitfiguren, einer kirchlichen Ordnungsmacht. Diese Vorstellung ist auch für seine Beurteilung des parteipolitischen Lebens wichtiger als die Präferenz für eine bestimmte Partei. Bereits 1950 sprach er von einer „Persönlichkeitskrise" und forderte ein Mehrheitswahlrecht, das allein die Durchsetzung von Persönlichkeiten gegenüber Berufspolitikern und Parteifunktionären ermöglichen würde[206]. Die gleichen Vorwürfe fin-

---

201 Brief von Wirsing vom 18.8. 1966.

202 Brief von Wirsing vom 14.11. 1967.

203 Brief von Wirsing vom 6.6. 1969.

204 Ebenda: Briefe von Studnitz an Wirsing und von Heinrich Seewald an die Verlagsleitung von „Christ und Welt" vom 11.6. 1969.

205 Bis zur Ausgabe vom 27.6. 1969 erschien sein Name im alphabetischen Mitarbeiterverzeichnis, ab 4.7. 1969 fehlt er (die Ausgaben vom 18. und 25.7. 1969 erschienen mit Beilagen zum Kirchentag!).

206 HAZ, 7.3. 1950: Gibt es wirklich keine fähigen Leute?

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den sich in einem Artikel von 1967: ein falsches Auswahlsystem, mittelmäßige Funktionäre, zumeist Beamte oder Gewerkschaftler, würden den Aufstieg von begabten, vor allem finanziell nicht von der Politik abhängigen Außenseitern blockieren, und die Elite würde daher eher in die Wirtschaft als in Parlament und Staatsdienst drängen[207].

Als stellvertretender Chefredakteur von „Christ und Welt" bekannte Studnitz sich als Sympathisant der CDU[208], er hatte aber auch Beziehungen zum nationalliberalen Flügel der FDP. Nachdem diese Adenauer 1961 noch einmal zur Kanzlerschaft verholfen hatte, vertrat Studnitz in einem Brief an den befreundeten FDP-Politiker Knut von Kühlmann-Stumm die Auffassung, daß dessen Partei „überhaupt nur eine Zukunft hat, wenn sie die Koalition schleunigst verläßt und damit zum Sammelbekken aller der Kräfte wird, die mit der CDU unzufrieden sind"[209]. Die Persönlichkeit Adenauers beurteilte er noch in einem Rückblick auf seine Kanzlerschaft durchaus zwiespältig: Er stilisierte ihn zum „Typus des reinen Politikers, der in diesem Land so überaus selten ist", ließ aber auch durchblicken, daß er als Ergebnis seiner Politik der Anpassung und Vermeidung von Konflikten nur eine begrenzte Souveränität im Rahmen der Westintegration und ein zweifelhaftes Wirtschaftswunder erreicht sah, während er Schritte in Richtung Wiedervereinigung vermißte. „Der sich so asketisch gebende alte Herr öffnete die Schleusen einer Zeit, die von Askese nichts wissen will. Während er in politischen Kategorien dachte, gewöhnten sich seine Zeitgenossen daran, in Pferdestärken zu denken."[210] Später hat er dann die Größe Adenauers im Vergleich mit seinen Nachfolgern immer mehr betont. Ludwig Erhard, die Symbolgestalt der Wohlstandsgesellschaft, entsprach überhaupt nicht seinen Vorstellungen von Elite. Er war für ihn die „Inkarnation des deutschen Menschentypus seiner Zeit", fortschrittsgläubig und mit Vorliebe für ein kleinbürgerliches Milieu[211]. Der FDP warf er nun vor, daß sie durch ihre Koalitionspolitik oft begabte Persönlichkeiten verhindert habe, indem sie etwa dafür gesorgt habe, „daß Adenauer einige Jahre zu früh in den Ruhestand geschickt wurde und Franz Josef Strauß die Wiederaufnahme in die Regierung verweigert blieb"[212]. In diesem Zusammenhang spekulierte er über den Trend zum Zwei-Parteien-System: Die FDP könnte gerade wegen der Durchsetzung liberaler Elemente in CDU und SPD (auf ihrem Weg zur Volkspartei seit dem Godesberger Programm) überflüssig werden.

1966 begrüßte er das Ende der Regierung Erhard. Sein Name stand für ihn für „die Taktik der uferlosen Wahlgeschenke, die Unfähigkeit, der Verschwendung der öffentlichen Hand Einhalt zu gebieten", während er seine Minister Schröder und Hassel für eine falsche Außen- und Verteidigungspolitik verantwortlich machte. Nur die

---

207 WamS, 6.10. 1967: Die Herrschaft der Unersetzlichen.
208 Brief an Heinrich von Brentano vom 5.4. 1963.
209 Brief an Knut von Kühlmann-Stumm vom 13.7. 1962.
210 Christ und Welt, 4.10. 1963: Die Zeit Konrad Adenauers.
211 Christ und Welt, 18.11. 1966: Die Träume Ludwigs des Deutschen.
212 WamS, 10.4. 1966: Hat die FDP noch eine Zukunft . . .?

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

große Koalition konnte für ihn noch „dem Notstand gerecht werden, in den die Bundesrepublik unter Erhard geraten ist"[213]. Mit Kiesinger hatte sich die CDU nach seiner Meinung „für einen ihrer Besten" als Kanzler dieser Koalition entschieden. Hinweise auf dessen Tätigkeit im Dritten Reich (in der Rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes) wischte er mit dem Argument beiseite, daß man die Geschicke des Staates nun einmal nicht nach 1945 geborenen Leuten anvertrauen könne[214]. In Hinblick auf die parteipolitische Entwicklung verband er mit der Großen Koalition folgende Perspektiven: Die Einführung eines Mehrheitswahlrechts, die damals im Gespräch war, könnte das Ende der FDP bedeuten[215] – diese hatte sich für Studnitz in diesen Jahren mit Reformvorschlägen etwa zur Deutschland- und Ostpolitik ohnehin disqualifiziert[216]. Von der Regierungsbeteiligung der SPD erhoffte er sich die Beschleunigung ihres Reifeprozesses von einer Klassenkampfpartei zur Volkspartei. Als Garanten dieser Entwicklung nannte er unter anderem Herbert Wehner und Helmut Schmidt, dessen Ansichten zu Wehrfragen er sich verpflichtet fühlte und den er schon 1966 gern als Verteidigungsminister gesehen hätte[217]. Aufgrund innen- und außenpolitischer Reformbestrebungen in der SPD sah er sich jedoch bald in seiner Hoffnung enttäuscht. Sein Wunsch war es gewesen, daß die Wähler sich bei der Bundestagswahl 1969 „zwischen zwei gleichwertigen großen Parteien entscheiden können. Zwischen zwei Volksparteien, die so viel verband und nicht mehr trennte als Demokraten und Republikaner in den USA, Tories und Labour in Großbritannien; Parteien, die getrennt marschieren, aber gemeinsam handeln, wo es um das nationale Selbstverständnis der Deutschen geht."[218] „In den großen politischen Zielsetzungen, in der Wahrung der nationalen Belange unterscheidet diese Volksparteien nur wenig. Es sind ihre führenden Persönlichkeiten, für die sich die Wähler entscheiden."[219] Die Vorstellung, daß in einem demokratischen Parteiensystem unterschiedliche Interessen einer pluralistischen Gesellschaft miteinander konkurrieren, war Studnitz fremd. Er befürwortete Parteien nur als Instrumente zur Auswahl von Eliten. An diese sollte die Bevölkerung das politische Geschäft delegieren, ohne selbst wirklich an der politischen Willensbildung beteiligt zu sein.

„Die Masse braucht Ausnahmemenschen", hatte er schon in den fünfziger Jahren geschrieben. Die Kirche habe bei der Aufgabe versagt, dem modernen Massenmenschen die Werte der Persönlichkeit zu erhalten und zu vermitteln. Die neuen Massenreligionen wie Faschismus und Kommunismus hätten die Entpersönlichung in ihrem Interesse vorangetrieben. Diese Lücke hätten die Parteien nach dem Krieg nicht schließen können. Nur einigen Verlegern sei es gelungen, nach ausländischem Vorbild einen Religionsersatz zu schaffen und die Bedürfnisse der Menschen durch die

[213] WamS, 30.10. 1966: Quo vadis, Erhard?
[214] WamS, 13.11. 1966: Das Erbe Erhards.
[215] WamS, 27.11. 1966: Ein neuer Anfang; ebenda, Die „heiligen Kühe" der Deutschen.
[216] WamS, 19.3. 1967: Der FDP schlug die „Stunde der Dummheit".
[217] Vgl. Studnitz, Rettet die Bundeswehr, S. 10, 31.
[218] WamS, 14.4. 1968: Ist die SPD noch eine Volkspartei?
[219] WamS, 12.5. 1968: Eine SPD nach Ernst Blochs Rezept?

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„human story, die Schicksale von Menschen, die aus der Masse herausragten", zu befriedigen. Während Studnitz Berichte über Verbrecher und Filmstars natürlich für fragwürdig hielt, bedeutete der Erfolg von Serien über Fürstenhäuser für ihn, „daß sich im Unterbewußtsein der Massen ein Heimweh nach Institutionen und Symbolen angesammelt hat, die eine gewisse Kontinuität verheißen"[220]. 1953 drückte er auch seine Wunschvorstellungen aus, wenn er in einem Artikel über den spanischen Philosophen Ortega y Gasset dessen Ausspruch zitierte: „Alles, was heute auf dem Erdball geschieht, wird mit dem Scheitern des Anspruchs der Massen auf Führung des europäischen Lebens enden."[221] Diesen Anspruch der Massen sah er verkörpert im Kommunismus und (jedenfalls im nachhinein) im Nationalsozialismus – in seinen Erinnerungen erklärte er seinen NSDAP-Beitritt 1933 bezeichnenderweise damit, daß er sich das einzige Mal in seinem Leben „dem Zeitgeist entsprechend progressiv verhalten" und sich einer „Volksbewegung" angeschlossen habe[222]. 1975 schrieb er an Eugen Gerstenmaier, daß er weder Weimar, noch das Dritte Reich, noch die Bundesrepublik als seinen Staat empfunden habe: „Ich war ideologisch niemals belastet. Auch heute glaube ich nicht an die Demokratie als Ideal, sondern halte sie für das geringere Übel. Freilich frage ich mich immer wieder, ob die modernen Industriestaaten mit diesem System noch regierbar sind. Die klassische in Großbritannien entwikkelte Demokratie beruhte ja auf lauter Voraussetzungen, die – etwa bei uns – gar nicht gegeben sind. Einer elitären Auswahl der Abgeordneten ... Ihrer Vorbereitung auf den Beruf des Parlamentariers von Jugend an. Ihrer materiellen Unabhängigkeit ... Die Monarchie überwölbte das parlamentarische System ..." – in der Gegenwart sah er dieses Modell weder in England noch anderswo verwirklicht und kam zu dem Schluß, das sich die abendländische Zivilisation, wie Spengler es geahnt habe, im Untergang befände[223].

Dieser „Untergang des Abendlandes" manifestierte sich für Studnitz auch in Architektur und Städtebau der Nachkriegszeit. Er knüpfte an seine Vorstellung von 1944 von der Gelegenheit zum umfassenden Neuaufbau der zerstörten Städte an. „Seit dem Absolutismus hat keine Epoche Städteplanern und Architekten solche Chancen zugespielt wie die Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg."[224] Mit seiner in zahlreichen Varianten immer wieder vorgetragenen Behauptung, daß diese Chancen gründlich vertan wurden, unterzog er die Nachkriegsarchitektur einer ähnlich pauschalen Kritik wie das Jahrhundert vor 1933. Während er den im Dritten Reich erfolgten Autobahnbau immer noch als „gewaltiges Werk" rühmte[225], hatten die deutschen Architekten für ihn nach 1945 versagt: „Man kann sich nicht vorstellen,

---

[220] Die Meinungsmacher. Ein Zeitbild, S. 59–61, (Manuskript im Nachlaß). Diesen Entwurf zu einem Bühnenstück verfaßte Studnitz 1954 auf der Grundlage seiner Hamburger Presseerfahrungen.

[221] Christ und Welt, 14.5. 1953: Ortega y Gasset und die Deutschen.

[222] Studnitz, Seitensprünge, S. 10, 80f.

[223] Brief an Eugen Gerstenmaier vom 23.7. 1975.

[224] WamS, 22.12. 1968: Schockfarben machen die Monotonie nur schlimmer. Was Berlins „Märkischem Viertel" fehlt.

[225] Christ und Welt, 25.5. 1962: Frage an die Architekten.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß auch nur eine ihrer Schöpfungen von späteren Generationen unter Denkmalschutz gestellt wird. Die deutschen Baumeister nach dem Krieg haben die Gnade der Stunde Null nicht zu nutzen verstanden." Schlimmer noch: „Der Wiederaufbau hat die deutschen Städte noch einmal zerstört und, wie man fürchten muß, für immer."[226]

Der Repräsentationsaufwand für große Bauten der Vergangenheit – vornehmlich Schlösser und Kirchen – erschien ihm gerechtfertigt, weil sich in ihnen eine Idee manifestierte: von der Majestät des Staates oder von der Heiligkeit der Religion. In der Gegenwart fordere dagegen „der Repräsentationsanspruch der Seife und des Kaugummi, von Banken und Versicherungen die Baukunst in die Schranken"[227]: „Manager bauen Königsschlösser" – Büro- und Verwaltungspaläste zumeist auf Kosten des kleinen Aktionärs, der dumpf fühle, „daß die vor seinen Augen wachsenden Betonungeheuer aus seinem Fleisch und Blut gestampft werden". Hochhäuser erschienen Studnitz als Synonym für die bauliche Misere: wenn etwa „in der Silhouette Kölns der Dom durch das Gerling-Hochhaus seiner ragenden Alleinherrschaft beraubt wurde"[228]. Er machte sich Gedanken über den Abbruch nicht mehr benötigter Hochhäuser und die Beseitigung sonstigen „Zivilisationsmülls": „Immer mehr Pesthalden und Autofriedhöfe überziehen die Landschaft und zeugen von der Unfähigkeit, das Morgen zu bedenken."[229] Er sah in der „Verhäßlichung der deutschen Landschaft" auch eine Folge der „zunehmenden Amerikanisierung unseres Lebens". Der amerikanische Präsident Johnson, „ein intimer Kenner der Massenseele", erschien ihm allerdings vorbildlich mit einem Programm zur Durchgrünung der Großstädte und zur Entgiftung von Luft und Wasser[230]. Studnitz' antimodernes, vorindustrielles und ständisches Gesellschaftsbild bestimmte sein Engagement gegen die Zerstörung von Landschaften und historischen Stadtbildern durch Hochhaus- und Betonbauten[231]. Im Zusammenhang mit seinem Eintreten gegen die Umwandlung eines historischen Augsburger Hauses in ein Horten-Kaufhaus[232] warnte er bezeichnenderweise vor „der Warenhausfeindlichkeit weiter Kreise der Bevölkerung, vor allem der kleinen Gewerbetreibenden"[233].

Das moderne Bauwesen und besonders die Einflüsse ausländischer Architekten unterwarf Studnitz einer pauschalen Kritik. „Was von Niemeyer und Aalto, von Mies van der Rohe und Le Corbusier kommt, gilt unbesehen als Evangelium. Das schreckliche neue Hansaviertel in Berlin, zur Bauausstellung errichtet, ist ein Ergebnis der unkritischen Übernahme ausländischer Arbeiten, Scharouns Berliner Philhar-

---

226 Studnitz, Glanz und keine Gloria, S. 227 bzw. 217.
227 Ebenda, S. 220.
228 Christ und Welt, 24. 5. 1956: Manager bauen Königsschlösser.
229 Studnitz, Glanz und keine Gloria, S. 222.
230 WamS, 21. 2. 1965: Verunstaltet das schöne Deutschland nicht!; Leserbriefe: WamS, 28. 2. 1965.
231 Christ und Welt, 11. 11. 1966: Bedrohte Silhouetten; WamS, 23. 7. 1972: Mit viel Beton in die deutsche Saison.
232 Christ und Welt, 25. 3. 1966: Das gerettete Zeughaus; ebenda, 29. 7. 1966: Horten kämpft um Holl.
233 Brief an Helmut Horten vom 24. 3. 1966.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

monie ein anderes. Keine Hafenverwaltung hätte sich die Errichtung eines Kornspeichers von dieser abstrusen Häßlichkeit gefallen lassen." Studnitz wünschte sich die Anleitung der Architekten durch sachverständige Bauherren nach fürstlichen Vorbildern: „Hätte Willy Brandt den Mut gehabt mit Scharoun umzugehen wie Friedrich der Große mit Knobelsdorff, Berlin wäre um eine Scheußlichkeit ärmer ... Es obliegt dem Bauherrn, Experimentierlust und Geschmacksverirrungen des Architekten zu zügeln. Bauen verlangt eine ordnende Macht, einen strengen Sinn für das Angebrachte."[234]

Studnitz' undifferenzierte und oft wenig Sachkenntnis zeigende Attacken fanden in den sechziger Jahren trotzdem eine beachtliche Resonanz in häufig zustimmenden Leserbriefen und Rezensionen[235]. Er nahm an Rundfunkgesprächen mit bekannten Architekten teil[236], und Fachleute antworteten kritisch auf seine Thesen. „Stellenweise hat der Mann gar nicht so unrecht", bemerkte Ernst May, während Rudolf Hillebrecht vor „einer Art neuer Antibauhausgesinnung" warnte und der Berliner Planungschef Düttmann feststellte: „Die Architektur ist ein Abbild der Gesellschaft: Die ist nun mal nicht zentriert auf Kirchen und Prunkbauten." Im Unterschied zu Friedrich dem Großen sei man an demokratische Spielregeln gebunden. Und Hans Scharoun faßte seinen Gegensatz zum Studnitzschen Denken in dem Satz zusammen: „Die Häuser sollten nicht mehr, wie bei den Nazis, schön sein für die, die draußen vorbeigingen, sondern für die, die drinnen wohnen."[237]

Das besondere Interesse von Studnitz galt staatlichen Repräsentationsbauten, etwa den deutschen Botschaften im Ausland[238]. Den Wohnungsbau betrachtete er wieder vor allem im Rahmen seiner Gesellschaftskritik. Die Planer des Märkischen Viertels in Berlin waren für ihn durch die „fixe Idee amerikanischer Sozialreformer, daß es nur des Wasserklosetts bedürfe, um die armen Leute glücklich zu machen", inspiriert: „Der gebotene Wohnungskomfort ist beachtlich." Das sei jedoch vor allem ein Anreiz für die Leute, sich für die Übersiedlung zu verschulden. „Wer sind diese Menschen überhaupt? Sie kommen samt und sonders aus den unteren und untersten Einkommensklassen. ... Ist es soziologisch überhaupt sinnvoll, sie geschlossen anzusiedeln? Millionärskolonien kennen keine sozialen Probleme, aus Armenvierteln lassen sie sich nicht fortdenken."[239] Die „Wohnmaschinen" der Gegenwart würden zur

---

[234] Studnitz, Glanz und keine Gloria, S. 225 ff.

[235] „Für Künstler und Architekten nicht nur, sondern für die gesamte Öffentlichkeit sollte das Schlußkapitel über die neudeutsche Architektur ... zur Pflichtlektüre erklärt werden" – so Herbert M. Schönfeld in seiner Rezension zu Studnitz, Glanz und keine Gloria, im Bonner Generalanzeiger vom 21. 1. 1966.

[236] Mit Egon Eiermann und Paul Schneider-Esleben; vgl. Brief an Eiermann vom 20. 2. 1967.

[237] Hannoversche Presse, 11. 11. 1966: Wurden unsere Städte zum zweiten Mal gemordet? Die Professoren Hillebrecht (Hannover), May (Hamburg), Tamms (Düsseldorf), Scharoun und Düttmann (Berlin) haben das Wort.

[238] Vgl. Studnitz, Bismarck in Bonn, S. 279–287. Korrespondenzen mit der Bundesbaudirektion 1963 und mit Egon Eiermann 1967.

[239] WamS, 22. 12. 1968: Schockfarben machen die Monotonie nur schlimmer. Was Berlins „Märkischem Viertel" fehlt.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Entwurzelung der Menschen beitragen. Technische Perfektion, Waschmaschine, Fernsehen usw. lieferten den Bewohnern Wunder etagengerecht und entfremdeten sie dem Glauben an Gott. Die Öde der Siedlungen sei familienfeindlich und würde „neue Formen menschlicher Koexistenz" begünstigen: „Kindergärten und Kommunen, Partnertausch und Homosexualität, Polygamie und Gruppensex, Rauschgiftzirkel und Bandenwesen". Der „um sich selbst und um seine Einsamkeit betrogene moderne Mensch" würde dem „Terror des Kollektivs" ausgesetzt. Die moderne „Antiarchitektur", die den Menschen kein Heimatgefühl mehr vermitteln könne, leiste einen wesentlichen Beitrag zur Desintegration der Gesellschaft[240].

IX.

1969 urteilte Klaus Harpprecht, ehemaliger Kollege bei „Christ und Welt" und der „Welt am Sonntag" und inzwischen Anhänger Willy Brandts: „Ich habe Studnitz immer als einen konservativen Individualisten geschätzt, ... er gehört zu einer Generation, die es nicht wahrnimmt, daß sie sich selbst überlebt hat."[241] Daran änderte sich auch unter der sozialliberalen Regierung nichts. Weiterhin beklagte Studnitz die „Verwandlung der Nation in einen Konsumverein" und sah eine ältere Generation, die es verlernt habe, Autorität und Glauben zu vermitteln, und eine geschichts- und orientierungslose Jugend, die bereit sei, für Progressivität jeden Preis zu zahlen. Nie zuvor war jedoch für ihn die Außenpolitik der Gefahr näher gewesen, zu einem Nebenprodukt dieser innenpolitischen Konstellation zu werden[242]. In der publizistischen Kampagne der Springer-Presse gegen die neue Ostpolitik war Studnitz eine der radikalsten Stimmen. Für ihn gab es nur eine Politik: „der Welt unablässig ins Gedächtnis rufen, daß es ohne eine Lösung der deutschen Frage keine Entspannung geben kann; daß die Dreiteilung Deutschlands ein Ende haben muß"[243]. Er plädierte dafür, alle Mittel zu nutzen, die Ratifizierung der Ostverträge zu verhindern, bezweifelte ihre Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz und empfahl der CDU, das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Er stellte sogar Spekulationen darüber an, gegen den Bundespräsidenten im Falle seiner Unterschrift zu den Verträgen wegen Verletzung des Grundgesetzes eine Amtsenthebungsklage einzuleiten[244]. Solche Überlegungen lösten auch im Springer-Verlag Zweifel daran aus, ob es ratsam sei, Kommentare zu einer politisch derart brisanten Materie einem juristisch dilettierenden Autor wie Studnitz zu überlassen[245].

---

240 Konservativ heute, H.2, 1971: Auflösung durch Antiarchitektur.

241 Brief von Klaus Harpprecht an Axel Springer vom 28.12. 1969.

242 WamS, 4.1. 1970: Wie beurteilt der Bundeskanzler die Lage der Nation?

243 WamS, 6.8. 1970: Der Vertrag.

244 WamS, 9.1. 1972: Wenn die CDU hart bleibt: Dann gibt es Verfassungsstreit.

245 So Edgar Kull nach einem Gespräch mit Adam Vollhardt in einer Hausmitteilung vom 11.1. 1972 an Warnfried Encke. Encke reicht diese mit Bitte um Stellungnahme an Studnitz weiter, der seine Position in einem Schreiben vom 13.1. 1972 bekräftigte.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stärker als zuvor geriet Studnitz in den siebziger Jahren an den rechten Rand des publizistischen Spektrums. 1972 schied er bei „Christ und Welt" aus. Er hatte sich zunehmend der Zeitung entfremdet und durch Umzug von Stuttgart an den Chiemsee 1970 auch geographisch entfernt[246]. Dagegen schrieb er nun regelmäßig im „Bayernkurier", außerdem in einer Reihe rechter Presseorgane, wie „Criticon", „Deutschland-Magazin", „Konservativ heute", „Nation Europa" und der von William S. Schlamm begründeten „Zeitbühne", die er 1978 als Chefredakteur übernahm. Kennzeichnend für seine Situation Ende des Jahrzehnts ist ein Schreiben der Chefredaktion des „Bayernkurier" an Studnitz mit der Aufforderung, seine Mitarbeit bei der vom Verfassungsschutz als rechtsradikal ausgewiesenen „Nation Europa" einzustellen, da dies mit der Mitarbeit beim „Bayernkurier" nicht vereinbar und auch bereits polemisch gegen ihn gekehrt worden sei[247].

1975 veröffentlichte Studnitz seine Memoiren. Obwohl er auch lobende Worte dafür fand, drückte Michael Stürmer in seiner Rezension die Hoffnung aus, daß der Neokonservatismus der zweiten Republik zu Geschichtsbild und Argumentationsstil des Buches Distanz halten möge[248]. Auch für die Mehrheit der Konservativen hatte sich Studnitz Mitte der siebziger Jahre historisch überlebt. Und doch schrieb er noch etwa 15 Jahre regelmäßig für die „Welt am Sonntag". Weiterhin beschwor er den Adel als „Pfeiler im Strom der Vermassung" und beklagte, daß die Deutschen nach 1945 außerordentliche Persönlichkeiten am Staatsruder fürchten gelernt hätten. Strauß war für ihn immer noch „ein Mount Everest unter Schwarzwaldbergen" in der deutschen Politikerlandschaft, als er zur Bundestagswahl 1986 über dessen Rückkehr nach Bonn spekulierte, dabei aber eher an die Vorliebe der Deutschen für Administratoren wie Kohl, die ihnen ihre Ruhe nicht rauben würden, glaubte[249]. Doch zu aktuellen politischen Fragen nahm er nur noch selten Stellung. Zumeist verfaßte er in den letzten Jahren Artikel zu historischen Themen und vor allem Buchrezensionen. Am 16.7. 1993 ist Hans-Georg von Studnitz gestorben[250].

---

[246] Nachdem ihm Ulrich Frank-Planitz aufgrund der finanziellen Situation der Zeitung eine Kürzung seiner Bezüge um 50% angekündigt hatte (Briefe vom 28. und 29.12. 1971), schlug Studnitz in einem Brief vom 2.1. 1972 eine einvernehmliche Trennung zum Jahresende vor.

[247] Brief von Wilfried Scharnagl vom 6.12. 1978. Vergleiche den Bericht von Uly Foerster im „Vorwärts" vom 10.8. 1978: Aus Liebe zu Deutschland.

[248] Michael Stürmer, Ein Bismarckianer in der Bonner Republik (Rezension zu: Seitensprünge, gesendet am 11.12. 1975 im Hessischen Rundfunk); Manuskript im Nachlaß.

[249] WamS, 21.1. 1979: Der Adel – ein Pfeiler im Strom der Vermassung; ebenda, 2.11. 1986: Was macht Strauß, und wo landen die Grünen?

[250] Nachrufe in FAZ (20.7. 1993), Welt (20.7. 1993), WamS (25.7. 1993).

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

JOHANNES MERZ

„FREISTAAT BAYERN"

Metamorphosen eines Staatsnamens

In der Kardinal-Faulhaber-Straße in München wurde 1989 ein Denkmal für den ersten bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner geschaffen. Im Vorfeld gab es eine heftige Diskussion, ob Kurt Eisner, der Exponent des Umsturzes von der Monarchie zur Republik in Bayern 1918, als der Begründer des „Freistaates Bayern" anzusehen sei, oder ob er nicht vielmehr den Begriff „Volksstaat" geprägt und die Bezeichnung „Freistaat" erst später an Bedeutung gewonnen habe. Dahinter stand die allgemeinere Frage, welche politische Kraft den Namen „Freistaat Bayern" etabliert hat und was damit gemeint war: Drückt er mit der Überwindung der Monarchie einen revolutionären Anspruch aus oder betont er die Unabhängigkeit des Landes gegenüber einer deutschen Zentralregierung? 1989 stand erst nach harten Auseinandersetzungen und der Erstellung eines offiziellen Gutachtens die Bezeichnung fest: Nach Auskunft der Gedenkinschrift ist Kurt Eisner „der erste Ministerpräsident des Volksstaates Bayern"[1].

Dieser Streit um Worte erscheint typisch: Während offizielle Staatsbezeichnungen in der deutschen Öffentlichkeit sonst kaum eine Rolle spielen[2], ist der Name „Freistaat Bayern" ein Reizwort weit über Bayern hinaus[3]. Die Assoziationen und Emotionen, die damit verbunden werden, stimmen durchaus nicht überein; die einen denken dabei eher an Volkstümelei, Partikularismus und Rückständigkeit[4], die anderen

[1] Süddeutsche Zeitung Nr. 45 vom 23. 2. 1989, in: Stadtarchiv München, Presseausschnitte, Kurt Eisner. Vgl. auch Katharina Weigand, Die öffentliche Erinnerung an Kurt Eisner in München, in: Denkmäler in Bayern im 19. und 20. Jahrhundert (erscheint 1997). Die Thematik wurde angeregt durch die Mitarbeit am Editionsprojekt „Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1919–1945", das die Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns gemeinschaftlich durchführen. Für Hinweise danke ich Herrn Dr. Karl-Ulrich Gelberg (Augsburg) und Herrn Prof. Dr. Ferdinand Kramer (Eichstätt).

[2] Eine Ausnahme stellt der betonte Gebrauch von „Bundesrepublik Deutschland" dar, der durch die Existenz der DDR verursacht wurde und in den letzten Jahren zugunsten von „Deutschland" stark zurücktritt.

[3] Vgl. etwa die erfolgreichen Publikationen von Bernhard Ücker, Bayern – der widerspenstige Freistaat. Behauptung und Beweis, München [8]1990; ders., Lieber bayrisch Frei als preußisch Reich. Ein weißblaues Contra aus dem widerspenstigen Freistaat, München [3]1991.

[4] Vgl. Friedrich Weckerlein (Hrsg.), FREIstaat. Die Anfänge des demokratischen Bayern 1918/19,

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eher an Eigenständigkeit, Bewahrung des Föderalismus und kulturelle Identität[5]. Doch unterscheiden sich im Hinblick auf diesen Namen im wesentlichen nur die Wertungen, nicht die grundsätzlichen Inhalte, die ihm als Bedeutungsträger beigemessen werden. Wenngleich die bayerische SPD in den letzten Jahren mehrfach versucht hat, ihn als ihr geistiges Eigentum zu reklamieren[6], so gilt doch dessen eigenstaatliches, heimatbetontes und konservatives Image weithin als politisches Markenzeichen der CSU[7].

Die immer wieder aufflammende öffentliche Diskussion um Herkunft und Bedeutung des bayerischen Staatsnamens wurde im wesentlichen stets von Politikern und Publizisten geführt. Die Flut der historischen Darstellungen zur Revolutionszeit 1918/19 begnügt sich weitgehend damit festzustellen, daß „Freistaat" die deutsche Übersetzung des lateinischen „res publica", von „Republik", sei[8]. Und auch von seiten der Juristen wird höchstens beiläufig darauf hingewiesen: „Diese Verdeutschung des Wortes ‚Republik' wird allerdings heute nicht oder falsch verstanden."[9]

München-Zürich 1994. In der Einleitung wird als Ziel umschrieben, „gegen Haß und Hetze, Verteufelung, Verdrängung und Vereinnahmung, Geschichtslosigkeit und Geschichtsverfälschung" durch „Erinnerung und Aufklärung" zum Nachdenken über das „tatsächlich freistaatliche Bayern und die Ursprünge der ‚bayerischen Art' von Republik" beizutragen, S. 13. Weckerlein wendet sich insbesondere gegen das Image des Begriffs „Freistaat Bayern": „[. . .] als Postkarten-Kuriosum, als Volksstamm mit eigenbrötlerischen, ja separatistischen Neigungen, als bundesdeutscher Sonderfall mit wortmächtigem Drohpotential, als konservative Alpenfestung der letzten wahren Preußen [. . .]", ebenda, S. 8.

5 So sieht etwa der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber das wesentliche Element des Freistaat-Begriffes in der föderalistischen Politik der bayerischen Staatsregierungen seit 1945, in der dadurch geförderten Entwicklung Bayerns „zum vielleicht modernsten Staat Europas" und in der Bewahrung der Verfassungswerte begründet. Rede des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber anläßlich des 75. Jahrestages des Inkrafttretens der Bamberger Verfassung am 15. 9. 1994 in Bamberg, Manuskript im Besitz des Verf. Vgl. Franz Josef Strauß, Erinnerungen, Berlin 1989, S. 544–547.

6 Vgl. neben der Diskussion um das Eisner-Denkmal 1989 auch Weckerlein, FREIstaat, S. 8: Der „Freistaat" sei „kein weiß-blauer Folklorebegriff, sondern ein revolutionärer Anspruch", und „als demokratischer Fortschritt eine historische Leistung der Linken", insbesondere Kurt Eisners.

7 Ganz im Einklang damit bekannte Stoiber in seiner Rede zum 75. Jahrestag der Bayerischen Verfassung (wie Anm. 5): „. . . ein bißchen Stolz schwingt schon mit, wenn wir uns als widerspenstiger Freistaat bezeichnen." Vgl. auch Herbert Riehl-Heyse, CSU. Die Partei, die das schöne Bayern erfunden hat, München 1979.

8 Eine Ausnahme stellt der Ausstellungskatalog von Gerhard Heyl, Reich und Länder in der Weimarer Republik. Ausstellungskataloge der bayerischen staatlichen Archive 3, München 1969, dar. Hier finden sich mehrere Hinweise auf die Entstehung und Verwendung des Freistaat-Begriffes, die allerdings nicht rezipiert worden sind. Vgl. auch Max Domarus, Bayern 1805–1933. Stationen der Staatspolitik, Würzburg 1979, S. 188–218. Zu Thüringen neuerdings Andreas Dornheim, Geschichte des Begriffes „Freistaat" [Thüringen], hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 1994 (unpaginiert, 8 S.).

9 Josef Isensee, Republik – Sinnpotential eines Begriffs. Begriffsgeschichtliche Stichproben, in: Juristenzeitung 1981, S. 6, Anm. 48. Allerdings gibt auch Isensee lediglich einige Hinweise auf die Bedeutung des Freistaat-Begriffs zur Zeit seiner Entstehung im 18. Jahrhundert. In den Verfassungskommentaren wird knapp erklärt, daß Freistaat dasselbe wie Republik und damit das Gegenteil

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der bayerische Staatsname wird also einerseits in den Medien häufig mit unterschiedlichen Konnotationen belegt und avanciert immer wieder zum Kampfmittel in der politischen Auseinandersetzung. Andererseits liegen befriedigende wissenschaftliche Aussagen zu seinem Bedeutungspotential nicht vor. Bei diesem Befund erscheint es angebracht, daß sich Historiker der Frage nach der Geschichte dieser Namensgebung und ihrer historischen Relevanz stellen, um ihrer Aufgabe nachzukommen, durch Aufklärung die Instrumentalisierung von Geschichte zu verhüten[10].

Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich somit auf Ursprung und Bedeutung des *Namens* „Freistaat Bayern". Es geht folglich nicht darum zu beschreiben, wer die Fundamente des heutigen demokratischen Staates gelegt hat und wie dies im einzelnen geschah; zu Recht wird immer wieder darauf hingewiesen, daß dabei den Sozialdemokraten sowohl nach dem Ersten wie nach dem Zweiten Weltkrieg ein weitaus bedeutenderer Anteil zukam, als dies im aktuellen öffentlichen Bewußtsein verankert ist[11]. Hier geht es nur um die Verwendung eines Wortes und die Frage, inwieweit diese Wortverwendung historisch von Belang ist.

Zu Beginn soll seine Verwendung in Bayern 1918/19 skizziert werden; dem folgen Feststellungen zu seiner Herkunft, seinem Gebrauch außerhalb Bayerns und dessen Rückwirkung und schließlich der Versuch, seine weitere Bedeutungsentwicklung bis heute zu umreißen.

I.

Die bekannte Formulierung „Bayern ist fortan ein Freistaat!" stammt aus einem Aufruf „An die Bevölkerung Münchens", der von Kurt Eisner im Namen des Münchner Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates ausging und in der Morgenausgabe der Münchener Neuesten Nachrichten vom 8. November 1918 gedruckt wurde[12]. Im gleichen

---

von Monarchie meine; vgl. z.B. Karl Schweiger/Franz Knöpfle, Die Verfassung des Freistaates Bayern, München ²1989, V Art. 1 (5).

[10] Vgl. auch Egon Johannes Greipl. Liberalitas Bavarica. Gedanken zu einem Schlagwort, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 52 (1989), S. 145–151. Hier wird nachvollzogen, wie eine konkrete historische Formulierung durch die moderne Publizistik uminterpretiert und damit die Geschichte zu Unrecht als Stütze für eine bestimmte aktuelle Anschauung herangezogen wird.

[11] Vgl. Weckerlein, FREIstaat, in dem allerdings gerade von den Nicht-Historikern die Begriffsebene (Bedeutung des Namens „Freistaat Bayern") und die Inhaltsebene (Entstehung des demokratischen Bayern nach dem Ersten Weltkrieg) nicht auseinandergehalten werden. Zur Rolle der SPD 1918/19 und nach 1945 vgl. auch die Beiträge in: Hartmut Mehringer (Hrsg.), Von der Klassenbewegung zur Volkspartei. Wegmarken der bayerischen Sozialdemokratie 1892–1992, München u.a. 1992.

[12] Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe I, Bd. 10, Die Regierung Eisner 1918/19. Ministerratsprotokolle und Dokumente, bearb. von Franz J. Bauer, Düsseldorf 1987, Dok. 2; Ernst Rudolf Huber (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte IV, Stuttgart-Berlin-Köln ³1991, Nr. 24. Faksimile in: Appelle einer Revolution. Dokumente aus Bayern aus dem Jahr 1918/1919, München 1968, Anlage 6. Eine akribische Schilderung der Ereignisse 1918/19 findet sich bei Wolfgang Zorn, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aufruf finden sich die Wendungen „die demokratische und soziale Republik Bayern" und „Es lebe die bayerische Republik!". Daneben steht die Proklamation „An das bayerische Volk" vom gleichen Tag, erlassen von Kurt Eisner im Namen der provisorischen Regierung „der demokratischen und sozialen Republik Bayern"[13]. Bereits am nächsten Tag erscheint eine neue, wiederum von Eisner unterzeichnete Proklamation, in der die Bildung eines Ministeriums des „bayerischen Volksstaates" bekanntgegeben wird[14]. Abgesehen von dem einen, bereits zitierten Satz im Aufruf an die Bevölkerung Münchens spielt hier wie in den Aufrufen der folgenden Tage und in den Erlassen der vom nunmehrigen Ministerpräsidenten Eisner gebildeten neuen Regierung das Wort „Freistaat" keine Rolle mehr[15]. Der ganz überwiegend gebrauchte Ausdruck ist im folgenden bis zum Ende der Regierung Eisner der „Volksstaat", oft variiert als „der soziale Volksstaat" oder auch „der freie Volksstaat"[16].

„Freistaat" entspricht nicht der üblichen Terminologie Eisners. In seinen eigenen Schriften hatte er bislang stets von der „Republik" gesprochen[17]. Nun wurde nicht

---

Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986. Vgl. auch Allan Mitchell, Revolution in Bayern 1918/19. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik, München 1967; Karl Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918/19, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München/Wien 1969. Für die Zeit der Räterepubliken 1919 vgl. Michael Seligmann, Aufstand der Räte. Die erste bayerische Räterepublik vom 7. April 1919, Grafenau 1989.

13 Die Regierung Eisner, Dok. 4; Huber, Dokumente IV, Nr. 25.

14 Die Regierung Eisner, Dok. 5; Huber, Dokumente IV, Nr. 26.

15 Dies schließt nicht aus, daß das Wort „Freistaat" noch hie und da in Reden und Publikationen verwendet wurde, doch handelt es sich hier um vereinzelte Aussagen. Vgl. etwa die erste Rede Kurt Eisners vor dem Provisorischen Nationalrat am 8.11. 1918, in der er erklärte: „Bayern ist gestern ein Freistaat geworden und wird ein Freistaat bleiben." Er begann allerdings mit den Worten: „Ich eröffne die erste Sitzung des provisorischen Parlaments der Republik Bayern", in: Verhandlungen des provisorischen Nationalrats des Volksstaates Bayern im Jahre 1918/1919, Stenographische Berichte Nr. 1.

16 Vgl. Die Regierung Eisner, Dok. 6, 10, 11, 13, 19–21; Appelle einer Revolution, Anlagen 23–26, 29, 37. Demgegenüber wird bis in die neueste Literatur hinein immer wieder behauptet, daß der Name „Freistaat Bayern" auf Eisner zurückgehe, z. B. bei Eduard Schmidt, Staatsgründung und Verfassungsgebung in Bayern. Die Entstehung der Bayerischen Verfassung vom 8. Dezember 1946, Diss. jur. 1993, S. 131; mißverständlich Franz Menges, Vom Freistaat zur Reichsprovinz (1918–1933), in: Manfred Treml, Geschichte des modernen Bayern. Königreich und Freistaat, München 1994, S. 147–273, hier S. 156, 160. Vgl. auch Anm. 29.

17 Kurt Eisner, Gesammelte Schriften, 2 Bde, Berlin 1919, darin vor allem: Sozialdemokratie und Staatsform. Eine öffentliche Diskussion zwischen Kurt Eisner und Karl Kautsky 1904, S. 285–325; ders., Die neue Zeit, 2 Bde, München 1919; ders., Sozialismus als Aktion. Ausgewählte Aufsätze und Reden, hrsg. von Freya Eisner, Frankfurt a. M. 1975. Zur Frage, ob der zitierte Aufruf „An die Bevölkerung Münchens" in der Nacht zum 8. 11. 1918, der die bekannte „Freistaat"-Formel enthält, von Eisner oder von seinem Mitarbeiter, dem Publizisten Wilhelm Herzog, verfaßt wurde, vgl. Wilhelm Herzog, Menschen, denen ich begegnete, Bern/München 1959, S. 65 (der die Urheberschaft beansprucht), und dagegen den Entwurf Eisners in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (künftig: BayHStA), MA 1027; Edition und Abbildung bei Hans Mommsen, Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933, Berlin 1989, S. 16, der nur in wenigen Punkten vom gedruckten Text abweicht. Die einschlägige Passage lautet in diesem Entwurf: „Bayern ist als Freistaat proklamiert." Vgl. Menges, Vom Freistaat zur Reichs-

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur von Eisner, sondern ebenso in der Öffentlichkeit 1918 bis ins Frühjahr 1919 ganz überwiegend der Terminus „Volksstaat" verwendet; auch die Zeitungen bevorzugten ihn vor allen anderen Ausdrücken[18]. Eine gewisse Konkurrenz entstand für die Bezeichnung „Volksstaat" nur kurzfristig im Januar, als die Regierung Eisner zur verfassungsrechtlichen Legitimierung des staatlichen Wandels am 4. Januar 1919 ein „Staatsgrundgesetz der *Republik* Bayern" erließ[19]; doch setzte sich der Name „Republik" in der Folgezeit nicht durch; es blieb ganz überwiegend beim „Volksstaat".

Ein dauerhafter Wandel im Sprachgebrauch begann, als der Landtag am 17. März 1919 ein neues „Vorläufiges Staatsgrundgesetz des Freistaates Bayern"[20] verabschiedete und am gleichen Tag den Sozialdemokraten Johannes Hoffmann zum Ministerpräsidenten bestellte. Zusammen mit einem Ermächtigungsgesetz für die neue Regierung[21] sollte so die seit der Ermordung Eisners vom 21. Februar andauernde Regierungskrise überwunden werden. Bereits in seiner zweiten Sitzung vom 20. März beschloß der Ministerrat, das Innenministerium solle „eine gemeinsame Bekanntmachung sämtlicher Ministerien über den Gebrauch der Bezeichnung ‚Freistaat' für Bayern" entwerfen[22]. Zwar wurde ein entsprechender Entwurf nach einer nochmaligen schriftlichen Aufforderung durch Ministerpräsident Hoffmann[23] schon wenige

provinz, S. 156, und dagegen Freya Eisner, Kurt Eisner. Der Publizist und Politiker. Seine Einschätzung durch Zeitgenossen und in jüngerer Literatur, Diss. Bremen 1991, S. 134.

[18] Dies gilt für Zeitungen der verschiedensten politischen Richtungen. Für die liberal ausgerichtete, teilweise unter dem Einfluß der Staatsregierung stehende Bayerische Staatszeitung hat Joachim Rettinger in einer Seminararbeit am Institut für Bayerische Geschichte der Universität München die Begriffsverwendung von November 1918 bis Dezember 1919 untersucht (die Prozentangaben beziehen sich auf die Summe der 105 Nennungen der drei Begriffe Republik, Volksstaat und Freistaat): In allen Sparten dieser Zeitung dominierte zunächst der „Volksstaat", im November mit 61 %, im Dezember zu 100 %, im Januar mit 64 %, im Februar mit 88 %, im März mit 43 % und in den ersten Tagen des April (ab 14. 4. war das Erscheinen vorerst eingestellt) wieder zu 100 %. Der „Freistaat", im November nur viermal im Zusammenhang mit dem Aufruf vom 8. November genannt, kam in den Monaten Dezember bis Februar überhaupt nicht vor und zog erst im März mit dem „Volksstaat" gleich (beide 43 %), war im April wieder nicht vertreten und erreichte dann im Mai auf Anhieb 70 %; ab Juni ist er die einzig vorkommende Bezeichnung, die allerdings in den sieben Monaten von Juni bis Dezember insgesamt nur 25 mal auftaucht. „Republik" ist im November mit 26 % vertreten, im Dezember gar nicht, steigt im Zusammenhang mit dem Eisnerschen Staatsgrundgesetz im Januar auf 36 % und spielt dann nur noch im Februar und März mit 12 % bzw. 14 % eine untergeordnete Rolle; danach kommt auch diese Bezeichnung nicht mehr vor.

[19] Die Regierung Eisner, Dok. 25. Zum Entwurf vgl. BayHStA, MA 1027.

[20] GVBl. S. 109 (zu den variierenden Bezeichnungen des Gesetz- und Verordnungsblattes vgl. Anm. 50).

[21] Vom Landtag verabschiedet am 18. 3. 1919, GVBl. S. 112.

[22] BayHStA, MA 99513.

[23] Hoffmann am 22. 3. 1919 an das Innenministerium, dort eingegangen am 25. 3., betr. Vollzug des vorläufigen Staatsgrundgesetzes: „Nach dem Beschlusse des Ministerrates vom 20. lfd. Mts. ist das Staatsministerium des Innern gebeten worden, eine gemeinsame Bekanntmachung aller Ministerien zu entwerfen, in der die Behörden darauf hingewiesen werden, daß Bayern in Zukunft nach dem Wortlaute des vorläufigen Staatsgrundgesetzes als ‚Freistaat' zu bezeichnen ist. Es wird zweckmäßig sein in dieser Bekanntmachung auch Anordnungen wegen der veranlaßten Aenderun-

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tage darauf im Innenministerium angefertigt, doch zirkulierte er infolge der Zeitumstände nur sehr langsam durch die Ministerien und erlangte erst am 25. Juni Gültigkeit[24]. Publiziert wurde die gemeinsame ministerielle Bekanntmachung dann am 6. Juli in der Bayerischen Staatszeitung, am 21. Juli im Verordnungsblatt des Militärministeriums und am 23. Juli im Justizministerialblatt[25].

War in den Entwürfen der bayerischen Verfassung vom Dezember 1918 bis Mai 1919 noch stets vom „Volksstaat" die Rede, so ersetzte der Ministerrat in seinen Sitzungen vom 20. und 23. Mai 1919 dieses Wort durch „Freistaat"; dieser Ausdruck erscheint demnach erstmals in dem gedruckten „Entwurf einer Verfassungsurkunde für den Freistaat Bayern", der am 28. Mai in der Bayerischen Staatszeitung publiziert[26] und dem Landtag am gleichen Tag zur Beratung im Verfassungsausschuß vorgelegt wurde[27].

Die Bezeichnung „Freistaat" für Bayern existiert also offiziell seit der Verabschiedung des vorläufigen Staatsgrundgesetzes am 17. März 1919 und wurde verbindlich durch die Publikation der entsprechenden Bekanntmachung im Bayerischen Staatsanzeiger am 6. Juli. Seit März bzw. Juli 1919, nicht bereits seit November 1918 oder aber erst seit der Verabschiedung der bayerischen Verfassung vom 14. August 1919 lautet der Staatsname „Freistaat Bayern".

Diese bewußte Bestimmung des Staatsnamens traf in eine Zeit schwersten Ringens um die Staats- und Regierungsform in Bayern. In offener Konkurrenz zum Landtag

---

gen der Amtsschilder zu treffen. Hiebei wird aber von einer Beseitigung des bisherigen Staatswappens um deswillen zunächst Umgang genommen werden können, weil ein neues Staatswappen noch nicht festgestellt worden ist. Nur die Krone über dem Wappen wird zu entfernen sein", in: BayHStA, MInn 74129.

[24] Dieser handschriftliche Entwurf vom 25.6. 1919 mit dem Betreff „Vollzug des vorläufigen Staatsgrundgesetzes" ist überliefert, in: BayHStA, MInn 74129, in Abschrift ebenda, Abt. IV, MKr 72. Abbildung des Entwurfs bei Heyl, Reich und Länder, Tafel 2.

[25] Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger, Nr. 166 vom 6.7. 1919; Verordnungs-Blatt des Ministeriums für militärische Angelegenheiten Nr. 43 vom 21.7. 1919; Justizministerialblatt für den Freistaat Bayern vom 23.7. 1919. Der im Druck unverändert übernommene Text des Entwurfs vom 25.6. 1919 lautet: „Gesamtministerium. An sämtliche Stellen und Behörden. Durch das vorläufige Staatsgrundgesetz ist Bayern als ‚Freistaat' erklärt. Die sämtlichen Stellen und Behörden werden angewiesen, diese Bezeichnung auch im amtlichen Schriftverkehr anzuwenden. Vordrucke für Urkunden und dergleichen, die eine andere Bezeichnung enthalten, sind handschriftlich oder durch Stempelüberdruck richtig zu stellen. Bei diesem Anlasse wird bemerkt, daß auf den Amtsschildern das Staatswappen bis auf Weiteres unverändert belassen werden kann, sofern die Krone über dem Wappen und die – ausgeschriebene oder abgekürzte – Bezeichnung ‚Königlich' aus der Umschrift entfernt wird."

[26] Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger Nr. 135 vom 28.5. 1919 (1. Teil), Nr. 136 vom 29.5. 1919 (2. Teil).

[27] Vgl. die Sammlung der Entwürfe, in: BayHStA, Abt. V, NL Graßmann 10, wo auch die entsprechenden Korrekturen eingetragen sind; zur Datierung der Entwürfe vgl. auch die Aktenvermerke, in: Ebenda, Abt. IV, MKr 72, sowie die Rechnung der Druckerei Mühlthaler vom 31.5. 1919, in: Ebenda, MA 102010/I. In den einschlägigen Ministerratsprotokollen selbst ist nur von „kleinen Abänderungen" die Rede, vgl. ebenda, MA 99513; Druck des Entwurfs, in: Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Tagung 1919, Beilage 126.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und der von diesem gewählten Regierung Hoffmann versuchten viele Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, deren Zentralrat in München schon seit der Ermordung Eisners als Regierung aufgetreten war, das Rätesystem als Prinzip des Staatsaufbaus zu verwirklichen, wobei die Entwicklungen in Rußland und in Ungarn vielfach als Vorbild dienten. Nicht nur die monarchische Spitze sollte beseitigt werden, die bisher entrechtete Klasse der Arbeiter – in Bayern wurden auch die Bauern einbezogen – war, als das eigentliche Volk, als Souverän und Exekutive von Staat und Gesellschaft vorgesehen. Regierung und Parlament mußten dem vor allem in München spürbaren Druck der Räte bekanntermaßen weichen und flüchteten nach Bamberg; am 7. April wurde in München die Räterepublik ausgerufen, deren Gesicht und deren Protagonisten mehrfach wechselten, bis in den ersten Maitagen in einer blutigen Aktion von Freiwilligenverbänden und Reichstruppen das parlamentarische System endgültig gewaltsam durchgesetzt wurde.

Zur publizistischen Tätigkeit gegen die Räterepublikaner in München und Oberbayern gründete die Regierung Hoffmann eine eigene Zeitung, die erstmals am 8. April erschien. Der Titel lautete: „Der Freistaat". Dieses Blatt war bis zum 5. Mai gleichzeitig das einzige amtliche Organ der bayerischen Regierung, in dem alle Verordnungen abgedruckt wurden[28]. „Freistaat" contra „Räterepublik" oder auch „Rätediktatur", dieser Gegensatz prägte die Zeit von März bis Mai 1919, wie es die Schlagzeile der ersten Ausgabe der neuen Regierungs-Zeitung ausdrückt: „Für ein freies Bayern – gegen Terror und Diktatur."[29] Ist hier der Ursprung der eigentlichen Bedeutung des Freistaat-Namens zu suchen?

II.

Das Wort „Freistaat" taucht erstmals in den dreißiger Jahren des 18. Jahrhunderts auf, und zwar zunächst nur bezogen auf die Schweiz[30]. Näheren Aufschluß über die

[28] „Der Freistaat. Amtliches Organ der Bayerischen Landes-Regierung", Nr. 1 vom 8.4. 1919 bis Nr. 21 vom 5.5. 1919. Seit Nr. 22 vom 6.5. 1919 bis Nr. 43 vom 31.5. 1919 mit dem Untertitel: „Neben der ‚Bayerischen Staatszeitung' bis auf weiteres amtliches Organ der Bayerischen Landes-Regierung." Seit 2.6. 1919 mit dem Untertitel: „Sozialdemokratisches Parteiorgan für den Reichstags-Wahlkreis Bamberg und für das westliche Oberfranken."

[29] Der Freistaat vom 8.4. 1919. Vgl. den Aufruf der „Regierung des Freistaates Bayern" „An das bayerische Volk" auf der gleichen Seite, wo es unter anderem heißt: „Nach dem russischen Beispiel soll eine Räterepublik im bayerischen Lande eingeführt werden, die – genau wie in Rußland – Elend und namenloses Unglück für die Arbeiterschaft bedeutet. [. . .] Nach dem Zusammenbruch des alten Militärstaates soll das befreite Volk unter das Joch einer neuen Gewaltherrschaft kommen, der Diktatur einer Minderheit gebeugt werden." Vgl. Diethard Hennig, Johannes Hoffmann. Sozialdemokrat und Bayerischer Ministerpräsident, München u. a. 1990, S. 278–281, der allerdings den Begriff „Freistaat" als „eine Schöpfung Eisners" (S. 281) bezeichnet.

[30] Frühester bekannter Beleg für den „Schweitzerischen Frey-Staat", in: Johann Jacob Moser, Compendium juris publici Regni moderni germanici. Oder Grund-Riß der heutigen Staats-Verfassung des Teutschen Reichs, Tübingen 1731, S. 55; vgl. hierzu und zum folgenden auch Dornheim, Ge-

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

inhaltliche Füllung dieses Wortes gibt ein Buch über den eidgenössischen „Freystaat" von 1767[31]. Betont werden hier die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft und ihrer einzelnen Stände nach außen, insbesondere gegenüber dem römisch-deutschen Reich, sowie die Freiheitsrechte der einzelnen Bürger[32]. Ausgehend von dieser engeren Bedeutung für die Schweizer Eidgenossenschaft bildete sich der Begriff bis zum frühen 19. Jahrhundert als deutsches Ersatzwort für „Republik" schlechthin aus[33]. Die Durchsetzung dieser Verdeutschung steht zum einen sprachgeschichtlich im Zusammenhang mit dem Purismus, der sich an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert mit nationalen Emotionen verband und gegen die Fremdwörter richtete; wir verdanken dieser Tendenz Wörter wie „Erdgeschoß" (statt Parterre) oder „Stelldichein" (statt Rendezvous)[34]. Demzufolge erscheint das Schlagwort „Freistaat" auch mit eigenen Artikeln in den Wörterbüchern der Sprachreformer Adelung (1796)[35] und Campe (1808)[36], die den Begriff als Gegenstück zur Monarchie und Entsprechung für „Republik" beschreiben. Zum anderen ist dieses Wort ja keineswegs eine philologisch getreue Übersetzung von „Republik", sondern es spiegelt die Inhalte wider, mit denen am Ende des 18. Jahrhunderts die „Republik" in Verbindung gebracht wurde.

---

schichte des Begriffes „Freistaat". Das Deutsche Rechtswörterbuch 3 (1935–1938), Sp. 823, bringt den frühesten Nachweis für 1768. Die englische Entsprechung „free state" ist dagegen schon viel früher, zuerst 1646, belegt, in: The Oxford English Dictionary VI² (1989), S. 168.

31 Johann Conrad Fäsi, Entwurf von der ganzen Helvetischen Eidgenoßschaft, derselben gemeinen Herrschaften und zugewandten Orten; als eine Einleitung zur Staats- und Erd-Beschreibung derselben, Zürich 1767, S. 207: „Der Eidgenössische Freystaat stellet also eine Republik vor, welche aus XIII. kleineren freyen Staaten zusammengesetzt ist."

32 Ebenda, S. 120f., 136, 198. Eine dezidiert antimonarchische Bedeutung ist dagegen hier nicht herauszulesen, vgl. etwa ebenda, S. 216–220. Zu dieser Verknüpfung der Sache (Freiheit vom Reich, Souveränität) mit dem Wort (Freistaat) vgl. auch Johann Jacob Moser, Die gerettete völlige Souverainete der löblichen Schweitzerischen Eydgenoßenschaft, Tübingen 1731, z. B. S. 24f.; bereits im Kontext des Westfälischen Friedens wird die Eidgenossenschaft als „Freier Stand" bezeichnet, in: Ebenda, Anlage K.

33 Friedrich Kluge, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, bearb. von Walther Mitzka, Berlin ²⁰1967; dass., neubearb. von Elmar Seebold, Berlin/New York ²²1989, s. v. Freistaat.

34 Zur Geschichte des Sprachpurismus allgemein: Alan Kirkness, Das Phänomen des Purismus in der Geschichte des Deutschen, in: Werner Besch/Oskar Reichmann/Stefan Sonderegger (Hrsg.), Sprachgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Sprache und ihrer Erforschung, 1. Teilbd. (Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 2.1), Berlin/New York 1984, S. 290–299. Vgl. auch Peter von Polenz, Deutsche Sprachgeschichte vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart II, Berlin/New York 1994, S. 107–134. „Freistaat" als Verdeutschung von „Republik" wird bisweilen fälschlicherweise J. H. Campe (vgl. auch Anm. 36) zugeschrieben; vgl. Franz Tschirch, Geschichte der deutschen Sprache II, Grundlagen der Germanistik 9, Berlin ²1975, S. 277f.

35 Johann Christoph Adelung, Grammatisch-kritisches Wörterbuch der Hochdeutschen Mundart, II, Leipzig 1796, S. 301: „Der Freystaat [...], ein freyer, niemanden unterworfener Staat. Im engern und gewöhnlichsten Verstande, eine Republik, zum Unterschiede von einer Monarchie."

36 Joachim Heinrich Campe, Wörterbuch der Deutschen Sprache, II, Braunschweig 1808, S. 163: „Der Freistaat [...], ein freier Staat, in welchem die Bürger desselben gleiche Freiheit und Gleichheit der Rechte genießen, und welcher nicht der Willkür eines Einzigen, sondern nach dem Willen des Volkes und durch Beamte, die es selbst wählt und absetzt, verwaltet wird (Republic)."

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese waren nun nicht nur auf die Vorbilder der freien Eidgenossenschaft sowie der neuen Verhältnisse in Frankreich und Nordamerika bezogen, sondern wurden vor allem in der deutschen Verfassungsdiskussion und in der politischen Philosophie Kants positiv entwickelt: Im Vordergrund steht hier nicht die Staats- oder Regierungsform, sondern die persönliche und politische Freiheit des Staatsbürgers[37].

Allerdings konnte diese freie Übertragung ins Deutsche zu keinem Zeitpunkt der „Republik" ernsthaft Konkurrenz machen. Zwar taucht sie bisweilen in Buchtiteln auf[38] und kam auch als Staatsname schon im 19. Jahrhundert zur Geltung, so bei dem gegen den englischen Kolonialherren gegründeten burischen „Oranje-Freistaat" (1842/54)[39], in der Verfassung des Freistaates Lübeck 1848[40] oder der Beschreibung des Kantons Luzern als „demokratischer Freistaat" in dessen Verfassung von 1875[41]. Dennoch spielte das Wort „Freistaat" im alltäglichen Sprachgebrauch kaum eine Rolle und wurde auch noch in den Konversationslexika des späten 19. Jahrhunderts oft nur mit einem Hinweis auf das Schlagwort „Republik" versehen[42]. Eine deutliche Ausnahme bildet der im Vergleich zur „Republik" zwar seltenere, aber kontinuierliche und hervorgehobene Gebrauch im Vormärz und in der Revolution von 1848. So schloß etwa Johann Georg August Wirth seine Ansprache auf dem Hambacher Fest 1832 mit den Worten: „Hoch! Dreimal hoch leben die vereinigten Freistaaten

---

[37] Wolfgang Mager, Republik, in: Geschichtliche Grundbegriffe, hrsg. von Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck, V, Stuttgart 1984, S. 549–651, S. 607–618. Vgl. auch Isensee, Republik, S. 8, der als republikanisches ‚Ethos' im 18. Jahrhundert den „Dienst für das Wohl der Allgemeinheit: res populi" beschreibt. Dagegen steht allerdings schon früh die enge juristische Definition: Heinrich Godfried Scheidemantel, Repertorium des Teutschen Staats und Lehnrechts, II, Leipzig 1783, S. 51 f. Freistaat in Anlehnung an Aristoteles als die Regierungsform der Demokratie oder Aristokratie im Gegensatz zur Monarchie bzw. Alleinherrschaft.

[38] Beispiele: (Anonym), Der Freistaat unter jedem Himmelsstrich oder die Constitution des Menschengeschlechts, Berlin 1795 (Nachdruck Kronberg/Ts. 1977) entwickelt ausgehend von Rousseau eine Lehre vom Gesellschaftsvertrag, ohne im Text den Begriff „Freistaat" zu verwenden; zu ähnlichen Beispielen und ähnlichem Vokabular vgl. Mager, Republik, S. 606 f. Adam Heinrich D. von Bülow, Der Freistaat von Nordamerika in seinem neuesten Zustande, 2 Bde, Berlin 1797, negative Schilderung der jüngsten Geschichte und der Zustände in den Vereinigten Staaten, ohne den Begriff „Freistaat" zu entfalten. [Fedor] Possart/Joseph Łukaszewicz/Adolph Mułkowski, Das Königreich Polen und der Freistaat Krakau, Stuttgart 1840, eine der zeittypischen topographisch-statistischen Landesbeschreibungen, die im Titel an die 1815 erfolgte Festlegung Krakaus als „Freie [...] Stadt" anknüpft. Wilhelm Sickel, Der Deutsche Freistaat (Geschichte der Deutschen Staatsverfassung bis zur Begründung des constitutionellen Staats 1), Halle a. S. 1879 (Nachdruck Frankfurt a. M. 1970), behandelt die Geschichte des deutschen (!) Freistaats ab dem 1. Jahrhundert v. Chr. und „endet mit der nahenden Vollendung der Souveränetät des fränkischen Königthums" (S. 2). „Freistaat" wird unter anderem beschrieben als „ein Bürgerverein zum Zwecke gegenseitiger Hülfe" (S. 10, vgl. 198).

[39] Als solcher steht er etwa in Brockhaus' Konversations-Lexikon XII, Leipzig/Berlin/Wien [14]1894, S. 617. Zur Verwendung entsprechender Ausdrücke im außerdeutschen Bereich vgl. auch Anm. 63.

[40] Vgl. Dornheim, Geschichte des Begriffes „Freistaat".

[41] Isensee, Republik, S. 6, Anm. 48.

[42] So in Meyers Konversations-Lexikon VII, Leipzig [3]1876; ebenda VI, Leipzig/Wien [4]1890. Das gleiche gilt für Jacob und Wilhelm Grimm, Deutsches Wörterbuch IV 1/1, Leipzig 1878.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschlands!"[43] Ebenso wurde der Begriff im Hessischen Landboten verwendet[44] oder im berühmten Antrag des badischen Abgeordneten Struve in der ersten Sitzung des Vorparlaments 1848, der unter anderem die Aufhebung der erblichen Monarchie vorsah[45]. Gerade die Betonung des Gegensatzes zur Monarchie war hier – anders als in der noch recht offenen Entstehungsphase des Wortes – sein wesentliches Bedeutungselement: das Adjektiv „frei" erscheint nun nicht mehr positiv auf den Staat oder den Bürger, sondern negativ auf den Monarchen bezogen[46].

Auch in Bayern wurde der Freistaat-Begriff im 19. Jahrhundert in diesem antimonarchischen, liberaldemokratischen Sinne an exponierter Stelle verwendet: in der Abdankungsurkunde König Ludwigs I. vom 19. März 1848. Hier heißt es unter anderem: „Treu der Verfassung regierte Ich; dem Wohle Meines Volkes war Mein Leben geweiht; als wenn Ich eines Freistaates Beamter gewesen, so gewissenhaft ging Ich mit dem Staatsgute, mit den Staatsgeldern um."[47]

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ging mit der zugespitzten Verwendung von „Republik" und „Freistaat" im Sinne von „Nichtmonarchie" deren Aktualität zurück, denn fast alle politischen Kräfte paßten sich der Realität an und erstrebten nicht mehr den revolutionären Sturz der Monarchie, sondern die Weiterentwicklung der bestehenden Verfassungen[48]. Am Ende des Ersten Weltkrieges verfochten nur noch die Linkssozialisten die Idee der Republik, während selbst die Mehrheitssozialdemokraten trotz teilweise anderslautender Lippenbekenntnisse faktisch an der Parlamentarisierung der Monarchie arbeiteten. Sie und Linksliberale wie Friedrich Naumann prägten vor allem während des Ersten Weltkrieges eine neue Begrifflichkeit. „Volksstaat" und „Demokratie" standen für das Ziel der Parlamentarisierung, schlossen aber die monarchische Staatsspitze nicht aus[49].

Wenn es nun am 8. November 1918 hieß, „Bayern ist fortan ein Freistaat!", dann sollte damit in exponierter Weise der Staatsumbruch, der Sturz der Monarchie verdeutlicht werden. Bei Eisner wäre aufgrund seiner profunden historischen Kenntnisse dabei sogar eine Anspielung auf die Abdankung Ludwigs I. denkbar. Die inhaltliche Füllung dessen, was nun an die Stelle der Monarchie getreten war, schwankte in der Terminologie des linkssozialistischen Revolutionärs Eisner: Neben dem modernen „Volksstaat", der in aller Munde war, griff er immer wieder auf die mit den Adjektiven „sozial" und „demokratisch" geschmückte „Republik" zurück, letzteres

---

[43] Hier zitiert nach Mager, Republik, S. 628; weitere Verwendungen, in: Ebenda, S. 628 f.

[44] Vgl. den Auszug bei Hartwig Brandt (Hrsg.), Restauration und Frühliberalismus 1814–1840, Darmstadt 1979, S. 445. Dort auch weitere Belege für Friedrich Benzenberg 1816 (S. 152 f.), Wirth 1833 (S. 429) und Theodor Schuster 1835/36 (S. 468).

[45] Ernst Rudolf Huber, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte I, Stuttgart u. a. ^{3}1978, S. 334.

[46] Vgl. Mager, Republik, S. 619, 632 f., 639.

[47] Zit. nach Heinz Gollwitzer, Ludwig I. von Bayern. Königtum im Vormärz. Eine politische Biographie, München ^{2}1987, S. 718 f.

[48] Dazu Mager, Republik, S. 643 ff.

[49] Ebenda, S. 645.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

freilich vor allem, wenn die neue staatsrechtliche Situation verdeutlicht werden sollte, wie etwa im Staatsgrundgesetz der Republik Bayern vom 4. Januar 1919.

Der Staatsname blieb allerdings von November 1918 bis ins Frühjahr 1919 immer der „Volksstaat", kenntlich an den Briefköpfen und Verordnungsblättern der Ministerien und an der Dominanz in der alltäglichen Verwendung[50]. Die Durchsetzung des Freistaat-Namens erfolgte dagegen im Kontext der Verabschiedung des Staatsgrundgesetzes vom 17. März 1919 und in der existentiell bedrohlichen Konfrontation mit dem Rätesystem. Sie weitete den antimonarchischen Bedeutungsinhalt auf jede Form der Diktatur aus. Schließlich spielten dabei auch die „liberal-demokratische Hambach-Tradition" in der Biographie des Ministerpräsidenten Hoffmann und dessen unitarische Politik[51] eine wichtige Rolle: Hoffmanns Großonkel Philipp Jakob Klundt war führend an der Pfälzer Revolution im Jahre 1848 beteiligt; sein prägender Einfluß in der Familie war mitentscheidend dafür, daß Hoffmann seine politische Karriere 1899 in der Deutschen Volkspartei begann und erst später zur SPD wechselte[52].

Die Verfassungsentwicklung, der Gegensatz zur so bezeichneten „Rätediktatur" und der politische Werdegang des Ministerpräsidenten stellen daher die Ansatzpunkte für die Untersuchung der Frage dar, was denn nun genau der Bedeutungsgehalt des neuen Staatsnamens sein sollte und faktisch war. Um hier richtig ansetzen zu können, ist jedoch die Entwicklung im Reich und in den verschiedenen deutschen Ländern einzubeziehen.

III.

Schon ein erster Blick auf die deutschen Länder zeigt, daß die Verwendung des Begriffs „Freistaat" keineswegs nur auf Bayern beschränkt war. Im Gegenteil: Während in Bayern, abgesehen vom Aufruf an die Bevölkerung Münchens vom 8. November 1918, dieser Ausdruck erst ab März 1919 Bedeutung gewann, etablierte er sich andernorts schon sehr viel früher. In Oldenburg, wo man zunächst vom „Volksstaat" gesprochen hatte[53], erfolgte am 11. November 1918 die Proklamation als Freistaat,

[50] Vgl. etwa neben den Akten dieser Zeit im BayHStA: „Gesetz- und Verordnungs-Blatt für das Königreich Bayern" bis Nr. 77 vom 31.10. 1918. „Gesetz- und Verordnungs-Blatt für den Volksstaat Bayern" Nr. 78 vom 14.11. 1918 – Nr. 24 vom 12.4. 1919. „Gesetz- und Verordnungs-Blatt für den Freistaat Bayern" ab Nr. 25 vom 15.5. 1919. Beim Amtsblatt des Außen- und des Innenministeriums, später auch des Ministeriums für Soziale Fürsorge, des Landwirtschaftsministeriums und des Ministeriums für Handel, Industrie und Gewerbe, hieß es bis 15.10. 1918 Königreich, vom 23.11. 1918 bis 10.4. 1919 Volksstaat und ab 10.5. 1919 Freistaat. Das Justizministerialblatt erschien bis 6.11. 1918 für das Königreich, vom 30.11. 1918 bis 2.7. 1919 für den Volksstaat und ab 23.7. 1919 für den Freistaat. Beim Finanz-Ministerialblatt erfolgte der Wechsel Volksstaat-Freistaat am 23.3./5.5. 1919. In ähnlicher Chronologie wechselte im übrigen auch der Aufdruck auf den in Bayern verwendeten Briefmarken.

[51] Dazu Hennig, Johannes Hoffmann, passim.

[52] Vgl. ebenda, S. 8, 13–19.

[53] Wolfgang Günther, Die Revolution von 1918/19 in Oldenburg, Oldenburg 1979, S. 24f., 28, 32.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wobei der dortige MSPD-Vorsitzende Paul Hug, daneben aber auch die Vertreter der Reichsleitung der MSPD, Rudolf Wissell und Oswald Schumann, die führende Rolle spielten[54]. In Sachsen erschien das Gesetz- und Verordnungsblatt schon im November 1918 mit dem Zusatz „für den Freistaat Sachsen"[55]. Aufgrund ihrer vorläufigen oder endgültigen Verfassungen bezeichneten sich Hessen am 20. Februar 1919, Braunschweig am 27. Februar, Sachsen am 28. Februar, Schaumburg-Lippe am 14. März und im folgenden bis 1921 fast alle übrigen deutschen Länder als „Freistaat"[56]. Lediglich der „freie Volksstaat" Württemberg (26.4./20.5. 1919) und die „demokratische Republik" Baden (21.3. 1919), schließlich in seiner endgültigen Verfassung auch der „Volksstaat" Hessen (12.12. 1919) scherten aus dieser gemeinsamen Linie der deutschen Länder aus.

Der vereinzelte Gebrauch des Freistaat-Begriffs in der Umbruchzeit 1918/19 ließe sich leicht erklären durch den Hinweis auf seine Verwendung im Vormärz und in der Revolution von 1848 sowie seine antimonarchische Bedeutungsentwicklung im 19. Jahrhundert, die ihn gerade im Hinblick auf den Sturz der Monarchien als griffige Anti-Bezeichnung empfahl. Wenn dagegen eine fast einheitliche Tendenz in der Formulierung der deutschen Ländernamen bestand, dann deutet dies klar darauf hin, daß es sich dabei eben nicht nur um Zufälle oder gegenseitige Beeinflussungen handeln kann.

Tatsächlich entspricht die Entwicklung in den Ländern einem auffallend dichten und konsequenten Sprachgebrauch der neuen Regierung der Volksbeauftragten in Berlin von „den deutschen Freistaaten", der sich ab November 1918 für einige Monate feststellen läßt. Dieser Sprachgebrauch ging hauptsächlich aus vom neuen Staatssekretär des Innern Hugo Preuß[57]. Die Ausarbeitung einer neuen Reichsverfassung war das Hauptwerk dieses stark von den Ideen des Vormärz und der Revolution von 1848 beeinflußten Linksliberalen. Die Regierung der Volksbeauftragten berief

---

Das Parteiorgan der MSPD, das Norddeutsche Volksblatt, wurde noch 1918 umbenannt in „Republik", vgl. ebenda, S. 19.

[54] Ebenda, S. 87f.

[55] Erwin Jacobi, Die Wandlungen der Verfassung und Verwaltung in Sachsen, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart 9 (1920), S. 165.

[56] Vgl. dazu die Beiträge zur Verfassungsentwicklung in den deutschen Ländern, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart 9 (1920) und 10 (1921). Weitere Daten zur verfassungsrechtlichen Bestimmung des Freistaat-Namens: Waldeck 15.4. 1919, Mecklenburg-Strelitz 11.6. 1919, Oldenburg 17.6. 1919, Anhalt 18.7. 1919, Mecklenburg-Schwerin 17.5. 1920, Preußen 30.11. 1920, Lippe 21.12. 1920, Thüringen 11.3. 1921 (§ 1 der Verfassung des *Landes* Thüringen); daneben die Stadtstaaten, die sich als „Freie und Hansestadt" bezeichneten: Bremen 18.5. 1920, Lübeck 23.5. 1920, Hamburg 7.1. 1921. Zur frühen Rezeption des Freistaat-Begriffs im November 1918 in Lippe vgl. Erich Kittel, Die Revolution von 1918 in Lippe, in: Lippische Mitteilungen 37 (1968), S. 32–153; z.B. nimmt die SPD-Zeitung „Volkswacht" ab 22.11. 1918 die Bezeichnung „lippische Freistaaten" in den Untertitel auf.

[57] Zu Preuß (1860–1925), als Schüler von Gneist und Gierke Verfechter der Selbstverwaltung, vgl. die Hinweise von Wolfgang Kohl, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988, S. 258f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bereits für den 25. November 1918 eine Konferenz der „deutschen Freistaaten" in Berlin ein, in der es vor allem um „... das künftige Zusammenwirken zwischen der Reichsleitung und den Regierungen der Einzelstaaten ..." ging und bei der insbesondere die süddeutschen Staaten trotz des Bekenntnisses zur Reichseinheit von vorneherein klarmachten, daß es kaum eine Chance zur Durchsetzung eines zentralistischen deutschen Einheitsstaates gab[58].

Im Dezember 1918 begannen die konkreten Verfassungsberatungen. An einer Konferenz im Reichsamt des Inneren vom 9. bis 12. Dezember nahm unter anderem der bekannte Soziologe Max Weber teil. Auch er, der bisher stets von „Republik" und „Einzelstaaten" gesprochen hatte[59], nahm unmittelbar im Anschluß an die Besprechung mit Preuß in verschiedenen Vorschlägen für die neue Verfassung den Ausdruck „Freistaaten" auf[60]. Offensichtlich wirkte hier schon der Wortgebrauch von den deutschen Freistaaten prägend. Besonders auffällig ist der bewußte Einsatz der Terminologie in der grundlegenden Denkschrift von Hugo Preuß zum Entwurf des allgemeinen Teils der Reichsverfassung vom 3. Januar 1919[61]. Hier trennt Preuß durch seine Wortwahl faktisch die „deutsche Republik" als Gesamtstaat deutlich von ihren Bestandteilen, den „Freistaaten". Ohne daß hier oder im folgenden die Begriffe „Republik" und „Freistaat" inhaltlich unterschieden worden wären – ganz im Gegenteil wird ihre völlige Entsprechung gerade von Preuß stets betont –[62], so ist doch der faktisch unterschiedliche Wortgebrauch hier wie in den folgenden Wochen eindeutig erkennbar: „Republik" steht für den Gesamtstaat, „Freistaaten" für die deutschen Länder[63].

---

[58] Vgl. Erich Kittel, Novemberumsturz 1918. Bemerkungen zu einer vergleichenden Revolutionsgeschichte der deutschen Länder, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 104 (1968), S. 77, sowie die Liste der Teilnehmer, S. 96–99. Wolfgang Benz, Süddeutschland in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1918–1923, Berlin 1970, S. 57–63. Die kurze gemeinsame Erklärung auf dieser Konferenz ist gedruckt bei Huber, Dokumente IV, Nr. 40. Ein weiteres Beispiel für den Sprachgebrauch der Reichsregierung bietet das Plakat vom 29. 12. 1918: „Das Programm der neuen Reichsregierung", welches „in enger Fühlung mit den deutschen Freistaaten" verwirklicht werden sollte, in: BayHStA, Abt. V, Plak. Slg. 663 (frdl. Hinweis von Herrn Archivdirektor Dr. Wenisch).

[59] So in einer im November 1918 erschienenen Artikelserie, die er leicht überarbeitet und datiert auf den 15. 12. 1918 herausgab: Max Weber, Deutschlands künftige Staatsform, in: Ders., Gesammelte Politische Schriften, München 1921, S. 341–376.

[60] Vgl. den Druck zweier Entwürfe bei Wolfgang J. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920, Tübingen ²1974, S. 384f. (Anm. 83) und 386 (Anm. 88).

[61] Hier benutzt im Wiederabdruck, in: Hugo Preuß, Staat, Recht und Freiheit, Tübingen 1926, S. 386–394.

[62] So etwa in seiner Begründung des Entwurfs einer Verfassung für das Deutsche Reich in der Nationalversammlung am 24. 2. 1919, abgedruckt in: Ebenda, S. 394–421, hier S. 399. In anderem Zusammenhang erklärte Preuß, daß für die Wahl des Wortes „Republik" in der Reichsverfassung „in erster Linie der internationale Sprachgebrauch und die Wirkung auf das Ausland entscheidend" gewesen seien: Hugo Preuß, Verfassung des Freistaates Preussen vom 30. November 1920, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart 10 (1921), S. 258.

[63] Es zeigt sich hier eine interessante Parallele zur Entwicklung in Großbritannien. 1921/22 entstand

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In den Reichsverfassungsentwürfen, angefangen mit dem ersten Entwurf von Preuß noch im Dezember 1918[64], bezeichnete das Wort „Freistaaten" die deutschen Länder und ging bei den sich anschließenden Verhandlungen des Reiches mit den Länderregierungen in den allgemeinen Sprachgebrauch ein, so etwa bei der Konferenz über den Verfassungsentwurf (II) vom 25. Januar 1919 in Berlin sowie dem daraus hervorgegangenen Staatenausschuß, der sich in den folgenden Wochen intensiv mit diesem Verfassungsentwurf (II) auseinandersetzte[65]. Erst nach der Tagung des Staatenausschusses in Weimar vom 5. bis 8. Februar 1919 wurde der Sprachgebrauch vom Reichsamt des Innern in einer neuen, dem Staatenausschuß am 18. Februar vorliegenden Fassung revidiert: jetzt war von „Gliedstaaten" die Rede[66], bis dann im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung an deren Stelle der verfassungsrechtlich neue Ausdruck „Länder" trat[67]. Übrig blieb bis zum endgültigen Inkrafttreten am 11. August die Formulierung des Art. 17 (urspr. 16): „Jedes Land muß eine freistaatliche Verfassung haben."[68]

---

der Staatsname „Free State" für Südirland, womit explizit ausgedrückt werden sollte, daß es nicht als „Republic" völkerrechtlich souverän war, sondern als Dominion dem britischen Commonwealth angehörte. Beziehungen zur Begriffsentwicklung in Deutschland wären noch zu untersuchen. Vgl. Jürgen Elwert, Vom Freistaat zur Republik. Der außenpolitische Faktor im irischen Unabhängigkeitsstreben zwischen 1921 und 1948, Bochum 1989.

[64] Entwurf I vom 24.12. 1918 bzw. 3.1. 1919 (zunächst unveröffentlicht) und Entwurf II vom 20.1. 1919 (veröffentlicht im Reichsanzeiger) im parallelen Abdruck, in: Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien I/6, 2, Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, II, bearb. von Susanne Miller, Düsseldorf 1969, S. 249–266.

[65] Teilnehmerliste der Konferenz vom 25.1. 1919 bei Kittel, Novemberumsturz, S. 96–99. Zu dieser Konferenz sowie zu den Tagungen des neugegründeten Staatenausschusses vom 26.–30.1. 1919, des engeren Ausschusses am 31.1. 1919 und 1.2. 1919 und des Staatenausschusses vom 5.–8.2. 1919 und 18.–20.2. 1919 vgl. Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik I, Berlin/New York ²1987, S. 142–173; Benz, Süddeutschland in der Weimarer Republik, S. 95–113. Exemplare der unveröffentlichten Protokolle für den 25.1. 1919, in: BayHStA, MA 994, für die Zeit vom 26.1.–20.2. 1919, in: Ebenda, MA 103250. Ein Auszug des Protokolls vom 25.1. 1919 ist abgedruckt, in: Gerhard A. Ritter/Susanne Miller (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente, Hamburg ²1975, S. 411–415.

[66] Entwürfe vom 17. und 21.2. 1919 bei Heinrich Triepel (Hrsg.), Quellensammlung zum Deutschen Reichsstaatsrecht (Quellensammlungen zum Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht I), Tübingen ³1922, S. 18–28 bzw. 28–33.

[67] Entwurf des Verfassungsausschusses bei Triepel, Quellensammlung, S. 39–45. Zur Auseinandersetzung um diesen Begriff s. auch die Diskussion im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung, in: Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung 336, Berlin 1920, 36. Sitzung vom 3.6. 1919.

[68] Druck der Weimarer Verfassung z. B. bei Huber, Dokumente, IV, Nr. 157. Dieser Artikel war nicht selbstverständlich, da er die Wiedereinführung von Monarchien in den Ländern ausschloß, was beim Berichterstatter im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung Konrad Beyerle (BVP) „gewisse Bedenken" verursachte, und den DNVP-Abgeordneten Clemens von Delbrück den erfolglosen Antrag stellen ließ, das Wort „freistaatlich" zu streichen. Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung 336, 11. Sitzung vom 20.3. 1919.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Den Höhepunkt und gewissermaßen Abschluß der vereinheitlichenden Sprechweise von den deutschen Freistaaten bildete das „Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt" vom 10. Februar 1919, auf dessen Grundlage die erste Reichsregierung gebildet wurde[69]. Es stellte das Staatsgrundgesetz für das Reich bis zur Verkündigung der Weimarer Verfassung vom 11. August dar und mußte im Verein mit dem Sprachgebrauch auf den Tagungen von Reich und Freistaaten stark prägend auf die nun entstehenden Länderverfassungen wirken.

Diese Einflußnahme erfolgte nicht immer geradlinig und ohne Widerstände. Vor allem in Preußen gab es heftige Diskussionen um Bedeutung und Verwendung des Wortes „Freistaat"[70]. Zwar kam es in der endgültigen Landesverfassung vom 30. 11. 1920 zu einem Kompromiß, nach dem in § 1 Preußen ausdrücklich als „Republik" bezeichnet wurde. Doch setzte sich auch in diesem Fall mit der Formulierung der Überschrift der vom Reich forcierte Landesname durch: „Verfassung des Freistaates Preußen"[71]. In Thüringen, das erst 1920 aus sieben thüringischen Staaten gebildet wurde und 1921 die letzte der deutschen Landesverfassungen erhielt, machte sich dagegen die neue Redeweise von den „Ländern" bemerkbar: Seit dem 12. 4. 1920 wurde nicht mehr vom „Freistaat", sondern vom „Land" Thüringen gesprochen, doch blieb die Bezeichnung „Freistaat" in § 1 der endgültigen Verfassung erhalten[72].

Auch in Bayern, wo nach der Landtagswahl vom 12. Januar (rechtsrheinisches Bayern) und 2. Februar (Pfalz) 1919 eine neue verfassungsrechtliche Situation gegeben war, beriet die Eisner-Regierung über ein neues Staatsgrundgesetz, das am 20. Februar, einen Tag vor der Ermordung Eisners, im Kabinett beschlossen wurde als „Entwurf eines vorläufigen Staatsgrundgesetzes für den Freistaat Bayern"[73]. Der Staatsrechtsreferent im Innenministerium, Oberregierungsrat Hartmann, ergänzte handschriftlich auf dem ihm vorliegenden Entwurf zum Wort Freistaat: „Dieser Ausdruck beruht auf § 2 des Gesetzes über die Reichsgewalt vom 10. 2. 1919."[74]

Ob Eisner, der die Eigenständigkeit Bayerns bekanntermaßen überaus betonte[75], den Freistaat-Begriff auf Dauer akzeptiert hätte, ist zweifelhaft. Jedenfalls ist hier im Februar 1919 klar erkennbar, daß in Bayern eine vom Reich ausgehende Sprachre-

---

[69] Huber, Dokumente, IV, Nr. 77. Der § 2 lautet: „Die Einbringung von Vorlagen der Reichsregierung an die Nationalversammlung bedarf unbeschadet des Abs. 4 der Zustimmung eines Staatenausschusses. Der Staatenausschuß wird gebildet von Vertretern derjenigen deutschen Freistaaten, deren Regierungen auf dem Vertrauen einer aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung beruhen. Bis zum 31. März 1919 können mit Zustimmung der Reichsregierung auch andere deutsche Freistaaten Vertreter entsenden." Vgl. dazu Domarus, Bayern 1805–1933, S. 195 mit Anm. 4.

[70] Vgl. Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919–1932, Düsseldorf 1985, bes. S. 101, 130.

[71] Möller, Parlamentarismus in Preußen, S. 134; vgl. Preuß, Verfassung des Freistaates Preußen.

[72] Vgl. dazu Dornheim, Geschichte des Begriffes „Freistaat".

[73] Die Regierung Eisner, S. 256 f., Dok. 41 a. Dieser Entwurf ist identisch mit dem am 17. März vom Landtag verabschiedeten „Vorläufigen Staatsgrundgesetz" (wie Anm. 20).

[74] BayHStA, MInn 74129; vgl. Heyl, Reich und Länder, S. 21.

[75] Dazu zahlreiche Belege bei Benz, Süddeutschland in der Weimarer Republik, z. B. S. 44 f., 58 ff., 67, 98, 335 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gelung zunächst im Innenministerium und dann im Ministerrat rezipiert und damit die spätere Festlegung auf den Staatsnamen „Freistaat Bayern" vorbereitet wurde. Weder zu diesem Zeitpunkt noch im März 1919 fand dabei – im Gegensatz zu Preußen – eine politische Diskussion über diese Bezeichnung statt. Dieser Vorgang ist umso erstaunlicher, als gerade das auf seine Eigenständigkeit pochende Bayern das einzige süddeutsche Land war, das sich der allgemeinen Tendenz anschloß. Wie gezeigt, wählten die anderen süddeutschen Staaten, die auf den Konferenzen vom 25. November 1918 und 25. Januar 1919 gemeinsam mit Bayern den zentralistischen Kurs der Reichsregierung gebremst hatten[76], eigenständige Begriffe: der freie Volksstaat Württemberg, die demokratische Republik Baden und der Volksstaat Hessen[77].

Damit betonte die Rezeption des Freistaat-Begriffs im Frühjahr 1919 im Ergebnis nicht die Eigenstaatlichkeit Bayerns, sondern vielmehr die Anpassung an eine homogene Entwicklung des Verhältnisses von Reich und Ländern in der Konsolidierungsphase der neuentstehenden Reichsverfassung. Die Stufen dieser Anpassung, mit den Anfängen im Februar und der bewußten Änderung des Staatsnamens ab Ende März, verlaufen parallel zur Schwäche der bayerischen Regierung und ihrer Anlehnungsbedürftigkeit an das Reich, die sich nicht nur in der inneren Situation Bayerns, sondern vor allem in der daraus resultierenden kraftlosen Position der bayerischen Vertreter bei den Verfassungsberatungen in Weimar widerspiegelte[78].

Forciert wurde diese Entwicklung durch die unitarische Einstellung des Ministerpräsidenten Hoffmann, der im Gegensatz zu seinem Vorgänger Eisner jede Sonderrolle Bayerns ablehnte. Schon als Kultusminister unter Eisner hatte er sich engagiert an den Verfassungsberatungen beteiligt und steuerte nun sowohl in der Gesamtpolitik wie in der Verfassungsfrage einen stark auf das Reich ausgerichteten Kurs[79]. Bei allen entsprechenden Gelegenheiten beharrte Hoffmann auf der Anwendung des Freistaat-Namens[80], und zwar nicht, weil ihm dies von der Reichsregierung nahege-

[76] Vgl. ebenda, S. 57–63, 94–99.

[77] Wie Anm. 56.

[78] Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954, bes. S. 86–93.

[79] Im Gegensatz zu seinem Justizminister Endres (dazu im folgenden) war Hoffmann allerdings stets bestrebt, die Verfassungsberatungen voranzutreiben. Vgl. dazu etwa seinen Auftrag vom 22. 3. 1919, in: BayHStA, Abt. V, NL Graßmann 12d, schnell einen gedruckten Verfassungsentwurf für die geplante Behandlung im Ministerrat in der ersten Aprilwoche (zum Termin: BayHStA, MA 99513 v. 19. 3. 1919) herzustellen; tatsächlich wurde dieser gedruckte Entwurf bereits am 25. 3. 1919 den Ministern übersandt (BayHStA, MK 36869). In diesem Sinne äußerte sich auch sein Stellvertreter Segitz in der Ministerratssitzung vom 7. 5. 1919, in: BayHStA, MA 99513; vgl. Hennig, Johannes Hoffmann, S. 369–371. Im Verfassungsausschuß des Landtages wurde diese Position Hoffmanns – engagierter Ausbau der Bayerischen Verfassung unter dem Primat der Reichsverfassung – von seinem Schwager und engen Mitarbeiter, dem Berichterstatter Friedrich Ackermann, vertreten; vgl. dazu insbes. die Verhandlungen des Bayerischen Landtags, Tagung 1919, Beilage 324, S. 12f.

[80] Vgl. etwa die von ihm veranlaßte Bekanntmachung vom 25. 6. 1919 (wie Anm. 23 und 25). Ebenso korrigierte Hoffmann bei den Beratungen über den Gesetzentwurf zur Enteignung von Holz und Torf im April 1919 explizit den vorgeschlagenen Begriff „Volksstaat" in „Freistaat" (BayHStA, MA 99898).

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

legt worden wäre[81]. Vielmehr erhöhte sich die Akzeptanz der im Februar vom Innenministerium aufgenommenen Freistaat-Bezeichnung bei Hoffmann dadurch, daß ihm der von der Hambach-Tradition geprägte Begriff zum einen persönlich zusagte, zum anderen, weil er sich pointiert gegenüber den Räterepublikanern einsetzen ließ.

In seinem ersten, rein sozialistischen Kabinett, das bis Ende Mai 1919 amtierte und in dem die Rezeption des Freistaat-Namens vollzogen wurde, fand er diesbezüglich keinen Widerstand. Im Gegenteil, sein Justizminister Fritz Endres aus Würzburg nahm sofort nach seinem Amtsantritt auch persönlich die Freistaats-Terminologie auf[82] und verfolgte in den Verfassungsberatungen die Devise, erst die Verabschiedung der Reichsverfassung abzuwarten, um dann die künftige Bayerische Verfassung möglichst genau daran ausrichten zu können[83] Auch jetzt fand keine politische Diskussion um die Festlegung des Staatsnamens statt; lediglich die antimonarchische Bedeutung des Freistaat-Begriffs rief eine grundsätzliche Stellungnahme der konservativen Mittelpartei hervor[84]. Dies zeigt nochmals deutlich, daß dem Ministerpräsidenten Hoffmann zwar einerseits eine forcierende Rolle in der Rezeption des Freistaat-Namens zukam, dieser aber andererseits auch nicht von ihm gegen widerstrebende Kräfte durchgesetzt wurde, sondern einer allgemeinen Entwicklung entsprach.

Nicht aus der Sicht der Zeitgenossen, die im „Freistaat Bayern" die Überwindung der Monarchie und dann ebenso die Überwindung der Räterepublik festschreiben wollten, wohl aber in der Rückschau erweist sich dieser Name somit als Manifestation der verlorenen inneren Stärke und der neuen reichsrechtlichen Stellung des einst so privilegierten Bundesstaates Bayern.

---

[81] Vielmehr bestand er selbst gegenüber dem Reich auf dem korrekten Wortgebrauch. Im Oktober 1919 wies er die Bayerische Gesandtschaft in Berlin an, das Auswärtige Amt zur Verwendung der in der Verfassung festgelegten Bezeichnung „Freistaat" anstelle von „Volksstaat" anzuhalten, in: BayHStA, MA 102010/I.

[82] Vgl. den „Allgemeinen Erlaß" vom 25.3. 1919 („... Durch Arbeit, rastlose und ununterbrochene Arbeit wird auch die Rechtspflege am Neubau unseres Freistaates mitwirken."), in: Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger Nr. 81 vom 27.3. 1919; Justizministerialblatt für den Volksstaat Bayern 1919, S. 173; ebenda, Bamberger Ausgabe Nr. 1 vom 26.4. 1919, S. 1a. Im Entwurf stand zunächst das Wort „Volksstaat", das Endres eigenhändig in „Freistaat" korrigierte, in: BayHStA, MJu 13655.

[83] So wird über seine Stellungnahme zu den Verfassungsberatungen in der Ministerratssitzung vom 7. Mai 1919 (in Abwesenheit des Ministerpräsidenten Hoffmann berichtet): „Nach seiner Ansicht sollte man die bayerische Verfassungsvorlage solange zurückstellen, bis man die Reichsverfassung festgelegt hat. Man würde dann wenigstens nicht gezwungen sein, sofort wieder Änderungen vornehmen zu müssen.", in: BayHStA, MA 99513.

[84] Vgl. das Votum von Hermann Strathmann von der Mittelpartei, der zwar aufgrund der Zeitumstände auf einen Widerspruch gegen die Festlegung der republikanischen Staatsform verzichtete, aber sich grundsätzlich zur konstitutionellen Monarchie bekannte (Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Tagung 1919, Beilage Nr. 382, S. 457f.). Dagegen wurde die Festlegung der republikanischen Staatsform auch von der BVP mitgetragen; vgl. die Aussage des (BVP-)Mitberichterstatters im Verfassungsausschuß, Heinrich Held, in: Ebenda, Beilage Nr. 324, S. 13, 32f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

IV.

Diese Beurteilung gilt freilich nur für die Rezeptionsphase des Namens im Frühjahr 1919. Im folgenden bildete der Ausdruck „Freistaat" weder eine von den Zeitgenossen so verstandene Bezeichnung für den Bedeutungsverlust der Länder noch entwikkelte er eine identitätsbildende Funktion für die Öffentlichkeit. „Freistaat" blieb weiterhin das deutsche Wort für Republik, erschöpfte seinen Zweck aber in der amtlichen Verwendung als verfassungsrechtliche Benennung der meisten deutschen Länder[85].

Daß die identitätsbildende Funktion des Staatsnamens nicht allzu groß gewesen sein kann, erweist sich schon alleine daran, daß nach dem Zweiten Weltkrieg Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (SPD), der seine politischen Lehrjahre in der Weimarer Zeit erlebt hatte, in Art. 1 des Gesetzes über die vorläufige Staatsgewalt in Bayern vom 22. 10. 1945 formulierte: „Bayern ist eine demokratische Republik."[86] Hoegners Entwurf für den bayerischen Vorbereitenden Verfassungsausschuß im Februar 1946 ist betitelt: „Verfassung des Volksstaates Bayern", definiert in Art. 1: „Bayern ist eine Republik" und in Art. 2: „Bayern ist ein Volksstaat". Erst nachdem der Berichterstatter für diesen Abschnitt im Vorbereitenden Verfassungsausschuß, Staatssekretär Anton Pfeiffer (CSU), die bisherigen Bezeichnungen als „Volksstaat" und „Freistaat" zutreffend referiert hatte, schlug Hoegner in der 3. Sitzung vom 22. März 1946 vor, das Wort „Republik" in Art. 1 durch den „Freistaat" der Bamberger Verfassung zu ersetzen. Dabei erklärte er, Artikel 1 regele nur die Staatsform: Republik bzw. Freistaat als „Nichtmonarchie"; Artikel 2 beschreibe die Staatsverfassung: „Volksstaat" als eine Übersetzung des Wortes „Demokratie". Auf Antrag von Innenminister Seifried (SPD) beschloß der Vorbereitende Verfassungsausschuß dann einstimmig, die Überschrift dem Art. 1 anzupassen: „Verfassung des Freistaates Bayern"[87]. Daß es sich bei der parallelisierenden Festlegung als Freistaat und als Volksstaat nicht um eine unnötige Doppelung handelt, geht einerseits aus der Wortgeschichte hervor, wonach Freistaat eben nur für „Nichtmonarchie" bzw. „Nichtdiktatur" stand, Volks-

[85] Vgl. etwa die Definition in: Der Große Brockhaus, VI, Leipzig [15]1930, S. 585, sowie das seltene Vorkommen dieser Bezeichnung nach Mai 1919 in Bayern (s. dazu Anm. 18).

[86] Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954. Das Kabinett Hoegner: 28. September 1945 bis 21. Dezember 1946, bearb. von Karl-Ulrich Gelberg, München 1996, Nr. 2. Dieses Gesetz trat allerdings wegen der Ablehnung durch die Militärregierung nicht in Kraft.

[87] Referat Pfeiffers unter dem Titel: „Bemerkungen zum Entwurf einer Verfassung des Volksstaates Bayern" sowie das Sitzungsprotokoll vom 22. 3. 1946, in: BayHStA, Abt. V, NL Pfeiffer 149. Das Wort „Freistaat" war für Hoegner schon deshalb akzeptabel, weil er ein erklärter „Gegner überflüssiger Fremdwörter" war, Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München 1959, S. 253. Zudem legte er gerade in der unmittelbaren Nachkriegszeit Wert auf die Charakterisierung Bayerns als eigenständiger „Staat"; ders., Lehrbuch des bayerischen Verfassungsrechts, München 1949, bes. S. 17–23; Peter Jakob Kock, Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Treml, Geschichte des modernen Bayern, S. 375–497, hier S. 385 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

staat hingegen für die Demokratie; andererseits gab es 1946 tatsächlich Bestrebungen, die konstitutionelle Monarchie wieder einzuführen[88].

Die „Freistaat"-Passagen gingen dann unverändert in die endgültige Verfassung vom 2. Dezember 1946 ein[89]. Daß Bayern damals das einzige Land mit diesem Staatsnamen blieb, erklärt sich daraus, daß es überhaupt das einzige Land war, das bereits in der Weimarer Zeit existiert hatte. Während in der sowjetisch besetzten Zone keine wirklich eigenständige Länderentwicklung geduldet wurde, waren die Länder in der amerikanischen, britischen und französischen Zone allesamt Neuschöpfungen – eben mit Ausnahme Bayerns[90] sowie der Stadtstaaten Hamburg und Bremen, wobei ersterer ebenfalls seinen Weimarer Namen „Freie und Hansestadt Hamburg", letzterer leicht variiert den Namen „Freie Hansestadt Bremen" fortführte[91].

Zwar schärfte das bayerische Innenministerium in einer Entschließung von 1957 explizit die verfassungsgemäße Verwendung der Bezeichnung „Freistaat Bayern"

---

[88] Vgl. die Bemerkungen von Josef Maria Graf v. Soden-Fraunhofen (ehemaliger Kabinettschef des Kronprinzen Rupprecht), die er im Juli 1946 an Pfeiffer schickte und in denen er sich massiv gegen den Freistaat-Begriff aussprach, weil dadurch die Wiedereinführung der konstitutionellen Monarchie, die sich gerade mit einem Volksstaat gut vereinbaren ließe, ausgeschlossen werde, in: BayHStA, Abt. V, NL Pfeiffer 149. Hoegner bestätigte auch rückblickend, daß die antimonarchische Bedeutung des Wortes „Freistaat" entscheidend für seine Aufnahme in die Verfassung gewesen sei, Hoegner, Lehrbuch des bayerischen Verfassungsrechts, S. 30. Zum Monarchismus in Bayern nach 1945 vgl. Konrad Maria Färber, Bayern wieder ein Königreich? Die monarchistische Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Neuanfang in Bayern 1945–1949. Politik und Gesellschaft in der Nachkriegszeit, München 1988, S. 163–182; Joachim Selzam, Monarchistische Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1989, Diss. rer. pol. Erlangen-Nürnberg 1994, bes. S. 165–170.

[89] Zur Diskussion im Verfassungs-Ausschuß vom 18. 7. 1946 vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Bayerischen Verfassungsgebenden Landesversammlung I, S. 42–45. Hier klärte sich noch einmal die Bedeutung von „Freistaat" als Festlegung der republikanischen, nichtmonarchischen Staatsform und von „Volksstaat" als Herausstellung der demokratischen Regierungsform, eine Distinktion, die den Parteienvertretern im Landtag bzw. Ausschuß durchaus nicht geläufig war. Entscheidend war dabei die Argumentation Hoegners, der u. a. ausführte: „Ich möchte doch nochmals nachdrücklichst darauf hinweisen, daß es notwendig ist, hier ein Bekenntnis zur Republik abzulegen. Deswegen würde ich es für zweckmäßig halten, daß wir den Ausdruck ‚Freistaat' oder ‚Republik' nehmen. Ich würde den Ausdruck ‚Freistaat' vorziehen, weil er ein deutscher Ausdruck ist und in den früheren Verfassungen, besonders auch in unserer Bayerischen Verfassung von 1919, enthalten war.", in: Ebenda, S. 45. Vgl. Schmidt, Staatsgründung, S. 130f.; Helmut Hoffmann, Bayern – Handbuch zur staatspolitischen Landeskunde der Gegenwart, München [8]1985, S. 54f., daneben auch Hans Nawiasky, Die Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. Dezember 1946. Systematischer Überblick und Handkommentar, München/Berlin 1948, S. 29f., 79; Schweiger/Knöpfle, Die Verfassung des Freistaates Bayern, V Art. 1 (5).

[90] Abgesehen von der Abtrennung der linksrheinischen Pfalz, die im Land Rheinland-Pfalz aufging.

[91] Vgl. die Hinweise bei Walter Först (Hrsg.), Die Länder und der Bund. Beiträge zur Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, Essen 1989; Barbara Fait, Real praktizierter Föderalismus in der SBZ/DDR. Über Entstehung und Auflösung der fünf Länder 1945–1952, in: Geschichte im Westen 6 (1991), S. 7–18. Auf die kurzzeitige Übernahme des Freistaat-Begriffs für Baden kann hier nicht eingegangen werden.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ein[92]; die hier vom Innenminister August Geislhöringer vertretene Bayernpartei hat trotz ihrer monarchistischen Tendenzen mehrfach mit dem Freistaat-Begriff operiert[93].

Doch hat ganz offensichtlich nicht die Sprache der Politiker, sondern vielmehr die der Medien und der Publizistik seit den sechziger Jahren die öffentlichkeitswirksame Prägung dieses Staatsnamens im heutigen Sinne maßgeblich bewirkt: Bayern als „der widerspenstige Freistaat"[94]. Erst in der Endphase der Ministerpräsidentschaft Alfons Goppels finden sich Anklänge an diesen Sprachgebrauch[95], und mit Franz Josef Strauß scheint der Höhepunkt in der Verbindung des Freistaat-Namens mit den eingangs geschilderten Inhalten und in seiner weitgehenden Identifikation mit dem Image der CSU erreicht worden zu sein[96]; doch bedarf diese Entwicklung noch weiterer Untersuchungen. Dabei wird zu berücksichtigen sein, daß der CSU solange nichts an einer hervorgehobenen Verwendung des Freistaat-Begriffs gelegen sein konnte, wie ein Teil ihres Wählerpotentials damit vor allem seine antimonarchische Aussage verband. Erst als etwa seit den siebziger Jahren eine neue Generation herangewachsen war, die nicht mehr diesen Bedeutungsgehalt, sondern nur noch die Rede vom ‚widerspenstigen Freistaat' kannte, die sich auf Bayerns neu definierte starke Rolle

---

[92] Entschließung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 2.10. 1957 zum Gebrauch der Bezeichnung „Freistaat Bayern" in dienstlichen Schreiben: „An die dem Bayer. Staatsministerium des Innern nachgeordneten Behörden. Im dienstlichen Sprachgebrauch bürgern sich neben der verfassungsgemäßen Bezeichnung „Freistaat" (Überschrift und Art. 1 Abs. 1 der BV) Benennungen wie „Land Bayern" und „Bayerischer Staat" ein. Die Bezeichnung „Land" bezieht sich lediglich auf die Benennung der Länder innerhalb des Gefüges der Bundesrepublik. Grundsätzlich ist die Bezeichnung „Freistaat Bayern" zu verwenden.", in: Ministerialamtsblatt der bayerischen inneren Verwaltung 1957, S. 732.

[93] Hinweise bei Ilse Unger, Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945–1957, Stuttgart 1979, S. 140ff., 144. Die Wortverwendung erfolgte nicht im antimonarchischen Sinne, sondern meinte das Freisein vom Bund. Die Entschließung fügt sich in eine Linie weiterer Ereignisse 1957 ein: Das auf Initiative der Bayernpartei im Mai 1957 verabschiedete bayerische Ordensgesetz, nach dem ein bayerischer Verdienstorden „für hervorragende Verdienste um den Freistaat Bayern und das bayerische Volk" verliehen werden soll; der von Geislhöringer 1957 verstärkt vertretene Plan eines bayerischen Staatsangehörigkeitsgesetzes; die Erwägung bei Aufstellung des Bundeswappens an den deutschen Grenzen im August 1957, die bayerischen Grenztafeln mit der Aufschrift „Freistaat Bayern" nicht nur an den Auslandsgrenzen neben dem Bundeswappen stehen zu lassen, sondern auch neue Tafeln an den innerdeutsch-bayerischen Grenzen aufzustellen (was dann später auch vollzogen wurde). Vgl. dazu BayHStA, Abt. V, StK, Presseausschnitte 1957.

[94] Vgl. dazu vor allem das 1967 erstmals aufgelegte Buch von Ücker, Bayern. Der widerspenstige Freistaat. Dagegen kommt das Wort „Freistaat" in den Äußerungen der bayerischen Ministerpräsidenten von 1945 bis 1962 zum Föderalismusprinzip praktisch nicht vor. Vgl. Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern III/9, Die Regierungen 1945–1962, bearb. von Fritz Baer, München 1976, S. 543–662. Insbesondere bei Ministerpräsident Hanns Seidel ist 1958 von „Freiheit" in den verschiedensten Wortformen die Rede, nicht jedoch vom „Freistaat".

[95] Vgl. seine eigenhändige Redaktion zu einem Entwurf der Regierungserklärung vom 11.7. 1978: „Unsere föderalistische Auffassung ist nicht nur die des ‚unbequemen Freistaates' [...]", in: BayHStA, StK 111519.

[96] Vgl. dazu Max Streibl, Modell Bayern. Ein Weg in die Zukunft, München 1985, S. 374.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in der westdeutschen Bundesrepublik bezog, erwies sich der offensive Umgang mit diesem Begriff für die CSU als besonders attraktiv.

Im Ergebnis ist jedenfalls festzuhalten, daß nach dem Zweiten Weltkrieg eine Umprägung des Wortsinnes von „Freistaat" stattgefunden hat. In einer amtlichen Auskunft des Sächsischen Landtages über die Motive für die Annahme des Staatsnamens „Freistaat Sachsen" am 27. Oktober 1990 auf Antrag der CDU-Landtagsfraktion spielt die nach 1945 in Bezug auf Bayern entstandene Begriffserweiterung um das föderale Element eine zentrale Rolle: „Es ist daher sowohl ein Ausdruck föderalistischen Staatsverständnisses wie auch ein Reflex der vielhundertjährigen Geschichte, wenn sich gerade die Bundesländer Sachsen und Bayern ‚Freistaat' nennen."[97] In die gleiche Richtung zielte die Benennung Thüringens als „Freistaat", initiiert durch die CDU-Landtagsfraktion im Oktober 1992: Neben der Berufung auf die Traditionen Thüringens und seines Staatsnamens wurde als Begründung die Bildung der „Freistaaten-Südschiene" mit Bayern und Sachsen und damit zusammenhängend die Betonung des föderalen Aufbaus der Bundesrepublik Deutschland genannt[98].

V.

Blicken wir auf die eingangs gestellte Frage nach Herkunft und Bedeutung des bayerischen Staatsnamens zurück, so läßt sich zusammenfassen: Das Wort „Freistaat", das zunächst vor allem die Freiheitsrechte der Schweizer Eidgenossenschaft und ihrer Mitglieder betonte, setzte sich im sprachpuristischen Kontext in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts durch. Als deutsche Entsprechung von „Republik" stand es in erster Linie für die Unabhängigkeit eines Staatswesens sowie für die persönliche

[97] Amtliche Drucksache des Sächsischen Landtages, Petition 1/234/2/67. Für den Hinweis auf diese Stelle bin ich Herrn Oberverwaltungsdirektor a.D. Dr. Alfons Wenzel zu Dank verpflichtet. Die vom Vorsitzenden des Rechts- und Verfassungsausschusses des Sächsischen Landtags gegebene Begründung hebt darauf ab, daß „Freistaat" noch mehr als „Republik" das Gegenteil von „Monarchie" meine (I.), daß dieser Namenszusatz der Unterscheidung von anderen historischen Staaten „Sachsen" sowie den Ländern Sachsen-Anhalt und Niedersachsen diene (II.) und daß er die besondere staatliche Tradition der Länder Sachsen und Bayern zum Ausdruck bringe (IV). Der eigenstaatlich-föderale Gesichtspunkt wird in Punkt III näher erläutert: „Sachsen ist – wie alle deutschen Bundesländer – nicht ein Bezirk, eine Region oder ein Distrikt, sondern ein Staat als Gliedstaat der Bundesrepublik Deutschland. Das Deutsche Reich ist 1871 als Zusammenschluß deutscher Länder zu einem Nationalstaat konstituiert worden. Im Rahmen des 1949 Möglichen entstand die Bundesrepublik Deutschland als die bereits existierende Länder übergreifende Verfassungsstruktur; durch die Wiedervereinigung 1990 wurden die gleichzeitig wiedergebildeten Länder zu Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland. Die originären Staaten sind die Bundesländer, die zahlreiche ihrer Kompetenzen auf den Bund übertragen haben. Um diese Staatlichkeit des Bundeslandes Sachsen auch deutlich zum Ausdruck zu bringen, hat der Landtag sich für einen Namen entschieden, der den Staatsbegriff ausdrücklich enthält: ‚Freistaat Sachsen'. In unserem föderalistischen Staatswesen ist die Bezeichnung ‚Freistaat' zulässig und unterstreicht die eigenständige Staatsqualität des neuen Bundeslandes."

[98] Vgl. Dornheim, Geschichte des Begriffes „Freistaat".

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und politische Freiheit seiner Bürger. Im frühen 19. Jahrhundert verengte sich sein Sinngehalt – parallel zum Verständnis von „Republik" – zum Gegenteil von „Monarchie", verlor aber nach der fehlgeschlagenen Revolution von 1848 an Bedeutung. In der Situation der Jahre vor 1918 waren „Volksstaat" und „Demokratie" die modernen Begriffe, die sich mit der konstitutionellen Monarchie vereinbaren ließen. In breitem Maße angewendet wurde der Ausdruck „Freistaat" ab 1918 zur Bezeichnung fast aller deutschen Länder, die sich ausnahmslos ihrer Monarchen entledigt hatten. Allerdings war die Rezeption in Bayern im Frühjahr 1919 eher von seinem antirevolutionären, anti-räterepublikanischen als von seinem antimonarchischen Gehalt bestimmt. Die bis heute vertretene Deutung, der Staatsname „Freistaat Bayern" sei auf eine „Proklamation" durch Kurt Eisner 1918 zurückzuführen, läßt sich nicht aufrechterhalten[99].

Eine zusätzliche Bedeutungskomponente gewinnt der Name „Freistaat" in der Rückschau insofern, als seine Verwendung für die Integration der ehemaligen deutschen Bundesstaaten in die zentralistisch ausgerichtete Republik von Weimar steht – gerade auch im Falle Bayerns, das zuvor noch der heftigste Verfechter der eigenstaatlichen Positionen der deutschen Länder gewesen war. Die Staatsbezeichnung erweist sich damit als ein Indikator der verfassungspolitischen Entwicklung Bayerns und der deutschen Länder insgesamt in den Jahren 1918–1921.

Nach 1945 wurde der traditionelle Staatsname wieder aufgenommen, um die republikanische, nichtmonarchische Staatsform zu betonen. Hier wie im Jahr 1919 war es die SPD, auf die diese Formulierung des Staatsnamens zurückging. Infolge der langen Kontinuität der CSU-geführten Staatsregierungen seit 1957 wuchs dem Staatsnamen jenes eigenstaatliche, heimatbetonte und konservative Image zu, das gleichzeitig als politisches Erkennungszeichen der CSU gilt. Der Gipfelpunkt der spezifisch bayerischen, weiß-blauen Konnotationen wurde mit der Ära Strauß erreicht; die Annahme des alten Staatsnamens „Freistaat" durch die CDU-geführten Länder Thüringen und Sachsen sollte die eigenstaatliche Position mehrerer Länder im föderalistischen Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland betonen und läßt die ursprüngliche antimonarchische Aussage kaum noch erkennen.

Der Name „Freistaat Bayern" stand demnach in seiner Geschichte für verschiedene Bedeutungsinhalte. Dieser Wandel des Wortsinnes von „Freistaat" geht weiter, und nicht nur die Wortteile „frei" und „Staat" oder die in konkreten historischen Situationen festgelegten Definitionen, sondern auch die Bezugnahme auf die jeweilige politische und gesellschaftliche Realität müssen entscheiden, was darunter zu verstehen ist.

[99] Diese Aussage über den Namen ist freilich nicht automatisch auf die Sache (Begründung des heutigen Freistaates Bayern) zu übertragen, die hier nicht diskutiert wurde.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

ULRICH ENDERS

INTEGRATION ODER KOOPERATION?

Ludwig Erhard und Franz Etzel im Streit über die Politik der europäischen Zusammenarbeit 1954–1956

Am 6. November 1956 hatten sich Bundeskanzler Adenauer und der französische Ministerpräsident Mollet in Paris über die noch offenen Fragen hinsichtlich des geplanten Gemeinsamen Marktes in Europa und der europäischen Atomgemeinschaft einigen können. Die Verständigung führte aus der ernsthaften Krise heraus, in die die Brüsseler Verhandlungen nach dem Scheitern der Außenministerkonferenz im Oktober 1956 geraten waren, und ebnete, bei allen noch bestehenden Schwierigkeiten, den Weg zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den sechs Staaten, die 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bildeten. Der in Paris gefundene Kompromiß beendete gleichzeitig eine innerhalb der Bundesregierung kontrovers geführte Diskussion über die grundsätzliche Richtung der europäischen Einigung, deren gegensätzliche Positionen durch den Vizepräsidenten der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Franz Etzel, und Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard verkörpert wurden. Von ihrem Amt, ihrer politischen Funktion und ihrer persönlichen Erfahrung her fühlten sich beide dazu bestimmt, die „relance européenne" nach dem Scheitern der EVG 1954 in eine Richtung zu lenken, die jeder für sich aus tiefster Überzeugung als einzig gangbaren Weg zur europäischen Integration betrachtete. Die engagierte, aber trotz aller sachlichen Differenzen von gegenseitiger Wertschätzung geprägte Kontroverse war streckenweise überlagert von dem tieferliegenden und vielschichtigen persönlichen Gegensatz zwischen Erhard und Adenauer, der sich 1956 auch an der Europapolitik entzündete[1].

Das Engagement Etzels in der Europapolitik und insbesondere seine Auseinandersetzung mit Erhard lassen die Konturen dieses von der Geschichtswissenschaft etwas stiefmütterlich behandelten Politikers deutlicher als bisher hervortreten und manche personalpolitische Entscheidung Adenauers verständlicher erscheinen[2]. Adenauer hatte Etzel schon in den Anfangsjahren der CDU als Leiter des wirtschaftspolitischen Arbeitskreises schätzen gelernt und ihn als „besonders gewissenhaften und vorsichtigen Mann" beurteilt,

[1] Vgl. dazu Daniel Koerfer, Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer, Stuttgart 1987, hier S. 128–146.

[2] Zum Defizit in der historischen Bewertung Etzels vgl. Yorck Dietrich, Franz Etzel als Finanzpolitiker, in: Historisch-Politische Mitteilungen 2 (1995), S. 173–187, hier S. 173 f. – Zur Beurteilung der Person Etzels und seiner Rolle in der Europapolitik vgl. ferner Hans von der Groeben, Deutschland und Europa in einem unruhigen Jahrhundert, Baden-Baden 1995, S. 266 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„dessen Urteil man unbedingt Glauben schenken kann"[3]. Er hatte Etzels Ernennung zum Vizepräsidenten der Hohen Behörde der Montanunion selbst mit gefördert[4] und in der kritischen Phase des Jahres 1956 versucht, ihn als Leiter des Kabinettsausschusses für Wirtschaft in seine Nähe zu holen[5]. Etzels Agieren in der Europakontroverse beeinflußte sicherlich die – letztlich am Widerstand des Wirtschaftsministeriums und des Auswärtigen Amtes gescheiterten – Pläne zur Schaffung eines Europaministeriums[6], und es bewog Adenauer vermutlich auch, Etzel 1957 als Finanzminister in das Kabinett zu holen oder ihn 1959 als seinen Nachfolger ins Gespräch zu bringen[7].

I.

Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bedeutete für die politischen Kräfte, die von der Notwendigkeit einer europäischen Einigung überzeugt waren, einen schweren Rückschlag. Sie hielten es daher gerade in dieser Situation für dringend erforderlich, durch neue europapolitische Impulse die Resignation zu überwinden und durch eine Politik der kleinen Schritte zu konkreten Ergebnissen zu gelangen. Aber auch politische und wirtschaftliche Gründe drängten zu einer engeren Zusammenarbeit in Europa. Die Verträge von Paris und London, die die Bundesrepublik militärisch in ein atlantisches und westeuropäisches Bündnissystem einbanden, hatten das Defizit eines europäischen Zusammenschlusses auf politischer Ebene deutlich hervortreten lassen. Auch die Bestrebungen von Unternehmerkreisen zu einer verstärkten über- und zwischenstaatlichen Zusammenarbeit konnten von den Regierungen nicht ignoriert werden[8].

In dieser Situation war es nur naheliegend, daß gerade von der Hohen Behörde der Montanunion ein neuer Versuch ausging, das in den Einzelstaaten vorhandene Einigungsinteresse zu einer neuen erfolgversprechenden Initiative zu bündeln. Ausgangspunkt der Überlegungen zu weiterer Integration bildete die in der Montanunion verwirklichte sektorale Integration von Kohle und Stahl, die in sich selbst schon die Tendenz zu einer Erweiterung zunächst auf die übrigen Energiebereiche trug. In einer Ansprache vor der Mitgliederversammlung der Edelstahlvereinigung am 12. Oktober 1954 griff Etzel auf die Erfahrungen der Hohen Behörde zurück und forderte, die Konstruktion der Montangemeinschaft den Überlegungen für eine weitere europäische Integration als Modell zu-

[3] Schreiben Adenauers vom 22.4. 1948, in: Konrad Adenauer, Briefe 1947–1949, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1984, S. 218.

[4] Vgl. Hans Booms (Hrsg.), Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 5 (1952), bearb. von Kai von Jena, Boppard 1989, S. 399 und 449.

[5] Schreiben Adenauers an Etzel vom 30.6. 1956, in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), Nachlaß Franz Etzel (künftig: N 1254), Bd. 84.

[6] Dazu BAK, N 1254, Bd. 258, dort auch Pläne Etzels über Struktur und Kompetenzen des neuen Ministeriums.

[7] Vgl. dazu Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 359–361, 515 und 518f., sowie Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, S. 162–168 und S. 280–286.

[8] So hatten der Bundesverband der Deutschen Industrie und der Conseil National du Patronat Français in einem Protokoll vom 22.11. 1954 eine wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbart, die bei Ausschaltung jeder staatlichen Lenkung auf die Schaffung neuer Organisationen ganz bewußt verzichtete. Erhard wie Etzel hatten in allerdings unterschiedlicher Schärfe eine sich auf die Ebene der Wirtschaftsunternehmen beschränkende Zusammenarbeit kritisiert. Protokoll vom 22.11. 1954, Schreiben Etzels vom 3.11. und Erhards vom 13.11. 1954, in: BAK, B 102/16175, H 1.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

grunde zu legen. Nachdem er die Verträge von Paris und London, die den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO und zur WEU regelten, als Pakte europäischer Verständigung und Zusammenarbeit ohne supranationale Institutionen bezeichnet hatte, fuhr er fort: „Es gibt außer der militärischen Zusammenarbeit Aufgaben genug, die integriert besser geleistet werden können als in nationaler Sonderentwicklung. Als ein Hinweis unter vielen Möglichkeiten, die sich für den Weg weiterer wirtschaftlicher Integration abzeichnen, mag gesagt werden, daß unsere augenblicklichen Arbeiten an einer Kohlepolitik der Gemeinschaft uns zu der Erkenntnis geführt haben, daß wir angesichts von Erdöl und Erdgas und der am Horizont erscheinenden Atomenergie eine Kohlepolitik allein überhaupt nicht mehr führen können ohne eine allgemeine Energiepolitik. Was wäre natürlicher, als hier einen zwar kleinen, aber logischen Schritt integrierender Entwicklung durch Ausdehnung des Schumanplans auf alle Energiequellen zu machen."[9]

Eine Politik der kleinen Schritte, aufbauend auf den praktischen Erfahrungen der Montanunion, das erschien Etzel als pragmatische Lösung auf dem Weg zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Seine Erfahrungen hatten Etzel auch davon überzeugt, daß ein engerer Zusammenschluß Europas nur mit Hilfe supranationaler Institutionen mit Entscheidungskompetenz erreicht werden könne. Er schrieb am 17. Dezember 1956 an den Bundestagsabgeordneten Martin Blank, als es darum ging, den Gedanken der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der Öffentlichkeit näher zu bringen: „Aber ich glaube, man sollte gerade auch im Zusammenhang mit dem Allgemeinen Gemeinsamen Markt und mit der zukünftigen europäischen Entwicklung doch der Öffentlichkeit immer wieder sagen, daß man nicht weiterkommt, wenn man darauf hofft, daß die Regierungen der einzelnen Staaten sich in gemeinsamen Sitzungen über die entscheidende Frage einigen werden. Die große Erfahrung in der Montanunion, gerade im Vergleich zwischen der Tätigkeit der Hohen Behörde und der des Ministerrates, ist doch die, daß ein Fortschritt möglich war, weil bei der Hohen Behörde mit Mehrheitsbeschluß eine Entscheidung getroffen werden konnte, während man sich beim Ministerrat doch laufend in den wichtigen Fragen festfährt, weil jeder Regierung letzten Endes ihre eigenen Interessen näher liegen als die der Gesamtheit. Auch für die Zukunft des Allgemeinen Gemeinsamen Marktes wird es entscheidend sein, daß irgendeine Institution letzten Endes Entscheidungen treffen kann."[10] Etzel wie Monnet war freilich auch klar, daß sie als Repräsentanten der Hohen Behörde schwerlich eine eigene erfolgversprechende Initiative starten konnten, ein Anstoß vielmehr von Seiten der parlamentarischen Vertreter oder der Länderregierungen kommen mußte[11]. Einen ersten Erfolg konnten sie verbuchen, als die Gemeinsame Versammlung der EGKS am 2. Dezember 1954 eine Erweiterung der Kompetenzen der EGKS auf der Grundlage des Berichtes von P. H. Teitgen befürwortete[12]. Etzel konnte daher befriedigt feststellen: „Der in Straßburg so deutlich zum Ausdruck gekommene Wille, den Weg der Integration auf supranationaler Ebene fortzusetzen und nicht von ihm abzulassen, der Glaube der Völker Europas und besonders ihrer Jugend an die Verei-

[9] Text in: Politisches Archiv des Auswärtiges Amts, Bonn (künftig: PA AA), B 13, Bd. 87.

[10] Schreiben in: BAK, N 1254, Bd. 78.

[11] Zu den Impulsen, die Ende 1954 von Etzel und Monnet ausgingen, vgl. Pierre Gerbet, La „relance" européenne jusqu'à la conference de Messine, in: Enrico Serra (Hrsg.), Il rilancio dell'Europa e i Trattati di Roma, Mailand 1989, S. 61–91.

[12] Zum Teitgen-Bericht und der Beschlußresolution vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (künftig: Bulletin) vom 8. 12. 1954, S. 2114f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nigten Staaten von Europa – das ist für uns Ermutigung und Verpflichtung, unbeirrbar an dem Werk Europa weiterzubauen."[13]

Monnet selbst war fest entschlossen, den Gedanken der europäischen Integration weiter voranzutreiben. Am 9. November erklärte er, daß er nach Ablauf seines Mandates am 10. Februar 1955 nicht mehr als Präsident der Hohen Behörde zur Verfügung stehen werde. Er begründete diesen Schritt damit, die volle Handlungsfreiheit erhalten zu wollen, um sich ganz für das europäische Einigungswerk einsetzen zu können[14]. Monnet faßte im Frühjahr 1955 seine Gedanken in einem „Aktionsprogramm für die Vereinigten Staaten von Europa" zusammen. Darin schlug er eine Zusammenarbeit der Gemeinschaft im gesamten Energiebereich, auf dem Verkehrssektor und auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Atomenergie sowie die Schaffung eines gemeinschaftlichen Anpassungsfonds vor. Die Zuständigkeit der Hohen Behörde sollte auf den Energiesektor erweitert werden, während für die Bereiche Verkehr und Atomenergie neue gemeinschaftliche Organe geschaffen werden sollten[15]

Dieser Plan wurde von den Außenministern der Beneluxstaaten grundsätzlich positiv aufgenommen, wenn auch die sektorale Lösung als verbraucherfeindlich und produktivitätshemmend kritisiert wurde. Der Vorschlag Monnets führte zu einer Neuformulierung des Beyen-Planes von 1953[16], der von einer Zollunion ausgehend eine fortschreitende Verwirklichung eines Gemeinsamen Marktes und die Errichtung supranationaler gemeinschaftlicher Organisationen vorsah. Aus diesen Überlegungen ging das Memorandum der Benelux-Staaten zur Fortführung der Integration als „Kind Monnets" hervor[17], das die Grundlage der Verhandlungen der sechs Staaten der Montanunion zur Schaffung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bilden sollte[18].

Ganz andere Schlußfolgerungen aus dem Scheitern der EVG hatte dagegen Erhard gezogen. Er schrieb am 22. September 1954 in einem längeren Artikel über die Londoner Konvertierbarkeitsgespräche: „Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ist an dem französischen Widerstand gescheitert, der Begriff Integration steht allenthalben nicht mehr allzu hoch im Kurs. [...]. Ich habe erklärt, daß bei den nationalen Empfindlichkeiten der europäischen Staaten und einer gewiß falsch verstandenen Vorstellung von Souveränität jede Instanz problematisch erscheint, die die eigene nationale Entscheidungsfreiheit einschränkt, und daß es darum darauf ankäme, Prinzipien zu setzen, die aus dem Ordnungssystem heraus einen sozusagen anonymen Zwang auf das Verhalten der Nationalstaaten ausüben. Ich war immer der Meinung, daß die europäische Integration weniger auf der Institution als auf der Funktion beruhen müsse. Hier aber bietet gerade der schon

---

[13] Bulletin vom 10. 12. 1954, S. 2143.

[14] Bulletin vom 4. 12. 1954, S. 2099.

[15] Aktionsprogramm vom 14. 4. 1955, in: PA AA, B 10, Bd. 900; Abschrift (o. D.), in: BAK, B 146/1845.

[16] Memorandum vom 5. 5. 1953, in: BAK, B 145/1844. Bereits bei der Erörterung des Beyen-Plans hatte sich Erhard für eine horizontale Integration und gegen institutionelle Lösungen ausgesprochen. Vgl. dazu Peter Fischer, Das Projekt einer Europäischen Politischen Gemeinschaft, in: Ludolf Herbst/Werner Bührer/Hanno Sowade (Hrsg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 279–299, hier S. 285.

[17] Gerbet, Relance européenne, S. 81.

[18] Zu den Verhandlungen, auf die hier nicht weiter eingegangen wird, vgl. Hanns Jürgen Küsters, Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Baden-Baden 1982.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erreichte Zustand der wirtschaftlichen Zusammenarbeit [Erhard nannte in diesem Zusammenhang die OEEC, die EZU und das GATT, nicht aber die Montanunion, d. Verf.] der europäischen Länder einen bedeutsamen Anhaltspunkt, der von seiten der verantwortlichen Staatsmänner viel mehr Bedeutung verdiente. Denn diese Ansätze zur Integration sind organisch gewachsen, beruhen auf Einsicht und Erkenntnis und haben so erfolgreiche Wirkungen gezeigt, daß es keinem Lande mehr möglich ist, sich diesem Trend der Entwicklung entgegenzustemmen."[19]

II.

Ende 1954 war die Situation für eine neue europapolitische Initiative keineswegs reif, die Gefahr eines Scheiterns mit unabsehbaren Folgen für die Entwicklung Europas noch nicht gebannt. In dieser sensiblen Phase konnte jede öffentlich geäußerte Kritik fatale Konsequenzen haben. Am 7. Dezember 1954 hielt Erhard im Klub „Les Echos" in Paris vor etwa 300 Unternehmern eine Rede, in der er sich grundsätzlich über die künftige Integration Europas und die deutsch-französische Zusammenarbeit äußerte. Als Voraussetzungen hierfür forderte er eine weitreichende Liberalisierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, aus der sich Formen zwischenstaatlicher Kooperationen entwickeln könnten. Grundlage derartiger Überlegungen war sein Modell einer „funktionalen Integration", wonach die nationalen Volkswirtschaften, je nach der jeweiligen Stufe ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, sich einander annähern und zu gemeinsamen, zwischenstaatlichen Verhaltensweisen und freiwillig anerkannten, verbindlichen Regeln, also gewissermaßen von selbst zu einem inneren Ordnungsgefüge finden würden. Erst im Zuge dieser Annäherung waren für Erhard übernationale Institutionen denkbar, die den Angleichungsprozeß stabilisieren und begleiten könnten. Der umgekehrte Weg der wirtschaftlichen Kooperation als Folge gleichsam von „oben" geschaffener supranationaler Institutionen kam für ihn im Rahmen einer liberalen Wirtschaftsordnung prinzipiell nicht in Betracht. Auch wenn er die Erfolge der Montanunion anerkannte, so lehnte er doch entschieden eine Ausweitung ihrer Kompetenzen oder weitere Teilintegrationen als Modell für die künftige Integrationspolitik ab[20].

Erhards öffentliche Absage an institutionelle Lösungsansätze mußte auf Etzel alarmierend wirken. Als Le Monde am 9. Dezember 1954 über die Rede des Bundeswirtschaftsministers berichtete, schrieb er an Erhard: „Man weiß natürlich nie, wie weit die Zeitungen richtig berichten. Wenn aber der Bericht hier zutreffen sollte, wäre ich über Sie ehrlich gestanden sehr enttäuscht. Ich erinnere Sie an unser letztes Mittagessen in Bonn im ‚Königshof', wo wir uns über den Zusammenhang zwischen institutioneller Integration und funktioneller Integration eingehend unterhielten. Sie selbst sagten schließlich als Er-

[19] Ludwig Erhard, „Die Londoner Gespräche über die Konvertierbarkeit", in: Bulletin vom 22.9. 1954, S. 1565–1570, hier S. 1569. Das Zitat stammt aus einer Passage überschrieben mit: „Wie steht es um die wirtschaftliche Integration Europas?" Diese Passage ist abgedruckt unter den Titel: „Nach dem Scheitern der europäischen Verteidigungsgemeinschaft", in: Ludwig Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehnten, Reden und Schriften, Hrsg. von Karl Hohmann, Düsseldorf 1988, S. 405–408.

[20] Vgl. dazu Ulrich Lappenküper, „Ich bin wirklich ein guter Europäer". Ludwig Erhards Europapolitik 1949–1966, in: Francia 18 (1991), S. 85–121, hier S. 88. Text der Rede in: Erhard, Gedanken, S. 417–424.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gebnis unseres Gespräches, daß die institutionelle Integration und funktionelle Integration sich aneinander hochranken müßten. Ich habe dieser Auffassung zugestimmt. Ich habe Ihnen auch gesagt, welche Bedeutung für uns in der Erkenntnis liegt, daß man grundsätzlich die institutionelle Integration weiter verfolgt. Wir alle hier in Luxemburg sind zutiefst davon überzeugt, daß die Montanunion unter keinen Umständen die einzige Integration bleiben darf. Wir alle sind davon überzeugt, daß der Weg der institutionellen Integration auf die Dauer allein zum Erfolg führen kann. Man darf daher unter keinen Umständen auf den Gedanken verzichten, daß die Integration fortgesetzt werden muß."[21]

Erhard blieb aber von dieser eindringlichen Stellungnahme unbeeindruckt. Er vertiefte vielmehr seine in der Dezember-Rede dargelegte Position in einer 17-seitigen Ausarbeitung „Gedanken zu dem Problem der Kooperation und der Integration". In diesem Memorandum vom März 1955 befaßte er sich zunächst mit der begrifflichen Definition von Kooperation und Integration, um dann – auf die aktuelle Situation und Diskussion eingehend – am Beispiel der Montanunion auf die volkswirtschaftlichen und politischen Gefahren hinzuweisen. Bei einer institutionellen Integration branchenwirtschaftlicher Teilbereiche befürchtete er die jeder Institution innewohnende planwirtschaftliche und dirigistische Tendenz, die eher zur Atomisierung und Absicherung der binnen- und außenwirtschaftlichen Beziehungen als zu deren Liberalisierung führen müsse. Demgegenüber hob er die Vorteile einer funktionalen Integration hervor, die ohne Delegation nationaler souveräner Rechte an eine supranationale Organisation auf freiwilliger Einordnung und freier Verständigung der Partner untereinander beruhe und so zu einem gleichförmigen Verhalten der Volkswirtschaften und zur Anerkennung gleicher Spielregeln im nationalen wie im zwischenstaatlichen Verkehr führen würde. Zwar seien auch für diesen Angleichungsprozess Institutionen nötig, jedoch erst in einem zweiten Schritt, als Folge des wirtschaftlichen Zusammenwachsens. Als Steuerungsorgane ohne Entscheidungsbefugnis sollten ihnen nur konsultative Funktionen wie etwa bei der OEEC oder der EZU zustehen. Erhard räumte zwar ein, daß in der gegebenen Situation die politischen Erwägungen den Ausschlag für die Integrationsbestrebungen geben müßten, diese Willensentscheidung sich aber nur auf der Grundlage einer funktionalen Integration als tragfähig erweisen könne[22].

Dieses Konzept stand in diametralem Gegensatz zu den Auffassungen derjenigen politischen Kräfte, die eine rasche Europa-Initiative für notwendig hielten und in einer Ausweitung der Kompetenzen der EGKS bzw. in sektoralen Teilintegrationen einen erfolgversprechenden Weg zu einem engeren Zusammenschluß der Sechsergemeinschaft sahen, an dessen Ende die Vereinigten Staaten von Europa stehen sollten.

Am 30. März 1955 legte das Auswärtige Amt eine „Erwiderung auf die Gedanken des Herrn Bundeswirtschaftsministers zu dem Problem der Kooperation oder der Integration" vor. In der Stellungnahme ging das Auswärtige Amt zunächst auf die Gemeinsamkeiten im Grundsätzlichen ein, die einmal in der allgemeinen Einsicht in die Notwendigkeit einer engeren europäischen Zusammenarbeit, zum anderen in der kritischen Beurteilung der zu Bürokratisierung und Perfektionierung neigenden supranationalen Organisationen bestanden. Trotzdem sprach sich das Auswärtige Amt für einen Zusammenschluß der Staaten Westeuropas durch institutionelle Verklammerung aus, dessen Notwendigkeit und Dringlichkeit sich allein schon aus der außenpolitischen Lage ergebe. Es hielt rasches

[21] Schreiben Etzels vom 13.12. 1954 an Erhard, in: BAK, N 1254, Bd. 84.

[22] Dieses Memorandum (17 S.) hatte Erhard am 25.3. 1955 Adenauer zugesandt (BAK, B 136/1310, und B 102/11584, H. 4).

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Handeln und kurzfristig realisierbare Maßnahmen für erforderlich. Unter diesen Prämissen erschien dem Auswärtigen Amt eine Fortführung und Ausdehnung der Integration nur „nach dem Typ der Montangemeinschaft" naheliegend[23].

Engagierter und in seiner Zielsetzung klarer äußerte sich Etzel. Er sah in der Schaffung eines föderativen Gesamteuropa das oberste Ziel der Integrationsbestrebungen, aus dem sich alle anderen Schlußfolgerungen ergaben. Politisch bestand die Aufgabe darin, ein föderatives Gesamteuropa als vierte Macht neben den USA, der Sowjetunion und Großbritannien zu schaffen. Daraus ergab sich für ihn die Notwendigkeit, daß die Einzelstaaten Souveränitätsrecht an die zu gründenden „Vereinigten Staaten von Europa" abtraten. Dieser Zusammenschluß bedeutete für die nationalen Wirtschaften Arbeitsteilung, freien Güteraustausch, Angleichung des Sozialniveaus, Konvertibilität der Währungen bis hin zur Einheitswährung. Die These Erhards, daß im Zuge der ökonomischen Vereinheitlichung Europas auch der staatliche Zusammenschluß gefördert würde, betrachtete er dagegen als „gefährlichen Irrtum". Die Montanunions-Lösung war für ihn ein Mittelweg, der den politischen Willen mit den ökonomischen Erfordernissen verband. Die mit ihr geschaffenen Institutionen hielt er für einen ersten Ansatz einer Zusammenarbeit, der aus innerer Notwendigkeit heraus zu weiteren Integrationsimpulsen führe und deren Dynamik die „endgültige Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa geradezu erzwingt". Seine Ausführungen schloß er mit dem Satz: „Das mit der Montanunion beschrittene und das mit der EVG und der Politischen Gemeinschaft beabsichtigte Ziel war unterbaut von diesen Erkenntnissen. Diese Erkenntnisse dürfen nicht verloren gehen und dürfen nicht in der irrigen Auffassung, daß eine Organisation, die der funktionellen Harmonisierung dient, bereits eine Institution sei, schließlich verwässert werden und den politischen Schwung nach der Schaffung eines föderativen vereinigten Europa untergraben. Das eigentliche Schwergewicht beruht nicht im Funktionellen, es beruht in der Kraft der institutionellen Verklammerung und das ist die politische Aufgabe, die mit der ökonomischen zu lösen ist."[24]

Diese Gedanken diskutierte Etzel am 26. April 1955 mit Alfred Müller-Armack, dem Leiter der Grundsatzabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums. Aus diesem Gespräch ging ein neuer, umfassender Plan hervor. Er berücksichtigte die von Monnet geforderte schrittweise Teilintegration auf dem Sektor der Atomenergie und des Transportwesens, die – analog zum Beyen-Plan – in einen gemeinsamen Markt eingehen sollte. Gleichzeitig sollten aber auch supranationale Organe geschaffen werden, die die Aufgabe hatten, zunächst die von Erhard angesprochenen gemeinschaftlichen Spielregeln der wirtschaftlichen Beziehungen zu fördern und deren Einhaltung zu überwachen. Zu einem späteren Zeitpunkt sollten, nach Zustimmung aller Mitgliedsstaaten, diesen Organen „eventuell" Souveränitätsrechte übertragen werden. Eine Reihe von Forderungen zur Erleichterung der Freizügigkeit auch auf dem Gebiet der Forschung und des Kapitalaustauschs bis hin zu einem europäischen Jugendplan rundeten den Entwurf schließlich ab[25].

Diesen Vorschlag erörterte Etzel noch mit Walter Hallstein, Staatssekretär im Auswärtigen Amt[26]; der Vorschlag ging dann – in einer internen Aufzeichnung des Auswärtigen

---

[23] Schreiben in: BAK, B 136/1310.

[24] Schreiben in: BAK, B 102/11580, Heft 4 (15 S.).

[25] Aufzeichnung über die Unterredung Müller-Armack und Etzel am 26. 4. 1955 in Baden-Baden, in: Ebenda.

[26] Vgl. Schreiben Etzels an Hallstein vom 27. 4. 1955, in: PA AA, Abt. 2, Referat 200, Az 85.00/1, Bd. 1. Etzel unterrichtete Monnet am 27. 4. 1955 von dem Ergebnis dieser Gespräche, in: Ebenda.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Amtes als „Plan Etzel" bezeichnet[27] – in großen Teilen in die Eicherscheider Beschlüsse und in die Stellungnahme der Bundesregierung zu den Vorschlägen der Benelux-Staaten ein.

III.

Als die Benelux-Staaten am 20. Mai 1955 den übrigen Staaten der Sechsergemeinschaft ein Memorandum über die weitere Integration Europas vorlegten, hielt es die Bundesregierung für zweckmäßig, noch vor der Konferenz der sechs Außenminister in Messina eine Stellungnahme abzugeben, in der die grundsätzliche Bereitschaft der Bundesregierung zu weiteren Integrationsschritten zum Ausdruck kommen sollte. Nach einem Abstimmungsgespräch am 20. Mai 1955 zwischen Vertretern des Wirtschaftsministeriums, Etzel und weiteren Vertretern der Hohen Behörde[28] fand am 22. Mai 1955 in Eicherscheid im Landhaus von Müller-Armack eine Besprechung statt, an der der künftige Außenminister Brentano, Erhard und Etzel sowie weitere Abgesandte der Ministerien und der Hohen Behörde teilnahmen[29]. Zweck dieser Zusammenkunft war es, eine einheitliche Haltung der Bundesregierung in der Europapolitik zu formulieren und die Stellungnahme der Bundesregierung zu den Vorschlägen der Benelux-Länder vorzubereiten. Die aus dieser Besprechung hervorgegangenen „Eicherscheider Beschlüsse" bildeten einen Kompromiß, der weitgehend auf den von Müller-Armack und Etzel entworfenen Vorarbeiten beruhte. Er sah eine begrenzte Ausweitung der Kompetenzen der EGKS auf dem Gebiet der Energieversorgung und des Verkehrs sowie eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung von Atomenergie vor. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Integration forderte er mit Hinweis auf die allgemeinen Ziele von OEEC und GATT eine weitgehende Liberalisierung des Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehrs, die Gleichheit der Wettbewerbsbedingungen und den Abbau von Handelshemmnissen. Ferner wurde die Bildung eines Konsultativorgans unter der Verantwortung des Ministerrates der EGKS vorgeschlagen, das die Regeln der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ausarbeiten, Empfehlungen aussprechen, den Angleichungsprozeß koordinieren und schließlich Vorschläge für eine institutionelle Ausgestaltung entwickeln sollte. Schließlich wurde analog zu dem Vorschlag von Müller-Armack und Etzel die Förderung der Jugendbegegnung und der Freizügigkeit der Arbeitskräfte gefordert[30].

Gegenüber dem von Etzel und Müller-Armack entworfenen Konzept waren die Hinweise auf den Ausbau supranationaler Organe in den Hintergrund getreten. Die Forderung nach umfassender Wirtschaftsliberalisierung, nach Abbau der Handelshemmnisse sowie das in Aussicht genommene Projekt zur Schaffung einer schwachen, dem Ministerrat untergeordneten Behörde mit lediglich konsultativen Kompetenzen entsprach hingegen weitgehend den Vorstellungen Erhards. So erweckte dieses Memorandum den Ein-

---

[27] Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 29.4. 1955, in: Ebenda.

[28] Vermerk vom 21.5. 1955, in: BAK, B 102/22160, Heft 2. Küsters, Gründung, S. 115 f., referiert ausführlich aus diesem Vermerk, der wohl mehr die Position Groebens wiedergibt als den zwischen Etzel und Müller-Armack bereits am 26.4. 1955 erreichten Konsens.

[29] Zu den differenzierten Auffassungen im AA und im Bundeswirtschaftsministerium und zum Treffen in Eicherscheid vgl. ebenda, S. 112–119, von der Groeben, Deutschland und Europa, S. 273 f., und Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, S. 136 f.

[30] Memorandum der Bundesregierung vom 26.5. 1955, in: BAK, B 136/1310, veröffentlicht in: Bulletin vom 11.6. 1955, S. 880.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

druck, die Position der funktionalen Integration Erhards habe sich durchgesetzt. Für diejenigen, die in einer engeren institutionellen Verklammerung das beste Mittel für eine fortschreitende Integration sahen, mußte die Stellungnahme der Bundesregierung daher einen Rückschritt bedeuten. So schrieb Monnet am 31. Mai 1955 enttäuscht an Adenauer: „Vor fünf Jahren hatten wir uns für eine europäische Integration entschieden, die nur verwirklicht werden kann, wenn – unter den entsprechenden Garantien – einer überstaatlichen Organisation Entscheidungskompetenzen anvertraut werden. Die deutschen Vorschläge zielen einfach darauf ab, zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit souveräner Staaten zurückzukehren: ein solches Vorgehen kann die Veränderungen, die für die Zukunft Europas notwendig sind, nicht bewirken; denn es gerät unvermeidbar mit jenen nationalen Interessen in Konflikt, deren Vorrang sie selbst bekräftigt."[31]

Offenbar sah sich auch Erhard durch die Stellungnahme der Bundesregierung bestätigt, denn in der Folgezeit äußerte er wiederholt öffentlich seine Kritik an einer institutionellen Lösung und erklärte, daß in den Vorschlägen zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit kein Raum für supranationale Behörden gegeben sei. Reisen im In- und Ausland boten ihm hierfür reichlich Gelegenheit, und Erhards Kritik fand ihren Niederschlag in der Presse, deren Kommentare im Auswärtigen Amt sorgfältig gesammelt wurden[32]. Größtes Aufsehen fand dabei die Rede, die Erhard bei einem Frühstück der kanadischen Regierung aus Anlaß der Eröffnung der Canadian International Trade Fair in Toronto am 30. Mai 1955 gehalten hatte. Darin hatte er ausgeführt: „Es ist auch jetzt bei der europäischen Integration deutlich geworden, daß man allein mit Maßnahmen institutioneller und organisatorischer Art Europa nicht bauen kann, daß selbst in einer engen und räumlichen Zusammenarbeit zuerst einmal eine Gemeinsamkeit des Denkens und des Handelns vorherrschen muß. Wenn heute z. B. die verpflichtenden Prinzipien einer höheren Liberalisierung, einer Überwindung diskriminierender Praktiken, die Beseitigung von Handelshemmnissen, die Herabsetzung von Zöllen, das Erstreben frei konvertierbarer Währungen die Grundlage jedes europäischen Gesprächs sind, dann ist damit deutlich gemacht, daß eine solche Lösung nicht nur für Europa, sondern daß sich mit diesen Prinzipien Europa gleichzeitig auch mit der übrigen freien Welt enger verbindet."[33]

Eine derartige Vision einer globalen Liberalisierung der Wirtschaftsordnung stand in krassem Gegensatz zu den Integrationsbestrebungen auf der Basis der Sechsergemeinschaft. Etzel wandte sich deshalb erneut direkt an Erhard und erinnerte ihn eindringlich an die in Eicherscheid gefaßten Beschlüsse, die mit derartigen Äußerungen nicht zu vereinbaren seien. Dabei interpretierte er das Memorandum der Bundesregierung als durchaus konform mit dem Ziel der institutionellen Integration. Als Beleg dafür zitierte er aus dem Memorandum der Bundesregierung die einleitenden Sätze und den Vorschlag zur wirtschaftlichen Integration: „Die Bundesregierung ist – in Übereinstimmung mit anderen Partnerländern der Montangemeinschaft – der Überzeugung, daß der Zeitpunkt gekommen ist, eine weitere Etappe auf dem Wege zur Errichtung eines politisch und wirtschaftlich geeinten Europas in Angriff zu nehmen" und „Die Bundesregierung schlägt vor, unter der Verantwortung des Ministerrates der Montangemeinschaft ein ständiges Konsultativorgan zu bilden, das die Aufgabe hat, Vorschläge für die institutionelle Ausge-

[31] Dieser Brief schloß mit dem Hinweis, daß ihn Etzel überbringen werde, mit dem er sich in der Beurteilung einig sei, in: PA AA, B 10, Bd. 902.

[32] Zusammenstellung vom 20. 6. 1955, in: PA AA, Abt. 2, Ref. 200, Az. 85.00/1, Bd. 1.

[33] Text der Rede, in: BAK, N 1254, Bd. 85.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

staltung entsprechend den Fortschritten der Integration zu machen." Daraus schloß Etzel: „Bei solcher Situation ist doch klar, daß das Ziel der engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit die Stabilisierung derselben durch institutionelle Einrichtungen sein soll, wobei dieses Ziel allerdings erst schrittweise erreicht werden kann. Es kann also nicht die Rede davon sein, daß für Institutionen und supranationale Behörden in diesen Vorschlägen kein Platz sei. Institutionen und damit supranationale Behörden sind das Ziel unserer Vorschläge." Abschließend wies er darauf hin, daß diese Interpretation auch übereinstimme mit der Haltung des Bundeskanzlers: „Ich hatte gestern Gelegenheit, die Dinge noch einmal mit dem Herrn Bundeskanzler zu besprechen. Er hat mich nicht nur ermächtigt, sondern auch gebeten, in der Öffentlichkeit zu erklären, daß die Integrationspolitik der Bundesregierung mit der Übertragung nationaler Souveränität auf eine supranationale Ebene unverändert das Ziel seiner Politik sei."[34]

In fast gleichlautenden Schreiben an Ludger Westrick, Staatsskretär im Wirtschaftsministerium, und an Hans Globke, Staatssekretär im Kanzleramt, wies Etzel auf die Folgen von derartigen Äußerungen hin. Zu der durch Erhard geschaffenen Situation schrieb er: „Die Außenministerkonferenz in Messina hat entschieden, daß Sachverständige eine bis zum 1. Oktober 1955 stattfindende weitere Außenministerkonferenz vorbereiten wollen. Die Aufgabe der Sachverständigen wird sein, Vorschläge für die weitere Integration zu machen. Wenn auch in dem sogenannten Memorandum der deutschen Bundesregierung, das ja bekanntlich nicht im Kabinett gewesen ist, eine Einigung zwischen dem Wirtschaftsminister und dem jetzigen Außenminister gefunden wurde, eine Einigung, der auch ich zustimme, so haben doch die durch die Presse vermittelten Reden von Herrn Professor Erhard in Kanada in der Öffentlichkeit Zweifel an der Linie der deutschen Bundesregierung entstehen lassen."[35] Beide Briefe gab er auch Hallstein zur Kenntnis mit der noch deutlicheren Bemerkung: „Die Reden von Herrn Erhard haben doch offenbar einen Scherbenhaufen im Raum der Politik europäischer Zusammenarbeit angerichtet, und er weiß das gar nicht. Bei meinem letzten Mittagessen mit ihm, das im Anschluß an meinen Besuch bei Ihnen stattfand, hat er mir wieder versichert – und ich glaube, daß er es auch meint – auch seinerseits ein föderatives Europa zu wollen."[36]

Gelegenheit, die Gegensätze zu bereinigen, bot sich am 7. Juli 1955, als in einer interministeriellen Besprechung die Weisungen für die deutsche Delegation bei der Vorbereitung der Brüsseler Vorkonferenz ausgegeben werden sollten. Die Standpunkte blieben jedoch unverändert. Die Diskussion zeigte im übrigen auch, daß der Wirtschaftsminister mit seiner Meinung keineswegs allein stand[37]. Erhard wiederholte seine bekannten Argumente

---

[34] Schreiben Etzels an Erhard vom 2.6. 1955, in: BAK, B 102/11580, Heft 4). In diesem Sinne äußerte sich Etzel in einer Rundfunkrede am 20.7. 1955 in der Sendung „Politik aus erster Hand" (Text in: BAK, B 102/22160, Heft 2), und im Bulletin vom 4.8. 1955, als er sich entschieden für eine institutionelle Lösung aussprach und erklärte, daß sich „die Bundesregierung klar und eindeutig zur Fortsetzung der Integrationspolitik bekannt" habe.

[35] Schreiben vom 17.6. 1955 an Globke, in: BAK, B 136/1310, Abschriften an Globke und Westrick, in: BAK, N 1254, Bd. 84.

[36] Schreiben an Hallstein vom 17.6. 1955, in: Ebenda.

[37] Aus einem Vermerk des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 18.4. 1955 geht hervor, daß Vizekanzler Blücher selbst die institutionelle Lösung strikt ablehnte und auch Verkehrsminister Seebohm die Haltung Erhards unterstützte; vgl. BAK, B 146/1845. Auf der Besprechung am 7.7. 1955 stimmten auch Vertreter des Landwirtschafts- und des Finanzministeriums der Ansicht Erhards zu; vgl. Niederschrift, in: BAK, B 136/1310.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegen eine von Sektor zu Sektor fortschreitende Teilintegration und bestand auf der zeitlichen Abfolge der wirtschaftlichen Integration vor einer politischen Lösung auf institutionellem Wege. Grundsätzlich war er zwar mit supranationalen Lösungen einverstanden, hielt aber materielle Schritte in dieser Richtung für verfrüht. Demgegenüber vertrat Hallstein die Ansicht, daß die partielle Integration der einzige Weg sei, die europäische Einheit zu schaffen. Das Endziel sei die Gesamtintegration, aber man müsse dort anfangen und zugreifen, wo sich die Möglichkeiten einer Teilintegration böten[38].

Erhard nutzte diese Besprechung auch, um sich gegen die Kritik, seine Haltung sei integrations- und europafeindlich, zur Wehr zu setzen, während Hallstein seinen Standpunkt wiederholt auch damit verteidigte, daß die Bundesregierung ihren Ruf als guter Europäer wiederherstellen müsse[39]. Auf diese Auseinandersetzung nahm Erhard indirekt Bezug, als er in der Zeitschrift „Die deutsche Korrespondenz" am 21. Juli 1955 einen Artikel unter dem Titel „Wer ist ein guter Europäer?" veröffentlichte. Darin führte er aus: „Mit meiner Kritik bzw. meinen Zweifeln, ob aus der Schaffung neuer (branchenmäßiger) Teilintegrationen mit gleichzeitig supranationaler Verwaltungszuständigkeit Europa wirklich erstehen wird – und zwar sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht –, habe ich mich, wie manche Kommentare erkennen lassen, offenbar dem Verdacht ausgesetzt, kein oder doch ein schlechter Europäer zu sein. Das ist um so verwunderlicher, als wohl kaum ein Anderer mit so viel Begeisterung und Hingabe bemüht war, den Protektionismus und falschen Nationalismus in den europäischen Ländern zu überwinden, der Freiheit des Güteraustausches Raum zu geben, Handelshemmnisse und diskriminierende Praktiken zu beseitigen und zu ehrlichen Methoden der Verrechnung in Form konvertierbarer Währungen zurückzufinden. Die deutsche Wirtschaftspolitik hat diesen guten Willen vor aller Welt sichtbar demonstriert und hat damit bewußt und gewollt die besten Voraussetzungen für jedwede Form einer europäischen Integration und einer weltweiten ökonomischen Ordnung geschaffen. Das alles aber scheint in den Augen mancher Integrationspolitiker nicht als ein Zeugnis zu gelten; dieser Kreis hat fast so etwas wie ein Unfehlbarkeitsdogma entwickelt, und wer sich ihm nicht unterwerfen will, wird sündig und verliert seine Europäereigenschaft. Gegen diese Unduldsamkeit lehne ich mich in aller Entschiedenheit auf, um so mehr ich den Wert und den Nutzen der Montanunion stets positiv gewürdigt und zudem konstruktive Vorschläge in Richtung einer echten, wirksamen und umfassenden Integration entwickelt habe."[40]

Adenauer versuchte, den schwelenden Konflikt in seiner Regierung zu beenden, und richtete am 19. Januar 1956 ein Schreiben an alle Minister, in dem er seine Haltung in

---

[38] Diese Besprechung war in der Kabinettssitzung am 6.7. 1955 beschlossen worden, in der sich Brentano inzwischen eindeutig für eine institutionelle Lösung ausgesprochen hatte. Adenauer hatte als Zielvorgabe gefordert, daß die Bundesregierung als „Vorkämpferin des europäischen Gedankens erscheinen" müsse. Auszug in: BAK, B 136/1310. Müller-Armack wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß auch das Memorandum der Bundesregierung einen Zusammenschluß zu supranationalen Organisationen vorsehe. Damit lag er auf der Interpretationslinie, wie sie bereits Etzel gegenüber Erhard vertreten hatte.

[39] Das deutsche Memorandum selbst hatte in Verbindung mit den Äußerungen Erhards Zweifel an der Integrationswilligkeit der Bundesregierung aufkommen lassen. Vgl. dazu Küsters, Gründung, S. 143.

[40] Abdruck in: BAK, B 102/11041. Abdruck des Textes in Erhard, Gedanken, S. 442–445.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Europa-Politik klarlegte. Darin betonte er unter Hinweis auf außenpolitisch sehr weitreichende Erwägungen die Notwendigkeit eines europäischen Zusammenschlusses und einer Aussöhnung mit Frankreich und erklärte mit dem Hinweis auf die in Messina eingegangenen Verpflichtungen eine Politik der kleinen Schritte auf dem Weg zu einer institutionellen Integration Europas als für die Bundesregierung verbindlich[41]. Der Hinweis auf die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers war hauptsächlich gegen Erhard gerichtet, der sich durch den „Integrationsbefehl" Adenauers aber nicht davon abhalten ließ, weiterhin seine Vorstellung eines weltweiten Freihandels zu propagieren[42]. Adenauers Hoffnung, durch ein Machtwort die Kontroverse beenden zu können, währte so nicht lange. Der Konflikt trat sogar in verstärkter Form zutage, als am 21. April 1955 der belgische Außenminister Spaak den Regierungen der Sechsergemeinschaft den Sachverständigenbericht zur Stellungnahme vorlegte. In der Kabinettssitzung am 9. Mai 1956 konnte sich das Auswärtige Amt gegenüber dem Wirtschaftsminister im wesentlichen durchsetzen und die Zustimmung der Bundesregierung zu der von den Sachverständigen vorgeschlagenen institutionellen Lösung erreichen[43]. Nach dem Beschluß der Außenminister auf der Konferenz in Venedig vom 29. und 30. Mai 1956, auf der Grundlage des Spaak-Berichts die Vertragsverhandlungen in Brüssel zu eröffnen, entzündete sich jedoch der alte Streit erneut. Vordergründig rangen das Auswärtige Amt und der Wirtschaftsminister um die Zuständigkeit[44], doch dahinter verbargen sich tiefgreifende sachliche Differenzen. Erhard hatte vorgeschlagen, daß Weisungen für die Delegationsleiter außer dem Bundeskabinett nur vom Kabinettsausschuß für Wirtschaft erteilt werden sollten, während das Auswärtige Amt als zweites Weisungsorgan einen ihm unterstellten Staatssekretärsausschuß in die Diskussion gebracht hatte. Erhard forderte darüber hinaus, daß eine endgültige deutsche Verhandlungsposition ausgearbeitet werden sollte. Dagegen war das Auswärtige Amt der Ansicht, daß eine grundsätzliche Vorentscheidung zugunsten einer institutionellen Lösung bereits in der Zustimmung zum Ergebnis der Konferenz von Messina und mit der Zustimmung zum Bericht der Brüsseler Sachverständigenkonferenz gefallen sei[45].

Diese Auseinandersetzung fiel in eine Zeit innenpolitischer Differenzen, die dadurch gekennzeichnet war, daß Adenauer sich in der Wirtschaftspolitik und in der Frage der Finanzierung des Verteidigungsbeitrages öffentlich von Erhard und Finanzminister Fritz Schäffer distanzierte und um eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung der Konjunkturüberhitzung bemüht war[46]. In diese Debatte um ein Konjunkturprogramm der Bundesregierung griff auch Etzel vehement ein, der als Vorsitzender des Bun-

---

[41] Veröffentlicht in: Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967, S. 253–255. Vgl. dazu auch Hanns Jürgen Küsters, Adenauers Europapolitik in der Gründungsphase der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: VfZ 31 (1983), S. 646–673, hier S. 664 ff.

[42] Vgl. dazu Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, S. 138 f.

[43] Vgl. dazu Küsters, Gründung, S. 256–260; von der Groeben, Deutschland und Europa, S. 278 f.

[44] Vgl. zu diesem schon länger bestehenden grundsätzlichen Streit um die Zuständigkeit in der Außenhandelspolitik ausführlich Hanns Jürgen Küsters, Der Streit um Kompetenzen und Konzeptionen deutscher Europapolitik 1949–1958, in: Herbst/Bührer/Sowade, Marschallplan, S. 335–370.

[45] Kabinettsvorlage des AA vom 5. 6. 1955 und des BMWi vom 15. 6. 1955, in: BAK, B 136/1310. Aufzeichnung des AA vom 16. 6. 1956, in: PA AA, B 10, Bd. 909.

[46] Vgl. dazu Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, S. 84–89 und 109–126.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

desausschusses für Wirtschaft der CDU ein eigenes Wirtschaftsprogramm[47] vorlegte, einen Kurswechsel in der Finanzpolitik und schließlich sogar den Rücktritt von Schäffer forderte[48].

Dieses selbstbewußte und energische Auftreten Etzels dürfte den Bundeskanzler veranlaßt haben, Etzel die Leitung des Kabinettsausschusses für Wirtschaft anzutragen[49]. Der Bundeskanzler hätte damit die Möglichkeit bekommen, im Zuge der anstehenden Kabinettsumwandlung[50] einen Vertrauten in seine Nähe zu holen, und er hätte damit der Forderung Erhards nachgeben können, die Europapolitik in die Zuständigkeit des Wirtschaftsausschusses zu überweisen, gleichzeitig aber durch die Übertragung der Leitung an einen ausgesprochenen Befürworter der auch von ihm unterstützten Integrationspolitik die Bestrebungen Erhards unter Kontrolle halten können. Der Wirtschaftsminister mußte einen derartigen Vorschlag als Brüskierung auffassen und lehnte die Nominierung Etzels scharf ab[51]. Etzel selbst ließ sich auf Adenauers Angebot nicht ein und zog es vor, seiner Stimme weiterhin aus der Distanz Gehör zu verschaffen.

IV.

Der Richtungsstreit zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Wirtschaftsministerium verschärfte sich, als im Juli 1956 der Generalsekretär der OEEC einen von der englischen Regierung lancierten Plan zur Bildung einer Freihandelszone bekanntgab, die die Zollunion der Sechsergemeinschaft und die restlichen 11 Mitgliedsländer der OEEC umfassen sollte[52]. Erhard sah in diesem Vorstoß seine eigene Idee einer umfassenden Liberalisierung bestätigt und glaubte, das sich hier abzeichnende multilaterale Wirtschaftsabkommen der in der Sechsergemeinschaft sich anbahnenden institutionellen Lösung als Alternative entgegenstellen und der Europapolitik der Sechsergemeinschaft so einen grundlegenden Kurswechsel geben zu können. In seiner Kritik an der institutionellen Integration sah er sich umso mehr bestätigt, als Frankreich mit neuen Forderungen nach sozialer Harmonisierung – d. h. vor allem Einführung der 40 Stunden-Woche, gleiche Bezahlung für männliche und weibliche Arbeitskräfte, drei Wochen bezahlten Urlaub –, ferner mit der Forde-

---

47 Entwurf vom 2.6. 1956, in: BAK, N 1254, Bd. 84. Das Programm übersandte er am 3.6. 1956 auch Erhard, nicht ohne das Fernbleiben des Wirtschaftsministers von dieser Ausschußbesprechung gerügt zu haben, in: Ebenda. Bereits am 7.10. 1955 hatte Etzel in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der CDU Adenauer dringend um ein Gespräch zu Fragen der Konjunkturpolitik gemeinsam mit Erhard gebeten, in: BAK, B 136/652.

48 Vgl. dazu Dietrich, Franz Etzel, hier S. 180f.; Christoph Henzler, Fritz Schäffer, 1945–1967. Eine biographische Studie zum ersten bayerischen Nachkriegs-Ministerpräsidenten und ersten Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, München 1994, S. 530–533.

49 Schreiben Adenauers an Etzel vom 30.6. 1956, in: BAK, N 1254, Bd. 84.

50 Vgl. dazu Hans-Peter Schwarz, Adenauer: Der Staatsmann, S. 270–280.

51 Von der Haltung Erhards hatte Adenauer Etzel in seinem Schreiben vom 30.6. 1956 unterrichtet, in: BAK, N 1254, Bd. 84.

52 Zu der zwischen dem AA und dem BMWi ausgetragenen Kontroverse um die Freihandelszone vgl. insbesondere Gabriele Brenke, Europakonzeptionen im Widerstreit. Die Freihandelszonen-Verhandlungen 1956–1958, in: VfZ 42 (1994), S. 595–633; Hanns Jürgen Küsters, Die Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld von EWG- und EFTA-Gründung 1956–1958, in: Historische Zeitschrift, Beiheft 21: Europa im Blick der Historiker, hrsg. von Rainer Hudemann/Hartmut Kaelble/Klaus Schwabe, München 1995, S. 203–239.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung nach einem zeitlich begrenzten Sonderstatus aufgrund seiner auch durch den Algerienkrieg bedingten Zahlungsbilanzschwierigkeiten und schließlich mit der Forderung nach einer Einbeziehung der überseeischen Gebiete hervortrat[53]. Ein Nachgeben gegenüber Frankreich mußte nach Ansicht Erhards die geplante Zollunion deformieren, zu bürokratischer Kontrolle, wirtschaftlichem Protektionismus und zur Abschottung vom Welthandel führen und die Bemühungen um eine Liberalisierung weltweiter Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ins Gegenteil verkehren.

Am 25. September 1956 schrieb er einen eindringlichen, zehn Seiten langen Brief an Adenauer, in dem er vor einem Nachgeben gegenüber Frankreich warnte, dessen Forderungen nach sozialer Harmonisierung er als volkswirtschaftlich unsinnig und deshalb als nicht diskussionsfähig bezeichnete. Frankreich fordere überdies so viele Sonderrechte und schirme sich durch Einfuhrsteuern und Ausfuhrsubventionen derart ab, daß es mehr außerhalb als innerhalb der Gemeinschaft stehe. Für ihn, Erhard, stelle sich daher die Frage, ob Paris überhaupt die Gemeinschaft wolle oder ob es nicht darum ginge, das Odium des Scheiterns von sich abzuwenden. Wörtlich schrieb Erhard in diesem Zusammenhang: „Sicherlich dürften auch wir nicht das Odium des Scheiterns der Europäischen Integration auf uns nehmen, aber gerade deshalb dürfen wir es auch nicht zulassen, daß unsere europäische Gesinnung in Zweifel gezogen wird, wenn wir uns gegen die Verzerrung jener europäischen Lösung zur Wehr setzen. Noch schlimmer als ein Scheitern dieses Projekts im Augenblick wäre ein mißlungener praktischer Versuch, der die europäische Idee endgültig erdrücken müßte." Begonnen hatte Erhard seinen Brief mit dem Hinweis darauf, wie sehr es ihn verbitterte, wenn man sein Engagement für Europa in Zweifel zog: „Ich kann Ihnen, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, nicht verhehlen, daß es nachgerade unerträglich wird, als ein Europäer minderen Grades hingestellt zu werden, wenn man aus echter und tiefer Sorge um dieses werdende Europa neben rein politischen Aspekten des Augenblicks auch die Folgen und Folgerungen für fast alle Bereiche des volklichen Seins gebührend bedacht und berücksichtigt sehen möchte. Schließlich kann auch vor einem internationalen Forum nicht abgestritten werden, daß kaum ein anderer europäischer Staatsmann auf der wirtschaftlichen Ebene so viel für die Schaffung der zu einer Integration notwendigen Voraussetzungen und für die Zusammenführung der Volkswirtschaften getan hat, als ich das für mich in Anspruch nehmen kann."[54]

Fast gleichlautend wandte sich Erhard Anfang Oktober 1956 an seine Ministerkollegen, wobei er auch auf die neue politische Situation einging, die durch die positive Äußerung Macmillans vom 3. Oktober 1956 zum Projekt einer Freihandelszone[55] entstanden war. Hierzu schrieb Erhard: „Die in Brüssel derzeit verhandelnden Staaten würden also England und auch noch andere europäische Länder geradezu vor den Kopf stoßen, wenn sie trotz der völlig veränderten Sachlage in übereilter Hast ein fait accompli schaffen wollten. Ich halte es deshalb für notwendig, die gesamte Brüsseler Konzeption, wenn auch mit der gebotenen Eile, noch einmal zu überprüfen bzw. überhaupt einen neuen Plan aufzustellen

[53] Dazu ausführlich Küsters, Gründung, S. 294–305.

[54] Schreiben in: PA AA, Ministerbüro, Bd. 48.

[55] Wortlaut seiner Erklärung vom 3. 10. 1956, in: Europa, Dokumente zur Frage der Europäischen Einigung, Teilband 3: Von der Europäischen Atomgemeinschaft und Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bis zum Beginn einer neuen Form der politischen Zusammenarbeit 1961. Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes, Bonn 1962, S. 1454–1458.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und in dieser Zeit eine enge Verbindung mit England und anderen bisher nicht an der Integration beteiligten europäischen Ländern herzustellen."[56]

Am 5. Oktober kam es im Kabinett zu der von Erhard seit langem geforderten grundsätzlichen Aussprache über den weiteren Kurs der Bundesregierung in der Europapolitik angesichts der französischen Forderungen und der neuen, durch England geschaffenen Situation. Offizielle Grundlagen dieses Tagesordnungspunktes waren Vorlagen des Auswärtigen Amtes vom 3. Oktober 1956 und des Wirtschaftsministeriums vom 2. Oktober 1956[57]. Die Vorlage des Auswärtigen Amtes befaßte sich zunächst mit den Problemen der Wirtschaftsgemeinschaft und den durch die französischen Forderungen entstandenen Fragen, wobei sich das Auswärtige Amt in den Vorschlägen sehr zurückhaltend und kompromißbereit zeigte. Problematischer erschien dagegen der Komplex der Atomenergie und hier insbesondere die Frage des Status der Atombehörde und der Eigentumsrechte an den Brennstoffen. Die Vorlage des Wirtschaftsministeriums konzentrierte sich allein auf die durch die Haltung Frankreichs entstandene Lage und war im Tenor gegen jedes Zugeständnis. Lagen die beiden Ministerien in der Beurteilung der materiellen Erfordernisse für einen Gemeinsamen Markt gar nicht so weit auseinander, so differierten die Ansichten doch in der außenpolitischen Zielsetzung einer Verklammerung der Sechs und in der unterschiedlichen Beurteilung der französischen Haltung. Während Erhards Ministerium die Forderungen Frankreichs für volkswirtschaftlich unsinnig und indiskutabel hielt und sie rundweg ablehnte, glaubte das Auswärtige Amt eine zwar von Maximalforderungen ausgehende, aber doch flexible Haltung Frankreichs zu erkennen, die es verdiene, an dem großen Ziel des europäischen Zusammenschlusses festzuhalten[58].

Die Erörterung der Vorlagen diente vor allem dem Zweck, die Haltung der Bundesregierung auf der für den 20. und 21. Oktober in Brüssel anberaumten Konferenz der Außenminister zu klären. Nach einleitender grundsätzlicher Debatte über die Einschätzung der englischen Absichten lehnte das Kabinett den Vorschlag Erhards ab, die Position Englands zu berücksichtigen und Verhandlungen auf einer neuen Grundlage zu führen. Gegenüber dem Freihandelszonen-Projekt sollte sich die Bundesregierung jedoch offen zeigen, gleichzeitig aber die Brüsseler Verhandlungen entschlossen und unbeirrt fortsetzen. Dann waren aber weniger die Kabinettsvorlagen der beiden Ministerien Verhandlungsgrundlage, als vielmehr ein Positionspapier von Etzel, das Adenauer Zug für Zug von Hallstein vorlesen und danach beraten ließ. Etzel hatte diese Vorschläge am 27. September dem Kanzler zugesandt. In Kenntnis der Haltungen der übrigen Mitgliedsstaaten der Sechsergemeinschaft hatte er seine Vorstellungen über die Position der Bundesregierung dargestellt, eine Verhandlungslinie aufgezeigt und auf kontroverse Standpunkte hingewiesen. Ähnlich wie die Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amtes waren seine Vorschläge von dem Bemühen gekennzeichnet, die Konferenz durch weitgehende Zugeständnisse an Frankreich zu retten sowie durch materielle Abschwächungen und zeitliche Entzerrungen einen Kompromiß zu finden[59].

Adenauers Rückgriff auf die Vorschläge Etzels war ein geschickter Zug, um die zu erwartende kontroverse Diskussion zu straffen und in die gewünschte Richtung zu lenken.

---

[56] Schreiben („Persönlich! An alle Bundesminister", 10 Seiten), in: BAK, B 102/11580, Heft 5.

[57] Vorlage des BMWi, in: BAK, B 136/1313 und B 102/12616, H. 2; Vorlage des AA in: PA AA, B 10, Bd. 913.

[58] Vgl. dazu auch Vermerk vom 4. 10. 1956, in: PA AA, B 10, Bd. 913.

[59] Schreiben Etzels, in: BAK, B 136/6113, Vorschläge auch in BAK, N 1254 Bd. 84.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Denn Etzels Papier gewann damit automatisch eine über den Positionen der beiden Ministerien stehende Autorität, und der Kanzler gab seine stillschweigende Übereinstimmung mit den Ansichten des Vizepräsidenten zu erkennen und drängte Erhard von vornherein in eine aussichtslose Position. Adenauers Taktik verschärfte nicht nur den Gegensatz zwischen Etzel und Erhard, sondern mußte von Erhard auch als ein Affront gewertet werden[60].

Eine Einigung über die noch offenen Fragen kam auf der Brüsseler Außenministerkonferenz am 20. und 21. Oktober 1956 nicht zustande. Wirtschaftsministerium und Auswärtiges Amt bewerteten den negativen Ausgang unterschiedlich und kamen auch zu sehr verschiedenen Schlußfolgerungen. Nach Auffassung des Wirtschaftsministeriums war die Konferenz nicht an mangelnder Kompromißbereitschaft gescheitert, sondern letztlich an dem „Unvermögen der französischen Regierung, sich dahingehend zu äußern, daß innerhalb eines absehbaren Zeitraumes die Währungsfrage in diesem Land bereinigt sein würde". Die Frage der sozialen Harmonisierung habe dagegen nur den äußeren Anlaß für das Scheitern gegeben. In dieser Situation ergaben sich für das Ministerium als alternative Lösungsmöglichkeiten entweder ein lockerer Zusammenschluß in Form einer Zollunion auf einer allerdings neuen Vertragsbasis oder aber eine Verlagerung des Schwerpunkts der bisherigen Vertragsvorarbeiten zunächst von einem Gemeinsamen Markt auf eine Währungsunion, die Frankreich eine Bereinigung seiner Probleme ermöglichen würde[61].

Erhard vertiefte diese bereits in seiner Kabinettsvorlage angedeuteten Gedankengänge in einem „Entwurf eines Europäischen Programms", den er Adenauer am 29. Oktober 1956 zusandte; der Entwurf beruhte weitgehend auf dem „Vorläufigen Entwurf von Thesen zu den Brüsseler Integrationsverhandlungen" vom 31. August 1956[62]. In diesem 30seitigen Papier unternahm Erhard den Versuch, „in Anlehnung an die Ziele der Brüsseler Beratungen eine neue, fruchtbare und freizügigere Form der Europäischen Zusammenarbeit aufzuzeigen, die nicht mehr mit dem gefährlichen Hang zum Perfektionismus belastet ist". Zwar hielt er an der Errichtung eines Gemeinsamen Marktes als oberstem Ziel des Integrationsbestrebens fest, doch materiell wie institutionell sollte er nunmehr im Rahmen der OEEC verwirklicht werden[63].

Das Auswärtige Amt dagegen kam in seiner Analyse der Brüsseler Konferenz zu dem Ergebnis, daß abweichend vom Kabinettsbeschluß vom 5. Oktober 1956 weitere Zugeständnisse in der Frage der Harmonisierung der wöchentlichen Arbeitszeit und in der Verlängerung der Übergangsfrist für Frankreich vertretbar seien, um die Brüsseler Integrationsverhandlungen wieder in Gang zu setzen und „um schwere außenpolitische Rückschläge, die sich aus dem Stagnieren der Verhandlungen mit Sicherheit ergeben würden, zu vermeiden"[64]. Die dem Auswärtigen Amt bekannt gewordenen Pläne Erhards, die entstandenen Schwierigkeiten durch ein neues Vertragsprojekt zu überwinden, lehnte es entschieden ab. Es empfahl seinerseits, den Versuch zu unternehmen, die bestehenden Gegensätze zunächst durch bilaterale deutsch-französische Gespräche auszuräumen.

In dieser Situation versuchte Etzel noch einmal, seinen Einfluß geltend zu machen und gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt für den Brüsseler Weg und gegen den von Erhard

---

60 Auszug des Protokolls, in: BAK, N 1254, Bd. 84.

61 Vermerk des BMWi vom 23.10. 1956, in: BAK, B 102/11580, Heft 5.

62 Vorläufiger Entwurf, in: BAK, B 102/12616, Heft 3.

63 Memorandum, in: BAK, N 1254, Bd. 84.

64 Aufzeichnung, in: BAK, N 1254, Bd. 84, und B 102/11580, Heft 5.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verfochtenen neuen Lösungsansatz zu kämpfen. Etzel suchte am 26. Oktober 1957 zunächst Erhard und dann Außenminister Brentano auf. Über dieses Gespräch berichteten Erhard und Brentano in ihren Briefen an Adenauer vom 29. Oktober 1955. Erhard schrieb: „Ich wäre Ihnen indessen außerordentlich dankbar, wenn Sie die Vorschläge des Wirtschaftsministeriums [gemeint war der „Entwurf eines Europäischen Programms", der Vf.] noch vor Ihrer Besprechung mit Herrn Vizepräsidenten Etzel studieren wollten, weil seine Auffassungen über den einzuschlagenden Weg noch völlig in den Vorstellungen ‚seines' Europa, d.h. der institutionellen Bindung der sechs Montanunions-Länder wurzeln. Eine Besprechung, die ich am letzten Freitag mit ihm hatte, verlief zu meinem Bedauern wenig befriedigend."[65] Und Brentano berichtete an Adenauer: „Im Anschluß an die Unterredung mit mir hatte Herr Etzel ein längeres Gespräch mit Herrn Kollegen Erhard. Über dieses Gespräch hat er mir am Samstag [...] kurz berichtet und mich auch ausdrücklich ermächtigt, Ihnen den Eindruck von diesem Gespräch mitzuteilen. Es ist tatsächlich so, daß das Wirtschaftsministerium glaubt, man könne die Beschlüsse von Messina und Venedig nicht mehr verwirklichen; man solle daher ein loses Vertragssystem vorschlagen, um auf diese Weise die Grundlagen für einen Gemeinsamen Markt in einem möglichst weiten Bereich zu schaffen. Die Vorschläge des Wirtschaftsministeriums werden sich offensichtlich denen annähern, die in der OEEC bereits diskutiert worden sind. Herr Etzel war sehr bestürzt über diese Ansicht. Er sagte mir, daß nach seiner Überzeugung, aber auch nach seinen Informationen die Vorlage eines solchen Projektes, die ja die völlige Absage an die früheren Entscheidungen bedeuten würde, unabsehbare Auswirkungen haben müsse. [...] Ich bin daher überzeugt, daß wir alles tun müssen, um die beiden Projekte, Gemeinsamer Markt und Atomgemeinschaft, zu verwirklichen oder doch zum mindesten zu verhindern, daß der berechtigte Eindruck entsteht, als seien die Pläne am deutschen Widerstand gescheitert."[66]

Am 31. Oktober ließ sich Erhard in einer Besprechung mit Adenauer von dessen ausschließlich politischer Argumentation – der Kanzler nannte in diesem Zusammenhang die Suez-Krise, den Ungarn-Aufstand und die daraus sich ergebenden Konsequenzen der militärischen und politischen Absicherung der Bundesrepublik in einem westlichen Bündnissystem sowie die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Verständigung – überzeugen und stimmte in den Grundzügen einer Kompromißlösung auf der Basis der bisherigen Brüsseler Verhandlungsergebnisse zu[67]. Am 3. November fand unter Vorsitz von Adenauer eine Besprechung statt, an der Brentano, Atomminister Balke, Etzel, Müller-Armack und weitere Vertreter der beteiligten Ressorts teilnahmen[68]. Zweck dieser Besprechung war, gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium die Grenzen eines deutschen Entgegenkommens abzustecken und Formulierungsvorschläge zur Überbrückung der bestehenden Gegensätze vor allem in der Frage der sozialen Harmonisierung zu finden. Etzel hatte hierfür einen Gesprächsfahrplan aufgestellt, „um ein Ausufern der Sitzung zu

[65] Schreiben, in: BAK, N 1254, Bd. 84.

[66] Ebenda.

[67] Vgl. dazu Hans-Peter Schwarz, Adenauer: Der Staatsmann, S. 301. Der Terminkalender Adenauers weist am Vormittag dieses 31. Oktober eine rege Beratungstätigkeit zwischen Adenauer, Etzel, Brentano und Erhard in unterschiedlicher Zusammensetzung nach; Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Rhöndorf, 04.07.

[68] Aufzeichnung von Carstens vom 3.11. 1956, in: BAK, Nachlaß Karl Carstens (künftig: N 1337), Bd. 643.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verhüten und die Besprechung aller wichtigen Punkte sicherzustellen"[69]. Auf dieser Besprechung gelang es, Kompromißformeln[70] zu finden, die über die Botschaft in Paris der französischen Regierung zur Vorbereitung der Besprechung zwischen Adenauer und Mollet zugeleitet wurden[71]. Sie bildeten schließlich die Grundlage der Verständigung zwischen Adenauer und Mollet am 6. November 1956, die den Weg zum Aufbau eines gemeinsamen Europas ebnete[72].

Etzel hatte in dieser kritischen Situation durch sein Festhalten am Ziel einer deutsch-französischen Verständigung, aber auch durch seine Geschmeidigkeit in der Verhandlungsführung einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen der Pariser Besprechung geleistet. Erhard dagegen konnte sich nur widerwillig mit der Entscheidung für den institutionellen Weg abfinden. Er pochte immer wieder auf die Notwendigkeit einer liberalen, weltweiten Wirtschaftsordnung und warnte vor der Gefahr des Perfektionismus und der Bürokratisierung durch eine europäische Zollunion. Sein im folgenden abgedruckter Brief vom 16. November 1956 (Dok. 1) war wohl Ausdruck seiner Verärgerung und der Enttäuschung darüber, mit seiner Meinung im Kabinett nicht durchgedrungen zu sein. Dieser Brief und Etzels Antwort vom 3. Dezember 1956 (Dok. 2) schlossen eine intensive, persönliche Auseinandersetzung ab, sie waren aber zugleich auch ein öffentlicher Diskurs, der die unterschiedlichen Standpunkte nochmals und abschließend gegenüber dem Bundeskanzler und dem Außenminister bekunden sollte.

Dokument 1[73]

Bonn 11, am 16. November 1956

Herrn
Vizepräsidenten Franz Etzel
Luxemburg

Lieber Herr Etzel!

Wie mir Prof. Müller-Armack berichtete, und ich auch aus dritten Quellen hörte, verbreiten Sie die Auffassung, daß ich in der von uns und Herrn v. Brentano mit dem Herrn Bundeskanzler geführten Besprechung[74] „völlig umgefallen" sei bzw. „eine Schwenkung von 180° vollzogen" hätte.

---

[69] „Vorschlag für den Ablauf der Sitzung am Freitag, 2. 11. 65", in: BAK, N 1254, Bd. 84. Darin wird auch erwähnt, daß Etzel vom Bundeskanzler den Auftrag erhalten habe, mit der französischen Regierung Fühlung aufzunehmen. Inwieweit dieser Auftrag realisiert wurde, ließ sich nicht ermitteln.

[70] Fassungen in: PA AA, B 10, Bd. 913.

[71] Abschrift (o. D.), in: BAK, N 1254, Bd. 84 und N 1337, Bd. 643.

[72] Vgl. dazu Karl Carstens, Das Eingreifen Adenauers in die Europa-Verhandlungen im November 1956, in: Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, hrsg. von Dieter Blumenwitz/Klaus Gotto/Hans Maier/Konrad Repgen/Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1976, S. 591–602, hier S. 598–601.

[73] Das Schreiben ist überliefert in: BAK, N 1254, Bd. 84; Nachlaß Ludwig Erhard, Ludwig-Erhard-Stiftung, Bonn, I. 4) 41; PA AA, Ministerbüro, Bd. 48. Es ist zitiert bei Brenke, Europakonzeption, S. 615; Küsters, Europapolitik, S. 211; Schwarz, Adenauer: Der Staatsmann, S. 301. Erhard wie Etzel sandten Kopien ihrer Briefe an Adenauer, von Brentano und Hallstein; (Begleitschreiben in: PA AA, Ministerbüro, Bd. 48).

[74] Vgl. Anm. 67.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ich darf dazu folgendes bemerken:
Der Herr Bundeskanzler selbst hat mir gegenüber den Wunsch geäußert und mir den Auftrag gegeben, ich möchte entgegen dem Brüsseler Papier eine neue, freizügigere und weniger perfektionistische Konzeption einer europäischen Zusammenarbeit überdenken und niederlegen. Das Ergebnis dieses Bemühens seitens des Wirtschaftsministeriums hat seinen Niederschlag in jener Denkschrift[75] gefunden, die Ihnen durch Prof. Müller-Armack übergeben wurde. Daß mir diese freiere Konzeption nicht nur sehr viel mehr zusagt, sondern daß ich sie als eine glücklichere und wirksamere Form einer europäischen Integration in Richtung eines Gemeinsamen Marktes erachte, kann Sie nicht überraschen. Wie auch in unserer Denkschrift zum Ausdruck kommt, befürchte ich, daß eine derartig verklausulierte, perfektionistisch abgestützte Zollunion keinerlei freiheitlichen Geist mehr atmet, sondern ihn ertötet, und daß diese Zollunion, die in einem geradezu gequälten Verfahren vielleicht einmal in 15 Jahren Wirklichkeit werden kann, für die Gegenwart keinerlei anziehende bzw. ausstrahlende Kraft, insbesondere auf unsere Jugend, besitzen kann. Hier wird ein wirklich großer und fruchtbarer Gedanke auf ein Niveau kleinlichen Krämergeistes herabgezogen.

Wenn in unserer gemeinsamen Besprechung mit dem Herrn Bundeskanzler dieser die Auffassung vertrat, daß selbst wenn der Plan des Wirtschaftsministeriums besser wäre, die Bundesrepublik es angesichts der Ereignisse in Ungarn und um Suez nicht verantworten könne, den Boden der Brüsseler Konzeption zu verlassen, so war ich selbstverständlich bereit, insoweit „die Richtlinien der von dem Herrn Bundeskanzler zu verantwortenden Politik" als verbindlich anzuerkennen und seinen Darlegungen auch aus politischer Einsicht heraus zuzustimmen[76]. Gleichwohl habe ich aber ohne Widerspruch der Beteiligten meine Auffassung dahin bekundet, daß der Gedanke der sogenannten „sozialen Harmonisierung"[77] als Voraussetzung eines gemeinsamen Marktes aus dem Vertragswerk verschwinden müßte, daß man des weiteren andere perfektionistische Festlegungen lockern und lieber bereit sein sollte, den Partnerländern – und das heißt insbesondere Frankreich – ein „Stillstehen" oder sogar einen „Rückzug" zu erleichtern, ohne damit aber die integrationswilligen Länder an einem weiteren Fortschreiten behindern zu können. Überdies bestand in dieser Besprechung Einmütigkeit darüber, daß versucht werden sollte, möglichst viele der in der Denkschrift des Bundeswirtschaftsministeriums enthaltenen Vorschläge in das Brüsseler Konzept einzuarbeiten.

Angesichts dieser Sachlage darf ich doch wohl feststellen, daß da von einem „Umfall" meinerseits oder von einer „180-gradigen Wendung" nicht gesprochen werden kann. Sie müssen denn sonst auch ein Gleiches von dem Herrn Bundeskanzler behaupten, auf dessen ausdrücklichen Wunsch und Vorstellung hin ich mich mit der Erarbeitung einer neuen Konzeption befaßte.

Was nun das unter Ihrem Vorsitz erarbeitete Papier zum Gemeinsamen Markt[78] betrifft, so nehme ich dazu die gleiche Haltung ein, wie sie von Prof. Müller-Armack auch dem Herrn Bundeskanzler gegenüber bekundet wurde. Vielleicht geht meine Reserve sogar noch etwas weiter, denn ich kann nicht verhehlen, daß ich die französischen Forderungen nach „sozialer Harmonisierung" als einer unabdingbaren Voraussetzung des Funktionie-

[75] Vgl. Anm. 62.
[76] Vgl. Anm. 41.
[77] Vgl. Anm. 53.
[78] Vgl. Anm. 70.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rens eines gemeinsamen Marktes als Wirtschaftspolitiker und Wirtschaftswissenschaftler für baren volkswirtschaftlichen Unsinn halte und das zu beweisen auch gern bereit bin. Wenn diese These in einem Vertrag als verpflichtend verankert wird, dann wird sie nicht ohne Einfluß und Rückwirkung auf die Spielregeln des freien Weltmarktes bleiben. Das heißt mit anderen Worten, es wird in Zukunft jedes Land jeden Handelspartner diskriminieren können und dürfen, wenn es sich auf das Argument zu stützen vermag, daß ungleiche soziale Bedingungen sogar in einem von 6 Staaten feierlich unterzeichneten „Vertrag zur Schaffung eines Gemeinsamen Marktes" die Anwendung von Schutzklauseln – und diese bedeuten Diskriminierung – rechtfertigen. Da ungleiche soziale Bedingungen geradezu Wesensmerkmale einer internationalen Arbeitsteilung und einer freien Weltwirtschaft sind, wird die Anwendung des obigen Grundsatzes nicht zur Ausnahme, sondern zur Regel gehören. Beispielshalber darf ich anführen, daß wir dann etwa gegenüber den Vereinigten Staaten zu jeder Diskriminierung berechtigt wären.

Sie mögen meinen, daß meine Schlußfolgerungen vielleicht zu weit gezogen wären. Ich aber bin der Auffassung, daß ein solcher Vertrag bis in die letzten Konsequenzen zu durchdenken ist und daß derart schiefe Grundsätze die Welt nicht zu ordnen, sondern nur noch weiter zu verwirren geeignet sind.

Ich bin deshalb auch fest entschlossen, diesen Teil des Brüsseler Vertrages mit meiner Person und meinem Namen nicht zu decken, und das umso weniger, als die in Paris zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Französischen Außenministerium erarbeiteten Formulierungen[79] gegenüber den unter Ihrer Vermittlung getroffenen Festlegungen noch einmal eine so weitgehende Aufweichung bedeuten, daß der sachliche Inhalt völlig substanzlos geworden ist. Anstelle einer zielklaren Ausrichtung wird dort von „Meinungen" und „Auffassungen" gesprochen, die vielleicht keine strikte, formale Bindung bedeuten, aber in einem Vertragswerk doch einen Sinn haben bzw. zu einer Konsequenz führen müssen. Es würde zu weit führen, zu diesen Formulierungen im einzelnen in diesem Brief sachlich Stellung zu nehmen; ich werde das aber in den nächsten Tagen ganz bestimmt und sogar gründlich tun. Insbesondere aber lege ich schon um der geschichtlichen Dokumentation Wert auf die Feststellung, daß das Bundeswirtschaftsministerium an der Erarbeitung dieser Formeln nicht beteiligt war, und daß bis zu dieser Stunde auch kein Kabinettsbeschluß vorliegt, der sie deckt.

Persönlich bedaure ich es zudem ganz besonders, daß der Herr Bundeskanzler diesen volkswirtschaftlich völlig unmöglichen Formulierungen zugestimmt hat, die, wie ich in der Zwischenzeit erfahren habe, auch von anderen Ländern nicht akzeptiert werden. Und schließlich kann ich nicht darauf verzichten, immer wieder zu betonen, daß es in meinen Augen fast unverantwortlich ist, die Gestaltung dieses Vertrages in letzter Konsequenz allein den Außenministern zu überantworten, die, wie auch die Außenminister-Konferenz[80], an der teilzunehmen ich Gelegenheit hatte, deutlich erwies, als ressortfremde Minister die Materie gar nicht beherrschen können. Eine solche Aussage bedeutet umso weniger eine abwertende Kritik, als den Außenministern eine Fachkenntnis auf diesem Gebiet gar nicht zugemutet werden kann. Man sollte aber bedenken, daß mit diesem Vertragswerk für die beteiligten Völker die Weichen in die Zukunft gestellt werden und daß sich jede Oberflächlichkeit und jeder Fehler in der Konzeption tragisch rächen muß.

[79] Vgl. Anm. 72.
[80] Vgl. Anm. 61.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ich weiß zwar, daß Sie mich für einen „schlechten Europäer" halten, und gerade in letzter Zeit ist mir wiederholt versichert worden, daß Sie das auch Dritten gegenüber des öfteren kundtun. Mich persönlich kann das allerdings nicht anfechten, weil ich es besser weiß, wie sehr mir an einer glücklichen Gestaltung Europas gelegen ist und wie sehr ich alles in meinen Kräften Stehende dazu beitragen möchte, dieses Ziel so bald als möglich zu erreichen. Das Europa, das Sie meinen, ist aber offenbar und leider nicht das gleiche, das mir vorschwebt. Ein Europa, das nicht in der Gläubigkeit der menschlichen Herzen lebt, das nicht als eine echte Schicksalsgemeinschaft empfunden wird, für das sich Opfer zu bringen lohnt, ein Europa, das nicht die Freiheit obenansetzt, sondern sie gängeln und bändigen möchte, und ein Europa schließlich, das nicht auch in seinen geistig-seelischen und politischen Konturen schon heute erkennbar wird, kann weder die Welt noch die europäischen Völker selbst bewegen. Ein bürokratisch manipuliertes Europa, das in den oben angezogenen Formulierungen mehr gegenseitiges Mißtrauen als Gemeinsamkeit atmet und in seiner ganzen Anlage materialistisch anmutet, bringt für Europa mehr Gefahren als Nutzen mit sich.

Ich habe Ihnen des öfteren erklärt, ja sogar beteuert, daß mir die Brüsseler Pläne nicht „zu viel", sondern „zu wenig" Europa bedeuten, und daß mir die Wegstrecke bis zur Verwirklichung nicht zu kurz, sondern viel zu lang erscheint. Ihre Erwiderung, daß mein Verhalten angesichts der starken Position Deutschlands gerade umgekehrt dahin ausgelegt wird, ich würde durch mein Drängen und mein Verlangen nach einer freien Ordnung anderen Ländern die Teilnahme erschweren und so den Europa-Gedanken sabotieren, kann ich wirklich nicht ernst nehmen. Wer ein Solches gesagt hat, muß sich von mir den Vorwurf einer geradezu rabulistischen Logik gefallen lassen.

Man denke nur daran, was aus Europa werden würde, wenn wir diese Idee mit ähnlichen Bleigewichten belasten wollten, wie das Frankreich in Permanenz tut. Wenn die Vertreter dieses Landes vor der Welt trotzdem in der Pose guter Europäer paradieren, mich aber zum schlechten Europäer stempeln wollen, so kann ich das vor der Geschichte nur als eine Groteske und als ein weiteres Zeugnis der geistigen Verirrung unserer Zeit kennzeichnen.

Ich bedaure sehr, lieber Herr Etzel, daß ich in solcher Weise einmal meinem „gepreßten Herzen" Luft machen muß, aber es ist für mich einfach unerträglich, gegenüber solcher Unwahrhaftigkeit noch länger zu schweigen. Ich kann gar nicht mehr darauf verzichten, vor der ganzen Öffentlichkeit – wenn auch selbstverständlich mit der geziemenden politischen Rücksichtnahme – meinen Standpunkt zu den europäischen Plänen und Ideen trotzdem völlig deutlich zu dokumentieren. Daß ich den Eindruck gewinnen mußte, Sie selbst haben durch mancherlei Verlautbarungen dazu beigetragen, mich in dieses schiefe, ja falsche Licht zu rücken, schmerzt mich besonders, denn ich habe es Ihnen gegenüber nie an einer aufrichtigen Loyalität fehlen lassen. Es sind so mannigfache abfällige Äußerungen Ihrerseits (wie etwa die, daß meine Politik Scharlatanerie sei) nicht nur zu meiner Kenntnis, sondern auch zu der meiner führenden Mitarbeiter gelangt, daß sie, wenn auch im einzelnen nicht exakt kontrollierbar, doch unmöglich aus der Luft gegriffen sein können. Wären wir beide schon zwanzig Jahre älter, dann würde der Ablauf der Ereignisse erwiesen haben, welche Auffassung die richtigere gewesen ist. So aber müssen wir wohl – mit- oder auch gegeneinander – um gute Lösungen ringen, aber ich glaubte annehmen zu dürfen, daß wir das eingedenk unserer engen Zusammenarbeit an gleichen Aufgaben und Zielen in Formen und in einem Geiste tun würden, der unser würdig ist. Ich billige keinem Menschen und keiner Instanz – und so auch nicht Luxemburg – das Recht zu,

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zensuren auszuteilen bzw. Urteile und Wertungen über gutes oder schlechtes Europäertum dieses oder jenes Politikers abzugeben.

Selbstverständlich bin ich wie immer gern bereit, mich mit Ihnen persönlich oder vor welchem Kreise auch immer über diesen Gegenstand zu unterhalten, und ich hoffe, daß Sie auch keine Einwände dagegen erheben, wenn ich Abschrift dieses Briefes sowohl dem Herrn Bundeskanzler wie auch Herrn Dr. v. Brentano übermittle.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr
gez. Dr. Erhard

Dokument 2[81]

3. Dezember 1956

Lieber Herr Erhard!

Ich habe Ihren Brief vom 16. November 1956 einige Tage mit Aufmerksamkeit studiert. Ich möchte ihn heute, sachlich und ohne Leidenschaft, ehrlich und aufrichtig beantworten, weil es mir wichtig erscheint, daß die in der CDU verantwortlich herausgestellten Männer ihre Spannungen in ruhiger Auseinandersetzung austragen.

Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit, die Sie ankündigen, dienen nicht dem politischen Ansehen aller Beteiligten; sie sind das geeignetste Mittel, unsere politische Basis zu zerstören. Das Publikum will eine konsequente Politik und eine disziplinierte Haltung, wenn es Vertrauen schenken soll. Es will aber nicht Gezänk, das mordend werden kann, wie es das Schicksal der FDP in den letzten Wahlgängen beweist.

Am Eingang möchte ich erklären, daß ich keine Auffassungen über Sie „verbreite" und Ihre Politik auch nicht als „Scharlatanerie" bezeichne. „Scharlatanerie" gehört nicht zu meinem Sprachschatz. Es scheint mir auch keine „Verbreitung von Auffassungen" zu sein, wenn ich mit einem Manne wie Herrn Professor Müller-Armack, den wir beide als Freund bezeichnen können, ein aufrichtiges Wort rede, wissend, daß er es Ihnen berichten wird.

Der Grund unserer Spannung liegt aber tiefer. Ich habe lange Jahre – seit Ihrem Wirken in Frankfurt/Main – zu Ihren aufrichtigsten und treuesten Freunden gehört. Es war ein öffentliches Geheimnis, daß Etzel zu Erhard stand und Sie selbst haben mir einmal zu Weihnachten geschrieben, daß unser gemeinsamer Weg einer der seltenen Fälle sei, wo man noch in reifen Jahren einen Freund gewänne. Ich habe diese Freundschaft sehr oft in die Tat umgesetzt.

Ich war daher stets besonders betroffen, wenn Sie entgegen einer gemeinsam verabredeten Linie Ihren Weg unbekümmert in eine andere Richtung weitergingen als unter uns verabredet war. Das geschah leider immer wieder. Ich will heute nicht auf die Fälle zu sprechen kommen, welche unsere allgemeine Wirtschaftspolitik betreffen – wir können uns gern darüber unterhalten –, ich will mich auf die europäische Politik beschränken, weil sie der Inhalt Ihres Schreibens ist.

[81] Schreiben in: Ludwig-Erhard-Stiftung, Nachlaß Erhard, I, 4) 41; PA AA, Ministerbüro, Bd. 48; BAK, N 1254, Bd. 84, dort auf den 3. 12. 1956 datiert.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

I.

Ich erinnere Sie an die Zeit, da die Schuman-Erklärung[82] abgegeben wurde. Sie haben den damals vom Herrn Bundeskanzler eingeschlagenen Weg einer supranationalen europäischen Teilintegration bejaht und wir haben beide in derselben Richtung gearbeitet. Auf Ihren Rat und mit Ihrem Willen ging ich nach Luxemburg.

In der Folge mußte ich in Ihren Reden immer wieder feststellen, daß Sie den durch eine supranationale Lösung eingeschlagenen Weg nach Europa in Zweifel zogen. Unmittelbar mußte ich Ihr persönliches Desinteresse an diesem Weg darin feststellen, daß Sie sehr selten und zuletzt immer seltener im Ministerrat erschienen.

Ich habe lange Zeit nicht glauben wollen, daß die im In- und Ausland immer mehr verbreitete Auffassung, Sie wollten die vom Herrn Bundeskanzler eingeschlagene Europa-Politik im Grunde nicht mehr, richtig sei. Sie entstand nicht durch mein Dazutun, sondern durch Ihre Reden, welche immer wieder negative Kritiken an der von der Bundesregierung eingeschlagenen Europa-Politik durchscheinen ließen. Seit Jahren hört man immer wieder in der Öffentlichkeit: „Herr Minister Erhard ist gegen Europa". Noch vor einigen Tagen sagte mir ein internationaler Journalist: „Herr Erhard will kein durch Institutionen zu einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik zusammengefaßtes Europa. Er will lediglich eine lose europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit nach Art der OEEC und damit weicht er anscheinend von dem 1950 eingeschlagenen Weg ab. Hier setzt das Mißtrauen der europäischen Völker gegen seine Europa-Politik ein."

Sie wissen, in wieviel ungezählten Unterredungen ich mit Ihnen über diese Dinge gesprochen und gerungen habe. Immer wieder haben Sie mir versichert, daß ein großer Teil der Ihnen zugesprochenen Gedanken unrichtig sei, und ich habe Ihnen dies bis in die jüngste Zeit auch dann noch geglaubt, als ich diesen Glauben fast nirgendwo mehr loswerden konnte. Man hat sehr oft mitleidig über mich gelächelt, wenn ich Sie verteidigte. Das ist schon jahrelang so und war auch schon so, bevor die Franzosen in Brüssel ein Sonderstatut verlangten, welches jetzt für Sie der Anlaß ist, nicht mehr mittun zu wollen.

Sie sehen aus dieser zeitlichen Entwicklung, wie falsch es ist, zu meinen, ich hätte zu dem Eindruck Ihrer mangelnden Europafreundlichkeit beigetragen.

II.

Zu einem gewissen Zeitpunkt haben Sie die Teilintegration und die supranationale institutionelle Lösung in Ihren Reden immer wieder attackiert. Hierüber gab es lange Auseinandersetzungen. Das Ergebnis war die Besprechung in Eicherscheid (Teilnehmer: Sie, Westrick, Müller-Armack, Rust, von der Groeben, von Brentano, Ophüls, Regul und ich) und das sogenannte Eicherscheider Papier[83]. Die weitere „Teil"integration wurde darin aufgegeben – mit Ausnahme von Euratom – und die institutionellen Befugnisse gemeinsamer Einrichtungen stark eingeschränkt. Das Eicherscheider Papier wurde deutscher Regierungsvorschlag für Messina und ein entscheidender Baustein für die Beschlüsse von Messina.

---

[82] Am 9.5. 1950 hatte der französische Außenminister Robert Schuman den Plan zur Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bekannt gegeben. Text der Verlautbarung, in: Europa-Archiv 5 (1950), S. 3091.

[83] Vgl. Anm. 29.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ich war daher sehr erstaunt, in Ihrem „Entwurf eines europäischen Programms" zu lesen:

> „Bereits bei der Konferenz in Rom und Messina sind Grundsatzentscheidungen erfolgt, die seither die Arbeiten belasten; Grundsatzentscheidungen, die darum heute neu überdacht werden sollten, nachdem so deutlich sichtbar geworden ist, welche Komplizierung sie für die europäische Integration bedeuten."

Da diese Grundsatzentscheidungen im wesentlich von Ihnen mit beeinflußt waren, verstehe ich Ihr heutiges Urteil nicht, daß sie die Brüsseler Arbeiten belasten und eine Komplizierung für die europäische Integration bedeuten. Wäre das wirklich der Fall – ich bestreite es –, hätten Sie eine volle Verantwortung für diesen Weg ebenso wie wir alle.

III.

Das Ergebnis von Messina war der Brüsseler Bericht[84]. In Venedig[85] wurde er als geeignete Verhandlungsgrundlage für eine Regierungskonferenz bezeichnet. Sie sind Mitglied einer der dieses beschließenden Regierungen und ich habe nie gehört, daß die Bundesregierung ihre Zustimmung in Venedig gegen Ihren Widerspruch abgegeben hätte. Wir beide aber haben seinerzeit über die Zusammensetzung der deutschen Delegation gesprochen, und Sie waren dabei durchaus damit einverstanden, daß auf der Basis des Brüsseler Berichtes verhandelt werde. Jetzt kritisieren Sie die Tatsache, daß der Brüsseler Bericht nur den einzigen Gedanken eines über eine Zollunion zu schaffenden gemeinsamen Marktes entwickelt habe.

Ich meine, daß die Grundsatzfrage, auf welchem Wege der gemeinsame Markt geschaffen wird, von solch entscheidender Bedeutung ist, daß man nicht sechzehn Monate den Gedanken einer Zollunion mit verhandeln kann, um dann zu entdecken, daß dieser Weg im Grunde nicht richtig sei. Sie müssen es ganz einfach dieser Tatsache zuschreiben, wenn Ihre Verhandlungspartner aus einer solchen grundsätzlichen Änderung einer Stellungnahme nur die Konsequenz ziehen, daß Sie den gemeinsamen Markt von Anfang an überhaupt nicht gewollt haben, weil sich bei dem Ansehen, das Sie genießen, niemand vorstellen kann, daß man mit fünf Regierungen sechzehn Monate lang auf einem gemeinsamen Weg fortschreitet, um dann zu erklären, daß ja dieser Weg – und nicht etwa nur die französischen Sonderwünsche – falsch sei.

IV.

Nun werden Sie einwenden, wenn schon der Brüsseler Bericht, dann ist er durch das weitere Verhandlungsergebnis entscheidend geändert worden.

Ich möchte zunächst darauf hinweisen, daß Sie an den Verhandlungsergebnissen „gemeinsamer Markt" durch Ihr Haus führend beteiligt waren. Ich schließe aber nun aus Ihren Zeilen auf Seite 2 des Briefes vom 16. November,

> „so war ich selbstverständlich bereit, insoweit ‚die Richtlinien der von dem Herrn Bundeskanzler zu verantwortenden Politik' als verbindlich anzuerkennen und seinen Darlegungen auch aus politischer Einsicht heraus zuzustimmen",

[84] Vgl. Anm. 43.
[85] Vgl. Anm. 44.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß Sie den in Ihrem Entwurf eines europäischen Programms gemachten neuen Vorschlag einer anderen, die Brüsseler Konzeption abändernden europäischen Konzeption aufgegeben haben und den Darlegungen des Herrn Bundeskanzlers aus politischer Einsicht heraus zustimmen. Ich darf Ihnen sagen, daß ich sehr froh darüber bin. Wenn Sie sich entschieden haben, „aus politischen Gründen" zuzustimmen, dann war dies offensichtlich der übergeordnete Gesichtspunkt. Dann ist es aber unmöglich, daß Sie, nachdem Sie diese Entscheidung getroffen haben, in der Öffentlichkeit dagegen Stellung nehmen. Hier wird der Bruch in Ihrer Haltung offenbar. Wenn Ihnen Ihre wirtschaftlichen Einwände aber überwältigend erscheinen, dann hätten Sie niemals „aus politischen Gründen" zustimmen dürfen.

Aus diesem Bruch heraus machen Sie jetzt offensichtlich erneut Reserven gegen das Verhandlungsergebnis von Brüssel und von Paris geltend.

a) Zuerst melden Sie eine Reserve gegen das unter meinem Vorsitz erarbeitete Papier zum gemeinsamen Markt an. Die von Herrn Müller-Armack gemachte Reserve hieß: „Ich finde diese Lösung nicht schön, aber immerhin. Was Herr Minister Erhard sagen wird, weiß ich nicht." Aus Herrn Müller-Armacks Erklärung haben wir wohl alle geschlossen, daß er, wenn auch mit Unlust, zustimme.
Ihre eigene Reserve geht, wie Sie sagen, weiter. Sie begründen das mit dem wirtschaftlichen Unsinn einer jeden „sozialen Harmonisierung" als Voraussetzung des Funktionierens eines gemeinsamen Marktes. Einverstanden!
Aber das Verlangen der Franzosen nach solcher sozialen Harmonisierung ist ja faktisch aufgegeben und jetzt tun Sie so, als ob es noch ernsthaft bestünde. Die Franzosen hatten unter diesem Punkt insgesamt vier Anliegen geltend gemacht. Auf das Verlangen nach gleichen Löhnen hatten sie bereits vor der Außenministerkonferenz von Paris verzichtet. In den beiden Fragen der Gleichheit bei Männer- und Frauenlöhnen und der bezahlten Ferien hatten Sie bereits in Paris einem Kompromiß zugestimmt (weil unwesentlich) und die letzte Frage der Arbeitszeit ist in der Konferenz der Regierungschefs in Paris derartig bagatellisiert, daß sie keine wirtschaftliche Gefahr mehr bedeutet. Es gibt ja außer uns Deutschen noch andere, genau so fortschrittlich eingestellte Völker; ich nenne die Holländer und die Belgier. Sie empfinden das französische Verlangen nach sozialer Harmonisierung als Voraussetzung für einen gemeinsamen Markt genau so unsinnig wie Sie. Aber beide Delegationen haben schon in der Pariser Außenministerkonferenz dem französischen Vorschlag der Arbeitszeitfrage zugestimmt, weil sie zu einer Bagatelle zusammengeschrumpft ist (48 Stunden in vier Jahren so bezahlen wie 50 Stunden). Ich habe eine viel zu große Hochachtung vor Ihrer Klugheit, um nicht zu wissen, daß Sie die wirtschaftliche Problematik einer solchen Harmonisierung genau so beurteilen wie ich. Wenn Sie aber das Ganze wegen des vorstehend dargestellten „Nichts" immer noch in der Öffentlichkeit angreifen, wie Sie es in Ihrem Brief androhen und wie Sie es am 19. November[86] in dem Bonner Presse-Club bereits getan haben, bleibt doch nur die eine Schlußfolgerung, daß im Grunde genommen es nicht dieses „Nichts" ist, sondern daß Sie in Wirklichkeit trotz allem das Ganze nicht wollen.

[86] Erhard hatte sich zu der durch die Suez-Krise verschärften Versorgungslage für Mineralöl geäußert und staatliche Lenkungsmaßnahmen sowie einen europäischen Versorgungspool abgelehnt; Presseausschnitte in: BAK, B 102/8953, Heft 4).

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

b) Auf Seite 3 Ihres Briefes sagen Sie, daß Sie nicht wüßten, wie man die Anwendung von Schutzklauseln rechtfertigen solle, denn diese bedeuten Diskriminierung. Auf Seite 2 im gleichen Brief weisen Sie aber darauf hin, Sie hätten dem Herrn Bundeskanzler vorgeschlagen,
„den Partnerländern – d. h. insbesondere Frankreich – ein
‚Stillstehen' oder sogar einen ‚Rückzug' zu erleichtern."
Wie soll man diesen Widerspruch verstehen, denn Stillstehen oder Rückzug bedeuten ja doch wohl Schutzklauseln?!

c) Das dritte Bedenken, daß Sie die Brüsseler Konzeption aus politischen Gründen dennoch nicht akzeptieren, ist die Tatsache Ihres Briefes mit all seinen Begründungen. Lesen Sie doch bitte den Brief jetzt, nachdem Sie Abstand gewonnen haben, noch einmal. Das ist doch der Brief eines Mannes, der diese Brüsseler Konzeption nicht will, der die bisherigen sechzehn Monate gemeinsamer Arbeit verneint und sich gegen ihre Ergebnisse aufbäumt.

V.

Und hier sind wir beim letzten.

Sie fragen mich, ob ich Sie für einen schlechten Europäer halte?

Sie meinen, mein Europa sei nicht Ihr Europa, weil mein Europa nicht in der Gläubigkeit der menschlichen Herzen lebe. Ich frage daher: „Was wollen denn Sie tun?" Ich bin so nüchtern, die Antwort auf Ihrem Entwurf eines europäischen Programms heraus zu entwickeln.

Auf Seite 11/12 schlagen Sie vor:

> „einen Ministerrat der Montanunionsländer, bestehend aus Außen- und Wirtschaftsministern, zu einer permanenten Institution zu erklären."

Sie wollen also einen Ministerrat der Sechs.

Weiter schreiben Sie:

> „Es wäre gefährlich, jede Entscheidung …… … an den vorherigen komplizierten Nachweis positiver Zuständigkeit zu binden;
> … permanenten politischen Institutionen … soll der Auftrag erteilt werden, europäisches solidarisches Handeln zu ermöglichen;
> … es dürfte verfrüht sein, schon heute konkrete Vorschläge für eine europäische Institution vorzulegen;
> … dem einstimmig beschließenden Ministerrat … könnte eine europäische Kommission beigegeben werden."

Sie wollen also einen Ministerrat der Sechs, der keine positiven Zuständigkeiten hat, der einstimmig beschließen muß und dem eine europäische Kommission beigegeben wird! Haben wir nicht etwas Ähnliches schon im Straßburger Europarat? Auch hier hat der Ministerrat keine positiven Zuständigkeiten und muß einstimmig beschließen. Wo ist nun aber die Gläubigkeit der Herzen geblieben, die bei den europäischen Völkern unstreitig gegenüber dem Europarat einmal da war, eine Gläubigkeit, die verloren ging, weil sein dem Einstimmigkeitsprinzip unterstehender Ministerrat mangels positiver Zuständigkeit nichts schaffen konnte? Hat er letztlich wegen seiner Ohnmacht nicht viel mehr Glauben an Europa zerstört als geschaffen? Und leidet der Europarat nicht gerade darunter, daß er das Prinzip praktiziert, das Sie jetzt wieder empfehlen, das Prinzip der Einstimmigkeit?

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aber weiter: Auf Seite 13 Ihres vorläufigen Programms geben auch Sie dem Gedanken Ausdruck, daß der derzeitige Schwerpunkt der europäischen Integration das wirtschaftliche Programm bleiben müsse. Sie akzeptieren also die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Lösung solange wir das politische Europa noch nicht bauen können, und zwar sicherlich auch eine wirtschaftliche Lösung als Vorbereitung für die spätere politische. Diese Lösung müßte nach Ihrer Meinung aber ja wohl eine solche sein, die gläubige Herzen fesselt. Und so entsteht die Frage, was Sie denn hier vorschlagen!

Auf Seite 13 sagen Sie, nachdem ein Vertrauen, im Kreise der Sechs zu einer schnellen Lösung zu gelangen, nicht mehr bestünde, sollten die Brüsseler Verhandlungen in klarer Verbindung mit der OEEC geführt werden. Sie schlagen anstelle der Zollunion eine Freihandelszone vor, der in erster Linie die Montanunionsländer und darüber hinaus möglichst viele oder sogar alle Länder der OEEC beitreten sollten. Auf Seite 12 wird dieser Vorschlag dahin ergänzt, daß bei erwiesener Bereitschaft der OEEC-Staaten, einer Freihandelszone beizutreten, die beiden Organisationen der OEEC und der Montanunionsländer zusammengelegt werden sollen.

In der Öffentlichkeit ist immer schon behauptet worden, der Professor Erhard wolle im Grunde genommen nichts anderes als eine Zusammenarbeit, wie sie in der OEEC bereits besteht, und ich meine, daß die vorher zitierten Stellen das jetzt in aller Deutlichkeit klarlegen. Sind Sie wirklich der Auffassung, mit einem solchen Vorschlag gläubige Herzen begeistern zu können? Die OEEC besteht seit langen Jahren und sie hat, weiß Gott, Gutes gewirkt. Es ist aber ein öffentliches Geheimnis aller Eingeweihten, daß sie seit vier Jahren keine wesentlichen Fortschritte mehr erzielt hat, und daß ihre Schwierigkeiten dort beginnen, wo eine Liberalisierung des Warenverkehrs in Wirklichkeit interessant geworden wäre. Die OEEC ist kein weiterer Weg für eine europäische Integration, wobei ich aber zum Ausdruck bringen will, daß sie selbstverständlich erhalten bleiben muß. Also auch hier vermag ich nichts Zündendes und nichts Neues zu entdecken.

Wenn schon der Schwerpunkt der zukünftigen Integrationsarbeit ein wirtschaftliches Programm sein muß, dann kann ich nur sagen, daß Ihre Vorstellung von einer weiteren europäischen Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet nichts Neues enthält, es sei denn, daß man den bisher befolgten Weg europäischer Integrationsvorstellungen bewußt verneint und aufgibt und wieder dort anknüpft, wo die europäische Arbeit praktisch nicht weitergekommen ist, ich meine im Europarat und in der OEEC.

Es trifft zu, daß Sie weiterhin Vorschläge auf kulturellem Gebiet machen. Sie sind hundertprozentig zu akzeptieren und stehen nirgendwo im Gegensatz zu den in Brüssel erarbeiteten Vorstellungen.

Das Ziel einer politischen Integration wird von mir so glühend ersehnt wie von Ihnen. Sie wissen aber wie ich, daß der Weg einer politischen Gemeinschaft, den der sogenannte Brentano-Ausschuß weitgehend entwickelt hat, z. Zt. nicht realisierbar ist.

Ich möchte aber auf ein Weiteres hinweisen:

Zu den bemerkenswertesten Tatsachen der jüngsten Vergangenheit für eine gemeinsame europäische Arbeit gehört der Vorschlag des englischen Ministers Macmillan auf Schaffung einer Freihandelszone[87]. Der Gedanke einer Freihandelszone ist in England entstanden nicht zuerst aus europäischer Begeisterung, sondern aus dem Zwang, sich dem gemeinsamen Markt der Sechs anschließen zu müssen, wenn Großbritannien nicht isoliert

[87] Vgl. Anm. 55.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werden soll. Im „Economist" war dieser Tatbestand am 27. Oktober in einem großen Aufsatz unter der Überschrift „der gezwungene Freier" schonungslos dargestellt. Ich habe diesen Tatbestand mit Ihnen in Ihrem Büro in einer langen Unterredung besprochen und Sie haben mir am Ende versichert, daß Sie nach einer Diskussion in einer vorhergehenden Kabinettsitzung und nach unserer Unterredung jetzt auch davon überzeugt seien, daß Großbritannien nur mitmachen werde, wenn die sechs Länder der Montanunion einen gemeinsamen Markt auf der Linie der Zollunion entwickeln.

In Ihrem Entwurf eines „europäischen Programms" schreiben Sie jetzt zu diesem Tatbestand folgendes:

> „Die Bereitschaft Englands an einer Freihandelszone mitzuwirken, ist so ausdrücklich erklärt worden, daß sie auch dann schwer zurückgenommen werden kann, wenn man sich entschließen sollte, der Brüsseler Arbeit eine andere Richtung zu geben."

Ich versichere Sie, daß Sie sich hier irren und daß diese Behauptung falsch ist. Ich war in der vergangenen Woche im Rahmen einer Sitzung des Assoziationsrates einige Tage in London und habe mit vielen maßgeblichen Engländern gesprochen. Ich war überrascht, wie sehr in dem halben Jahr, da ich nicht mehr in London war, die englische Haltung gegenüber einem gemeinsamen Europa sich verändert hat und wie positiv England zu unseren Brüsseler Arbeiten steht. Es war aber einheitliche Meinung, daß England nur mitmachen würde, wenn Europa zunächst einen wirklichen Schritt nach einem gemeinsamen Markt tut. Ich habe Herrn Thorneycraft gefragt, ob England sich mit einem nur aus Freihandelszonen bestehenden Europa auch verbinden würde, d.h. ob es auch mitmachen würde, wenn Europa keinen durch eine Zollunion bestimmten gemeinsamen Markt bilde. Herr Thorneycraft hat diese Frage glatt verneint. Alle Menschen, die die englische Situation kennen, wissen das. Ich war daher sehr betroffen, jetzt in Ihrem Programm zu lesen, daß „England gar nicht mehr anders könne, als auch dann mitzumachen, wenn der Brüsseler Arbeit eine andere Richtung gegeben werde", nachdem Sie mir kurz vorher noch gesagt hatten, auch Sie seien jetzt davon überzeugt, daß England nur über einen echten gemeinsamen Markt mitmache.

Sie befinden sich mit dieser Auffassung in einem Irrtum und werden dieselbe Enttäuschung erleben, die Sie vor einem Jahr erfuhren, als Sie den Engländern die Bereitschaft zu einer Neubewertung des Pfundes unterstellten. Es wäre derselbe Irrtum, dem Sie erlagen, als Sie an die baldige Bereitschaft der Engländer zur Konvertibilität der Währung glaubten. Das Ergebnis wäre eine Enttäuschung, die für Europa tödlich werden müßte.

Gläubigkeit der Herzen ja, aber Gläubigkeit, die sich aufrichtet an konkreten Tatsachen. Der von Ihnen vorgeschlagene Weg ist schon deswegen keine konkrete Tatsache, weil er mit Sicherheit von den Benelux-Staaten nicht akzeptiert werden würde.

Kommen wir also zurück zu der Frage, ob ich Sie für einen Europäer halte. Ich kann nur mit der Nüchternheit, zu der ich mich hier zwinge, antworten, daß Sie sicher glauben, Sie seien Europäer, aber ...; und auf dieses Aber kommt es an.

Der mit der Montanunion begonnene und im Brüsseler Bericht sehr vorsichtig und zurückhaltend fortgesetzte Weg zeichnet sich dadurch aus, die schwierigen wirtschaftlichen Fragen real und nüchtern, mit Geduld und sich Zeit lassend anzufassen. Das mag nicht immer populär sein, das mag manchmal nicht sehr viel Werbekraft haben. Aber schließlich hat es sich doch langsam im Bewußtsein der europäischen Menschen festgesetzt, daß die Montanunion der erste wirkliche Schritt zu einem gemeinsamen Markt der europäischen Völker und damit zu einer echten Gemeinschaft geworden ist.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ich glaube, daß mein Europa real und nüchtern ist und einen Erfolg garantiert, auf dem eines Tages das politische Europa geschaffen werden kann. Ich glaube, verzeihen Sie mir die Offenheit, daß Ihr Europa lediglich eine Realisierung europäischer internationaler Zusammenarbeit sein wird und nicht mehr. Und letzteres ist mir zu wenig, und darum will ich mehr Europa und Sie wollen weniger Europa. Und ich glaube auch, verzeihen Sie mir das am Schluß, daß mein Europa weniger perfektionistisch ist als das Ihre, denn Ihr Europa träumt von einer perfektionistischen ökonomischen Lösung, die in der Politik, die ja die Kunst des Möglichen ist, mit einem Tage leider nicht durchgesetzt werden kann.

Sie machen den Vorschlag, mich mit Ihnen über diesen Gegenstand zu unterhalten. Ich greife ihn gern auf, denn ich meine, Europa ist so wichtig, daß jeder von uns verpflichtet ist, im Ringen um den anderen nicht nachzulassen und das Einigende zu suchen. Machen Sie mir bitte einen Vorschlag, wann und wo diese Unterhaltung stattfinden soll.

Da Sie eine Abschrift Ihres Briefes dem Bundeskanzler und Herrn von Brentano übermittelten, erlaube ich mir, das gleiche zu tun.

Mit freundlichen Grüßen bin ich
Ihr

gez. Unterschrift

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abstracts

Dieter Pohl, Daniel J. Goldhagen's Arguments in the Light of Research Development.

Research on the murder of the Jews by the National Socialists has gone through several stages, which varies considerably from country to country. Historiography has intensified since the end of the 1970's and currently the focus has shifted to identifying different groups of perpetrators as well as examining the „Schauplätze" of the crimes in Eastern Europe. Goldhagen's book, however, tries to go a step further. By claiming that German „eliminationist anti-Semitism" was perennial through Germany's entire history, the author bases his research on what motivated „ordinary Germans" – in effect nearly all Germans – to commit the crimes. Goldhagen's explanation of the genocide based solely on the unique mental disposition of the Germans and Hitler's actions is not convincing in the light of recent publications. The author's thesis of anti-Semitism as a monocausal motivation of all perpetrators is more plausible. Yet his case studies are not objective, because other factors are largely ignored. The debate on Goldhagen's book should encourage historiography to investigate less known institutional and geographical aspects of the Holocaust.

Dieter Krüger, History and Profile of the Berlin Document Center.

Ever since July 1945, the safe-keeping of files on former members of the Nazi party, the SS and other sub-organisations had been in the hands of the American occupying power. In the 1960's, the first serious negotiations began regarding the turning over of the Berlin Document Center to the Federal Republic of Germany. The American side demanded unlimited access to the documents. The FRG, on the other hand, was reluctant to acquiesce fearing misuse of the documents for political purposes. This, in turn, raised doubts among American organisations and historians about the wisdom of the decision to relinquish the files. Shortly before the official handing over of the documents to the „Bundesarchiv" in the spring of 1994, the controversy peaked in a final public dispute. The Federal Archives of Germany („Bundesarchiv") consolidated the administrative offices of the former Berlin Document Center subsidiary in Berlin-Zehlendorf with the administrative offices of the previous State Security Service of the DDR, which, like the Berlin Document Center, had National Socialist material for safe-keeping. In the fall of 1996, the entire subsidiary was merged into what is now called „Department ‚Reich' of the Bundesarchiv" in Berlin-Lichterfelde.

Nils Asmussen, Hans-Georg von Studnitz: His career as a Journalist during the Third Reich and in the Federal Republic of Germany.

Studnitz began his journalistic career as a foreign correspondent in the early 1930's while employed by the Hugenberg Scherl publishing house. During the Second World War, he worked for the news service of the foreign office. After detainment in a British internment camp, he was able to continue his career as early as 1947. He was influential in setting-up the quarterly „Außenpolitik" and in the early 1950's twice briefly had a try as editor-in-chief of a conservative Hamburg newspaper. From 1955 until 1961 he headed the Lufthansa press bureau. Studnitz' career as a postwar journalist was most flourishing

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

during the 1960's. He was a contributing editor for both the protestant weekly „Christ und Welt" under editor-in-chief Giselher Wirsing and Axel Springer's „Die Welt". Studnitz also published four immensely popular books on foreign policy, consumer society, the „Bundeswehr" and the Church. However, critics such as Kurt Sontheimer felt Studnitz was a representative of neo-nationalism. After the 1970's, Studnitz' views increasingly antagonized conservatives.

Johannes Merz, The Origin and Meaning of „Free State of Bavaria".

The term „free state", which is the official name of postwar Bavaria, has become a fixed symbol for federalism. Indeed, after 1990/1992 the new states of Saxony and Thuringia sought to adopt the same term as part of their state name. „Free state" first appears in the English language in 1646 and is found again in the German language in 1731 in reference to the independence of Switzerland. By the early 19th century „free state" had taken on the same meaning as „republic", favoring government by representation and opposed to having a monarch as the chief of state. The adoption of the term „free state" by most of the German states during the political upheaval of 1918/19, served not only to demonstrate the abolition of the monarchy but also the distribution of power. This parallels southern Ireland, which has called itself „Free State" since 1922. After 1945 the Social Democrats of Bavaria took on this term again as a clear rejection of a monarchy as a form of government. The change in the meaning of „free state" to emphasize the idea of federalism to connote politically conservative views was brought about by the media in the 1950's and 1960's. Not until a decade later did politicians begin using this term themselves.

Ulrich Enders, Integration or Cooperation? The Controversy between Erhard and Etzel in 1954–1956.

Although the collapse of both the European Defense Community and the European Political Union was strongly felt, new measures were soon taken to strengthen European integration, which eventually led to the creation of the European Economic Community and the Euratom. The proposition was made to apply the same concept used in the European Coal and Steel Community to other sections of European economy. Federal Finance Minister Ludwig Erhard was categorically against this proposal from the very start; instead, he insisted upon a loose alliance between sovereign states based upon market demand and the natural development of economic interests. Erhard met with opposition in the person of Franz Etzel, the Vice President of the High Commission of the European Coal and Steel Community, who was an equally committed and determined proponent of a different school of thought. Etzel's argument was that only institutionally defined criteria would ensure the growth and stability of the alliance of the six member states. Indeed, the crisis that arose toward the end of 1956 was resolved due to Etzel's strong advice to accept the concessions made to France.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. *Dieter Pohl,* wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München, Außenstelle Berlin (Finckensteinallee 63, 12205 Berlin); veröffentlichte u.a. „Von der ‚Judenpolitik' zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939–1944" (Frankfurt a.M. 1993), „Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens" (München 1996).

Dr. *Dieter Krüger,* (Hampsteadstr. 9, 14167 Berlin), Historiker und Archivar im Bundesarchiv; Veröffentlichungen zu Sozialwissenschaft und Sozialreform im Kaiserreich, Versicherungs- und Bankengeschichte, Wiederbewaffnung und Archivwesen.

Nils Asmussen, M.A. (Grundstr. 23, 20257 Hamburg), Historiker an Museen und Archiven, zuletzt am Unternehmensarchiv des Axel Springer Verlags; veröffentlichte „Der kurze Traum von der Gerechtigkeit. ‚Wiedergutmachung' und NS-Verfolgte in Hamburg nach 1945" (Hamburg 1987).

Dr. *Johannes Merz,* wissenschaftlicher Assistent, Institut für Bayerische Geschichte an der Universität München (Ludwigstr. 14, 80539 München); veröffentlichte u.a. „Georg Horn (1542–1603) und seine Historia über die Reformation in Hammelburg" (Neustadt/Aisch 1992); arbeitet gegenwärtig als DFG-Stipendiat an einer Habilitationsschrift über die Ausbildung der Fürstenherrschaft in Franken (ca. 1450–1520).

Dr. *Ulrich Enders* (Am Büchel 53B, 53173 Bonn); wissenschaftlicher Mitarbeiter der Edition „Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung", hrsg. vom Bundesarchiv im Auftrag der Bundesregierung; verschiedene Veröffentlichungen zur Bodenreformpolitik und zur Flüchtlingsintegration in den westlichen Besatzungszonen und zur Westintegration der Bundesrepublik Deutschland.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

GESCHÄFTLICHE MITTEILUNGEN

© 1997 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Die Lieferung geschieht auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Kostenlose Nachlieferung in Verlust geratener Sendungen erfolgt nicht. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.
Werbeanzeigen und Werbebeilagen besorgt der Verlag. Verantwortlich: Suzan Hahnemann.
Hinweis gemäß § 26 Absatz 1, Bundesdatenschutzgesetz: Die Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind in einer Adreßdatei gespeichert, die mit Hilfe der automatisierten Datenverarbeitung geführt wird.

Gemäß unserer Verpflichtung nach § 8 Abs. 3 PresseGiVm Artikel 2 Abs. 1 e DVO zum BayPresseG geben wir die Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse wie folgt an:

Verlag: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Alleiniger Gesellschafter des Verlages ist die Firma R. Oldenbourg GmbH & Co. KG unter der gleichen Anschrift. Sie wird durch die persönlich haftende Gesellschafterin R. Oldenbourg Verwaltungs GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München, vertreten. Außerdem sind nachstehende Kommanditisten beteiligt: Elisabeth Alber, Hausfrau, Rieden; Hedwig Geupel, Hausfrau, Oberhaching; Baronin Silvia von Maydell, Hausfrau, München; Christoph von Krafft, Finanzdirektor, BASF, New Jersey; Christa von Bomhard, Fremdsprachensekretärin, NAMMA, München; Gräfin Inge von Schönborn, Geschäftsinhaberin, München; Dr. John Oldenbourg, Übersetzer, selbst., München; Dr. Andreas Oldenbourg, Steuerberater, WP, Haarmann & Partner, München; Dr. Thomas Oldenbourg, Rechtsanwalt, München; Friedrich Schily, kaufm. Angestellter, Krupp, Essen; Jochen Schily, Bankdirektor, Merck, Düsseldorf; Horst Schily, Schauspieler, Bühne der Landeshauptstadt Kiel; Dr. Rolf-Dieter Schmid, Arzt, Bubenreuth; Dr. Axel Schmid, Kieferorthopäde, selbst., München; Wilhelm Schmid, Major a. D., Regensburg; Barbara Müller, Hausfrau, München; Heidi Fieser, Sekretärin, Schule Schloß Salem, Salem; Reinhard Fieser, Internatsleiter, Jugendsozialwerk, Esslingen; Johannes Oldenbourg, Dipl.-Math., Oldenbourg, München; Christoph Oldenbourg, Restaurator, selbst., Oxford; Louise Oldenbourg, Grafikerin, selbst., Freiburg; Walter Oldenbourg, Verleger i. R., München; Eva Lange, Hausfrau, München; Brigitte Hahn-Miller, Hongkong; Dr. Klaus Hahn, Arzt, Universitätsklinik Mannheim, Heidelberg; Dr. Peter Hahn, Denkmalpfleger, Senator für Wissenschaft und Kunst, Bremen; Mariele Platiel, Hausfrau, Bonn; Edith Müller, Hausfrau, Ingolstadt; Dr. Reinhard Müller-Leimbach, Arzt, selbst., Ingolstadt; Dr. Marianne Maubach, Ärztin, Ingolstadt; Brigitte Reiner, Hausfrau, Haar; Dr. Heinz Reiner, mediz. Direktor, Bezirk Obb., Haar; Eberhard Oldenbourg, Kaufmann i. R., München; Eva May, Studienrätin, Hausfrau, München; Paul Oldenbourg, Dipl.-Ing., selbst., München; Marga Oldenbourg, Hausfrau, München; Doris Krusenstjern, Lehrerin, Reg. v. Obb., München; Regine Oldenbourg, Geschäftsinhaberin, selbst., München; Albrecht Oldenbourg, Verlagsangest., München; Paul Schröder sen., Dipl.-Ing. i.R., Turnhout/Belgien; Anne den Hertog-Schröder, Heilgymnastin, selbst., Amsterdam; Tomas Schröder, Verlagskaufmann, Hamburg; Nicola Schröder-Steenhuisen, Tierärztin, Tierklinik „De Heuvel", Best; Paul A. Schröder jun., Bankkaufmann, NBM-Bank, s. Gravenhage; Brigitte Fertl, Hausfrau, München; Inge von Negelein, Hausfrau, München; Prof. Dr. Friedrich Rosenkranz, Vors. d. Geschäftsleitung, Oldenbourg, München; Ilse Rosenkranz-Castelli, Psychologin, Frascati; Dr. Thomas Cornides, Verleger, Oldenbourg, München; Dr. Elisabeth Garms, Hausfrau, Rom; Cäcilie Cornides, Therapeutin, selbst., Rieden; Dr. Rudolf Cornides, Amtsarzt i. R., Innsbruck; Margit Cornides, Hausfrau, Bonn; Christoph Cornides, Volkswirt, DAT-Daten- und Textverarbeitungs GmbH, Heidelberg, Mannheim; Gabriele Hommes, Hausfrau, Ingolstadt; Barbara Roth, Restauratorin, selbst., München; Miriam Wagmann, Dipl.-Ing., Architekturbüro Prof. K. Ackermann, München; Dr. Christian Fertl, Arzt, selbst., Kochel; Dr. Rudolf Oldenbourg jun., Physiker, Brandeis University, Cataumet/USA; Jens Peter Oldenbourg, Architekt, selbst., Grünwald; Hermann Geupel, Student, München; Johanna Geupel, Angestellte, Oberhaching; Alexandra Geupel, Studentin, Oberhaching; Ursula Geupel, Schülerin, Oberhaching; Monica Oldenbourg-Keck, Hausfrau, München; Ruth Grosse, Sekretärin, Max-Planck-Gesellschaft, Pullach; Claudia von Saalfeld, Lehrerin, Staatl. Schulamt München, München; Bankhaus H. Aufhäuser, München; Dr. Marlene Baubin, Salzburg; Frieder v. Krusenstjern, München; Gisela Rosenkranz, Hausfrau, München; Daniela Cornides, Bonn; Dr. Jakob Cornides, Wien; Francesco Oldenbourg, München; Alessandro Oldenbourg, München; Stephan Cornides, Bonn; Vilma Piccolo-Oldenbourg, Artdirector, München; Marietta Lechleitner, Hausfrau, Elmen/Österreich; Klaus Alber, Techn. Angestellter, München; Richard Alber, München; Maximilian May, Schüler, München; Franziska May, Schülerin, München; Johanna May, Schülerin, München; Maria-Theresia Fenzl, Dipl.-Betriebsw., Kelkheim; Gabriele Reiner, Med.-techn.-Assistentin, München; Hans Anton Reiner, Dipl.-Biol. und Winzer, Freiburg/Opfingen; Peter Kloepfer, Rechtsanwalt, selbst., Kettwig; Prof. Dr. Rolf Kloepfer, Land Baden-Württemberg, Mannheim; Dr. Hans E. Kloepfer, München; Stephanie von Bechtolsheim, Deitelbach; Dr. Andrea von Mengershausen, Bayrischzell; Michaela von Bentzel, Heroldsberg; Mitja Oldenbourg, Ottobrunn.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte